Dienstag, 17. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 14 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**„Fall Kießling“:** Die für gestern geplante Gegenüberstellung des entlassenen Generals Kießling mit vier Zeugen aus der Homosexuellen-Szene ist gescheitert. Nach Angaben von Kießlings Anwalt war die Bundeswehrführung nicht bereit, die Zeugen vorher zu benennen. Kießling stellte daraufhin Strafantrag gegen Unbekannt wegen falscher Anschuldigung.

**Polen/Vatikan:** Die polnische Kirche rechnet mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan noch in diesem Jahr. (S. 1)

**Deutschlandpolitik:** Die CSU will sich für eine Intensivierung der Kontakte der Bewohner beider Teile Deutschlands einsetzen. Damit solle der Gedanke an die Wiedervereinigung wachgehalten werden.

**Libanon:** Ministerpräsident Wazzan hat Israel mit einer Annullierung des noch nicht ratifizierten Truppenabzugsabkommens gedroht, falls Israel seine „willkürlichen“ Verstöße gegen libanesische Gesetze nicht einstelle.

**Hussein gesprächsbereit:** „Dialog, Abstimmung und Zusammenarbeit“ mit der PLO haben nach den Worten von König Hussein hohe Priorität in der jordanischen Politik. Gemeinsam müsse versucht werden, die israelisch besetzten Gebiete wieder unter arabische Herrschaft zu bringen.

**Reagan-Offerte:** Die Bundesregierung hat das Kooperationsangebot Präsident Reagans an den Kreml begrüßt. Reagan habe mit Klarheit und Eindringlichkeit die Probleme angesprochen. Bonn hoffe, daß sich Moskau einem Dialog nicht verschließe. (S. 1)

**EG-Agrarmarkt:** Die größten Einkommenseinbußen in der EG mußten 1983 die deutschen Bauern hinnehmen. Mit einem Sturz um 21 Prozent gegenüber 1982 lag das Einkommen auf dem niedrigsten Niveau der letzten zehn Jahre, ermittelten EG-Statistiker.

**Neuer Versuch:** Tony Benn, Exponent des linken Flügels der britischen Labour Party, setzte sich als Kandidat für eine Unterhaus-Nachwahl durch und nahm damit die erste Hürde für ein politisches Comeback. (S. 5)

**Rücktritt im Juni?:** FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer erwägt, ihr Amt auf dem nächsten Bundesparteitag Anfang Juni niederzulegen, teilte die FDP mit. Gründe wurden nicht genannt. (S. 8)

**Heute:** Beginn der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE). – Europa-Parlament berät über Charta zur Gewährleistung der Chancengleichheit der Frau in der EG.

### ZITAT DES TAGES



„Israel will alle Konflikte mit seinen Nachbarn auf diplomatischer Ebene lösen und lehnt daher entschieden vermehrte Waffenlieferungen in die Region ab“

Israels Botschafter in Bonn Yitzhak Ben Ari in einem WELT-Gespräch (S. 4)
FOTO: E. KEIL

### WIRTSCHAFT

**Gemeinde-Finanzen:** Eine Kurskorrektur in der Sparpolitik fordert der Deutsche Städtetag. Nach massiven Leistungsbeschränkungen und Gebührenerhöhungen sei die Grenze der Belastbarkeit erreicht. (S. 9)

**Währungsfonds:** Indien verzichtet auf die letzte Tranche eines IWF-Kredits in Höhe von etwa drei Milliarden DM, da die Devisenreserven stärker als erwartet gewachsen seien.

**Einzelhandel:** Die Gewinnsituation dürfte sich nach Angaben des Münchner Ifo-Instituts 1983 – gemessen an den Umsätzen – nicht weiter verschlechtert haben. Der reale Umsatzrückgang, der 1982 noch rund sechs Prozent betrug, habe sich 1983 deutlich verlangsamt. (S. 9)

**Ferrostaal:** Das Handelshaus der Gutehoffnungshütte hat die Stahlflaute 1982/83 (30. Juni) voll zu spüren bekommen. Der inländische Gruppenumsatz sank um 14,5 Prozent auf 3,5 Milliarden DM. (S. 10)

**Börse:** An den deutschen Aktienmärkten sorgten neue Anlagenkäufe gestern auf breiter Front für Kurserholungen, nachdem zu Anfang Gewinnmitnahmen auf die Kurse gedrückt hatten. WELT-Aktienindex 153,8 (154,3); Dollarmittelkurs 2,8078 (2,8339) Mark; Goldpreis je Feinunze 369,10 (373,25) Dollar.

### KULTUR

**„Charta 77“:** Das internationale Komitee zur Unterstützung der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung hat den diesjährigen „Jan-Pallach-Preis“ an die Herausgeber der Untergrundzeitung der „Charta 77“ vergeben. Sie sei das einzige unabhängige Informationsmittel in der CSSR.

**Bitburger Gespräche:** Vor Staatsverdrossenheit, Anspruchsdenken und zuviel Staat warnten Staatsrechtslehrer, Minister und Verfassungsrichter bei der rechtspolitischen Diskussion über die Frage, auf welche Aufgaben der Staat verzichten kann oder sollte. (S. 15)

### SPORT

**Ski:** Der für Luxemburg startende Österreicher Girardelli gewann den Weltcup-Slalom von Parpan (Schweiz). Die Amerikaner Steve und Phil Mahre wurden disqualifiziert, weil sie die Startnummern vertauscht hatten.

**Olympia:** 3,8 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln stehen den olympischen Wintersportarten in diesem Jahr zur Verfügung. Diese Zahlen nannte der Bundesausschuß Leistungssport als Aufwendung.

### AUS ALLER WELT

**Silicon Valley:** Amerikas berühmtes „Computertal“ ist in die Negativ-Schlagzeilen geraten. Immer mehr Bewohner kapitulieren vor Erfolgszwang und Streß. Resultat: Drogenmißbrauch, hohe Scheidungsrate und Sexualdelikte. (S. 16)

**Jackpot:** Ein Lottospieler in Kanada gewann auf einen Schlag 13,89 Millionen Dollar – ein nordamerikanischer und möglicherweise ein Weltrekord.

**Wetter:** Stürmisch, Regenschauer oder Schneefall. 4 bis 8 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Im Fall Kießling kündigt Kohl „rückhaltlose Information“ an

## Hardthöhe schließt Verwechslung aus / Strafanzeige des Generals

DW./p.p./rmc. Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hält die Doppelgänger-Theorie im Fall des in den einstweiligen Ruhestand versetzten Vier-Sterne-Generals Günter Kießling für ein „Komplott“. Wörner, der heute der in Berlin tagenden CDU/CSU-Fraktion über die Affäre berichten will, zeigte sich entschlossen, im Amt zu bleiben. Er hält offensichtlich daran fest, daß der General Kölner Homosexuellen-Lokale besucht hat und so zum „Sicherheitsrisiko“ geworden ist. Wörners Sprecher, Oberst Jürgen Reichardt, sagte, die mögliche Existenz eines Doppelgängers sei kein Anlaß, von einer Verwechslung auszugehen.

*Bundeskanzler Helmut Kohl dringt* offenbar auf eine schnelle Beendigung der Spekulationen im Fall Kießling. Der Regierungschef ließ durch den stellvertretenden Pressesprecher Jürgen Sudhoff mitteilen, daß die Öffentlichkeit „in den allernächsten Tagen rückhaltlos“ über die Vorgänge in der Affäre um den vorzeitig in den Ruhestand geschickten General informiert werde. Einen genauen Zeitpunkt nannte Sudhoff nicht.

Oberst Reichardt betonte vor der Bundespressekonferenz, daß der „gegenwärtige Stand der Ermittlungen keinen Anlaß gibt, von einer Verwechslung auszugehen“. Die vier Zeugen, auf die sich das Verteidigungsministerium in den Nachforschungen über General Kießling in erster Linie stützt, hätten nach den Ermittlungen der Polizei „die Identität des Generals gekannt“. Die Polizei sei bisher auch nicht auf Zeugen gestoßen, die ausgesagt hätten, daß sie seinerzeit den jetzt aufgetauchten Doppelgänger mit dem General verwechselt hätten.

Die jetzt ausgebrochene öffentliche Diskussion über den Fall Kießling „verlangt sehr viel weitergehende Ermittlungen, als sie bis zum Zeitpunkt der Entscheidung des Ministers geboten waren.“. Da es sich um Nachforschungen handele und nicht um Ermittlungen, für die der Verdacht einer Straftat Voraussetzung sei, sei die Freiwilligkeit von Zeugen notwendig. Die vier Zeugen hätten „unterschiedlich oder überhaupt nichts miteinander zu tun“ und seien von der Polizei auch „ganz unterschiedlich ermittelt worden“. Es gehe auch nicht darum, die Veranlagung eines Generals zu ermitteln, sondern nur um den „hinreichend zu erhärtenden Verdacht, daß ein Sicherheitsrisiko“ vorhanden sein könnte. Dazu reiche der Verdacht, „daß der General sich in solchen Häusern aufgehalten hat. Allein der Aufenthalt ist entscheidend. Dieser Nachweis ist gelungen.“ Deshalb sei auch die „Entscheidung unumgänglich gewesen, diesen General aus dem Dienstverhältnis zu entfernen“.

Auch die Anwälte des General Kießling wüßten, daß die Zeugen ein Recht hätten, daß Vertraulichkeit gewahrt werde. Wenn Einzelheiten über sie bekannt würden, „könnten sie in persönliche oder existentielle Gefahr geraten“. Reichardt schloß ausdrücklich aus, daß die Zeugen „in Verbindung zu bringen sind mit staatlichen Stellen – weder der Polizei noch den MAD“. Er äußerte den Verdacht, daß Kießlings Anwälte versuchten, „zu erzwingen, die Identität der Zeugen bloßzustellen, um ihr Auftreten zu verhindern“. Im übrigen stünden die Polizeibeamten, die die erste Untersuchung durchgeführt hätten, „auch heute noch zur Verfügung“.

Der pensionierte General selbst stellte gestern Strafanzeige gegen Unbekannt wegen falscher Anschuldigung und Verleumdung. Kießlings Anwalt ließ dazu verlauten, dies sei

● Fortsetzung Seite 8

# Glemp an Moskau-Reise interessiert

## Will Polens Primas Aufnahme von Beziehungen des Kremls zum Vatikan sondieren?

DW. Rom/Bonn

Spekulationen über eine Reise des Primas der katholischen Kirche Polens, Jozef Kardinal Glemp, in die Sowjetunion, haben Auftrieb erhalten. Eine solche Reise könnte die erste Etappe auf dem Weg zu diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der UdSSR sein.

Zu den Berichten antwortete Glemp, der gestern zu Gesprächen mit dem Papst in Rom eintraf, zurückhaltend: „Es ist zu früh, um darüber zu sprechen. Ich habe keine Einladung erhalten.“ Dementiert wurden entsprechende Reiseabsichten von dem Kardinal nicht. Im Gegenteil, er ließ sein Interesse an einer solchen Visite anklingen.

In Presseberichten hatte es bereits vor längerem geheißen, der polnische Primas sei von der orthodoxen Kirche Rußlands eingeladen worden. Einem Journalisten, der fragte, ob er die Rolle des „großen Vermittlers in den Ost-West-Beziehungen“ annehmen könnte, antwortete Glemp lachend: „Das ist Futurologie, jedenfalls ist alles möglich. Von meiner Seite überlasse ich alles der göttlichen Vorsehung.“

Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ schrieb in seiner jüngsten Ausgabe, nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und den USA sei ein ähnlicher Schritt des Heiligen Stuhls gegenüber der UdSSR nicht länger ausgeschlossen. „Trotz der allgemeinen Annahme, daß das sowjetische KGB hinter dem Attentat auf den Heiligen Vater steckt“, so das Magazin, „sind die Beziehungen des Heiligen Stuhls zu Moskau erstaunlich gut. So wird schon in wenigen Monaten der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, die Sowjetunion besuchen und vor seiner Reise Papst Johannes Paul II. aufsuchen, um mit ihm Mittel und Wege zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und dem Vatikan zu erörtern.

Die Zeitschrift beruft sich ausdrücklich auf vatikanische Quellen und fügt hinzu, die Aufnahme offizieller Beziehungen zu Moskau käme nicht überraschend, da Johannes Paul II. wie kein anderer Papst in der jüngeren Geschichte ein direktes Interesse an Möglichkeiten diplomatischer Einflußnahme zeige.

Kardinal Glemp bestätigte gestern, daß Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik Polen geführt werden. Der Papst befürwortet solche Kontakte, demgegenüber gibt es jedoch noch Widerstände im polnischen Episkopat. Glemp beschränkte sich deshalb auf die Bemerkung: „Ich kann nicht sagen, wann die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen möglich sein wird, aber ich kann sagen, daß die Verhandlungen gut laufen.“

Der Kardinal vermied jegliche Schärfen gegenüber dem Warschauer Regime. Zur inneren Situation in seinem Heimatland sagte er: „Sie ist wie gewohnt, sie entwickelt sich, macht Fortschritte.“ Vor Journalisten verwies Glemp auf seine jüngste Begegnung mit General Jaruzelski, mit dem er unter anderem „über den Solidaritätsfonds der Landwirte“ gesprochen habe, auch wenn dies nicht das Hauptthema gewesen sei. Ausdrücklich hob er die Bedeutung des Papst-Besuchs vom Sommer 1983 in Polen hervor. Seine Voraussage: „Die Früchte dieser Reise werden sich in der Zukunft immer deutlicher erweisen.“

# Kreml warnt Westen vor Optimismus

## „Prawda“ zur Rede Reagans: „Washingtoner Kriegsfalken im Taubengefieder“

DW. Moskau

Die sowjetische Propaganda bemühte sich gestern, Hoffnungen im Westen zu dämpfen, daß das Treffen der Außenminister Gromyko und Shultz morgen in Stockholm zu einer Fortsetzung der Gespräche über die Verminderung der strategischen Rüstung (START) führen könne. Die Kritik der Moskauer Zeitung „Prawda“ an den USA gipfelte in dem Vorwurf, die Vereinigten Staaten wollten sich „einseitige militärische Überlegenheit über die Sowjetunion sichern“.

Die für die Westarbeit des Kreml bestimmte Nachrichtenagentur Nowosti überschrieb ihren Kommentar zu der Rede Reagans, in der der US-Präsident drei konkrete Punkte der Zusammenarbeit genannt hat, mit dem Titel „Washingtoner Kriegsfalken im Taubengefieder“. Die Erklärung Reagans wurde als bloße Meinungspflege abgetan. Nowosti warnte insbesondere Bundesaußenminister Genscher vor einer „Versuchung der Selbstbeschwichtigung“. Genscher, so kritisierte die Sowjetagentur, stelle die Einberufung der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE) als Bestätigung dafür dar, daß in der europäischen Politik trotz düsterer Vorhersagen keine neue Eiszeit ausgebrochen sei. Die „Prawda“ erklärte in diesem Zusammenhang, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa habe auch das strategische Gleichgewicht verändert.

SEITE 2:
**Die Chancen von Stockholm**
SEITE 6:
**Hohes Startgewicht für KVAE**

TH. KIELINGER, Washington

Für die Vereinigten Staaten gewinnt die heute beginnende KVAE in Stockholm unmittelbare Bedeutung durch das Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko. Dieser Begegnung wird fast der Charakter eines „Mini-Gipfels“ zwischen den Großmächten beigemessen, von dem man zumindest in Washington hofft, daß er das Eis zwischen Amerikanern und Sowjets brechen helfen kann.

Die letzte Begegnung der beiden Außenminister fand im September 1983 in Madrid statt, geriet aber, im Schatten des Abschusses des koreanischen Passagierflugzeuges, zu einer bitteren Beschuldigungsszene. Später verließen die Sowjets nacheinander die INF-, die START- und die MBFR-Verhandlungen. Man fängt also zwischen Washington und Moskau gewissermaßen wieder bei Null an.

Um das Klima zu verbessern, hielt Präsident Reagan in Washington seine seit langem angekündigte Grundsatzrede über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen (WELT v. 16. 1.). Sie enthielt keine der früheren

■ Fortsetzung Seite 8

# C-Waffen: „Wenn Verbot, weltweit“

rtr, London

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat gestern das von der UdSSR vorgeschlagene Verbot chemischer Waffen in Europa als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Vor seinem Abflug zur Stockholmer KVAE-Konferenz sagte Shultz: „Meiner Ansicht nach sind sie (die UdSSR) auf dem richtigen Wege. Der richtige Weg bedeutet allerdings, chemische und biologische Waffen überall zu verbieten.“ Das weltweite Verbot müsse sich auf Produktion, Besitz und Gebrauch chemischer Kampfstoffe erstrecken. Shultz will heute an der Eröffnung der Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa teilnehmen. Für morgen ist ein Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko vorgesehen.

# Gift: CDU fordert Untersuchung

hs. Hamburg

Die Hamburger CDU hat gestern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Mülldeponien beantragt. Anlaß sind die Giftmüllfunde auf der Deponie Georgswerder, bei denen Dioxin und Parathion (E 605) entdeckt worden waren. CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau warf dem Senat vor, trotz alarmierender Erkenntnisse eines früheren Untersuchungsausschusses „über ein Jahrzehnt lang völlig unzureichende Konsequenzen“ gezogen zu haben. In Georgswerder sind nach Erkenntnissen der CDU mindestens 149 Fässer mit 42 Tonnen des hochgiftigen E 605 gelagert worden. Sie forderte gestern eine grundlegende Sanierung der Deponie und vergleichbarer Ablagerungen.

# Paris baut Riad Luftabwehr-Gürtel

dpa, Paris

Durch den in der vergangenen Woche abgeschlossenen Waffenlieferungsvertrag mit Frankreich (Umfang etwa zehn Milliarden Mark) will Saudi-Arabien offenbar seine Luftabwehr verstärken. Nach Informationen der Wirtschaftszeitung „Les Echos“ handelt es sich um ein komplettes Tiefflieger-Abwehrsystem, das überwiegend aus Raketen vom Typ Shahine besteht, die auf Panzerfahrzeugen montiert sind. Das System wird die saudische Luftabwehr, die bisher mit amerikanischen Frühwarn-Radar-Flugzeugen vom Typ „AWACS“ und F-15-Jagdflugzeugen ausgerüstet war, bei der Bekämpfung von Tieffliegern vervollkommnen.

Bisher war nur bekannt, daß der Staatskonzern Thomson-CSF nahezu die gesamte Elektronik liefern würde.

## DER KOMMENTAR

# Bewegung

HEINZ BARTH

Niemand würde sich groß wundern, wenn es tatsächlich zur Aufnahme offizieller Beziehungen des Vatikans mit der Sowjetunion käme, die das US-Nachrichtenmagazin „Time“ für möglich hält. Auf beiden Seiten spricht manches für diese Annäherung, die noch vor kurzem als eine diplomatische Sensation ersten Ranges gegolten hätte.

Auf sowjetischer Seite könnte dabei auch die Prestige-Überlegung mitspielen, daß Amerika soeben nach einer Unterbrechung von über hundert Jahren gegen den aufgebrachten Widerstand konfessioneller Kreise sein Verhältnis zur römischen Kirche normalisiert hat. Ganz sicher liegt der Kontakt mit dem Kreml ganz auf der Linie der aktivistischen Diplomatie Johannes Pauls II., deren Leitgedanke die allmähliche Auflockerung der atheistischen Front des Ostens ist.

Noch vor wenigen Monaten hatte die Sowjetpropaganda den polnischen Papst als gefügiges Werkzeug der amerikanischen Strategie und den Vatikan als Kommandozentrale subversiver Kräfte hingestellt. In dieser Hinsicht hat sich einiges geändert seit Rom den Konflikt der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ mit dem Regime Jaruzelski bei behutsamer Zügelführung aus der Distanz lenkt. Das ist der Großwetterlage zwischen Vatikan und Kreml offenbar bekommen. Es war wohl auch nicht allein die seelsorgerische Verpflichtung, die den Pontifex zu seinem Gefängnisbesuch bei dem türkischen Attentäter Ali Agca veranlaßte.

Die Diskretion, mit welcher der Papst diese Unterredung behandelte, dürfte in Moskau als Signal verstanden werden, daß Johannes Paul II. nicht versucht ist, die Verdachtsmomente zu bestärken, die in dieser Sache unter anderem noch immer gegen den sowjetischen Geheimdienst bestehen.

Das Zeichen, daß der Vatikan sein Verhältnis zum sozialistischen Block nicht unter dem Aspekt der Konfrontation sieht, scheint verstanden worden zu sein. Schon im Vorjahr war von einem Moskaubesuch des Kardinal-Staatssekretärs Casaroli die Rede – eine Aufgabe, die demnächst – sicher im Kreml willkommen – von dem polnischen Kardinal Glemp übernommen werden soll. Bewegung und Vorurteilslosigkeit sind heute im Vatikan gefragt.

# Union: „Ziviler Ungehorsam verletzt Friedenspflicht“

## „Berliner Erklärung“ gegen Mißbrauch des Widerstandsrechts

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit einer zwölf Punkte umfassenden „Berliner Erklärung“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Berlin an alle Bürger appelliert, den Rechtsstaat gegen Angriffe durch verfassungsfeindliche Gruppen zu verteidigen. Die Union will im 40. Jahr der Wiederkehr des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 mit dem Positionspapier die Unterschiede von Widerstandshandlungen in einer Diktatur und einem freiheitlichen Rechtsstaat besonders deutlich hervorheben. Die „Berliner Erklärung“ wird von der CDU/CSU als Ausgangsbasis für eine spätere Bundestagsdebatte zum Thema Widerstand in der Demokratie angesehen.

In der „Berliner Erklärung“ heißt es einleitend, freiheitliche Demokratie bedürfe der „Mitverantwortung für das Ganze und der Einhaltung des demokratischen Zusammenlebens um der Freiheit aller willen“. Jeder Bürger, so die Erklärung weiter, sei zum Rechtsgehorsam verpflichtet. Kern des Rechtsgehorsams sei die Friedenspflicht. Sie verlange, in privaten und politischen Konflikten auf Anwendung und Androhung von jeglicher Gewalt zu verzichten und die Freiheit der anderen zu achten.

Unter Bezugnahme auf den von Kreisen der „Friedensbewegung“ geforderten „gewaltfreien Widerstand“ stellt die Union fest, ein Widerstandsrecht gegen den freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat selbst gebe es nicht. Das Grundgesetz billige zwar allen Bürgern ein Recht auf Widerstand gegen jeden zu, der die freiheitliche, demokratische und soziale Ordnung beseitigen wolle. Dieses Recht richte sich als Verfassungsnothilfe gegen den Staatsstreich von oben und von unten. Es solle den Rechtsstaat schützen, aber nicht untergraben. Deshalb gebe es auch gegen die Gesetze weder ein Recht zum gewaltfreien noch zum gewalttätigen Widerstand.

Ziviler Ungehorsam oder gewaltfreier Widerstand in Form bewußter Verletzung von Gesetzen verstoße gegen die Friedenspflicht und sei Rechtsbruch, heißt es in der Erklärung. Solchen Rechtsbruch abzuwehren und zu bestrafen, sei nicht Kriminalisierung und Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, sondern Schutz der Freiheit Andersdenkender. Die Union: „Die Gleichheit aller vor dem Gesetz gestattet keine rechtlichen Freiräume.“

„Mit Genugtuung“ quittierte die CDU/CSU-Fraktion, daß die Mehrheit der Bürger zivilen Ungehorsam als Form des politischen Kampfes ablehne. Nicht ziviler Ungehorsam sei das Gebot der Stunde, sondern Zivilcourage im Einsatz für Recht, Freiheit und Frieden. Die Erklärung schließt mit der Formulierung: „Die zweite deutsche Republik im Geiste der Männer und Frauen des 20. Juli 1944 zu stärken und zu verteidigen, ist unsere demokratische und patriotische Pflicht.“

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Kommando Weltraum*

Von Adalbert Bärwolf

Die beiden großen Weltmächte Amerika und Sowjetunion sehen sich seit Jahren durch kosmische Aufklärer in die Karten. Da das Luftrecht dort endet, wo keine Luft mehr ist, ziehen die unbemannten und bemannten astronautischen Schiffe mit ihren Geheimsensoren im Spektrum des sichtbaren und unsichtbaren Lichts im Vakuum über das Gebiet des anderen dahin.

Die Amerikaner wissen, daß in den Steppen von Kasachstan neue Abschußrampen für Riesenraketen entstehen, die die Bauelemente einer permanenten Erdaußenstation für militärische Forschung in das Vakuum tragen sollen. Sie wissen auch, daß dort gigantische Landebahnen konstruiert werden, auf denen geflügelte Raketen zurückkehren werden. Und die Sowjets wissen, daß an der kalifornischen Pazifikküste auf dem Luftstützpunkt Vandenberg ähnliche Anlagen ihrer Vollendung entgegengehen. Der Weltraum wird unaufhaltsam zu einer militärischen Arena.

Moskau drückt auf das Tempo. 1983 flogen die Sowjets 98 Weltraumeinsätze, die Amerikaner nur 22. Die meisten der 98 russischen Raketen trugen militärische Satelliten auf ihren Spitzen, acht der 22 amerikanischen Geschosse hatten militärischen Auftrag. Auch in Amerika wird sich das Verhältnis von militärischen zu nicht-militärischen Einsätzen immer mehr zu Gunsten der militärischen verschieben.

Deswegen fordern die Vereinigten Stabschefs ein gemeinsames Weltraumkommando. Dieses Space Command wird kommen, so wie die Luftwaffe und die Marine schon ihre eigenen Weltraum-Kommandozentren unterhalten. Es ist der einzige Weg, den Sowjets im Weltraum Paroli zu bieten, wenn die Raumfahrt in den USA schon in zivile und nicht-zivile aufgeteilt werden muß. Moskau kennt diese künstliche Trennung nicht. Oberleutnant Gagarin kehrte als Major in Uniform zur Erde zurück, Korvettenkapitän Shepard im Flanellanzug.

## *Reform auf Trinkgeldbasis*

Von Peter Gillies

Mit dem Unterton der Verheißung blinkt seit Monaten das Thema „Steuerreform" auf. Es suggeriert dem staatstragenden Bürger, die Abgaben würden gesenkt, im besseren Falle sogar erhielte er zurück, was ihm zuvor unbotmäßig abgeknöpft. Beides jedoch sind Ausschnitte aus dem bekannten Stück „Warten auf Godot".

Der Zugriff des Fiskus auf Einkommen und Löhne ist von Jahr zu Jahr rigoroser geworden. Ein ehemals für die „Reichen" gedachter progressiver Steuertarif erfaßt längst Normalverdiener. Von jeder Gehaltserhöhung kassiert das Finanzamt überdurchschnittlich viel. Und bliebe da noch ein Rest, fressen ihn steigende Sozialabgaben auf. Das Zusammenwirken von Inflation und Progression – zutreffend „heimliche Steuererhöhung" genannt – läßt die Schwarzarbeit blühen, schürt den Steuerverdruß und hemmt die Leistungsbereitschaft.

Eine Steuerreform soll diesen mißlichen Zustand wenn schon nicht beenden, so doch mildern. Offen ist derzeit, ob sie 1986 oder 1988 ins Haus steht, offen sind auch ihre Bestandteile. Weitgehend Einigkeit herrscht lediglich über den finanziellen Umfang. Soll die Entlastung überhaupt spürbar sein, müsse sie sich auf mindestens zwanzig Milliarden Mark belaufen.

Von der CSU verlautete, mit rund vier Milliarden Mark müsse man eine Entlastung der Familien vorziehen. Bevor die beabsichtigte Ergriffenheit über diese und andere Entlastungen einsetzt, sei an eine Berechnung des Bundes der Steuerzahler erinnert: Zwischen 1981 und 1988 (also dem Zeitpunkt der möglichen Entlastung) wird der Fiskus heimliche Steuererhöhungen von 95 Milliarden Mark kassiert haben. Im Klartext heißt dies, daß sich die Steuersenkung auf der Höhe eines Trinkgeldes im Verhältnis zu den Summen bewegt, die für eine aufschwungfreundliche Entlastung eigentlich nötig wären.

Der Staat reißt also auf rigide und nahezu unabwendbare Art Finanzmassen an sich, die schon längst in die Tasche des Bürgers gehören. Um jene Freiräume zu eröffnen, die für eine leistungsfreundliche Besteuerung eigentlich nötig wären, müßte er seine Ausgaben weit mehr drosseln. Es ist mithin auch aus diesem Grunde leichtfertig, schon jetzt vom Ende der Sparzeit zu sprechen und neue Verteilungen zu verheißen.

## *Zipfel vom Teppich*

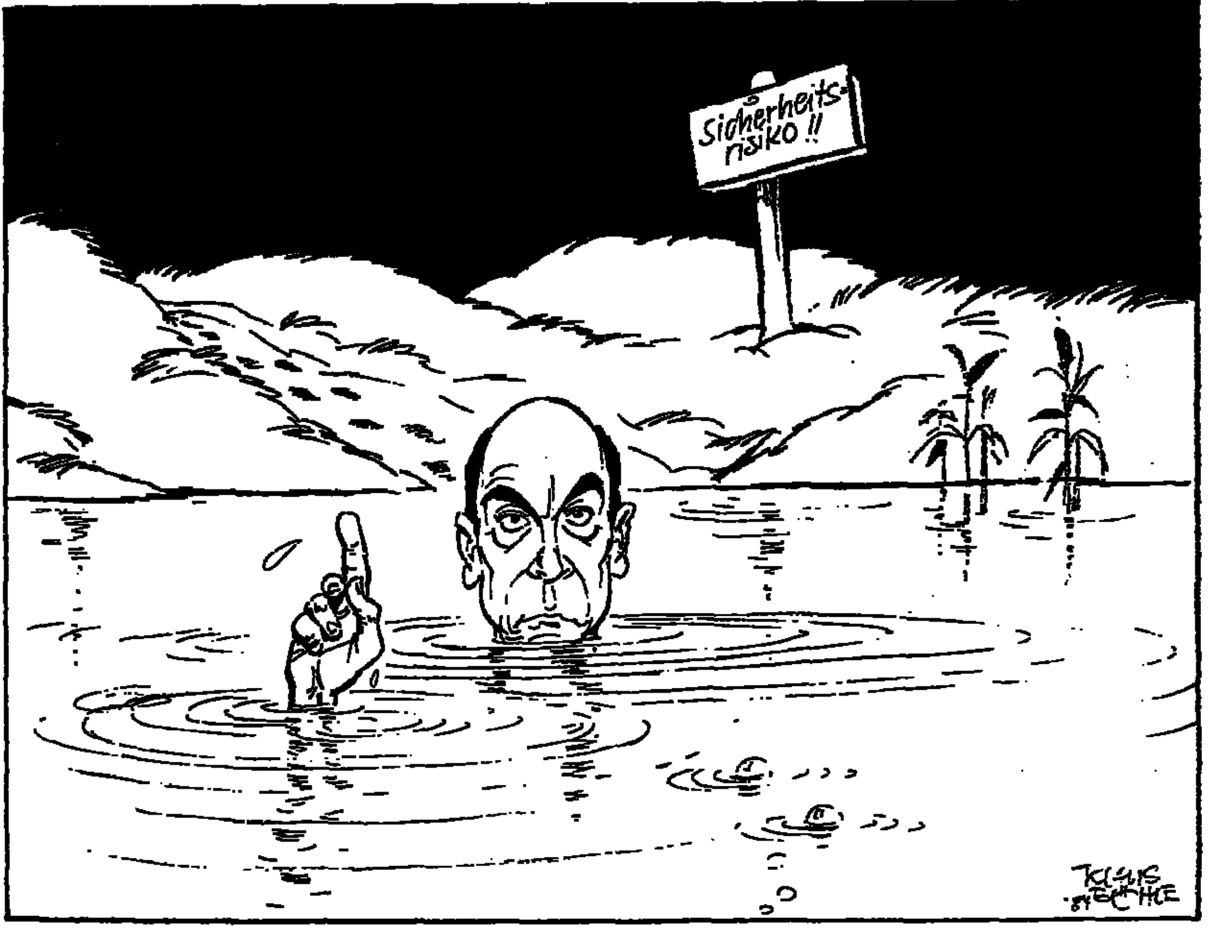
Von Eberhard Nitschke

Der Bundestagspräsident ist nach dem Protokoll die Nummer zwei in diesem Staate; er rangiert also noch vor dem Bundeskanzler, der Nummer Drei. Rangeleien um diese Rangordnung in Bonn gehören schon der Geschichte an, doch wird man an sie erinnert, wenn jetzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Westphal in seiner Eigenschaft als einer von vier Vizepräsidenten des Hohen Hauses gefordert hat, das Präsidium insgesamt müsse „mit mehr Kompetenzen ausgestattet" werden.

Schon richtig: Gemessen an den Zuständigkeiten, wenn man so will: am Glanz von „Nr. 2", stehen die Vizepräsidenten im Schatten. Weniger vielleicht, weil der Bundestagspräsident auch Präsident der Bundesversammlung ist, aus deren Mitte der Bundespräsident gewählt wird; auch wohl kaum, weil er zugleich den Vorsitz im „Gemeinsamen Ausschuß" von Bundestag und Bundesrat innehat. Aber das Paket der Rechte der Nummer 2, festgehalten unter dem Paragraphen 7 der Bundestags-Geschäftsordnung, ist schon eindrucksvoll.

Es war noch eindrucksvoller, ehe die sozial-liberale Koalition 1969 da Änderungen durchsetzte. Der Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) verlor durch eine Parlamentsreform das Recht, leitende Beamte für das 1700 Personen umfassende Personal des Parlaments selbständig einzusetzen, er mußte nun „im Benehmen mit den stellvertretenden Präsidenten" handeln. Der Paragraph wurde beibehalten auch als die SPD aus der Bundesregierung verschwand und die Union wieder stärkste Gruppe im Bundestag wurde.

Viel mehr kann nach Meinung von Experten auch nicht gefordert werden, da man im Endeffekt dann ein Präsidium hätte, das sich als Gremium von Gleichberechtigten begreifen könnte. Doch der SPD-Vorstoß zielt wohl auf anderes: Im Laufe dieses Jahres geht Helmut Schellknecht, seit 1970 „Direktor beim Bundestag" und mit der technischen Lenkung des Gesetzgebungsapparates betraut, in Pension. Es ist klar, daß sein Nachfolger jemand sein muß, mit dem Bundestagspräsident Rainer Barzel „kann". Das leuchtet auch der SPD ein, doch sie möchte für die an sich selbstverständliche Zustimmung etwas einhandeln – sozusagen ein Zipfelchen vom roten Teppich.




*Die mühselige Suche nach dem anderen Ufer* ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

# Die Chancen von Stockholm

Von Günter Poser

Heute wird nun in Stockholm die „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE)" von den Außenministern der 35 beteiligten Staaten eröffnet. Der spektakuläre Auftakt dieser neuen Mammutkonferenz ist geeignet, in der Öffentlichkeit wieder einmal hochgespannte Erwartungen zu wecken und dem in Bonn emsig gepflegten Entspannungsoptimismus Auftrieb zu geben.

Aber nicht nur die eindeutigen Erfahrungen mit der „Politik der Entspannung" und ihre, gemessen an westlichen Leistungen, negative Bilanz raten zu einer nüchternen Beurteilung möglicher konkreter Ergebnisse sondern auch die Tatsache, daß sich nach Helsinki das weltpolitische Klima wesentlich verschlechtert hat und die beiden Großmächte offen mit gegensätzlichen Konzepten in die Konferenz gehen.

Die USA haben sich trotz ihrer seit Ende des Zweiten Weltkrieges bewiesenen Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft nur widerstrebend und dabei dem besonderen Drängen Bonns nachgebend auf das in Madrid für Stockholm beschlossene Konferenzpaket eingelassen; denn die praktische Mißachtung der KSZE-Schlußakte im Hinblick auf Menschenrechte, Informationsfluß und Vertrauensbildung durch den Kreml, sein hemmungsloses internationales Verhalten und massives Einwirken auf die Meinungsbildung in westlichen Ländern, sowie die unter Ausnutzung der Verhandlungsatmosphäre durchgeführte sowjetische Hochrüstung, haben in Washington bereits unter Präsident Carter zur Selbst- und Machtbesinnung beigetragen. Diese Erfahrungen lassen in Stockholm nur eine neue Propaganda-Bühne erwarten, deren verheißungsvolle Deklarationen die westliche Öffentlichkeit in „Entspannung" und Verwirrung halten können, während hinter den Kulissen, den Zeitgewinn nutzend, die „aktiven Maßnahmen" zur Schaffung des „sozialistischen Weltsystems" weiter betrieben werden, wie die Fortsetzung der SS-20-Aufrüstung beweist.

Die Sowjetunion geht mit Genugtuung nach Stockholm, obwohl sich ihr Außenminister Gromyko um die persönliche Teilnahme mehrfach bitten ließ, denn es ist seine Konferenz. Er hat für das schon lange angesteuerte Ziel sowjetischer regionaler Außenpolitik, nämlich das eines „kollektiven all-europäischen Sicherheitssystems" endlich mit Zustimmung aller europäischen Länder ein Forum erhalten. Nach Verlautbarungen der Warschauer-Pakt-Staaten sind in Stockholm verlockende Angebote für die Europäer zu erwarten, ohne daß zugleich konkrete und überprüfbare Maßnahmen für die sichere Erfüllung von Vereinbarungen in Aussicht gestellt werden.

Leider befinden sich die NATO-Staaten in einer mißlichen Ausgangslage: Sie haben ständig auf Dialog und Verhandlungen gedrängt und schließlich der Stockholm-Konferenz als Preis für die gewünschte sowjetische Zustimmung zum Ergebnis der Madrid-Konferenz zum Leben verholfen. Moskau ging dabei sogar auf eine Erweiterung der Helsinki-Schlußakte ein, weil damit das Einverständnis der Westeuropäer zu Stockholm eingehandelt wurde. In der Vorkonferenz, Ende 1983, versuchten die Ostblockstaaten jedoch sofort, Weichen für Abkopplung der ersten, nach Zeit und Auftrag begrenzten Konferenzphase vom KSZE-Prozeß zu stellen bzw. diese in der Öffentlichkeit zu einer spektakulären „Abrüstungskonferenz" umzudeuten.

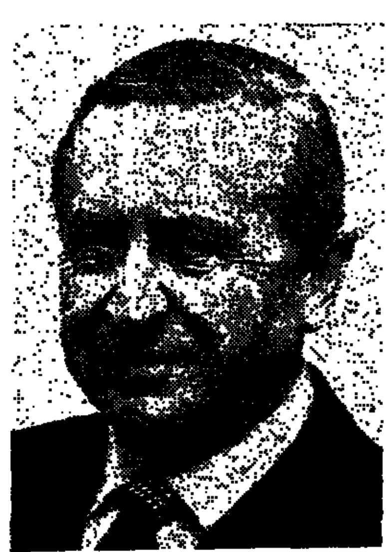
Die Chancen für wirkungsvolle „vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen", die sich bisher auf militärisches Gebiet beschränken, sind gering, wenn man sie an acht Jahren Erfahrungen bemißt und von der sowjetischen Wirklichkeit ausgeht. Von den NATO-Staaten sind die Abmachungen bisher eingehalten worden. In den Ostblockstaaten wurden sie dagegen nur restriktiv beachtet oder umgangen und in den Jahren 1980 bis 82 nur zum Teil befolgt. Das sind die Tatsachen.

Im fundamentalen Unterschied zu den westlichen Demokratien haben für die totalitären Regime kollektivistischer Gesellschaftsordnung Souveränität, Sicherheit und Systemstabilität absolute Dominanz. Dafür ist die wichtigste Stütze eine Atmosphäre des Geheimniszustandes – eben im Unterschied zur offenen, individualistisch ausgerichteten Gesellschaft des Westens. Diese ist bekanntlich von sowjetischen Organen weitestgehend durchdrungen und in ihrem Sicherheitssystem voll durchschaubar. Der Kreml benötigt daher gar keine „vertrauensbildenden Maßnahmen" im Westen, hat aber ein vorrangiges Sicherheitsinteresse, seinen eigenen Geheimniszustand zu erhalten.

Zur Erkenntnis dieser realpolitischen Situation Moskaus, über welche in Washington offenbar Klarheit besteht, muß sich Bonn anscheinend noch durchringen und daher über Stockholm hinaus eine alternative Politik in Reserve halten. Die Alternative kann dann nur sein, auf die für den Kreml eindeutige und feste Haltung Washingtons und auf die auf Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit gegründete Eindämmungspolitik einzuschwenken sowie unmißverständlich zu machen, daß die schlaue „Leninsche Friedenspolitik" nicht mehr greift. Das ist eine der Chancen in Stockholm für Bonn, nämlich die zu einer Wende in der Politik des Außenministers.

Die andere dem Westen in Stockholm gegebene Chance ist die zu einer eigenen politischen-publizistischen-propagandistischen Offensive, zu einer geistigen Offensive also, die längst fällig ist. Der deutschen Öffentlichkeit bietet Stockholm schließlich die Chance, daß deutsche Außenpolitik nicht mehr nach innenpolitischer Opportunität und parteipolitischer Ideologie behandelt wird. Dazu sind wir nämlich allein zu klein, und ein europäischer Zusammenschluß ist noch zu fern.

### GAST-KOMMENTAR



Günter Poser, Konteradmiral a.D. FOTO: DIE WELT

## IM GESPRÄCH Jeanne Sauvé

# Im Namen der Queen

Von Manfred Neuber

Zum ersten Mal in der Geschichte Kanadas übernimmt eine Frau den Posten des Generalgouverneurs, wenn in diesem Monat der deutschstämmige Edward R. Schreyer nach fünfjähriger Amtszeit ausscheidet. Auf Vorschlag von Premierminister Trudeau ernannte Königin Elizabeth II., Kanadas Staatsoberhaupt, Jeanne Sauvé (61) zu ihrer Statthalterin in Ottawa.

Frau Sauvé machte schon Schlagzeilen, als sie 1979 als erste Abgeordnete zum Speaker des kanadischen Unterhauses gekürt wurde. Sie hatte es bei dieser Aufgabe nicht leicht, weil ihr von den männlichen Kollegen frostige Skepsis entgegenschlug. Politik und Parlamentsarbeit sind in Kanada noch vornehmlich Männersache.

Die Parlamentspräsidentin brachte zwar Kabinettserfahrung mit, kannte sich anfangs aber in den Gepflogenheiten des Unterhauses nicht so gut aus. Inzwischen erwarb sie jedoch auch den Respekt der politischen Gegner. Nur einige Hinterbänkler, die sich von dem weiblichen Speaker übergangen fühlten, beschwerten sich und schenkten ihr ein Opernglas.

Frau Sauvé achtete im Unterhaus wie eine gute Hausfrau auf Sparsamkeit. Innerhalb von zwei Jahren nach Übernahme des Speaker-Postens strich sie 18 Millionen Dollar aus dem zu ihrer Verfügung stehenden Budget und kürzte die Bezüge von mehr als hundert der 3000 Mitarbeiter, die ihrer Aufsicht unterstehen. Das machte sie in Kanada ebenso populär wie ihre resolute Lenkung der vom Fernsehen übertragenen Parlamentsdebatten.

Eine Zeitlang hatten es einige alte Füchse im Unterhaus darauf angelegt, die Lady in der Rolle des Speakers durch Fragen zur Geschäftsordnung und durch knifflige Interpellationen in Verlegenheit zu bringen.

Um möglichst gut gewappnet zu sein, prägte sie sich anhand von Fotografien die Köpfe aller 281 Abgeordneten ein – und lernte dazu deren



Bezwang die widerborstigen Kollegen: Jeanne Sauvé FOTO: DPA

Namen und Wahlkreise auswendig. Genauso gründlich beherrschte sie die Geschäftsordnung und die ungeschriebenen Regeln des kanadischen Parlaments.

Jeanne Sauvé ist seit 1948 mit dem Geschäftsmann Maurice Sauvé verheiratet; sie haben einen 24 Jahre alten Sohn. Ihr Mann gehörte früher dem Parlament und der Regierung als Minister für Bergbau und für ländliche Entwicklung an. Ihre Posten im Kabinett hatten mit der Umwelt, Kommunikation und Technologie zu tun.

Gebürtig aus Prud'Homme in der Provinz Saskatschewan, wurde Jeanne Benoit in einem Konvent erzogen. Nach dem Studium in Ottawa und Paris begann sie ihre berufliche Karriere als Journalistin in Montreal. Später arbeitete sie für den Schauspieler- und Schriftsteller-Verband. Ins Unterhaus zog sie zum erstenmal 1972 ein.

Auf einem Parteitag der Liberalen unterstützte Frau Sauvé den Herausforderer des Regierungschefs, John Turner. Spötter behaupten, Trudeau habe sich mit der Berufung einer Frau auf den Posten des Speakers „rächen" wollen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### LE FIGARO

**Das Pariser Blatt schreibt zur Affäre Kießling:**

Ohne die ganze Wahrheit abzuwarten, hat der sozialdemokratische Oppositionsführer Vogel von Bundeskanzler Kohl den Rücktritt von Verteidigungsminister Manfred Wörner gefordert ... Ebenso wie die Affäre Flick in eine Affäre Lambsdorff ... umgewandelt wurde, hat sich die Affäre Kießling in eine Affäre Wörner verwandelt. Eine Opposition, der Programm und Führer fehlen, scheint danach zu streben, einen Minister Kohls nach dem anderen zu Fall zu bringen. Falls General Kießling von jedem Verdacht entbunden wird, wie er es fordert, wäre Wörners einziger Fehler gewesen, seine Mitarbeiter und die militärischen Tugenden zu ernst genommen zu haben. Kohl würde einen Mann verlieren, dem nichts vorzuwerfen ist und der vielleicht zur Zeit unersetzbar ist.

### TAGESANZEIGER

**Die in Zürich herausgegebene Zeitung kommentiert die Wochenend-Konferenz der hessischen Grünen:**

Brandt hat ein wichtiges Etappenziel erreicht in seinem Bestreben, die an die Grüne Partei verlorenen Wähler für die SPD zu gewinnen, sie vielleicht in der Zukunft einmal wieder „integrieren" zu können. Daß nicht ein „linker" Sozialdemokrat das rot-grüne Bündnis bewerkstelligt hat, sondern der „rechte" Holger Börner, macht die Sache für Brandt noch besser ... Für die Grünen hingegen ist der Beschluß von Usingen eher der Beginn als das Ende scharfer Auseinandersetzungen ... Das Kernproblem ist, daß viele Grüne in den letzten zwei Jahren ihre politische Haltung geändert haben und den Sozialdemokraten heute nicht mehr feindlich gegenüberstehen; eine andere Gruppe, die „Fundamentalos", hat jedoch ihre Einschätzung der Sozialdemokratie nicht revidiert ... So geschah es, daß in Usingen „Fundamentalisten" den „Realpolitikern" fast wortgleich jene Vorwürfe gemacht haben, die die Grüne Partei im Wahlkampf 1983 noch der SPD entgegenschleuderte. Solche scharfen Gegensätze, die an die Substanz gehen, wird die Grüne Partei auf die Dauer nicht verkraften können.

### FINANCIAL TIMES

**Die New Yorker Wirtschaftszeitung befaßt sich mit der europäischen Kritik an Reagans Wirtschafts- und Finanzpolitik:**

Eine Ironie bei der gegenwärtigen Erholung der USA-Wirtschaft ist, daß das Ausmaß der weltweiten Ablehnung der hinter Präsident Reagans Wirtschaftspolitik stehenden Grundsätze direkt proportional zum praktischen Erfolg dieser Politik gewachsen ist. Der Ausblick auf die US-Wirtschaft, der am Sonntag von der OECD veröffentlicht wurde, ist das jüngste Beispiel dafür. Die Anerkennung, daß die USA sich nun „einer der eindrucksvollsten Kombinationen von starkem Wachstum mit niedriger Inflation in den letzten Jahrzehnten" erfreuen, ist nur das Vorspiel zu fortdauernder Kritik an Präsident Reagans Hauptfehler, der die mittelfristige Zukunft der USA und der gesamten Welt düster erscheinen läßt: Dieser Fehler ist natürlich die Unfähigkeit der US-Regierung, ihr Haushaltsdefizit unter Kontrolle zu bringen.

# Der tiefe Sturz des Startbahn-Gegners Schubart

**Hessens Grüne spüren die Verlockungen der Macht / Von Dankwart Guratzsch**

Alexander Schubart, der weiland suspendierte Frankfurter Magistratsdirektor und nun auch ausmanövrierte Startbahn-Rebell, ist ein geschlagener Mann. Auf der Landesversammlung der hessischen Grünen in Usingen am vergangenen Wochenende mußte der grauhaarige Krauskopf, der einmal eine „massenhafte Bewegung" unter Einschluß der DKP entfesseln wollte, seine bisher schwerste politische Niederlage einstecken. Von den 1000 Grünen, die über die Zusammenarbeit mit der SPD abstimmten, applaudierte ihm nur noch ein Häufchen.

Dabei hatte Schubart seinen bisher tiefsten Kniefall vollzogen, als ihm der Satz über die Lippen kam: „Die bauliche und technische Fertigstellung der Startbahn-West wird hingenommen." Allein, Schubart wollte mit der Forderung nach Einsetzung einer Expertenkommission wenigstens in letzter Minute noch die Inbetriebnahme verhindern. Die Grünen durchschauten das Manöver, den sich anbahnenden Kompromiß mit der SPD doch noch in letzter Minute zu stören – und ließen Schubart ins Leere fallen. Nachdem ihm bereits im Herbst im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) beim Verusch, in den Vorstand einzuziehen, der Boden unter den Füßen weggezogen worden war, kann es für den Startbahnhelden ein Sturz ins Bodenlose werden.

Der Fall Schubart zeigt sehr gut, welche Entwicklungsprozesse bei den hessischen Grünen die Wende zum Parlamentarismus und zur Zusammenarbeit mit der SPD eingeleitet haben. Vorausgegangen sind nämlich zahlreiche Bündnisse auf lokaler Ebene – eins in Kassel und drei im Einzugsbereich der Startbahn West: in Rüsselsheim, Darmstadt (dort jeweils über Freie Wählergemeinschaften) und in Groß-Gerau. Dabei haben die Grünen, sinnbildlich gesprochen, rotes „Blut" geleckt und erfahren, wie sich grüne Politik über „Positionspapiere" mit der SPD in die Parlamente tragen läßt.

Die „Waldspaziergänge" an die Startbahn mit Ölzeug, Gummistiefeln und den fragwürdigen „Trophäen" von Verletzungen erschienen diesen Erfolgen gegenüber mehr und mehr als nutzloses Kasperletheater. Gleichzeitig schmolz die Anhängerschaft in den früheren „Kampfgebieten" rapide. Das einstige „Standbein" der Grünen, die „außerparlamentarischen Bewegungen", litt unübersehbar an Muskelschwund.

In Usingen bekamen es die Kritiker der rot-grünen Zusammenarbeit aus den eigenen Reihen zu hören. Hätten bei den Verhandlungen mit der SPD 150 000 Startbahngegner demonstriert oder hätten 100 000 an den Zäunen des Kernkraftwerkes Biblis gerüttelt, dann hätten die Grünen mehr herausschlagen können – aber wo wart Ihr da? wurden sie gefragt.

Die da rhetorisch fragten, wußten es natürlich besser. Sie hatten die Sprecher der Bürgerinitiativen und Öko-Institute nämlich selbst als „Sachbeistände" an der Vorbereitung der Verhandlungen beteiligt und ihre Forderungen formulieren lassen. Auch wenn davon bei weitem nicht alles realisierbar war – die Initiativen dankten ihnen diese Einbindung in die Politik mit breiter Zustimmung von Biblis bis Hanau, von Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen bis Schwandorf in Bayern.

Aber schwierig wird es jetzt nicht nur für die „Stamokaps" und die Statthalter des KB, des Kommunistischen Bundes, bei den Grünen, die nach wie vor auf den ausserparlamentarischen Kampf setzen und sich plötzlich ohne Truppen sehen; schwierig wird es auch für jene Sozialdemokraten, die bei den Verhandlungen mit den Grünen Hintergedanken hatten. Sie hatten auf die Spaltung der Umweltpartei, auf ihre „Politikunfähigkeit" gesetzt und darauf gehofft, nach Usingen die Weichen für eine seriöse Wendung der Landespolitik stellen zu können. Nun aber ist auch die SPD in den Prozeß weiter eingebunden und muß die Probe auf Willy Brandts undeutliche Vision von der „neuen Wahrheit links von der Union" machen.

Nichts was auf diesem Weg an unumstößlichen demokratischen, oder im engeren Sinne, sozialdemokratischen Positionen in die Diskussion gezogen wird, ist entscheidend, sondern was im Zwischenbereich des „Prozesses" in Gang kommt. Die Grünen wissen das sehr gut und sehen sich auf einer neuen Woge des öffentlichen Aufsehens und sogar schon der Akzeptanz. Karl Kerschgens, der Mentor der Verhandlungen mit der SPD, sprach davon, daß „noch nie so ausführlich über die Ziele der Grünen" öffentlich berichtet worden sei, schon begännen sich die Verwaltungen „auf die neuen Mehrheiten einzustellen".

# Nichts spricht für die Autobahngebühr außer Rache

**Das schier unerschöpfliche Ferienthema „Autobahngebühr" hat jetzt die bayerische SPD um eine weitere Variante bereichert, nämlich um die Forderung nach einer Schwerlastabgabe. Die Verkehrsexperten schütteln darüber ebenso den Kopf wie über die Abgabe für Ausländer, die an den Stammtischen so hoch im Kurs steht.**

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Alle Jahre wieder – meistens zur Sommerzeit, wenn die Bundesbürger aus dem Süden zurückkommen und sich dort über die Abgaben auf den Autobahnen geärgert haben, findet sich ein Abgeordneter, der die bisherige freie Fahrt für Ausländer in der Bundesrepublik stoppen will. Jetzt kochte der CSU-Abgeordnete Dionys Jobst das Thema zur Weihnachtszeit an.

Sein Parteifreund, Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, ließ im Gegensatz zu früheren Ministern Milde walten, er zeigte Verständnis, obwohl die Experten seines Hauses von der Sache nichts halten und dies auch mit Argumenten untermauert haben.

Immerhin: 77 Prozent der deutschen Führerscheinbesitzer plädieren für eine Autobahngebühr für Ausländer, so jedenfalls eine Umfrage. Aber: Was besagt eine solche Zahl schon, wenn gleichzeitig 96 Prozent für die Abschaffung aller Gebühren, also auch der im Ausland, sind? Und: „Rache ist in der Politik kein guter Ratgeber", meinte daher auch ein Beamter im Verkehrsministerium.

Sein Minister ficht daher auch in den verschiedenen europäischen Gremien für den Abbau und die Beseitigung der Gebühren. „Obwohl sich noch kein Erfolg abgezeichnet hat, werde ich meine Bemühungen um die Beseitigung der Autobahngebühren im Ausland intensiv fortsetzen", versichert Werner Dollinger. Allerdings will er keinen Zweifel daran lassen, „daß die Bundesrepublik Deutschland als wichtiges Transitland in Europa nicht allein und auf Dauer eine Insel der Freizügigkeit bleiben kann".

Nun gibt es allerdings nicht überall in Europa Autobahngebühren. Erhoben werden sie in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien, in Österreich auf dem Brenner und auf mehreren Tunnelstrecken sowie in der Schweiz auf zwei Grenztunnel. Freie Fahrt herrscht dagegen in den Benelux-Staaten und in Skandinavien.

Die Autofahrer aus diesen Ländern würden von einer deutschen Gebühr in erster Linie getroffen. Denn sie, nicht die Droschkenkutscher aus dem Süden sind die wichtigsten Transitkunden auf den deutschen Straßen. Bei ihnen würde die Tendenz wachsen, ebenfalls Gebühren einzuführen, wenn sich die Bundesrepublik auf diese Ebene begeben sollte.

Mit dem Ziel, einen freien Binnenmarkt in Europa zu verwirklichen, würde sich all dieses kaum in Einklang bringen lassen. Im Jahr der Europa-Wahlen würden die Kontrollen noch zunehmen, die der EG-Wirtschaft schon jetzt rund 30 Milliarden Mark im Jahr „kosten".

Läßt sich in der Bundesrepublik ungeachtet dieser Argumente eine Autobahnbenutzungsgebühr überhaupt einführen? Die Experten im Verkehrsministerium empfehlen immerhin eine Prüfung durch die Verfassungsressorts, ob die Abgabe nicht dann auf allen öffentlichen Straßen erhoben werden müßte. Dieses würde dann in der Wirkung auf eine zusätzliche Kfz-Steuer hinauslaufen.

Eine Verrechnung mit der Kfz-Steuer für deutsche Benutzer scheidet wegen des Diskriminierungsverbots und des Verbots der Schlechterstellung nach dem EG-Vertrag aus. Umgehen ließe sich dies wohl nur, wenn die Entlastung bei der Kfz-Steuer zeitlich so weit vor der Einführung der Autobahngebühr liegen würde, daß dann ein Zusammenhang nicht mehr hergestellt werden könnte. Aber dann würde ein Konflikt zwischen Bund und Ländern drohen. Denn die Kfz-Steuer fließt in die Kassen der Länder, sie würden einen Ausgleich verlangen.

Bei der Einführung einer Gebühr würden die Bürger dann gleich mehrfach zur Finanzierung von Autobahnen herangezogen. Bisher erfolgt sie schon über die Mineralölsteuer und aus dem Bundeshaushalt.

Wenn trotz rechtlicher Bedenken versucht werden sollte, nur die Autobahnbenutzer zu treffen, dann muß mit einer „Abwanderung" auf die Bundesstraßen gerechnet, sie muß befürchtet werden. Die Zahl der Verkehrsunfälle würde dann wohl noch weiter steigen, wie schon der Blick in die Statistik zeigt. So gab es 1982 je eine Milliarde Fahrzeug-Kilometer auf den Autobahnen 171 Unfälle mit Personenschäden, wovon neun Todesfälle waren, während es auf den Bundesstraßen 971 und 44 und auf Landesstraßen 1236 und 51 waren. Überdies würde die Verkehrsverlagerung zu weiteren Lärm- und Abgasbelästigungen an den Durchgangsstraßen führen.

Schwierig würde auch eine Erhebung der Abgabe. Bei den vorhandenen Auffahrten scheidet sie wohl aus, weil allein der notwendige Stauraum nicht vorhanden ist. Überdies gibt es in der Bundesrepublik vergleichsweise erheblich mehr Auffahrten als in Frankreich und Italien. Und zwar im Durchschnitt alle 6,2 Kilometer auf deutschen Autobahnen gegenüber 16 und 12 Kilometer in den beiden anderen Ländern. Hier wird auch die andere Funktion der deutschen Autobahnen deutlich. Sie sind als Schnellstraßen in das Verkehrsnetz integriert. Dagegen stellen sie in anderen Ländern häufig nur ein zusätzliches Angebot für eine raschere Verbindung dar. Dies zeigt sich daran, daß eine gebührenfreie Straße häufig parallel verläuft.

Es bliebe noch das Plakettenverfahren, bei dem sich die Deutschen ihren „Freibrief" für die Autobahnen bei der Post, beim Finanzamt oder bei Sonderstellen beschaffen würden, während sich die Ausländer ihn an der Grenze kaufen müßten. Der Verwaltungsaufwand wäre erheblich.

Letztlich spricht dagegen auch das Argument, was immer wieder gegen ein Bußgeld für Gurtmuffel vorgetragen wird, nämlich, daß sich eine solche Vorschrift nicht kontrollieren läßt. Inländer wie ausländische Fahrer könnten behaupten, sie wollten nur Bundesstraßen benutzen, um die Abgabe zu vermeiden. Eine lückenlose Kontrolle auf den Autobahnen kann es nicht geben.

Und wie steht es um Straßenbenutzungsgebühr für schwere Lastzüge im Fernverkehr? Dies wäre eine gewisse Neuauflage des früheren Leber-Pfennigs. Um ihn rechtlich abzusichern, müßte er sowohl für den Werkverkehr als auch für den gewerblichen Güterfernverkehr eingeführt werden. Als Berechnungsmaßstab kämen sowohl die gefahrenen Kilometer als auch eine Berücksichtigung der Schwerlast in Betracht. Bei Inländern müßte die nicht einfache Erhebung von den Finanzämtern, bei Ausländern an der Grenze vorgenommen werden. Benachteiligt würden durch eine solche Abgabe verkehrsferne Gebiete und ländliche Räume. Die deutschen Seehäfen würden gegenüber der ausländischen Konkurrenz weiter an Boden verlieren.

Ist dies nun alles unter dem Strich nur ein Ferien-Theater? Nicht ganz. Im Ausland wurde die Diskussion über die Gebühren angeheizt. Die französische Regierung hat langfristig die Abschaffung auf ihre Fahnen geschrieben. In Italien ist man noch nicht soweit. Aber auch Paris fehlt das Geld, die zum Teil in Privatbesitz befindlichen Straßen zu übernehmen. Und andere Länder wollen sich angesichts der prekären Haushaltslage eine Einnahmequelle nicht verschütten. Und so werden die Deutschen wohl vorerst in der Verkehrspolitik erfolglos in Brüssel operieren müssen.



Für viele Deutsche beginnt der Urlaub mit Ärger: Autobahngebühren bei europäischen Nachbarn
FOTO: ANNETTE LEYENER

# In Rostow am Don entdeckt der Kreml ein Sündenbabel

**Der heilen Welt des Sozialismus droht Gefahr. Sie kommt aus dem Westen, besteht nicht aus Raketen, sondern aus Jeans, modernster Musik und einer Flut englischer Begriffe. Unter der sowjetischen Jugend sind die „Hajlajfisti" im Kommen. Und die Funktionäre sorgen sich um das sozialistische Seelenheil.**

Von FRIED H. NEUMANN

„Für ein paar ausländische Fetzen verkaufen sie sich nicht nur selbst, uns verkaufen sie! Unseren Stolz und unsere Ehre." Die Empörung der „Komsomolskaja Prawda" galt mehreren 17- bis 20jährigen Mädchen in der Stadt Rostow am Don. Allzu willig hatten sie sich, so fand das Organ des sowjetischen Jugendverbandes Komsomol, auf „Achmed und Jean, Jack und Ali" eingelassen. Ihre Zuneigung wurde mit eingeschmuggelten Jeans, Abendessen im Restaurant und liebenswürdigen Worten belohnt. „Neuankömmlinge aus dem Ausland trauen ihren Augen nicht: So billig ist hier die Liebe?"

Sie sind eben Gentlemen, diese Ausländer, schwärmte Natascha. „Immer so höflich und taktvoll. Nicht *so wie unsere Burschen.*" Die Komsomol-Reporter begnügten sich nicht mit solchen schwärmerischen Auskünften. Auf abschreckende Wirkung bedacht, erforschten sie gründlich den moralischen Sumpf von Rostow am Don und zeigten sich (in einer dreiteiligen Artikelserie) nicht wenig schockiert. Nacktfotos und Gruppensex in der heilen Welt des Sozialismus, wie war das möglich? „Wir halten es eben mit der modernen Liebe wie im Westen", bekannte Ljuba.

„Diese Mädchen werden einmal Familien gründen. Was für eine Erziehung ist von solchen Müttern zu erwarten? Vergaßen sie doch schon jung ihre Würde und Ehre!", wurden kritische Stimmen zitiert. „Was geht euch das an?", konterte eine der jungen Damen, „mischt euch nicht in unsere persönlichen Angelegenheiten. Wir sind erwachsene Leute."

Diese Aufsässigkeit war für die Tugendwächter der Gipfel. Und dann die Gleichgültigkeit, mit der die Umgebung der jungen Leute das unbekümmerte Treiben hinnahm oder übersah. Die Dozenten der Technischen Hochschule, sogar der Direktor, das Personal des Wohnheimes, Amtsvertreter, Komsomol-Funktionäre und manchmal auch die Eltern – sie alle zeigten sich großzügig, nachgiebig oder hilfsbereit. Manche ließen sich selbst in die Aktivitäten der ausländischen Studenten hineinziehen.

## T-Shirts und Jeans im „Goldenen Fell"

Selbst die Miliz wußte von nichts, wenn in Gaststätten, Bars und der Discothek „Goldenes Fell" T-Shirts für 65 Rubel, Jeans für 200, Zigarettenstangen für fünfzig oder zu einem entsprechenden Preis auch Tonbandgeräte den Besitzer wechselten. Denn die Zuneigung zu den Töchtern des Landes war nur eine angenehme Begleiterscheinung geschäftlicher Aktivität. Die Mädchen verhalfen zu nützlichen Beziehungen.

Eine Jurastudentin, nebenbei als Telegrafistin tätig, verhalf dem Araber Asen Adlani außerdem zu häufigen Auslandsreisen. Auf Amtsformularen schickte sie ihm Telegramme, die ihn aus jeweils wichtigem Grund nach Paris riefen. Von dort brachte er neuen Nachschub mit. Die modebewußte Jugend von Rostow zeigte sich bald nur noch in westlichem Dreß, wobei amerikanische Uniformteile mit aufgenähten „Stars and Stripes" und anderen Provokationen der Hit waren. „Eine unverzeihliche Taubheit", ereiferten sich die Komsomol-Reporter. „Als wenn sie nichts von Vietnam und Grenada gehört hätten!"

Weil solche Neigungen im ganzen Land verbreitet sind, holte die Zeitung gleich weit aus, um vor der Verwestlichung zu warnen. Im Auftrag westlicher Geheimdienste arbeiteten „ganze Fabriken und Druckereien" an Erzeugnissen, mit denen die sowjetische Jugend geködert und vom rechten Wege abgebracht werden solle. Videofilme, Schallplatten und Kassetten, mit häßlicher Musik, eine Literatur von zweifelhaftem Wert bis hin zur Pornographie, schließlich auch die attraktiven Kleidungsstücke – mit solchen Lockspeisen versuchten die Diener des Kapitals ihre Opfer für die „bourgeoise Lebensweise" zu gewinnen. Ausländische Händler wie Adlani und einheimische Spekulanten seien ihre Helfer. Wer auf sie und die westlichen Radiosendungen hereinfalle, vollziehe den ersten Schritt zum Verrat.

## Gefahr durch die fremden Sprachen

In der Anfälligkeit sowjetischer Jugendlicher für den westlichen Lebensstil ein Zeichen oppositioneller Auflehnung und des Protestes gegen die ideologische Bevormundung zu sehen, ist die „Komsomolskaja Prawda" nicht bereit. Solche sündhaften Gedanken gehören nicht in die parteigebundene Presse. Statt dessen erklärt sie den Fremdsprachenunterricht zur Gefahrenquelle. Den will sie zwar nicht abschaffen, stellt aber die Frage: Warum ist dieser Unterricht nicht in der Lage, für eine stabile Bürgerwürde beim sozialistischen Nachwuchs zu sorgen? Die „Gedankenlosigkeit" der jungen Leute müsse durch patriotische Gefühle für Volk und Vaterland überwunden werden.

Im Englisch-Unterricht hatte schon ein anderer Autor der Zeitung die Ursache des Übels vermutet. Nach der Auswertung von rund 2000 Leserzuschriften über den „Highlife-Kult" vieler junger Sowjetmenschen, die sich selbst auf russisch „Hajlajfisti" nennen, mußte er betrübt eine völlige Verwilderung der Sprachsitten feststellen: englische Worte überall, selbst Unterschriften und Städtenamen in lateinischer Schrift statt in kyrillischen Buchstaben. „Solche Leute sind Grenzgänger zwischen uns und dem Westen. Zynismus ist ihre Lebensphilosophie. Ihnen fehlt jedes gesellschaftliche Ideal."

Als ein besonders perfides Beispiel zitierte der Autor Losoto den Brief eines zwanzigjährigen Studenten der Volkswirtschaft, der seine abweichende Lebenseinstellung voller Hohn, aber sicherheitshalber anonym zu Protokoll gab: „Klassische Musik habe ich immer gehaßt, ich mochte weder Puschkin noch andere. Warum es einen Mangel an Theaterkarten gibt, habe ich nie verstanden. Ich liebe die phantastische und die Science-fiction-Literatur. Ich habe *modernste* Schallplatten, ziehe mich modisch an, gebe das Geld leicht aus."

„Wir stehen vor der Spitze eines Eisberges, von dem nur der Hang zu Importkleidung und westlicher Musik sichtbar ist. Aber von solchen Äußerlichkeiten führt der Weg zum Seelischen", stellt der Autor beunruhigt fest. Ein Teil der sowjetischen Jugend nehme ohne weiteres westliche Werte an und trenne sich von den eigenen. In ohnmächtigem Zorn hält er den Abtrünnigen vor: „Die Abkehr vom eigenen Volk und der Gesellschaft, die dir alles gegeben hat, führt in die Selbstvernichtung!"

# Grönland sucht nach einer Zukunft außerhalb der EG

**Die Probleme der EG sind zahlreich. Nun wird eines akut, das für Brüssel neu ist: Grönland, autonomer Teil Dänemarks, will die Gemeinschaft zum 1. Januar 1985 verlassen. Ein Vorgang, der eigentlich gar nicht vorgesehen ist. In Brüssel wird darüber verhandelt.**

Von REINER GATERMANN

Die Grönländer reagieren gereizt beim Thema EG, und die Dänen in Kopenhagen werden nervös. Sie befürchten, daß ihren Landsleuten aus dem Eismeer der Geduldsfaden reißen könnte, sie den Brüsseler Verhandlungen den Rükken kehren und sagen: Wir kommen auch ohne Einigung aus der EG raus. Die ungelöste Grönland-Problematik, heute fast ausschließlich auf den Fisch konzentriert, könnte auf den Sicherheitsbereich übergreifen, die amerikanischen Frühwarnsysteme auf der Insel kämen in die Diskussion.

Die Inselbewohner waren von Anfang an gegen die EG und gerieten nur deswegen in sie hinein, weil sie 1972 noch nicht den autonomen Status der Färöer hatten, wo ebenfalls eine Mehrheit nein zur EG sagte. Ihn bekam Grönland erst 1979, und bei einer erneuten Volksabstimmung im Februar 1982 forderten 52 Prozent der Bevölkerung den Austritt. Obwohl die Regierung in Kopenhagen dies für eine Fehlentscheidung hält, fühlt sie sich an ihr Versprechen gebunden, einerseits die Austrittsverhandlungen im Sinne Nuuks zu führen, andererseits jedoch auch zu versuchen, Grönland den Zugang zum EG-Markt zu erhalten.

Für die EG ist die Situation neu: Noch nie wollte ein Land – oder ein Teil davon – die Gemeinschaft verlassen. Unter welchen Bedingungen kann das geschehen? Im Fall Grönland versuchen vor allem die Deutschen, sich im Austausch für den Zugang der Grönländer zum Markt Fischereirechte in den grönländischen Gewässern zu sichern, woher ihre Hochseeflotte etwa 50 Prozent ihrer Fänge holt. Aber von dieser Koppelung wollen weder Grönländer noch Dänen etwas wissen. Der Kopenhagener Außenminister Uffe Ellemann-Jensen: „Die Grönländer sollen nicht dafür bezahlen müssen, wenn sie die EG verlassen wollen." Und er fügt hinzu: „Jede britische Kolonie genießt Zollfreiheit, warum sollten die Grönländer für etwas bestraft werden, was sie im Grund gar nicht verursacht haben?"

## Großer Ärger über die deutschen Trawler

Nun wollen ja die Grönländer um Fischereirechte verhandeln, auch mit den Deutschen, aber dies soll erst geschehen, wenn die Bande zu Brüssel gekappt sind, und dann nach den Regeln der freien Marktwirtschaft. Die Deutschen müßten wahrscheinlich mit anderen konkurrieren. Hiervon erhoffen sich die Grönländer gute Preise. Schließlich wollen sie mit dem Verkauf von Fischereirechten die jetzt aus der EG kommenden Finanzhilfen ersetzen. Diese Kalkulation nimmt ihnen zwar niemand ab, andererseits ist es bisher noch keinem gelungen, sie von dieser falschen Einschätzung zu überzeugen.

Bitter und aggressiv werden die Grönländer, wenn das Gespräch auf die deutschen Trawler kommt, die gegen die Fangbestimmungen verstoßen. Auch nach Ansicht von Ellemann-Jensen sieht dies nach „systematischem Vorgehen" aus. Damit schädigt man die Grönländer sogar zweifach: Einmal fische man ungesetzlich und trage damit zu einer weiteren Zerstörung des bereits stark dezimierten Kabeljaubestandes bei, und zum anderen habe man mit dem Importboykott vielen Grönländern die Versorgungsgrundlage entzogen.

Obwohl kein Jäger auf der Insel Seehundbabys tötet – die Seehunde kommen erst im Alter von etwa zwei Jahren in die grönländischen Gewässer –, finden sie in Westeuropa für ihre Felle auf Grund der Tierschutz-Kampagne keinen Absatz mehr. Vor einigen Wochen mußte in Kopenhagen eine Seehundfell-Auktion mangels Interesse und schlechter Preise eingestellt werden. Das Jahreseinkommen eines Jägers ist auf ungefähr 5000 Mark geschrumpft. Vor ein paar Jahren war es noch mehr als das Doppelte.

45 Prozent der arbeitenden Bevölkerung Grönlands bestreiten ihren Lebensunterhalt mit Einkünften vom *Fisch, und auf ihn will die Regierung* in Nuuk die wirtschaftliche Zukunft der Insel aufbauen. Trotz intensiver Versuche, den Fang auszuweiten, unter anderem auf Garnelen, ist der Kabeljau doch der wichtigste Erwerbszweig geblieben. Aber sein Jungbestand ist in den vergangenen Jahren um 90 Prozent zurückgegangen.

Hierfür sind wahrscheinlich auch meeresbiologische Veränderungen verantwortlich. Aber das, was Außenminister Ellemann-Jensen in Athen gegenüber seinem deutschen Kollegen Hans-Dietrich Genscher als „reguläre Räuberei" bezeichnet, die zudem noch eine kleine und arme Bevölkerung treffe, dürfte ebenfalls ein wichtiger Schadensverursacher sein.

## Geldstrafen und Verlust des Fangs

Nach einer Statistik des Grönlandministeriums in Kopenhagen wurden 1981 vier deutsche Trawler aufgebracht, 1982 waren es neun und 1983 sieben. Am bisher teuersten kam die Raubfischerei vor Grönland einen Fischer, dessen Fall bis zum obersten dänischen Gerichtshof ging. Dort wurde er 1982 zu 54 000 Mark Geldstrafe verurteilt, zudem wurde der Fang im Wert von 459 000 Mark konfisziert.

Dänemarks Außenminister und Jonathan Motzfeldt, Vorsitzender der Regierungspartei Siumut, die sich gern mit den Sozialdemokraten ver*gleicht, haben in jüngster Zeit* versucht, durch bilaterale Kontakte mit Bonn eine Lösung zu finden. Jonathan Motzfeldt ist zudem bestrebt, einen gesunden Ausgleich zu finden zwischen den Folgen der Kolonialisierung der Arktisinsel und dem Bestreben ihrer rund 40 000 Einheimischen und etwa 10 000 Dänen, ihre Kultur zu erhalten, vielleicht sogar etwas von dem Verlorenen zurückzugewinnen, ein nationales Selbstbewußtsein aufzubauen und – trotz der helfenden Hand Dänemarks – ein Eigenleben zu führen. Im Gegensatz zu einem Flügel seiner Partei und der linksaußen angesiedelten Inuit-Partei will Motzfeldt nicht die Reichsgemeinschaft mit Dänemark kündigen.

Das Verhältnis Grönlands zur EG ist emotional stark geladen. Viele Grönländer sind der Ansicht, daß Kopenhagen viel zu weit entfernt liegt, um ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Allerdings bestehen nun umfangreiche familiäre Bande. Parallel zu den guten Beziehungen zu Dänemark möchte man sich aber auch intensiver als früher den Eskimos in Kanada und Alaska zuwenden. Jonathan Motzfeldt: „Es muß ganz klar sein, daß wir es unmöglich akzeptieren können, daß das frühere Kolonialverhältnis zu Dänemark nun abgelöst wird von einer technologischen Diktatur der EG, zu der wir im übrigen auch keine volkliche Gemeinschaft verspüren."

„Grönland befindet sich in einem Befreiungsprozeß", stellt Ellemann-Jensen fest. Die Dänen wollen der Bevölkerung dabei helfen.

## Steinkühler will zehn Milliarden für Investitionen

HH. **Bonn**

Ein öffentliches Investitionsprogramm von jährlich mindestens zusätzlich zehn Milliarden Mark hat IG-Metall-Vize Franz Steinkühler gefordert. Zur Finanzierung sollen die Bezieher von hohen und höchsten Einkommen und die Selbständigen stärker zur Kasse gebeten werden. Steinkühler begründet diese Forderung mit dem Hinweis, daß der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen ständig gewachsen, der Anteil der Gewinnsteuern gesunken sei. Er sieht darin eine „Folge der unsozialen Gesetzgebung und der halbkriminellen Umgehung von Gesetzen. Für die Reichen dieses Landes ist Steuerehrlichkeit ein Fremdwort und Steuerschwindel ein Kavaliersdelikt. Der Sumpf der Wirtschaftskriminalität muß trockengelegt werden".

Kritisch äußerte er sich zur Struktur der Staatsausgaben und sprach von einem Mißverhältnis zwischen den Aufwendungen für soziale und militärische Zwecke. Der Kampf gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel durch Aufrüstung müsse mit dem Kampf gegen die Einsparung öffentlicher Mittel durch soziale Demontage verbunden werden.

## Warschau ließ Priester verhören

dpa, **Warschau**

Der wegen seiner Sympathien für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" bekannte Warschauer Priester Jerzy Popieluszko ist von der Polizei rund zwei Stunden verhört worden. Popieluszko wird vorgeworfen, in seiner Wohnung illegal Waffen, Munition und Untergrundliteratur aufbewahrt sowie in seinen Predigten das Priesteramt „zum Schaden der Volksrepublik" mißbraucht zu haben.

Aus der Umgebung des Pfarrers verlautete, daß Popieluszko während der Vernehmung die Aussage verweigerte. Popieluszko bestreite auch weiterhin, daß die während einer Hausdurchsuchung nach Angaben der Behörden bei ihm gefundenen Gegenstände von ihm in die Wohnung gebracht worden seien. Der Priester war nach dieser Hausdurchsuchung kurze Zeit vor Weihnachten zunächst festgenommen, jedoch auf Ersuchen der Kirche wieder freigelassen worden.

# Ben Ari nennt Erklärung von Möllemann unpassend

**Israelischer Botschafter weist auf Kanzler-Besuch hin**

*RAFAEL SELIGMANN*, **Bonn**

Als „wenig hilfreich" für die gegenwärtigen Bemühungen für Frieden im Nahen Osten hat der israelische Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben Ari, die jüngsten Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, bezeichnet. Der FDP-Politiker, der auch Präsident der deutsch-arabischen Gesellschaft ist, hatte am vergangenen Freitag in Düsseldorf erklärt, Bonn warte auf die Waffenwünsche Saudi-Arabiens. Gleichzeitig warnte Möllemann Israel vor einem übersteigerten Sicherheitsbedürfnis. Möllemann bei gleicher Gelegenheit: Die Bundesrepublik Deutschland und ihre europäischen Partner sollten Israel zu größerer Kompromißbereitschaft gegenüber Jordanien bewegen (WELT v. 14. 1.).

Gegenüber der WELT sagte Ben Ari dazu: „Israel hat wiederholt seine Bereitschaft erklärt, mit Jordanien zu verhandeln. Es ist daher unlogisch, daß wir uns gegenüber europäischen Staaten zu Kompromissen verpflichten. Dies kann nur in direkten Verhandlungen mit den Konfliktpartnern geschehen."

Die Erklärung Möllemanns bezeichnete der israelische Diplomat als unpassend. Dies gelte besonders für den Zeitpunkt: „Dabei beziehe ich mich auf die Bemühungen mehrerer Staaten, gegenwärtig Friedensgespräche im Nahen Osten einzuleiten. Unsere arabischen Nachbarn, und hier insbesondere Jordanien, sind immer noch der unrealistischen Meinung, daß Europäer und Amerikaner für sie ‚die Kastanien aus dem Feuer holen' können. Amman versucht nach wie vor, direkte Friedensgespräche mit Jerusalem zu vermeiden." Die Forderung nach einseitigem Druck auf Jerusalem bestärke Hussein lediglich in seiner Haltung, „den Sprung ins kalte Wasser nicht zu wagen, also direkt mit uns zu sprechen".

### Konflikte beilegen

Israel wünsche nichts sehnlicher als eine Aussöhnung mit seinen Nachbarn. Der jüdische Staat wolle „alle Konflikte auf diplomatischer Ebene beilegen", sagte Ben Ari. Israel lehne daher entschieden vermehrte Waffenlieferungen in die Region ab. „Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland oder eines anderen Staates an ein arabisches Land, das sich im Krieg mit Israel betrachte, sind weder ein internes noch ein bilaterales Problem dieser Staaten – sie beeinflussen vielmehr Krieg und Frieden in diesem Raum."

Dies gelte insbesondere für Saudi-Arabien. Denn nach Ansicht des israelischen Botschafters besteht eine Diskrepanz zwischen den Zusagen Riads an potentielle Waffenlieferanten und den wirklichen Absichten dieses arabischen Landes. Ben Ari: „Ich möchte jeden Lobbyisten für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien bitten zu überlegen, wie man derartige Erklärungen Riads beurteilt. Man sollte hier unterscheiden zwischen Erklärungen saudiarabischer Politiker gegenüber deutschen Stellen, daß diese Waffen nur für die Verteidigung des eigenen Hoheitsgebietes benutzt würden und Stellungnahmen derselben Politiker im arabischen Raum. Darin wird gesagt, daß Saudi-Arabien nicht bereit ist, irgendwelche Einschränkungen beim Gebrauch dieser Waffen zu akzeptieren." Nach wie vor sei das erklärte Ziel Saudi-Arabiens kein Frieden mit Israel, sondern die Eroberung Jerusalems.

### Gute Beziehungen

Entschieden weist Ben Ari den Vorwurf Möllemanns zurück, Israel versuche die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland unter Kuratel der Beziehungen zum jüdischen Staat zu stellen. Jerusalem habe niemals gefordert, so Ben Ari, „daß die Bundesrepublik Deutschland oder irgendein anderes Land, keine guten Beziehungen mit der arabischen Welt entwickeln sollte. Im Gegenteil, es sind die arabischen Staaten, die in der Vergangenheit so gehandelt haben und es auch gegenwärtig versuchen".

Abschließend sagte Ben Ari, er hoffe, daß die Stellungnahme Möllemanns keine Störung für die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers nach Israel bedeutet: „Ich glaube, daß die israelische Öffentlichkeit Staatsminister Möllemann auch als Präsidenten der deutsch-arabischen Gesellschaft kennt. Ich hoffe daher, daß seine Erklärungen in Israel als im Interesse der arabischen Welt angesehen werden und nicht als Teil des Dialogs zwischen Deutschland und Israel."

## Union will mehr Gerechtigkeit bei Wehrdienst erreichen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl ist entschlossen, noch in diesem Jahr eine Lösung zu finden, mit der „mehr Wehrgerechtigkeit" erreicht wird. In der christlich-liberalen Koalition wird mit Sorge gesehen, daß gegenwärtig sehr starke Jahrgänge von jungen Männern zur Ableistung des Grundwehrdienstes heranstehen, so daß nur ein Teil von ihnen zur Bundeswehr gerufen wird. Etwa 40 Prozent eines Jahrgangs werden deshalb gegenwärtig zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht faktisch nicht herangezogen.

Mit dieser Problematik unter anderem will sich der Arbeitskreis der Verteidigungspolitiker der CDU/CSU-Fraktion am kommenden Freitag und Samstag in Bonn auf einer Klausurtagung befassen. Bislang ist offen, für welchen Lösungsweg zur Erzielung von Wehrgerechtigkeit sich die Abgeordneten der Union entscheiden werden. Vor der Klausurtagung wurden von Fachleuten verschiedene Möglichkeiten durchdacht, die sich zum einen auf die Einführung einer sogenannten Wehrsteuer für Nichtdienende richten, zum anderen aber eine Entlastung für Dienende zum Ziel haben würden.

Der „Wehrsteuer" werden dabei am wenigsten Chancen der Realisierung eingeräumt. Dieses Projekt wurde bereits vor Jahren von der Adorno-Kommission in einer Untersuchung zur Wehrstruktur als nicht durchführbar erklärt. Als besonders hinderlich dabei wurde der große Verwaltungsaufwand angeführt. Mehr Chancen geben die Experten hingegen einem Modell, das die Entlastung oder Belohnung der jungen Männer nach ihrem Grundwehr- oder Zivildienst ermöglichen würde. Gedacht wird an die Schaffung eines Steuernachlasses oder auch an die Gewährung eines zinslosen Darlehens, mit dem dem jungen Mann entweder die Gründung einer Familie erleichtert oder seine weitere Berufsausbildung mitfinanziert wird. Man denkt an eine Größenordnung von mindestens 10 000 Mark. Bei rund 240 000 Grundwehrdienstleistenden und weiteren 60 000 Zivildienstleistenden jährlich würden soviele Darlehen den Bundeshaushalt mit rund drei Milliarden Mark belasten.

# „Erneuerung der SPD in Niedersachsen notwendig"

**Schröder sieht gute Chancen für Spitzenkandidatur**

C. GRAF SCHWERIN, **Hannover**

Der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder schätzt seine Chance, auf dem Landesparteitag der SPD im Sommer zum Spitzenkandidaten gegen Ernst Albrecht für die Wahlen 1986 aufgestellt zu werden, „durchaus gut ein", erklärte er in einem Gespräch mit der WELT. Schröder, der sich aus eigenem Antrieb um die Spitzenkandidatur beworben und gegen den der SPD-Landesvorstand die ehemalige Familienministerin Anke Fuchs aufgestellt hat, ist Vorsitzender des größten Parteibezirks in Niedersachsen, der auf dem Parteitag 96 von 200 Delegierten stellt.

Aber auch außerhalb seines Bezirks habe er in Diskussionen den Eindruck gewonnen, daß die Parteibasis „die Notwendigkeit der Erneuerung der Partei inhaltlich wie personell" durchaus begriffen habe. „Diejenigen, die Anke Fuchs aufgestellt haben, verfolgen damit das Ziel, diesen Neuanfang zu verhindern. Anke Fuchs ist eine Kandidatin derer, die in den letzten zehn Jahren nicht sonderlich erfolgreich niedersächsische Landespolitik formuliert und gemacht haben."

### Neue Generation

Der 39jährige Politiker sieht sich als Repräsentant einer neuen Generation in der Partei, der neuen Politik der SPD in der Opposition. Aber es bedürfe nicht nur „der Erneuerung des Spitzenkandidaten, sondern auch der Spitze" der SPD in Niedersachsen. Es gehe darum, das, „was es an sinnvollen Aktivitäten der Partei überall gibt, auch im Landtag, an der Spitze zu bündeln und glaubwürdig nach außen zu vertreten", um die absolute Mehrheit der CDU im Lande zu brechen. Dies könne nur gelingen, wenn die SPD ihre Politik deutlich gegen die der CDU abgrenzt, wieder zur klaren Opposition zurückfindet.

Als Vorsitzender der Jusos hatte Schröder begonnen, die jungen Sozialisten zur Auseinandersetzung mit den Denkanstößen der Grünen zu bringen. Einer unveröffentlichten Meinungsumfrage zufolge würde sich Schröder 1986 in der Opposition allein mit den Grünen wiederfinden, die FDP käme nicht in den Landtag zurück. Wenn es der SPD gelänge, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen, müßte er die Unterstützung der Grünen für eine Minderheitenregierung suchen.

„Ich bin für ein sehr rationales und deutliches Verhältnis zu den Grünen. Es kann keine Koalitionsaussage, auch nicht augenzwinkernd, für eine Partei vor der Wahl geben, sondern die SPD muß deutlich machen, daß sie alleine um die Rückkehr an die politische Macht kämpft." Schröders Ziel ist ein Zweiparteienparlament, um 1990 die absolute Mehrheit zu erringen. Gegenüber den Grünen und der FDP werde es, soweit er es verhindern könne, weder eine „Ausgrenzungspolitik noch Anbiederung" geben.

### Keine eindeutige Haltung

Im Verhältnis zu den Grünen spielt die Aussage über die geplanten atomaren Entsorgungsanlagen in Dragahn und Gorleben eine entscheidende Rolle. Die Haltung der Landes-SPD ist hier nicht eindeutig. Sie hat ihre Zustimmung zur Wiederaufarbeitungsanlage gegeben, lehnt aber Dragahn als Standort ab, ohne, wie die FDP, einen anderen Standort zu nennen. „Dies würde ich zu ändern versuchen", meint Schröder, der im übrigen nicht daran glaubt, daß Niedersachsen gegenüber Bayern in der Standortfrage noch eine Chance hat. „Meiner Meinung nach ist das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage sowohl ökonomisch als auch von der zu erzielenden Sicherheit her nicht zu verantworten. Meine Position ist die eines klaren Neins zum einen wie zum anderen Standort (Dragahn und Gorleben). Dies müßte die SPD auch sehr schnell als ihre Position öffentlich formulieren."

Ein anderes zentrales Thema der Landespolitik in diesem Jahr ist die Verabschiedung des Rundfunkgesetzes. Der in anderen Ländern von der SPD angekündigte Glaubenskrieg um die neuen Medien werde in Niedersachsen unter Schröder nicht stattfinden. „Ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß der Norddeutsche Rundfunk, wie er jetzt personell und auch qualitativ ist, nicht einen besonderen Anreiz bietet, um für das öffentlich-rechtliche Rundfunkwesen auf die Barrikaden zu gehen." Die „leidige Suche nach Ausgewogenheit" habe der Qualität geschadet und habe „das Programm zur vollkommenen Konturenlosigkeit verkommen" lassen.

## Hamm-Brücher für Kritik an Genscher gerügt

rtr, **München**

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher ist vom bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner wegen ihrer Kritik an Parteichef Hans-Dietrich Genscher scharf gerügt worden. Brunner warf Frau Hamm-Brücher in einem Brief vor, „der Partei Schaden zugefügt" und „zum wiederholten Mal das Mindestmaß notwendiger Solidarität verletzt" zu haben. Sie sei damit zum „Stichwortgeber des politischen Gegners" geworden. Frau Hamm-Brücher hatte den Vorschlag Genschers zur Schaffung von Eliteuniversitäten als „Position des bildungspolitischen Ellenbogenliberalismus" kritisiert.

Brunner erklärte, Frau Hamm-Brücher habe die Haltung Genschers „falsch dargestellt". Genscher habe stets deutlich gemacht, daß es ihm „um die Förderung von Leistungseliten bei gleichen materiellen Zugangsmöglichkeiten für alle jungen Menschen" gehe. Es sei im übrigen auch eine Geschmacksfrage, ob man Genscher gerade im DGB-Organ „Welt der Arbeit" zu einer Zeit „krankheitsbedingter Reaktionsunfähigkeit" angreife.

## Freiheit Glistrups von kurzer Dauer?

rtr, **Kopenhagen**

Der dänische Steuer-Rebell Mogens Glistrup ist gestern aus dem Gefängnis entlassen worden, nachdem er bei den Wahlen vor sechs Tagen erneut ins Parlament gewählt worden war. Dies teilte die Gefängnisverwaltung mit. Die Freilassung des wegen Steuerhinterziehung zu drei Jahren Gefängnis verurteilten Glistrup wurde aufgrund des Immunitätsprinzips für Parlamentsmitglieder verfügt. Allerdings erwarten Beobachter, daß Glistrup bereits bei der ersten Sitzung des neuen Parlaments am 24. Januar die Immunität wieder entzogen und er aus dem Parlament ausgeschlossen wird.

Glistrup war erst am vergangenen Donnerstag aus dem offenen Strafvollzug geflüchtet und kurze Zeit darauf wieder festgenommen worden. In Dänemark ist im Zusammenhang mit dem Glistrup-Fall eine politische und juristische Kontroverse über die Immunitätsproblematik ausgelöst worden. Im Juli 1983 war der ehemalige Millionär bereits einmal aus dem Parlament ausgeschlossen worden.













# CDU und FDP bieten Börner Gespräche an

DW. Frankfurt

Nur wenige Stunden nach der Entscheidung der hessischen Grünen für eine Zusammenarbeit mit der SPD im Wiesbadener Landtag haben CDU und FDP dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner Gespräche über die „unverzügliche Bildung einer stabilen Landesregierung angeboten". Die Landesvorsitzenden von CDU und FDP, Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt, erklärten nach einer gemeinsamen Konferenz, eine Kooperation von SPD und Grünen bedeute eine „Gefährdung für das Land Hessen". Deshalb sei die Bildung von einer parlamentarischen Mehrheit der Landesregierung unumgänglich.

In dem Beschluß der Landesversammlung der Grünen sehen CDU und FDP keine feste Grundlage für Regierungsbildung und Landespolitik in Wiesbaden. Es sei noch nicht einmal gesichert, ob und mit welchem Inhalt der Haushalt 1983 beschlossen werden könne.

Die Grünen argumentierten, jetzt stehe die „Vertragsfähigkeit" der Sozialdemokraten auf dem Prüfstand. Die Landtagsgruppe der Grünen verlange von der SPD eine „klare Antwort" auf das Angebot einer längerfristigen Zusammenarbeit. Der Abgeordnete Kerschgens erklärte, die Sozialdemokraten müßten nun zeigen, ob sie entsprechend ihrem Parteitagsbeschluß vom November 1983 Hessen als „Gegengewicht" zu der derzeitigen Bundesregierung aufbauen wollen. Kerschgens drängte zur Eile: Die Verhandlungen zwischen SPD und Grünen könnten bereits am 30. Januar fortgesetzt werden. Dabei müßten „handfeste Abmachungen" erzielt und auch umgesetzt werden.

# IG Druck beharrt auf Forderungen

dpa, Stuttgart

Vor Beginn der Verhandlungen über die Forderung der IG Druck und Papier nach der 35-Stunden-Woche in der Druckindustrie am 18. Januar in Frankfurt sind die konträren Standpunkte beider Tarifpartner deutlich zutage getreten. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Ernst Ferlemann, unterstrich vor Journalisten die „absolute Notwendigkeit" einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze in dieser Branche zu schaffen. Dagegen lehnte der sozialpolitische Sprecher des Bundesverbandes Druck, Manfred Beltz Rübelmann, die geforderte Arbeitszeitverkürzung, die auch mit dem Verlangen nach einem Rationalisierungsschutz gekoppelt ist, „strikt ab". Die Forderung der IG Druck nach der 35-Stunden-Woche würde für die Druckindustrie eine Gesamtbelastung von über 18 Prozent bringen.

# Gericht stoppt Bau des Kraftwerks Ohu

DW./rtr, Regensburg

Das Verwaltungsgericht Regensburg hat gestern einen Baustopp für das Kernkraftwerk Isar II (1350 Megawatt) in Ohu bei Landshut verhängt. Es hob die erste Teilerrichtungsgenehmigung des bayerischen Umweltministeriums vom Juli 1982 auf, gegen die eine 44jährige Bäuerin geklagt hatte. Das Gericht begründete seine Entscheidung vor allem damit, daß der Genehmigungsbescheid „unbestimmt" sei. Das Umweltministerium überblicke offenbar den Inhalt des Genehmigungsbescheids selbst nicht; so lasse sich beispielsweise nicht feststellen, welche von mehreren hundert Unterlagen die jeweils gültigen seien. Auch seien bei einem Änderungsbescheid die Vorschriften über die Beteiligung der *Öffentlichkeit* verletzt worden. Das Gericht ordnete aufschiebende Wirkung an. Es geht davon aus, daß das 5,4-Milliarden-Projekt, das 1988 fertiggestellt sein sollte, sich nun um drei bis vier Jahre verzögert. Die Bauherren des Reaktors wollen den bayerischen Verwaltungsgerichtshof anrufen.

# Historisches Museum oder nur ein Geschichtsforum?

## Befürchtung nach Hearing: Berlin vergibt große Chance

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Noch bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin im vergangenen Jahr hatte Bundeskanzler Helmut Kohl die Gründung eines Deutschen Historischen Museums in der ehemaligen Reichshauptstadt, wenn auch nicht angemahnt, so doch nochmals auf die Unterstützung dieses Projekts von seiten der Bonner Regierung hingewiesen. Immerhin hält der Kanzler eine Institution zur Veranschaulichung der deutschen Nationalgeschichte in Berlin für so wichtig, daß die Verwirklichung dieses Projekts zum Bestandteil seines Regierungsprogramms geworden ist.

Seither wird in Berlin mit deutscher Gründlichkeit über dieses Projekt diskutiert, räsoniert, meditiert. In Experten-Hearings streiten sich Museumsfachleute mit Historikern und unter sich. Gutachten werden produziert, Politiker informiert, Kritik an dem Projekt vor allem von der Berliner Kultur-Lobby inszeniert.

Mit wachsendem Unbehagen, ja zum Teil mit Betroffenheit, wird von Vertretern der Bonner Regierungsszene das auf der Bühne des Berliner Reichstagsgebäudes inszenierte Experten-Hearing beobachtet. Hinter vorgehaltener Hand wird gefragt, ob die „Provinzialisierung" des Denkens in Berlin schon so weit vorangeschritten sei, daß die einmalige Chance einer einmaligen Institution der Stadt nicht begriffen werde, einer Institution, in der versucht werden soll, den Deutschen darüber Auskunft zu geben, was war, woher wir kommen, und was ist, wo wir stehen. Die Bonner Befürchtungen scheinen nach *dem letzten Experten-Hearing* keineswegs unbegründet zu sein.

### „Wütende Empfindlichkeit"

Berlins Kultursenator Volker Hassemer hat offenbar das ursprüngliche Konzept eines Museums für Deutsche Geschichte bereits stillschweigend begraben. Anders läßt sich kaum erklären, daß in der Einladung des Kultursenators zum zweiten Hearing nur noch von einem „Forum für Geschichte und Gegenwart" die Rede ist. Für das Projekt eines Geschichtsforums machten und machen sich zwar nicht nur, aber doch vor allem diejenigen stark, die von vornherein der Idee eines Deutschen Historischen Museums skeptisch gegenüberstehen. Sie plädieren dafür, daß der Gropius-Bau unmittelbar an der Mauer, in dem die Preußen-Ausstellung stattfand, nicht in Zukunft allein von einem Deutschen Historischen Museum genutzt, sondern zum Experimentierfeld für Ausstellungen unterschiedlicher Art wird.

Der Berliner Verleger Wolf Jobst Siedler konnte sich daher auch nicht verkneifen, auf die wenig überzeugende „wütende Empfindlichkeit", auf das „Pathos im Kampf um den Besitzanspruch" am Gropius-Bau hinzuweisen. Nachdem das Gropius-Haus vor zwanzig Jahren zum Abriß freigegeben worden sei, habe sich bis vor kurzem niemand für den heruntergekommenen Gründerzeitbau interessiert.

### *Aushöhlung einer Idee*

Der Erlanger Historiker Michael Stürmer warnte bereits auf dem ersten Hearing nachdrücklich vor einem Forum für Geschichte, das ja experimentell sein solle und überhaupt keine Grenzen setze. An der Mauer neben dem nicht mehr vorhandenen Prinz-Albrecht-Palais nun alle möglichen „Lustbarkeiten" zu veranstalten, und seien sie noch so progressiv, halte er für geschmacklos.

Der Verlauf der Diskussion im Berliner Reichstagsgebäude hat tatsächlich deutlich gemacht, daß der Gedanke eines Forums für Geschichte die Gefahr einer Verwässerung und Aushöhlung der ursprünglichen Idee eines Deutschen Historischen Museums in sich birgt, einer Institution bei der es nach den Worten von Stürmer darum geht, deutsche Geschichte in ihrer Wechselwirkung und im Vergleich mit der europäischen Geschichte *begreifbar zu machen.*

Die Diskussion über ein Deutsches Historisches Museum in Berlin erweckt unwillkürlich Erinnerungen an ein anderes Projekt, dessen Verwirklichung auch einmal in einer Regierungserklärung angekündigt wurde: die Nationalstiftung.

Steht einem Deutschen Historischen Museum in Berlin ein ähnliches Schicksal bevor? Kultursenator Hassemer begründet sein Einschwenken auf ein Forum für Geschichte und Gegenwart damit, daß nur so die erforderliche Zustimmung der FDP im Abgeordnetenhaus zu erreichen sei. Hat er auch die mahnenden Worte des Münchener Museumsfachmanns Stöltzl bedacht, *daß Berlin drauf und dran sei, sich* mit dieser Geschichte furchtbar zu blamieren?

# Grüne: Bastians Wünsche sind nicht zu erfüllen

## Weitere Abgeordnete könnten eigene Forderungen stellen

*STEFAN HEYDECK*, Bonn

Bei den Grünen im Bundestag wird befürchtet, daß sie den ehemaligen Bundeswehr-General Gert Bastian nicht mehr in ihren Reihen halten können. Gerechnet wird damit, daß er seine Drohung wahrmacht und unter Mitnahme seines Mandats künftig als fraktionsloser Abgeordneter im Bundestag sitzt. Möglicherweise wird es schon heute auf einer Fraktionssitzung zu einer Klärung kommen. Bastian hatte in einem WELT-Gespräch Ende vergangener Woche angekündigt, er wolle sich spätestens um die Monatswende endgültig entscheiden.

Zur Begründung ihrer Befürchtung heißt es bei den Grünen, die von dem 60jährigen *früheren General* in einem Brief und auf einer Klausursitzung erhobenen politischen und organisatorischen Forderungen könnten von den Abgeordneten kaum akzeptiert werden. Sie würden auch nur schwer umzusetzen sein.

Bastian hatte unter anderem heftige Kritik am internen Zustand und der Arbeit der Fraktion geäußert. Der nach seiner Ansicht wachsende Einfluß ehemaliger Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB) müsse zurückgedrängt werden. Diesem Flügel wird allerdings lediglich der Abgeordnete *Jürgen Reents* zugerechnet. Außerdem bemängelte Bastian das Klima in der Fraktion. Er verband dies mit der Forderung nach mehr Solidarität.

Bei den Grünen herrschen über ihn aber auch Verärgerung und Unmut, weil er nach der Klausursitzung am vergangenen Mittwoch, auf der ursprünglich ein Arbeitsprogramm beraten werden sollte, sich in einer Reihe von Interviews mit seinen Beschwerden und Änderungswünschen an die Öffentlichkeit gewandt hatte. Das gilt auch für Petra Kelly. Sie hatte für sich zwar ausdrücklich einen Fraktionsaustritt abgelehnt. Gleichzeitig hatte sie sich mit Nachdruck zu Bastian bekannt und ihre *enge vertrauensvolle Zusammenarbeit* betont.

Wenn Bastian die Fraktion verläßt, werden die Grünen einschließlich Dirk Schneider von der Alternativen Liste (AL) Berlins nur noch 27 Abgeordnete stellen. Das könnten, so wird nicht ausgeschlossen, andere Grüne nutzen, um ihrerseits die Durchsetzung von Forderungen zu erzwingen. Denn wenn noch zwei Abgeordnete fraktionslos würden, ginge der Fraktionsstatus verloren. Die Folge wäre unter anderem, *daß Mittel der öffentlichen Hand* gestrichen würden.

# Tony Benn steht wieder vor der Tür von Labour in Westminster

## Kandidat für Nachwahl im sicheren Wahlkreis von Chesterfield / Neue Flügelkämpfe?

FRITZ WIRTH, London

Tony Benn, das „enfant terrible" der britischen Labour Party, befindet sich auf dem Weg zu einem parlamentarischen Comeback, und die britische Presse behandelt dieses Ereignis, als halte ein politischer Belzebub Einzug in Westminster. Die Labour Party im Wahlkreis Chesterfield ernannte am Sonntag abend Benn mit großer Mehrheit zu ihrem neuen Unterhauskandidaten als Nachfolger für den zurückgetretenen Eric Varley. Die Nachwahl wird Anfang März stattfinden. In Fleet Street hat man bereits begonnen, diese Wahl zum politischen Ereignis des Jahres hochzustilisieren.

Tony Benn war bei der letzten Unterhauswahl nach 30jähriger Parlamentszugehörigkeit in Bristol gescheitert, nachdem die Wahlkreisgrenzen seines Wahlbezirks zu seinen Ungunsten geändert worden waren. Seine Rückkehr ins Parlament war seither jedoch nur noch eine Frage der Zeit und der passenden Gelegenheit. Die Überraschung, mit der sein Comeback in Chesterfield registriert wurde, ist deshalb völlig ungerechtfertigt.

Chesterfield ist seit Jahrzehnten ein sicherer Labour-Wahlkreis. Obwohl man in dieser Stadt bisher meist gemäßigten Labour-Politikern den Vorzug gegeben hat, sollte der linksradikale Tony Benn *keine ernsthaften* Schwierigkeiten haben, sein Unterhausmandat zurückzugewinnen. Der letzte Labour-Kandidat gewann die Wahl in Chesterfield mit einer Mehrheit von 7763 Stimmen.

Tony Benn, der einst seinen Adelstitel aufgab, um wieder für das Unterhaus wählbar zu werden, ist seit etwa zehn Jahren eine Problemfigur innerhalb der Labour Party. Er ist zum Herold der radikalen Linken geworden und kämpft seit der Wahlniederlage Labours im Jahre 1979 mit einigem Erfolg für eine Reform der Labour Party, mit dem Ziel, die Machtstrukturen von der Parteispitze und der Unterhausfraktion an die Parteibasis zu verlagern.



Buhmann der Labour-Gegner: Tony Benn. FOTO: DPA

Er ist mit dieser Kampagne zu einem Ärgernis und schließlich sogar zu einem Erzfeind für die letzten drei *Labour-Führer Lord Wilson, James* Callaghan und Michael Foot geworden. Sie werfen ihm mangelnde Loyalität vor und lasten ihm zugleich die Spaltung der Partei an, die schließlich zur Absplitterung der gemäßigten Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei führte.

Die neue Labour-Führung Kinnock–Hattersley hat das Comeback Benns mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Sie hat in den letzten Monaten mit sichtbarem Erfolg begonnen, die Partei wieder politisch glaubwürdiger zu machen und ideologisch etwas mehr zur Mitte zu rücken. Tony Benn, der nach einem Wahlsieg in Chesterfield mit Sicherheit wieder zur Galeonsfigur des bisher führerlosen linken Parteiflügels werden dürfte, könnte diesen Reformkurs zumindest in den Augen der Wähler wieder in Frage stellen. Die übrigen Parteien jedenfalls registrieren das Comeback Benns mit kaum verhohlener Genugtuung. Sie bekommen mit Benn wieder einen politischen „Buhmann", mit dessen Hilfe sich wirksame Wahlslogans gegen Labour formulieren lassen.

Parteichef Kinnock selbst befindet sich in einem Dilemma. Obwohl er dem linken Flügel nahesteht, hat er seit spätestens zwei Jahren ein gestörtes Verhältnis zu Benn. Das wurde besonders kraß im Jahre 1981 deutlich, als Kinnock die Wahl Benns zum stellvertretenden Parteiführer abblockte.

Andererseits ist die bevorstehende Nachwahl in Chesterfield der erste öffentliche Wählertest für die neue Parteiführung und daher nicht nur bedeutend für Benn selbst, *sondern* zugleich auch ein erstes Vertrauensvotum für Kinnock. Er ist deshalb wohl oder übel gezwungen, in Chesterfield für den ungeliebten Benn die Trommel zu rühren. Es stehen für Labour turbulente und schwierige Wochen bevor.

# In Madrids neuer Armeeführung zählt vor allem militärische Sachkompetenz

## Auch die neue Generation der Offiziere sieht in Franco „Spaniens Scharnhorst"

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Weniger Reform als Adaption", nannte der neue Chef des spanischen Verteidigungsstabes, Admiral Angel Liberal Lucini, die Umgestaltung der spanischen Armeeführung und die vorgesehene Reduzierung der Streit*kräfte – vor allem des unverhältnis*mäßig zahlreichen Offizierscorps. Die Streitkräfte sollen von zur Zeit 326 000 Mann auf 266 000 Mann verringert werden. Und statt der 520 Admirale und Generale wird es in fünf Jahren nur noch jweils die Hälfte von ihnen geben."

### Ein langfristiger Plan

Nach dem neuen System bleibt es bei den Generalstäben der drei Teilstreitkräfte mit je einem Chef für Heer, Marine und Luftwaffe. Sie unterstehen dort dem neuen Befehlshaber des Verteidigungsstabes, gleichzeitig Staatssekretär im Verteidigungsministerium, im Kriegsfall Chef der Streitkräfte auf Anweisung des *Ministerpräsidenten*. Die *neue* Organisation vereinfacht die Armeeführung, paßt sie dem demokratischen Staatsgefüge an. General Franco hatte in seiner Person die zivile und militärische Spitze vereint. Seine Stabschefs erhielten Ministerrang im Kabinett. Sein Nachfolger, König Juan Carlos, erscheint im Rahmen der neuen parlamentarischen Demokratie als Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Artikel 62 der Verfassung). Nur so konnte er während der Besetzung *des Parlaments durch* Oberstleutnant Tejero vor zwei Jahren einen Militärputsch verhindern. Die politische Führung der Streitkräfte hält jedoch längst der neu geschaffene Verteidigungsminister inne. Denn nach Artikel 97 der Verfassung leitet „die Regierung die Verteidigung des Staates".

Für sich in Anspruch nahmen die Putschisten übrigens den Artikel acht der Verfassung. Dieser erste der drei Artikel, die sich mit den Streit*kräften beschäftigen*, verpflichtet die Armee, die „territoriale Integrität" zu erhalten. Gemeint ist hier die Einheit *des Staates. Auch* dies ein *Grund*, weshalb die sozialistische Regierung ihr Versprechen, „mit der ETA Schluß zu machen" (Felipe Gonzalez) ernst nimmt – und dies sogar in Frankreich unter Beweis stellte.

Der langfristige Plan zur Modernisierung der Streitkräfte folgt ihrer geänderten Aufgabenstellung innerhalb des westlichen Verteidigungssystems. Die Armee war aus einem Bürgerkrieg hervorgegangen und im Interesse der inneren Sicherheit über das ganze Land aufgeteilt. Besondere Bedeutung stand in diesem System den elf Generalkapitänen als den Regionalbefehlshabern zu. Nach dem Tode Francos und im Verlauf der Entwicklung zum demokratischen Staat wurden zunächst die Regionaltruppen der Generalkapitäne überflüssig. Der Beitritt zur NATO im Jahre 1982 mußte die inzwischen eingeleitete Umgestaltung der Streitkräfte logischerweise noch weiter *ausdehnen. Moderne Kommunikatio*nen und die Motorisierung kamen hinzu.

Am weitesten hatte sich die Marine den Erfordernissen der Zeit bereits angepaßt. Seit 15 Jahren üben spanische Flotteneinheiten nach NATO-Schema zusammen mit Kriegsschiffen der USA, Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik, der Niederlande und Großbritanniens.

Die hierbei gesammelten Erfahrungen ließen kürzlich einen britischen *Admiral öffentlich erklären: „Selbst*verständlich würde ich mich als Befehlshaber von Gibraltar innerhalb einer NATO-Struktur einem spanischen Abschnittsbefehlshaber unterstellen."

Natürlich suchte sich der sozialistische Verteidigungsminister Narcis Serra als neuen Chef der Streitkräfte einen Mann seines persönlichen Vertrauens aus. Deshalb aber ist Admiral Liberal kein „Anti-Frankist". Der sehr trocken wirkende, aber aufge*schlossene, außerordentlich intelli*gente und tüchtige Offizier war früher auch der engste Mitarbeiter des *Admiral Nieto Antunes*, der seinerseits das besondere Vertrauen Francos besaß. Im übrigen war Angel Liberal maßgeblich an den Stützpunktverhandlungen mit den USA und bei der Eingliederung in die NATO beteiligt. Auch der Stabschef der Luftwaffe ist bereits ein „NATO-Offizier".

Die neuen Offiziere an der Spitze sind nicht „liberaler" als ihre Vorgänger. Sie sind vielleicht sachlicher. Deshalb ändert sich aber ihre Einstellung gegenüber Franco, ihrem früheren Generalissimo, keineswegs. Über 90 Prozent der spanischen Offiziere – und unter ihnen gerade die jüngeren und jüngsten Dienstgrade – sehen in Franco nach wie vor den Schöpfer dieser Armee. Sie betrachten den Caudillo als eine Art Scharnhorst. Er gab ihnen die Disziplin, die den Übergang in das demokratische System möglich machte: „Folgt dem König", war sein letzter Tagesbefehl.

### An Franco erinnert

Was die politische Orientierung des heutigen Offiziers anbelangt, so sei an Franco selber erinnert. Als bekannter junger General der Republik verstand er sich überhaupt nicht mit dem Chef der Falange-Partei, José Antonio Primo de Rivera. Der einzige Politiker, mit dem der Anti-Kommunist Franco schon vor seiner Ernennung zum Generalstabschef der Republik in gewisser Regelmäßigkeit *zusammentraf*, war ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei. Wer dann noch in Rechnung stellt, daß immer mehr Offiziere, die jetzt Majore und Oberste werden, Söhne von Unteroffizieren sind, der versteht, warum der Heeressoziologe und jetzige Abgeordnete der Sozialistischen Partei, Busquets, schon vor Jahren von einem „Nasserismus" unter den Offizieren sprach. Sollten soziale Unruhen sich ausweiten und zu Ausnahmezuständen führen, wäre eher mit *einer* Art Militärsozialismus zu rechnen als mit einer rechten Diktatur.

# Moskau bestätigt Katastrophe im Tunnel bei Kabul

F. H. NEUMANN/DW. Moskau

Mit mehr als einjähriger Verspätung hat die sowjetische Militärzeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) am Wochenende eine Katastrophe in dem 2600 Meter langen afghanischen Salang-Tunnel bestätigt. Nach dem Zusammenstoß eines Tankwagens mit dem Führungsfahrzeug eines sowjetischen Militärkonvois waren am 3. November 1982 in dem Tunnel 2000 afghanische Zivilisten und 700 Sowjet-Armisten verbrannt oder erstickt, hatten westliche Diplomaten berichtet. Die hohe Zahl der Todesopfer war darauf zurückzuführen, daß die Sowjets den Tunnel von beiden Seiten abriegelten, weil sie an einen Angriff der afghanischen Widerstandskämpfer glaubten.

Die sowjetische Zeitung gab aber jetzt lediglich den Tod „einiger Fahrer" durch Abgase zu. Als Ursache des „traurigen Vorfalls" nannte das Blatt einen „plötzlichen" Motorschaden bei einem Fahrzeug. Zugleich rühmte die *Zeitung die Leistungen eines* sowjetischen Oberstleutnants, der mit seinen Soldaten dafür gesorgt habe, daß jetzt der Verkehr durch den höchstgelegenen Tunnel der Welt „wie ein Uhrwerk" abläuft.

Wegen der Gefahr von Überfällen werde der Tunnel nur am Tage befahren, räumt „Krasnaja Swesda" ein. Zu den Aufgaben der sowjetischen Wachposten gehöre es, diese Anschläge zu verhindern. Der Tunnel ist der neuralgische Punkt der wichtigsten Verbindungsstraße zwischen Kabul und der Sowjetunion. Fast der gesamte Nachschub der mehr als 100 000 Mann starken sowjetischen Invasionstruppen quält sich durch die enge, schlecht beleuchtete und mangelhaft entlüftete *Röhre des insgesamt nur zweispurigen* Tunnels in 3363 Meter Höhe.

# Shamir kam zu Haddads Begräbnis

PMR/SAD/dpa, Beirut

Unter Teilnahme der politischen und militärischen Führungsspitze Israels, aber ohne Abgesandte der Regierung in Beirut, haben rund 10 000 Bewohner Südlibanons gestern den christlichen Milizenchef Saad Haddad in seinem Heimatdorf Mardschajun zu Grabe getragen. Der ehemalige Major der libanesischen Armee war am Samstag im Alter von 46 Jahren an Krebs gestorben.

Israels Ministerpräsident Shamir sagte: „Ich bin gekommen, um im Namen der israelischen Regierung und des jüdischen Volkes von einem treuen Freund Abschied zu nehmen." Haddad habe es „auf sich genommen, sein Schicksal mit unserem zu verbinden". Auch Verteidigungsminister Arens, Minister Sharon, Generalstabschef Levy und Oppositionsführer Peres waren anwesend.

Die Nachfolge Haddads ist noch ungeklärt. Sie muß zwischen der libanesischen Regierung, dem Oberkommando der libanesischen Armee und der israelischen Armeeführung ausgehandelt werden. Wie verlautet, ist Jerusalem derzeit bemüht, in „sehr *vorsichtigen Verhandlungen" mit* Beirut den libanesischen Obersten Elias Halil als neuen Kommandanten der rund tausend Mann starken Milizen durchzusetzen. Halil, ein Freund Haddads, gehört den regulären Streitkräften Libanons an. Nach Angaben von informierter Seite hofft Israel, daß Beirut sich mit der Wahl Halils einverstanden erklärt und damit den ersten Schritt zur Eingliederung der Milizen in die reguläre Armee unternimmt.

Gegenwärtig werden die Milizen von den Israelis mit Waffen, Munition, Uniformen und Besoldung versorgt. Diese Truppe ist also in der Praxis den Wünschen der Israelis zugänglicher als dem Willen der Zentralregierung in Beirut.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# Stockholm: Hohes Startgewicht für KVAE

**Morgen Treffen Shultz–Gromyko / Zum Auftakt der Konferenz läßt Palme Tschaikowskys „Nußknacker" tanzen**

R. GATERMANN, **Stockholm**

Wenn heute um 11.30 Uhr Schwedens Ministerpräsident Olof Palme und sein Außenminister Lennart Bodström die Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm eröffnen, haben bereits die ersten bilateralen Kontakte zwischen einem Großteil der angereisten Außenminister stattgefunden. Am Montag standen unter anderem Treffen des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko und seines amerikanischen Kollegen George Shultz mit Olof Palme sowie die abendliche Zusammenkunft der NATO-Außenminister auf dem Programm. Das größte Interesse konzentriert sich jedoch auf den Mittwoch, wenn sich die Vertreter der beiden Supermächte in der sowjetischen Botschaft erstmals seit dem äußerst kühlen Madrid-Gespräch wieder gegenübersitzen werden.

Es ist bezeichnend für diese dritte KSZE-Nachfolgekonferenz nach Belgrad und Madrid, daß viele Delegationssprecher die größten Erfolgsaussichten der Stockholm-Konferenz in den internen Kontakten außerhalb des offiziellen Tagesgeschehens sehen. Darauf setzt auch der gastgebende Außenminister Lennart Bodström, der es besonders begrüßt, daß die 35 Teilnehmerländer aller europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien sowie die USA und Kanada bereit waren, ihre Außenminister in die schwedische Hauptstadt zu schicken, was der KVAE ein erheblich aufgewertetes „Startgewicht" gibt. Daß es soweit kam, schreibt man in Schweden zu einem bedeutenden Teil Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gut.

Laut Bodström haben die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ihren Tiefpunkt inzwischen erreicht, und die KVAE sollte eine gute Basis für eine neue Phase der Entspannungspolitik bilden. Diese Auffassung teilte der ungarische Außenminister Peter Varkonyi, der als erster in der schwedischen Hauptstadt eintraf: „Ich hoffe, Stockholm wird zu einem Wendepunkt in der Arbeit für Sicherheit und vertrauensbildende Maßnahmen und zu einer historischen Fortsetzung der Helsinki-Konferenz." *Der Schwede fügte hinzu:* „In den letzten Tagen war ein versöhnlicherer Ton zwischen Washington und Moskau festzustellen."

Schon einige Tage, bevor die offiziellen Delegationen in Stockholm eintrafen, hatten sich die Friedensaktivisten versammelt, um ihre Marsch*route für die KVAE festzulegen.* Ihre Experten waren sich nicht ganz einig über die Taktik. Während einige meinten, man sollte an die Konferenz ein Maximum an Forderungen stellen und die „Pseudoverhandlungen enthüllen", plädierten andere für gemäßigtes Vorgehen im Rahmen des in Madrid ausgearbeiteten Mandats.

Einig war man sich darin, mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit und durch Kontaktnahme mit den Delegationen für ihre Standpunkte zu werden. Auf einem Treffen der Internationale der Friedensbewegung (IPCC) erklärte das schwedische Mitglied Lars Aangström: „Die KVAE wird darüber diskutieren, unter welchen Voraussetzungen ein Militärmanöver angemeldet werden muß. Soll die Grenze bei 20 000 oder 25 000 Mann liegen? Aber daß der ostdeutsche Führer Honecker Friedensaktivisten für etwas einsperren läßt, was er bei den Friedensaktivisten im Westen lobt, darüber wird man in Stockholm nicht sprechen."

Heute mittag wird in dem modernen Konferenzgebäude in der Stockholmer Innenstadt, das bis Sommer 1983 noch das Parlament beherbergte, der Reigen der 35 offiziellen Redner eröffnet. Die bei dem Vorbereitungstreffen in Helsinki ausgeloste Reihenfolge wurde inzwischen verworfen, die neue Liste wird erst etwa eine Stunde vor Konferenzbeginn fertig. Am Abend des ersten Tages werden sich die rund 300 Delegierten der Kunst widmen können: Auf dem Programm steht Tschaikowskys Ballett „Nußknacker".

# *Herzlicher Empfang für den Papst im roten Rom*

ALFONS DALMA, **Rom**

Allein schon die politische Topographie hebt den jüngsten Besuch des Papstes in einer seiner römischen Pfarreien aus der pastoralen Tätigkeit hervor, die sich der jetzige Bischof von Rom vorgenommen hat und die er so intensiv wie keiner seiner Vorgänger ausübt. Die moderne Pfarrkirche San Giovanni in Colatino steht inmitten eines der problematischsten Stadtviertel Roms. Diese Vorstadt Tiburtina weist unter ihren rund dreihunderttausend Bewohnern einen Anteil von 82 Prozent an Arbeiterfamilien, die verhältnismäßig größte Zahl der kommunistischen Wähler, aber auch einen beachtlichen Durchschnitt von Kleinkriminalität und von Rauschgiftsucht auf.

Ausgerechnet in dieser Umgebung wurde dem polnischen Papst von seiten der Bevölkerung ein überaus herzlicher Empfang zuteil, erlebten aber auch die um ihn versammelten Menschen einen selten so offensichtlich zufriedenen und entspannten Johannes Paul II. Für die Kenner Roms und für die aufmerksamen Beobachter des Wojtyla-Pontifikats ist das keine Überraschung. Die Pfarre Colatino beherbergt seit zweieinhalb Jahrzehnten ein Modellwerk der zeitgemäßen gesellschaftspolitischen Aktivität von Katholiken, getragen von einer Organisation, die gerade durch ihre Erfolge auch immer wieder im Mittelpunkt von Gunst und Mißgunst der Zeitgenossen steht.

Der geistliche Leiter der Pfarre ist ein Mitglied des „Opus Dei". Der Architekt der funktionellen und monumentalen Kirche gehört auch dieser Organisation an. Sein Werk ist auch das Ensemble von vielen um das Gotteshaus gruppierten Gebäudekomplexen, mit Berufsschulen für Feinmechaniker und für das Gastgewerbe, mit akademischen Studentenheimen, Bibliotheken, Turn- und Sportanlagen, Veranstaltungs-, Gesellschafts- und Treffräumen für die Menschen aller Altersstufen, alles geleitet und geführt von Lehr- und Managementkräften derselben Laienorganisation. Dieses Ausstrahlungszentrum des christlichen Lebens in einem unorganisch gewachsenen Stadtteil von entwurzelten, hastig eingewanderten Menschen, die eine amorphe Masse bilden, trägt die Bezeichnung E. L. I. S.: Die Initialen stehen für die italienischen Worte Erziehung, Arbeit, Bildung und Sport. Was diese Art einer christlichen „Basisgemeinschaft" auszeichnet, ist die Bezogenheit auf die positiven Werte der modernen Industriegesellschaft, die Einordnung in eine von Arbeitsleistung bestimmte Organisation des Lebens, die Gleichheit in den moralischen und gefühlsmäßigen Beziehungen ohne Angst vor der natürlichen Verschiedenheit der Begabungen noch vor mutigen Zielen.

Das E. L. I. S.-Zentrum genießt in Rom, in Italien und auch in den Fachkreisen für das sozialpolitische Erziehungswesen einen soliden Ruf. Der päpstliche Besuch war mit einer selbst nach den Maßstäben der schon üblich gewordenen Johannes-Paul-II.-Erlebnisse ein Ereignis von besonderer Stimmung. Nicht nur der Begeisterung und des Jubels, sondern mehr noch der heiteren Vertraulichkeit einer bewußten Gemeinschaft des Glaubens, der Überzeugung und der Lebensziele zwischen dem Bischof von Rom und dieser Pfarrgemeinde.

Es war Wojtylas erster römischer Pfarrbesuch dieses Jahres. Die erste Privataudienz, die er seit Anfang des Jahres gewährte, sah den Prälat del Portillo, der an der Spitze des Opus Dei steht, das Arbeitszimmer des Oberhaupts der katholischen Kirche betreten. Johannes Paul II. hat damit zu verstehen gegeben, wie sehr er sich mit dem Geist und mit der Praxis der Prälatur identifiziert, die 1928 von Josémaria Escriva de Balaguer y Albas und einem halben Dutzend seiner Freunde gegründet worden war. Das Opus Dei selbst zählt heute 72 000 Mitglieder in 42 Staaten und aus 87 Nationalitäten, darunter 1200 Priester.

Die Behauptung, die Vorgänger des jetzigen Papstes hätten dem Opus Dei mißtraut und seinen Aufstieg zu verhindern getrachtet, ist eine von Gegnern oder von innerkirchlichen Rivalen genährte schwarze Legende. Um beim Beispiel des römischen Tiburtina-Zentrums zu bleiben: Pius XII. hatte durch die Schenkung aller zu seinem 80sten Geburtstag erhaltenen Werte die Gründung der E. L. I. S.-Gemeinde erst ermöglicht, Johannes XXIII. hat das Sozialwerk auf die Schiene gebracht und Paul VI. hat es 1965 eingeweiht.

# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Grundgesetz ohne Rabatt*

**„Ein Pfad und drei Holzwege": GEISTIGE WELT vom 7. Januar**

In den sechziger und siebziger Jahren wurde einem schmackhaft gemacht, man sollte auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße verzichten, einmal weil wir für den verlorenen Zweiten Weltkrieg zu zahlen hätten, zum anderen weil dadurch eine Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland, auch „DDR" genannt, erreicht werden könnte. Das von der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1965 vorbereitete Gelände ließ dann die Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition erblühen, doch der Warschauer Vertrag mußte von den rechtlichen und vertraglichen Gegebenheiten ausgehen, weshalb eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze unterblieb.

Jetzt wird uns die neue Version vorgetragen – Professor Dr. Andreas Hillgruber steht nicht allein –, durch einen Verzicht auf Ostdeutschland jenseits von Oder *und* Neiße *käme* die westliche Deutschlandpolitik wieder in Schwung. Es wird von „einer Folge der Aufeinanderschichtung substantiell unvereinbarer Abkommen und Verträge zur Deutschlandfrage von 1945 über 1949, 1952/54 bis hin zu den Ostverträgen 1970-72" gesprochen, womit offensichtlich die Erklärungen der Siegermächte zu Deutschland in den Grenzen von 1937 und gegen die Annexion von Teilen Deutschlands, die Potsdamer Beschlüsse, das Grundgesetz mit seiner Präambel, dem Wiedervereinigungsgebot, und außer den Ostverträgen der Deutschlandvertrag gemeint sein sollen.

Professor Hillgruber behauptet nun, daß „der Wahrung von Rechtspositionen ein allzu großes Übergewicht gegenüber Ansätzen zu einer aktiven Deutschland- und Wiederver*einigungspolitik gegeben wurde".* Er kann doch nicht etwa dem Grundsatz frönen wollen „Macht geht vor Recht": Was scheren mich Rechtspositionen, eine Politik der Gefälligkeit, des Opportunismus und der Anpassung muß betrieben werden, damit der Westen, von Professor Hillgruber mit einem „vielleicht" versehen, Gefallen an einer Deutschlandpolitik finden möge, die immer nur Deutschland bestehend aus der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" im Sinne hat.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 ausgeführt: „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung bleibt bestimmt durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, den Deutschlandvertrag, die *Ostverträge, die Briefe zur* ‚Deutschen Einheit' sowie die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der alle Fraktionen – CDU/CSU, SPD und FDP – zugestimmt haben, den Grundlagenvertrag und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und Juli 1975." Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, Franz Josef Strauß, sagte hierzu im Deutschen Bundestag: „Rechtspositionen sind dann, wenn historisch die Dinge in Bewegung geraten, mächtige Instrumente verfassungsmäßiger Gestaltung oder geschichtlicher Neuordnung mit friedlichen Mitteln."

Wir können daher die Wiedervereinigung weder dadurch erkaufen wollen, daß wir uns dem kommunistischen Konzept anpassen und eine durch Okkupation, Annexion und *Vertreibung zustande gekommene* Linie als Grenze anerkennen, noch dadurch, daß wir aus Gründen einer angeblich atmosphärischen Verbesserung Rechtspositionen preisgeben. Über einen Frieden muß frei verhandelt werden, Vorleistungen dienen nicht nur nicht dem Frieden, sondern erhöhen die Macht des sowjetischen Imperiums, das bekanntlich bis zur Elbe, Werra und Fulda reicht.

Dem Historiker Professor Hillgruber gebührt Anerkennung für die Darstellung und Deutung der Geschichte. Wenn er aber Politik zu *treiben oder zumindest zu beeinflussen* versucht, geht er in die Irre. Wir werden auch weiterhin von ganz Deutschland in allen seinen Teilen auszugehen haben und für ganz Deutschland Politik betreiben müssen, gerade auch unter Berufung auf das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung. Von der Selbstbestimmung gibt es keinen prozentualen Rabatt.

*Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU*

## *Die tägliche Korruption*

**„Wohltätig ist des Feuers Macht": WELT vom 3. Januar**

Warum beschränkt Heinz Pentzlin im zweiten Teil des Artikels die „rechtsbrecherischen Handlungen" auf die Arbeiter und Angestellten, gibt es nicht auch „krankfeiernde" Beamte? Zwar wäre hier nicht die Sozialversicherung, wohl aber doch unser Gemeinwesen betroffen; schließlich sind doch die Personalkosten in den öffentlichen Haushalten nicht gerade die kleinsten Posten.

Ein weiterer, wenn auch nicht immer illegaler Faktor sollte m. E. auch Erwähnung finden, zumal hiervon eine vielleicht bescheidene Auswirkung auf den Arbeitsmarkt zu erwarten wäre: ich meine die sogenannte Nebenbeschäftigung von Fachbeamten. So mancher Auftrag geht den Architektur- und Ingenieurbüros verloren, wenn Fachbeamte aus Bauämtern etc. (manchmal sogar während der Dienstzeit, wie zu lesen war) Gutachten, Statikberechnungen und dergl. für private Auftraggeber anfertigen. Dieses sei nur ein Beispiel aus einem Fachbereich.

Da wir gerade Weihnachten hatten, bietet sich ein weiterer Punkt an. Ich denke an die vielen „Präsente", die sicher nicht ohne Hintergrund die verschiedensten Empfänger in hohen und höheren Etagen erreichen. Beispiel: Eine Brauerei übersendet eine Kiste Bier. Mindestens der Herstellungswert wird beim Unternehmen als PR-Posten in die Kosten gebucht, vermindert also den zu versteuernden Unternehmensgewinn. Der Beschenkte wiederum braucht sich diese Kiste Bier schon einmal nicht im Einzelhandel zu kaufen, somit geht dem Gemeinwesen schon einmal die Mehrwertsteuer verloren. Der ebenfalls verminderte steuerpflichtige Gewinn beim Einzelhändler sei nur am Rande erwähnt. Als Einzelfall mag dieses Beispiel zunächst lächerlich erscheinen, wie jedoch sieht es bei einer Hochrechnung aus? „Wer den Pfennig nicht ehrt . . .", so begann bei uns früher jedes Gespräch über Sparsamkeit – und heute?!

Wenn das Thema „Verantwortungsbewußtsein der Bürger" schon durchleuchtet wird, dann bitte nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten, sondern auch bei Beamten.

*Mit freundlichen Grüßen*
*B. Schulze-Wewezer*
*Hamburg 90*

*Die Redaktion behält sich das Recht vor,* Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## *„DDR"-Einkommen*

**„Für die ‚DDR'-Urlauber ist Ungarn das Mallorca des Ostens"; WELT vom 2. Januar**

*Sehr geehrte Redaktionsmitarbeiter,*

mit regem Interesse habe ich Ihren oben genannten Beitrag gelesen. Ihre Ausführungen zu diesem Thema sind sehr realistisch und vermitteln den Bundesbürgern einen Eindruck von den Problemen der Deutschen im Ostteil unseres Landes.

Ich kenne die Gefühle der „ärmeren" Deutschen, *da ich bis 1981 meine* Zeit dort, „im Land der Arbeiter und Bauern", verbracht habe.

In einem wichtigen Teil Ihrer Berichterstattung stimme ich allerdings nicht mit Ihnen überein. Der Durchschnittsverdienst eines Normal-Verdieners dürfte wohl nicht bei 1000 Mark liegen. Die Summe müßte erheblich darunter liegen! Ein Großteil der Beschäftigten verdient 500 und 600 Mark im Monat. Auch gelegentliche Prämien bringen noch nicht einen Durchschnitt von 1000 Mark.

Aus dieser Sicht ist ein begehrter Ungarn-Urlaub noch schwerer zu realisieren. Daß dennoch so viele von der erschwerten Möglichkeit Gebrauch machen, ist wohl mit dem Gefühl der Freiheit zu erklären, das man aus östlicher Sicht in Ungarn zu spüren glaubt.

Ich weiß, daß ein Verdienst-Vergleich Ost-West schwer ist. Mit richtig ausgewählten Gegenüberstellungen (wie z. B. Benzin 4 Mark oder der andere Wechselkurs zur DM) sind Probleme und Verhaltensweisen der Leute auf der anderen Seite der Grenze hier besser verständlich.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Joachim Ullrich,*
*Filderstadt 1*

## *Bürger 2. Wahl?*

Warum wird den im Ausland lebenden Deutschen das Wahlrecht entzogen und diese damit zu Bürgern 2. Wahl gestempelt? Es wird von uns im Ausland lebenden Deutschen erwartet, daß wir unser Heimatland in der Fremde würdig vertreten. Es kann dies wohl kaum vorausgesetzt werden, wenn man diese Menschen vom Geschehen in der Heimat ausschließt.

Am 22. April 1980 wandte ich mich in gleicher Angelegenheit an den Wahlausschuß des Deutschen Bundestages. Bereits am 30. April 1980 teilte mir das Sekretariat mit, daß die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages es, wie schon in den vergangenen Wahlperioden, abgelehnt hat, der Erweiterung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche zuzustimmen.

Zur Zeit leben meines Erachtens etwa 800 000 Deutsche im Ausland. Während man in Deutschland darüber diskutiert, in Deutschland lebenden Ausländern das Wahlrecht zuzugestehen, vergißt man darüber die Deutschen im Ausland.

Für viele Länder der Welt, z. B. Finnland, ist es selbstverständlich, daß die außerhalb der Landesgrenzen Wohnenden ihr Wahlrecht in der Heimat behalten. Ich meine, daß in einer echten Demokratie alle Bürger gleich und gerecht behandelt werden sollten.

*Mit freundlichem Gruß*
*E. Weißmann*
*Mattsee/Österreich*

## Wort des Tages

„Wir haben die Bibel und die Zeitung nötig. Die Zeitung gibt uns den täglichen Bericht darüber, was in der Menschheit vorgeht. Die Bibel lehrt uns, was diese Menschheit ist, die von Gott so geliebt wird."

**Karl Barth, Schweiz. Theologe (1886 - 1968)**



Bruno Skorpil, Kronberg



# Personalien

### BUNDESPRÄSIDENT

Der „Brotpfennig" des deutschen Bäckerhandwerks erbrachte in einem Jahr eine Spende von 585 000 DM. Das Geld nahm am Montag Bundespräsident **Karl Carstens**, Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe, entgegen. Symbolisch bekam Carstens für die Hungernden in der Dritten Welt ein großes Brot, das er einer karitativen Einrichtung weiterreichen will. In die Villa Hammerschmidt nach Bonn kamen gestern **Hans Baum**, der Vorsitzende des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks, Staatssekretär a. D. **Claus W. Broicher**, Vorsitzender der Deutschen Welthungerhilfe, und deren Generalsekretär **Bernd Dreesmann**. Das deutsche Bäckerhandwerk, das in seinen Verkaufsläden die Sammelbüchsen für seine Kundschaft aufstellt, hat in der jetzt seit drei Jahren laufenden Aktion insgesamt 1,5 Millionen DM gesammelt, die der Welthungerhilfe zur Verfügung gestellt wurden. Das Geld geht in der Dritten Welt in Projekte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft und im Handwerk.

### ERNENNUNGEN

Professor Dr. **Hanspeter Heinz** wurde neuer Vorsitzender der Kommission „Pastorale Grundfragen" des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Professor Heinz ist Ordinarius für Pastoraltheologie an der Theologischen Fakultät der Universität Augsburg. Professor Hanspeter Heinz wird Nachfolger von Professor Dr. **Walter Kasper**, der nach dem plötzlichen Tod des langjährigen Kommissionsvorsitzenden Professor Dr. **Karl Forster** im November 1981 den Vorsitz übernahm.

*

Professor Dr. **Heinz A. Staab**, Direktor der Abteilung Organische Chemie des Max-Planck-Institutes für Medizinische Forschung Heidelberg und Professor für Organische Chemie an der Universität Heidelberg, wurde für die Jahre 1984 und 1985 zum neuen Präsidenten der Gesellschaft Deutscher Chemiker gewählt. In diesem Amt ist er Nachfolger von Professor Dr. **Rolf Sammet**. Professor Staab war Dekan der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät, Prorektor der Uni Heidelberg und jahrelang Mitglied ihres Großen Senats. Staab gehörte auch als Senator der Deutschen Forschungsgemeinschaft an.

### EHRUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt hat Dr. **Ulf Merbold** zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Die Ehrennadel überreichte dem ersten deutschen Astronauten Vorsitzender Professor **Gero Madelung**. Die Gesellschaft würdigte die hervorragenden Verdienste Merbolds und seine wissenschaftlichen Leistungen bei der Spacelab-Mission im All.

# Nordamerika zum Genießen.

| Flug | Strecke |
|---|---|
| **USA, Mexiko/U.S.A., Mexico/EE.U.U.** | |
| LH 400 D10/747 | Frankfurt 10.00 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:35) 12.35 New York |
| | New York 13.35 ☑ (0:55) 14.30 Philadelphia |
| LH 404 747/D10 | Frankfurt 13.30 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:30) 16.00 New York |
| LH 406 D10/747 | Hamburg 11.20 f Ⅰ c ⌓ (0:50) 12.10 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 13.20 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:20) 15.40 New York |
| LH 408 D10/747 | München/Munich 11.10 f Ⅲ c ⌓ (1:10) 12.20 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 13.20 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:20) 15.40 New York |
| LH 422 747/D10 | Frankfurt 13.40 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:10) 15.50 Boston |
| LH 428 747 | Frankfurt 12.50 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (9:50) 16.40 Atlanta |
| LH 430 747/D10 | Frankfurt 13.00 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (9:20) 15.20 Chicago |
| LH 434 D10 | Frankfurt 10.10 f Ⅰ c ☑ (0:50) 11.00 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 12.00 ⊡ ♁ f Ⅲ Ⅰ Ⅱ c Ⅲ Ⅱ (10:15) 16.15 Miami |
| LH 436 D10 | Frankfurt 13.50 ⊡ ♁ f Ⅲ Ⅰ Ⅱ c Ⅲ Ⅱ (10:35) 18.25 Miami |
| LH 438 D10 | Frankfurt 09.50 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (9:40) 13.30 Atlanta |
| | Atlanta 14.30 Ⅱ (2:10) 15.40 Dallas/Ft.Worth |
| LH 450 747 | Frankfurt 10.40 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅰ Ⅱ (11:50) 13.30 Los Angeles |
| LH 452 747 | Frankfurt 10.40 ⊡ ♁ f Ⅲ Ⅰ Ⅱ c Ⅲ Ⅱ (11:25) 13.05 San Francisco |
| | San Francisco 13.55 Ⅱ (1:25) 15.20 Los Angeles |
| LH 480 747 | Frankfurt 09.50 ⊡ ♁ f Ⅲ Ⅰ Ⅱ c Ⅲ Ⅱ (10:50) 13.40 Dallas/Ft.Worth |
| | Dallas/Ft.Worth 15.00 Ⅲ (2:25) 17.25 México |
| LH 650 747 | Frankfurt 10.50 f Ⅰ c ☑ (1:05) 11.55 Hamburg |
| | Hamburg 12.45 ⊡ ♁ f Ⅲ Ⅰ Ⅱ c Ⅲ Ⅱ (8:25) 10.10 Anchorage |
| LH 652 747 | Frankfurt 10.50 f Ⅰ c ☑ (0:50) 11.40 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 12.30 ⊡ ♁ f Ⅲ Ⅰ Ⅱ c Ⅲ Ⅱ (8:40) 10.10 Anchorage |
| LH 401 747/D10 | New York 18.30 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:25) 07.55 Frankfurt |
| LH 403 D10/747 | Philadelphia 19.25 f Ⅰ c ☑ (0:55) 20.20 New York |
| | New York 21.20 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:30) 10.50 Frankfurt |
| LH 407 D10/747 | New York 17.30 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:20) 06.50 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 07.50 f ♀ c ⌓ (0:55) 08.45 Hamburg |
| LH 409 D10/747 | New York 17.30 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:20) 06.50 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 07.45 f ♀ c ⌓ (1:10) 08.55 München/Munich |
| LH 423 747/D10 | Boston 18.20 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:00) 07.20 Frankfurt |
| LH 429 747 | Atlanta 18.10 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (8:25) 08.35 Frankfurt |
| LH 431 747/D10 | Chicago 17.15 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (8:20) 08.35 Frankfurt |
| LH 435 D10 | Miami 17.55 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (8:50) 08.45 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 09.40 f Ⅰ c ☑ (0:55) 10.35 Frankfurt |
| LH 437 D10 | Miami 20.10 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (9:00) 11.10 Frankfurt |
| LH 439 D10 | Dallas/Ft.Worth 17.10 Ⅱ (1:55) 20.05 Atlanta |
| | Atlanta 21.00 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (8:25) 11.25 Frankfurt |
| LH 451 747 | Los Angeles 15.25 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (10:45) 11.10 Frankfurt |
| LH 453 747 | Los Angeles 16.45 Ⅱ (1:20) 18.05 San Francisco |
| | San Francisco 19.20 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (10:45) 15.05 Frankfurt |
| LH 481 747 | México 19.15 f Ⅲ c Ⅱ (2:25) 21.40 Dallas/Ft.Worth |
| | Dallas/Ft.Worth 23.00 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (9:30) 15.30 Frankfurt |
| LH 651 747 | Anchorage 10.20 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (8:40) 06.00 Hamburg |
| | Hamburg 06.50 f ♀ c ⌓ (1:00) 07.50 Frankfurt |
| LH 653 747 | Anchorage 10.20 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (8:50) 06.10 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 07.00 f ♀ c ⌓ (0:50) 07.50 Frankfurt |
| **Kanada/Canada** | |
| LH 442 D10 | Frankfurt 13.10 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:40) 15.50 Toronto |
| LH 444 D10 | Frankfurt 13.10 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:00) 15.10 Montréal 16.00 ☑ (1:15) 17.15 Toronto |
| LH 446 D10 | Frankfurt 13.50 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅰ Ⅱ (9:35) 15.25 Calgary |
| | Calgary 16.20 Ⅱ (1:25) 16.45 Vancouver |
| LH 448 D10 | Frankfurt 13.10 f Ⅰ c ☑ (0:50) 14.00 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 14.50 ⊡ ♁ Ⅲ Ⅱ (8:25) 17.15 Toronto |
| LH 443 D10 | Toronto 18.55 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:40) 08.35 Frankfurt |
| LH 445 D10 | Toronto 17.30 f Ⅰ c ☑ (1:10) 18.40 Montréal |
| | Montréal 19.35 ⊡ ♁ Ⅰ Ⅲ ♀ (7:00) 08.35 Frankfurt |
| LH 447 D10 | Vancouver 18.15 Ⅱ (1:20) 20.35 Calgary |
| | Calgary 21.40 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (9:10) 14.50 Frankfurt |
| LH 449 D10 | Toronto 19.50 ⊡ ♁ Ⅲ ♀ (7:25) 09.15 Düsseldorf |
| | Düsseldorf 10.00 f Ⅰ c ☑ (0:55) 10.55 Frankfurt |

**Zeichenerklärung:**

- 1:25 Flugzeit
- f Erste Klasse
- c Business Class/Economy Class
- ♀ Frühstück
- Ⅰ Imbiss
- Ⅱ Kalte Mahlzeiten
- Ⅲ Warmes Mittagessen, Abendessen
- ⌓ Lufthansa-Snack
- ☑ Leichte Erfrischung
- ♁ Lufthansa's Duty Free Shop
- ⊡ Filmvorführung Hörprogramm auf allen Flügen mit D10 und 747

Lufthansa Flugplan Winter '83/'84, Seite 15: Der Mahlzeitenplan nach Nordamerika.

## Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

## Inflation und Streiks schwächen Israel

SAD/DW. Jerusalem

Das Jahr 1983 hat Israel einen unerwünschten Rekord gebracht – die höchste Inflationsrate seit der Staatsgründung, *190 Prozent*. Im Dezember allein war die Inflation um 11,6 Prozent gestiegen. Bis September, als noch Yoram Aridor Finanzminister war, hatte die Inflationsrate nur 86 Prozent betragen. Aber dies war auf Kosten der Devisenreserven gegangen. Dies wiederum hatte einen schwunghaften – verbotenen – Handel mit fremden Währungen zur *Folge*.

Nach dem Rücktritt Aridors ordnete sein Nachfolger Cohen-Orgad zwei *große Shekel-Abwertungen an*, um den Devisenschwund zu verlangsamen. Dadurch erhöhte sich die Inflationsrate im Oktober sprunghaft und stieg auf 21 Prozent. Doch die radikalen Sparmaßnahmen zeigten Wirkung. Im November sank die Rate *auf 15,2 Prozent und im Dezember* auf 11,6 Prozent. Dies kann als Erfolg für Cohen-Orgad gewertet werden.

*Doch sind die Schwierigkeiten* noch lange nicht vorbei. Auch die jetzige Rate ist auf Dauer für die Wirtschaft ruinös. Die Zinsen für Bankanleihen belaufen sich schon jetzt auf 300 Prozent im Jahr. Der rasche Wertverlust des Geldes spornt zur Flucht in den Dollar oder Waren an. Diese Woche haben mehrere Banken eine Neuigkeit eingeführt: Anla*gekonten, bei denen schon* seit *einigen* Wochen Zinsen gezahlt werden. Schon mit 3000 Schekeln (rund 75 Mark) kann man ein solches Konto eröffnen. Es ist hauptsächlich für Kleinverdiener gedacht, die sicherstellen wollen, daß sie sich in der zweiten Hälfte des Monats für ihr Geld dasselbe kaufen können wie am Monatsanfang.

Die Serie punktueller Streiks in Israel geht weiter. Am Wochenende legten die Post- und Eisenbahnbe*diensteten die Arbeit nieder*. Die übrigen rund 60 000 Staatsbediensteten traten ihre Arbeit mit Billigung des Gewerkschaftsdachverbandes Histadrut erst mit mehrstündiger Verspätung an. Diese Aktionen ebenso wie seit Wochen währende Bummelstreiks bei den Behörden sollen der Regierung deutlich machen, daß die Staatsangestellten nicht gewillt sind, die von Finanzminister Cohen-Orgad geplanten Kürzungen ihrer Gehälter um zehn Prozent hinzunehmen.

## Wird jetzt ein Beamter FDP-Generalsekretär?

### Frau Adam-Schwaetzer kandidiert nicht mehr

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Parteitag der Freien Demokraten Anfang Juni in Münster wird eine deutlich verjüngte FDP-Spitze einsetzen: Mindestens zwei, möglicherweise aber auch vier der neun Präsi*diumsposten müssen neu besetzt* werden. Die Personaldiskussion innerhalb der FDP-Führung hat bereits jetzt, früher als von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher beabsichtigt, begonnen. Sicher ist bisher, daß Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer und *Schatzmeister* Richard Wurbs nicht wieder für ihre bisherigen Posten kandidieren.

Die ursprünglich für den 6. Januar am Rande des Stuttgarter Dreikönigs-Treffens geplanten ersten Nachfolge-Beratungen waren unter anderem wegen Genschers Autounfall auf den 29. Januar verschoben worden. Dann findet in Heilbronn eine Klausurtagung der Führungsgremien statt. Allerdings mußte sich bereits gestern das Präsidium mit dem The*ma befassen, weil durch Indiskretio*nen vorzeitig bekanntgeworden war, daß Irmgard Adam-Schwaetzer sich nicht zu einer Wiederwahl stellen wird. Fest steht, daß sie bereits vor einigen Wochen gegenüber Genscher entsprechende „ernsthafte Überlegungen" geäußert hatte. Dagegen wurden *gestern private* oder politische Gründe dementiert. Sie habe von Anfang an geplant, als sie nach dem Bonner Koalitionswechsel im November 1982 die Nachfolge des zur SPD gewechselten Verheugen angetreten hatte, nur eine Wahlperiode *lang dieses Amt zu bekleiden. Allerdings* wurde schon vor geraumer Zeit das Verhältnis zwischen ihr und Genscher als nicht ohne Spannungen bewertet.

Nach WELT-Informationen wird ihr Nachfolger möglicherweise stärker für das Parteimanagement zuständig sein. Diese Funktion könnte unter Umständen vom ehemaligen Staatssekretär im NRW-Innenministerium, Karl-Friedrich Brodesser, übernommen werden. Im Gespräch ist allerdings auch ein prominenter Liberaler aus Norddeutschland.

Wurbs wird in den nächsten Tagen Genscher schriftlich von seinem Entschluß informieren. Er war 1981 Nachfolger des ermordeten Hans-Herbert Karry geworden. Auch seine Bedingung war damals, nur für eine Übergangszeit im Amt zu bleiben.

## Im engen Schulterschluß wollen Paris und Bonn Europa retten

### *Außen- und Finanzminister erörtern EG-Krise / Vorbereitung des Treffens Kohl–Mitterrand*

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris

*Unter Ausschluß der Öffentlichkeit* haben die Minister Genscher und Stoltenberg zusammen mit ihren französischen Amtskollegen Cheysson und Delors im Schloß von La Celle Saint-Cloud bei Paris gestern vier Stunden lang europäische Fragen erörtert. *Noch in der Vorwoche* war auch die Teilnahme der beiden Landwirtschaftsminister Kiechle und Rocard vorgesehen gewesen, wurde aber am Wochenende zwischen den beiden Außenministerien in Bonn und Paris als „nicht mehr erforderlich" abgesagt. Offenbar traten landwirtschaftliche Probleme bei der Tagung in den Hintergrund. Die beiden Außenminister Genscher und Cheysson flogen am frühen Nachmittag direkt von Paris aus zur Stockholmer Ost-West-Konferenz.

Das Treffen war auf Wunsch der beiden Hauptverantwortlichen Kohl und Mitterrand zustande gekommen, die sich am 2. Februar im Privathaus des deutschen Bundeskanzlers in Ludwigshafen sehen werden. Beiden Staatsmännern liegt an einer schnellen Überwindung der europäischen Krise, die sich im Scheitern der beiden letzten europäischen Gipfel in Stuttgart und Athen manifestiert. Mitterrand will die augenblickliche *französische Präsidentschaft in der* EG nutzen, um die total verfahrene Situation im Agrarmarkt zu beenden und wenn möglich, auch deutsche Unterstützung für sein altes Begehren nach intensiverer industrieller und sozialer Zusammenarbeit in Europa zu gewinnen.

Von einer Lösung vor allem der Agrarkrise aber hängt es ab, ob Europa überhaupt auf dem Wege zu seiner Einigung weiterkommt, ob es eine gemeinsame Außen- und, später, Verteidigungspolitik artikulieren und dann wieder mit einer Stimme zur transatlantischen Schutzmacht Amerika sprechen kann. Mit anderen Worten: Erst *muß* das eigene Haus in Ordnung gebracht werden, ehe Europa nach außen als eigener weltpolitischer Faktor wieder handlungsfähig wird. Das aber ist nur möglich, wenn das Tandem Frankreich–Deutschland in engem Schulterschluß zusammensteht.

Hierzu muß eine Reihe von Schwierigkeiten überwunden werden, die mit den Stichworten Agrarmarktfinanzierung, Abbau der Grenzausgleichszahlungen, britischer *EG-Beitrag, Erhöhung der Ei*genressourcen der Gemeinschaft, Zusammenarbeit in der elektronischen und datenverarbeitenden Spitzenindustrie bezeichnend sind. Es nutzt nichts, war aus deutschen Delegationskreisen zu hören, weiter alle Schwierigkeiten *auf* den englischen Sündenbock zu schieben, anstatt offen unter Deutschen und Franzosen *darüber zu reden*.

Zusätzliche Schwierigkeiten sind seit dem Wochenende durch den Vorschlag des französischen Finanzministers Jacques Delors aufgetaucht, alle Geldtransfers aus Europa nach den USA zu blockieren, um auf diese Weise die Amerikaner zu einem *Nachgeben* in ihrer Hochzinspolitik und zu einem Abbau ihres Haushaltdefizites zu bewegen. Auf deutscher Seite findet Delors keinerlei Gegenliebe für seinen Vorschlag, und auch andere europäische Hauptstädte haben sich bisher schweigend dazu verhalten.

## Mutlangen: Weiter Zweifel an „Entführung"

AP/dpa, Stuttgart

Die Nachrichtensperre im Fall der angeblichen Entführung des 20 Jahre alten Obergefreiten der US-Armee Liam Fowler soll erst durchbrochen werden, wenn *feststeht, ob es sich* wirklich um eine Entführung gehandelt hat. Das teilten gestern die Landespolizeidirektionen Stuttgart I und das baden-württembergische Innenministerium mit. Der Sprecher des Ministeriums sagte, im Fall Fowler gebe es „nichts Neues".

Fowler, der bei der 56. Artillery Group in Schwäbisch-Gmünd stationiert ist, *war am Freitag unter nicht* geklärten Umständen verschwunden und am Sonntag 250 Kilometer entfernt auf einem Bauernhof im bayerischen Miesbach gefunden worden. In der Zwischenzeit hatte er sich telefonisch zweimal bei seiner Frau gemeldet und angegeben, seine sechs deutschen Entführer wollten die amerikanische Presse auf die Opposition der *Deutschen gegen die* Raketenstationierung aufmerksam machen.

Fowler befand sich gestern zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes in einem amerikanischen Militärkrankenhaus in Stuttgart. Wie bekannt wurde, soll vor allem seine geistige Verfassung *untersucht* werden. Nach Angaben aus US-Kreisen war er bereits einmal „auffällig" ge*worden* und hatte angekündigt, daß man noch „Großes" von ihm hören werde. Der Sprecher der US-Armee in Schwäbisch-Gmünd, Major Anthony Maravola, sagte gestern trotz der Nachrichtensperre, Fowler habe bei seiner Vernehmung eine „außerordentlich detaillierte" Beschreibung eines seiner Kidnapper gegeben.

## Kreml warnt den Westen

■ Fortsetzung von Seite 1

rhetorischen Breitseiten gegen Moskau, das „Imperium des Bösen", wie Reagan es noch im *März 1983* nannte. Vielmehr war sie im Ton ganz auf Kooperation und Interessenausgleich mit den Sowjets gestimmt.

Von Stockholm und der KVAE erwartet die Reagan-Administration keine Wunder. Man ist aber froh, daß es dieses Verhandlungsforum noch gibt, wo alle anderen Abrüstungsprozesse vorerst unterbrochen sind. Die Amerikaner sehen die 35-Staaten-Konferenz streng im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß (dem sie sich verdankt). Das heißt: Sie betrachten den Bereich Abrüstung und Vertrauensbildung als Teil des gesamten Hel*sinki-Rahmens, in dem diese Themen* gleichberechtigt neben dem Bereich der Menschenrechte stehen.

„*Die Vereinigten Staaten* bestehen darauf, daß die KVAE im Helsinki-Rahmen bleibt", so erklärte es deutlich der *US-Delegationsleiter* bei der KVAE, Botschafter James Goodby, „und daher werden wir darauf achten, daß ein Gleichgewicht erhalten bleibt zwischen Fortschritt bei den Menschenrechten und Fortschritten im Sicherheitsbereich". Wie unter den Helsinki-Mitgliedsstaaten bereits vereinbart, werden Nachfolge-Konferenzen über die Menschenrechtsthematik (der sogenannte „Korb Drei" der Helsinki-Schlußakte) 1985 und 1986 in Ottawa beziehungsweise Bern stattfinden.

Zusammen mit ihren Verbündeten werden die USA zum Auftakt der KVAE einen Sechs-Punkte-Plan zur Verringerung des Risikos eines Krieges in Europa unterbreiten. Dieser Plan geht auf Vorschläge zurück, die schon in der Helsinki-Schlußakte kodifiziert worden waren, indem er erweiterte Gedanken zum Austausch von Information über Truppenbewegungen, Manöver etc. vorträgt.

## Kohl: Rückhaltlose Information

● Fortsetzung von Seite 1

notwendig, weil das Verteidigungsministerium auch nach der „unheilvollen Entwicklung der letzten Tage" zu einem schonungslos offenen und fairen Verfahren ohne immer neue Geheimniskrämerei" offenbar nicht bereit sei. Diesem Schritt des Generals war am Sonntagabend der Versuch der Hardthöhe vorausgegangen, Kießling mit einigen Zeugen gegenüberzustellen.

Kießlings Anwalt, Redeker, erklärte dazu: „Wenn das Ministerium die Zeugen für glaubwürdig hält, kann ich keinen Grund erkennen, mir die Namen vorzuenthalten." Es sei für jedes Verfahren eine Selbstverständlichkeit, daß der Betroffene vorher über die Person der vorgesehenen Zeugen unterrichtet werde. Für eine mögliche Gegenüberstellung hatte *der Anwalt übrigens verlangt, dazu* eine Persönlichkeit des allgemeinen Vertrauens hinzuzuziehen und als solche den Wehrbeauftragten *des* Bundestages, Karl Wilhelm Berkhan (SPD), benannt. Wie es hieß, sei Berkhan zu dieser Vermittlerrolle bereit gewesen.

Wörner reiste gestern nachmittag *nach Berlin*, um an der *Sitzung* des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilzunehmen. Da offensichtlich auch in den Reihen der Parteifreunde des Verteidigungsministers das Unverständnis über dessen Behandlung der „Affäre Kießling" eher noch im Wachsen begriffen war, mußte sich Wörner im Fraktionsvorstand drängenden Fragen stellen. *Kießling erklärte sich in einem* Gespräch mit der ARD bereit, vor dem Verteidigungsausschuß zu erscheinen.

Die Affäre Kießling scheint nach Ansicht des FDP-Abgeordneten Olaf Feldmann immer mehr „zum Fall des Militärischen Abschirmdienstes" (MAD) zu werden. In einem dpa-In*terview sagte Feldmann, wenn sich* die Beweise gegen den vorzeitig in den Ruhestand geschickten Vier-Sterne-General Günter Kießling als nicht stichhaltig erweisen sollten, habe der MAD „auf jeden Fall nicht ordnungsgemäß observiert". Wenn sich aber herausstellen sollte, daß die jetzt vorgebrachten Zeugen Kießling belasten, „hat der MAD in der Ver*gangenheit versagt*", *betonte* Feldmann. Der FDP-Politiker: „Wenn der MAD noch nicht einmal in der unmittelbaren Umgebung Bonns einwandfrei recherchieren kann, wie sicher können dann sonstige Nachforschungen des Dienstes sein, auf denen in der Vergangenheit wichtige Entscheidungen gefällt wurden?" Gehe man davon aus, daß die Vorwürfe der angeblichen homosexuellen Neigungen Kießlings – obwohl nicht strafbar – doch als „Sicherheitsrisiko" angesehen werden, *dann* hätte er nie General und Vertreter des NATO-Oberbefehlshabers werden dürfen.

## Balkan-Konferenz in Athen eröffnet

rtr. Athen

Die von Griechenland vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer *atomwaffenfreien Zone* auf dem Balkan hat gestern in Athen begonnen. An der Konferenz nehmen Delegationen aus Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien teil. Die Türkei ist durch Beobachter vertreten. Bei der Eröffnung erklärte der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou, die Unterbrechung der Rüstungskontrollverhand*lungen zwischen Ost und West in* Genf und Wien mache die Athener Konferenz doppelt wertvoll.

## Augenmaß tut not

**Mk.** – Die Europäische Gemeinschaft konnte wohl nicht anders, als auf die amerikanische Behinderung der Edelstahlimporte im Sommer mit Gegenmaßnahmen zu reagieren. Und das, obwohl die Zollerhöhung bei Methanol und Venylazetat sowie einigen Geräten und mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen nicht gerade zum Waffenarsenal derjenigen gehören, die sich dem freien Welthandel verschrieben haben. Dies ist keine Reaktion nach dem Motto „wie du mir, so ich dir"; sie ist nach den Spielregeln des Gatt sogar vorgesehen.

Behindert ein Land seine Einfuhren, dann muß es den Betroffenen einen Ersatz an anderer Stelle einräumen; geschieht dies nicht, wie im Edelstahlfall, dann können sie sich selber rühren. Die EG reagierte sogar noch vergleichsweise milde.

Das Argument, daß derjenige, der in Handelsabsprachen eingreift, auch die Folgen spüren sollte, muß die Gemeinschaft auch gegen sich selber gelten lassen, wenn es demnächst um die Beschränkung bei der Einfuhr von Getreide-Substituten gehen sollte. Diesen Verhandlungen sehen die deutschen Handelspolitiker mit einem gewissen Bangen entgegen. Da sich die USA in einem Wahljahr befinden und die protektionistischen Tendenzen noch zunehmen, besteht die Gefahr, daß Porzellan zerschlagen wird, das sich nicht so leicht wieder kitten läßt.

Ein Konflikt zwischen den beiden größten Welthandelsblöcken würde die Hoffnungen auf eine neue internationale Liberalisierungsrunde dämpfen, die von der Bundesregierung für die Mitte der achtziger Jahre angestrebt wird. Es ist also Augenmaß gefordert, denn noch mehr Handelshemmnisse gefährden nur die wirtschaftliche Erholung.

## Warnung?

**cd.** – Budapest hat einen neuen 438-Milliarden-Dollarkredit beim Internationalen Währungsfonds (IWF) lockergemacht, jenem westlichen „Machtinstrument", dessen Hilfe, wie die sowjetische Nachrichtenagentur Tass dieser Tage tönte, mit der Absicht einhergehe, das Empfängerland politisch unmündig zu machen und durch Schulden zu unterjochen. Was mag Moskau wohl bewegen, einem Satellitenstaat die Annahme finanzieller Unterstützung von einer Institution zu gestatten, die nach offizieller sowjetischer Lesart eine Senkung des Lebensstandards in den Empfängerländern bewirkt und mit einer Einmischung in innere Angelegenheiten einhergeht? Enthüllt die in einen Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur gekleidete Beschimpfung des IWF das Unvermögen des Kreml, seine Macht anders als mit Panzern durchzusetzen? Oder sollte sie eine Warnung an die Ungarn sein, die ebenso wie die Rumänen Mitglied im IWF sind? Oder ist die Budapest zugestandene Kreditaufnahme nur ein Eingeständnis, daß der Ostblock Geld braucht, egal woher?

STÄDTETAG / Samtlebe warnt vor Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung

# Absolute Grenze bei Einsparungen und Gebührenerhöhungen erreicht

HEINZ HECK, **Bonn**

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Günter Samtlebe, hat gestern in Bonn davor gewarnt, die Haushaltskonsolidierung in den Städten im Ausmaß der letzten Jahre fortzusetzen. Bei Gebührenerhöhungen und Einsparungen sei die „absolute Grenze" erreicht. Die Ausgabenkürzungen seien vor allem zu Lasten der Investitionen gegangen, „die 1983 um rund ein Viertel unter denen des Jahres 1980 lagen und damit real auf einem absoluten Tiefststand angekommen sind".

Eine Umfrage der drei kommunalen Spitzenverbände – des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages – läßt jedoch für 1984 einen Ausgabenzuwachs um durchschnittlich rund drei Prozent auf gut 156 Milliarden und eine Einnahmesteigerung um etwa 2,5 Prozent auf rund 154 Milliarden Mark erwarten. Das kommunale Finanzierungsdefizit, das gerade in den beiden vergangenen Jahren drastisch von 7,5 auf nur noch eine Milliarde zurückgegangen war, dürfte 1984 auf zwei Milliarden steigen.

Die inzwischen erzielte Konsolidierung sei „weit überwiegend das Ergebnis der eigenen Anstrengungen der Städte und Gemeinden", betont Samtlebe, der auch Oberbürgermeister der Stadt Dortmund ist. Bund und Ländern macht er, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, den Vorwurf, „die prekäre Finanzsituation vieler Städte mitverursacht" zu haben.

Die Einnahmeverluste aus der Senkung der Gewerbesteuer 1983 waren durch eine Verminderung der von den Gemeinden abzuführenden Gewerbesteuerumlage kompensiert worden. Die weitere Ermäßigung der Gewerbesteuer 1984 soll durch die erhöhte Beteiligung der Länder an den Mehrwertsteuereinnahmen ausgeglichen werden. Während Samtlebe die erste Konstruktion für angemessen hält, hat er Zweifel, daß die Länder im erforderlichen Umfang die Mehreinnahmen an die Gemeinden weiterleiten. Genaues ließe sich zwar erst Ende 1984 sagen, jedoch spricht er bereits jetzt von zusätzlichen Belastungen, ohne sie zu beziffern.

Der Deutsche Städtetag befürchtet, daß bis 1987, also zum Ende der Legislaturperiode, kein Einstieg in die Gemeindefinanzreform gelinge. Alle Kommunen fordern, daß die Gewerbesteuer nicht weiter ermäßigt wird, wenngleich Samtlebe kritisch hinzufügte, daß sie durch immer höhere Freibeträge zu einer „Großbetriebssteuer verkommen" sei.

Doch wird befürchtet, daß ungeachtet einer entsprechenden Kanzlerzusage vor allem die FDP und Teile der Union an der ertragsunabhängigen Komponente der Gewerbesteuer (Gewerbekapitalsteuer) drehen möchten. Die kommunalen Spitzenverbände fordern – und folgen dabei Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium und des Sachverständigenrats (Fünf Weise) – eine gründliche und vorurteilsfreie Prüfung der kommunalen Wertschöpfungssteuer ohne jede weitere Verzögerung.

Bei aller Kritik an den Steuerrechtsänderungen 1984 wird auf der Einnahmenseite „eine gewisse Entspannung" registriert. Die verbesserte Konjunktur lasse eine Zunahme der Steuereinnahmen um gut fünf Prozent auf knapp 52 Milliarden Mark erwarten. Allerdings kämen die Mindereinnhmen von über 750 Millionen Mark durch die Senkung der Gewerbesteuer „erst 1985 voll zum Tragen". Bei der zweitgrößten eigenen Einnahmequelle, den Gebühren, wird für 1984 „eine Normalisierung der Steigerungsrate" (plus 3,4 Prozent auf 33,6 Milliarden Mark) erwartet. 1983 lagen die Zuwächse in den Städten durchschnittlich bei oder über zehn Prozent, für die Gemeinden insgesamt bei 7,5 Prozent.

Die Zuweisungen von Bund und Ländern würden 1984 nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder erhöht (plus 4,8 Prozent auf 30,5 Milliarden Mark). Dies gelte allerdings nur für die Zuweisungen für die laufenden Ausgaben. Die weiter sinkenden Investitionszuschüsse (minus 1,4 Prozent auf knapp elf Milliarden Mark) überstiegen dagegen heute kaum das Mitte der siebziger Jahre erreichte Niveau.

FACHEINZELHANDEL

# Ifo: Ertragslage wird sich in Zukunft kaum verbessern

HEINZ STÜWE, **München**

Dem Facheinzelhandel wird es in den kommenden Jahren nicht gelingen, die Umsätze real spürbar auszuweiten und seine Ertragslage insgesamt wesentlich zu verbessern; selbst dann nicht, wenn der private Konsum etwas stärker zunehmen sollte als derzeit. Diesen ernüchternden Ausblick begründet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München vor allem mit dem starken Wettbewerb im Einzelhandel.

Große und discountorientierte Konkurrenten hätten beispielsweise in den letzten Jahren sich schnell umschlagende Sortimentsteile dem Facheinzelhandel entzogen und damit über eine erhöhte Kapitalbindung dessen Kostensituation verschlechtert. Knapp die Hälfte des Einzelhandelsumsatzes fließt heute durch die Kassen des Fachhandels. Für dieses Jahr sieht das Ifo-Institut dementsprechend keinen Grund zu großen Hoffnungen: Zu erwarten sei ein leichter Rückgang der Realumsätze, „allenfalls eine Stagnation".

Im vergangenen Jahr haben die Fachgeschäfte die Talfahrt der Vorjahre stoppen können. Während der Umsatz 1982 preisbereinigt noch um sechs Prozent gesunken war, seien 1983 die Vorjahresumsätze nur knapp unterschritten worden, schreibt das Institut. Der gesamte Einzelhandel konnte allerdings ein – wenn auch bescheidenes – reales Wachstum von 0,5 Prozent verbuchen. Erste Lichtblicke für den Fachhandel sieht Ifo auch bei der Kostenbelastung, die in Relation zum Umsatz „eher leicht nachgelassen" habe.

Dabei ist die Ausgangslage in den einzelnen Sparten höchst unterschiedlich, wie Zahlen aus dem Betriebsvergleich belegen, den das Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln 1982 durchführte. Danach konnten nur die Herrenausstatter mit über 15 Prozent eine Gesamtkapitalrendite erreichen, die als „gut" eingestuft wird. Das Gros der Fachhandelszweige lag unter zehn Prozent, neun Sparten (Tapeten, Spielwaren, Hausgeräte, Kinder- und Babyausstattung, Gemischtwaren, Zoologischer Bedarf, Drogerieartikel, Lebensmittel, Blumen) bewegten sich im negativen Bereich. Für den Facheinzelhandel insgesamt diagnostiziert Ifo im Rezessionsjahr 1982 einen „Substanzverzehr in beachtlichem Ausmaß". Verursacht worden sei er ausschließlich durch die Kostenentwicklung.

Gemessen am Umsatz war das relative Gewicht von Personalkosten (12,3 Prozent), Miete (3,1) und Fremdkapitalzinsen (1,3) weiter gewachsen. Die Möglichkeiten, durch Kosteneinsparung langfristig die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sieht Ifo im Fachhandel eng begrenzt; beispielsweise dort, wo Service und Beratung darunter litten. „Finanzieller Handlungsspielraum kann im wesentlichen nur durch eine Verbesserung der Einkaufskonditionen erreicht werden", folgert das Institut.

# Die Röster rüsten um

Von JAN BRECH

Die einen sprechen von der Stunde Null, die anderen von anhaltenden „Irrungen und Wirrungen". Gespalten hat die deutsche Kaffeebranche ein neues Röstverfahren, das den konventionellen Röstvorgang von acht Minuten auf weniger als drei Minuten reduziert, dadurch die Bohnen und deren Zellen stärker als bisher ausdehnt und deren Ergiebigkeit erhöht.

Die „Revolution am Kaffeemarkt" hatte im Herbst vergangenen Jahres der Abpacker Jacobs eingeleitet, der bis auf seine Spitzenmarke „Krönung" das Sortiment auf Ultra-Kurzzeit-Röstzeit umstellte und als erster mit 400-Gramm-Packungen am Markt erschien. Die Änderung der Füllgewichte kombinierte Jacobs mit einer Preiserhöhung, die zwar das Kilo Röstkaffee verteuerte, die neue 400-Gramm-Packung aber gegenüber der üblichen Pfund-Packung verbilligte.

Die heftige Reaktion vor allem des Hamburger Filialisten Tchibo auf den Überraschungscoup von Jacobs machte deutlich, daß der Wettbewerb am Kaffeemarkt in eine neue Phase getreten war. Tchibo, seit Jahr und Tag erbitterter Widersacher der Bremer Röster, überhäufte Jacobs und den Handel mit einstweiligen Verfügungen, um die Einführungsphase zu erschweren. Im juristischen Feuerschutz überbrückte Tchibo – wenn auch mit Schrammen – die Zeit, die das Unternehmen brauchte, um das eigene Sortiment auf das Kurzzeitröstverfahren umzustellen. Am vorletzten Donnerstag hat nun Tchibo mit Jacobs gleichgezogen.

Der Kaffeemarkt steht damit vor einem Neubeginn. Die Umstellung der beiden größten Anbieter, die zusammen fast die Hälfte des Marktes abdecken, zwingt alle Mitbewerber ebenfalls auf die neue Rösttechnologie umzusteigen. Einige Unternehmen wie Hag/Gf und Melitta rösten bereits, wenn auch mit anderen Verfahren, kurz, andere wie Aldi werden folgen. Entsprechendes gilt für den zweiten großen Filialisten Eduscho.

Auf den Einstieg in das Kurzzeitverfahren kann schon deshalb niemand verzichten, weil erst Jacobs und nun auch Tchibo einen Weg gefunden haben, um zwei der größten Probleme der Branche zu mildern. Auf der einen Seite sparen sie am Einsatz von Rohkaffee, der angesichts fester Preistendenz an den Weltmärkten und explodierender Dollarkurse die Kostenseite enorm belastet. Daß es sich bei diesen Einsparungen nicht um eine „Quantité négligeable" handelt, verdeutlichen ein paar Zahlen. Würde weltweit in den Verbraucherländer kurzzeitgeröstet, könnte der Importbedarf um fünf bis sechs Millionen Sack pro Jahr reduziert werden. Das sind immerhin rund zehn Prozent der Exporte aller kaffeeproduzierenden Länder. Für die Bundesrepublik ergebe sich ein Minderbedarf von 600 000 bis 700 000 Sack; 600 000 Sack Kaffee à 60 Kilo repräsentieren zur Zeit einen Wert von 330 Millionen Mark.

Die höhere Ergiebigkeit des Kaffees, die Jacobs bei einer Röstdauer von nur anderthalb Minuten mit bis zu 25 Prozent und Tchibo (Röstdauer zwei Minuten) mit bis zu 15 Prozent angibt, ermöglicht es den Röstern außerdem, die Umstellung auf die 400-Gramm-Packungen verbraucherfreundlich zu begründen und gleichzeitig die Preise neu zu gestalten. Hier hat die Branche riesigen Nachholbedarf. Auf dem stagnierenden Markt leistet sie sich seit Jahren einen gnadenlosen Wettbewerb, der die Weitergabe stark gestiegener Kosten kaum erlaubt.

Sowohl Jacobs als auch Tchibo haben folglich die günstige Gelegenheit genutzt, die Einführung der 200 und 400-Gramm-Pakungen mit einer Preiserhöhung zu koppeln. Günstig ist die Gelegenheit vor allem deshalb, weil trotz Erhöhung der Kilopreise bei den mit weniger Gewicht gefüllten, in der Größe aber unveränderten Packungen optisch Preissenkungen herauskommen. Die 400-Gramm-Packungen sind durchweg wieder *unter die kritische Preisschwelle* von zehn Mark gerutscht.

Wie die Konsumenten reagieren werden, ist schwer abzuschätzen. Die erst zum Teil erfolgte Abkehr von den gewohnten 250 und 500-Gramm-Pakungen und die eingeschränkte Preistransparenz haben Verwirrung ausgelöst. Nicht umsonst will Tchibo mit „einer offenen Marketing-Konzeption sicherstellen, daß allen Kunden klar ist, wieviel und welchen Kaffee sie kaufen". Sicher dagegen ist, daß es auch unter den neuen Bedingungen am Kaffeemarkt keine Ruhe geben wird. Die jetzt von Tchibo eröffnete Gegenoffensive ist allemal für neue hitzige Auseinandersetzungen gut. Die Kaffeepreise bleiben unter Dampf.

## AUF EIN WORT



„Wenn es gelingt, neue und tragfähige Perspektiven für die Agrarpolitik und für Europa aufzuzeigen, wird es für die Genossenschaften nicht an der Bereitschaft fehlen, notwendige Opfer zu bringen und damit zur Überwindung der Krise beizutragen."

Egon Gushurst, Präsident des Badischen Genossenschaftsverbandes, Karlsruhe

FOTO: DIE WELT

## Unterstützung für Ungarn zugesagt

dpa/VWD, **Bonn**

Die Bundesregierung hat Ungarn ihre Unterstützung bei den Bemühungen um einen Handelsvertrag mit der EG zugesichert. Dies erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht gestern vor der Deutsch-Ungarischen Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, die auch heute noch tagt. Die von Ungarn 1983 beschlossenen Einfuhrbeschränkungen zum Ausgleich seiner Handelsbilanz hätten bei den Gesprächen der Kommission keine Rolle mehr gespielt. Im Handel mit den Ostblockländern liegt Ungarn derzeit nach der UdSSR auf Platz zwei vor Polen und der CSSR. Der deutsch-ungarische Handel betrug in den ersten elf Monaten 1983 3,8 Milliarden Mark gegenüber 3,95 Milliarden im Jahr zuvor.

SPARKASSEN- UND GIROVERBAND

# Dauerhafter Aufschwung bei Einhalten des Kurses

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die wirtschaftliche Belebung in der Bundesrepublik setzt sich verstärkt fort. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband konstatiert eine Zunahme der Erholungstendenzen. Die Aufwärtsentwicklung werde sowohl von der Binnen- als auch von der Auslandsnachfrage getragen. Die deutschen Anbieter profitierten auch von dem schwachen Kurs der D-Mark an den Devisenmärkten. Dadurch *hätten deutsche Anbieter nicht* nur vermehrt Auslandsaufträge auf sich ziehen können, sondern sie hätten auch Importe verdrängt. Die Konjunkturentwicklung sei Ende 1983 zusätzlich dadurch gefördert worden, daß der Begünstigungszeitraum für die Investitionszulage ablief.

Diese Einschätzung deckt sich mit dem, was kürzlich die Vertreter der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute im Bundeswirtschaftsministerium zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts vorgetragen haben. Danach schätzen die Institute die Wachstumsmöglichkeiten für 1984 jetzt etwas günstiger ein als noch in ihrer gemeinsamen Herbstprognose. Damals hatten sie einen Anstieg des Bruttosozialprodukts von zwei Prozent für wahrscheinlich gehalten, jetzt liegen ihre Erwartungen eher bei 2,5 Prozent. Das Kieler Institut hält sogar mehr als drei Prozent für möglich. Dagegen sprechen andere Institute noch von Unsicherheiten auf der Nachfrageseite oder halten die wirtschaftspolitische Wende noch nicht für weitgehend genug.

Nach Ansicht der Sparkassenorganisation könnte sich die gegenwärtige konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zu einem dauerhaften Aufschwung entwickeln, wenn der eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs mit ruhiger Hand fortgesetzt werde, es bei der gut dosierten Abstimmung zwischen der Geld- und Fiskalpolitik bleibe und vor allem, wenn in der anstehenden Tarifrunde ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Ergebnis erreicht würde.

INTERNATIONALE MÖBELMESSE

# Wachstumschancen nach Abbau des Angstsparens

dpa/VWD, **Köln**

Die Möbelwirtschaft hat nach Ansicht des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesbauministerium, Friedrich-Adolf Jahn, allen Grund zum Optimismus. Produktion und Absatz von Möbeln und anderem Wohnbedarf träfen auch wegen der für 1984 erwarteten größeren Zahl fertiggestellter Neubauwohnungen wieder auf mehr Nachfrage, meinte Jahn bei der Eröffnung der Internationalen Möbelmesse in Köln.

Zudem seien der vielfach aufgestaute Nachholbedarf sowie die zunehmende Zahl junger Haushalte Grundlagen für die Erwartung überdurchschnittlicher Wachstumschancen in der Branche. Alle Anzeichen sprächen auch dafür, daß sich das allgemeine Konsumklima weiterhin verbessern und das „Angstsparen" zunehmend abgebaut werde, sagte Jahn.

Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Möbelhandels, Franz Kraemer, wies darauf hin, daß die „Blütenträume" von einem kräftigen und schnellen Wirtschaftsaufschwung nicht gereift seien. Gleichwohl seien die Aussichten für 1984 so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Kritisch äußerte sich Kraemer zu der Tendenz, immer größere Unternehmenseinheiten im Möbelhandel zu schaffen. Das gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der großen Zahl mittelständischer Unternehmen. Bei allem Wettbewerb müsse wieder stärker beherzigt werden, „daß Wohnen mehr ist als durchgestrichene Preise". Der Kunde verlange mehr als möglichst billige Komplettangebote und Standardmöbel ohne besonderen Pfiff.

Auf der Internationalen Möbelmesse werden vom 17. bis 22. Januar 1440 Aussteller aus 35 Ländern die neuen Trends zeigen. Die Ausstellung ist nur für Fachbesucher geöffnet.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Schwächen überbewertet

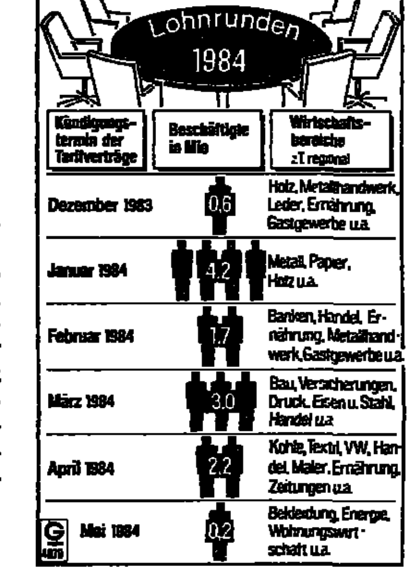
**Bonn** (HH) – Die Forschungs- und Technologiepolitik muß einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und zur Sicherung quantitativen und qualitativen Wachstums erbringen, betonten Forschungsminister Riesenhuber und BDI-Präsident Rodenstock. Bei einem Gespräch stimmten sie ferner darin überein, daß bei der Beurteilung der deutschen Position im internationalen Wettbewerb einzelne Schwächen, etwa in der Mikroelektronik, „nicht überbewertet werden dürfen". Die indirekte Forschungsförderung soll weiter verstärkt werden, um die die Innovationsfähigkeit begünstigenden Rahmenbedingungen zu verbessern.

### Produktion steigt

**Brüssel** (rtr) – Eine weitere deutliche Erholung der industriellen Aktivitäten in der Europäischen Gemeinschaft (EG) konstatiert das Statistische Amt der EG, Eurostat. Wie das Amt mitteilte, nahm die Industrieproduktion der Zehnergemeinschaft im dritten Quartal 1983 gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum um 1,6 Prozent zu. Für Oktober 1983 allein ergab sich nach vorläufigen Berechnungen des Eurostats im Vergleich zum Vormonat allerdings ein Rückgang der Industrieproduktion um 0,7 Prozent, im Vorjahresvergleich dagegen ein Anstieg um 0,5 Prozent. Der saisonbereinigte Index der EG-Industrieproduktion (Basis 1975=100) stellte sich laut Eurostat im Oktober auf 113,4, nach revidiert 114,2 im September. Die Bauindustrie ist in der Statistik nicht berücksichtigt.

### Weitere Kredite in Aussicht

**Washington** (rtr) – Argentinien könnte vom Internationalen Währungsfonds (IWF) nach den Worten des Wirtschaftsministers Bernardo Grinspun neue Kredite in Höhe von 1,3 Milliarden bis 1,5 Milliarden Dollar erhalten. Nach Gesprächen mit dem geschäftsführenden IWF-Direktor Jacques de Laroisiere und Vertretern des US-Finanzminsteriums und der US-Notenbank traf sich Grinspun mit lateinamerikanischen Reportern und sagte, zwei Delegationen des IWF würden im Februar nach Argentinien kommen, um Wege zu einem neuen Abkommen mit dem Fonds zu finden. Ein 2,1-Milliarden-Dollar-IWF-Bereitschaftsabkommen, das noch der argentinischen Militärregierung gewährt worden war, sei jetzt erloschen.




Im ersten Halbjahr laufen die Tarifverträge für rund zwölf Millionen Arbeitnehmer aus. Strittig ist in diesem Jahr vor allem die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Unterschiedliche Auffassungen vertreten die Gewerkschaften zudem bei der Frage nach der Art der Arbeitszeitverkürzung: Weniger Wochenarbeitsstunden (35-Stunden-Woche) oder Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Vorruhestandsregelung). QUELLE: GLOBUS

Ein Bankenkredit von 1,5 Milliarden Dollar aus dem Jahr 1983, von dem nur 500 Millionen Dollar ausgezahlt worden sind, bestehe weiter.

### Notierung ausgesetzt

**München** (VWD) – Handel und amtliche Notierung der Aktien der Ekatit-Riedinger Verwaltungs-AG, Augsburg, sind gestern an der bayrischen Börse bis auf weiteres ausgesetzt worden. Nach Angaben des Börsenvorstands ist nicht auszuschließen, daß im Laufe dieser Woche „über die Gesellschaft Umstände bekannt werden, die auf die Kursentwicklung ihrer Aktien von Einfluß sein können". Die Maßnahme wurde „von Amts wegen" getroffen, ohne daß ein Antrag von außen dazu vorlag.

### Joint Venture mit China

**Peking** (rtr) – China und die American Motors Corp (AMC) wollen gemeinsam einen Geländewagen mit Vierradantrieb bauen und früher als erwartet ein neues Modell entwickeln. Der chinesische Handelsminister Chen Muhua eröffnete am Wochenende das 51-Millionen-Dollar-Gemeinschaftsunternehmen, die „Beijing Jeep Corp Ltd".

ISRAEL

## Inflation auf Rekordhöhe

SAD, **Jerusalem**

Das Jahr 1983 hat Israel einen unerwünschten Rekord gebracht – die höchste Inflationsrate seit der Staatsgründung, nämlich 190,6 Prozent. Im Dezember allein war die Inflation um 11,6 Prozent gestiegen. Bis September, als der vorige Finanzminister Yoram Aridor im Amt war, hatte die Inflationsrate nur 86,14 Prozent betragen. Aber dies war auf Kosten der Devisenreserven gegangen, die schon bis in die Gefahrenzone herabgesunken waren.

Nachdem dann *Aridor* zurückgetreten war, mußte sein Nachfolger Yigal Cohen-Orgad zwei große Shekel-Abwertungen anordnen, um die Flut des Devisenschwundes zu stemmen. Dadurch erhöhte sich die kumulative Inflationsrate im Oktober sprunghaft und stieg auf 21,1 Prozent. Doch die radikalen Sparmaßnahmen, die Cohen-Orgad einführte, zeigten einen, wenngleich bislang nur mäßigen Effekt. Im November sank die Rate auf 15,2 Prozent und im Dezember auf *11,6 Prozent*. Dies kann als Erfolg für Cohen-Orgad gewertet werden. Die Inflationsrate lag sogar unter den Befürchtungen der Experten, die 12 bis 14 Prozent erwartet hatten.

Doch sind die Schwierigkeiten noch lange nicht vorbei. Auch die jetzige Rate ist nicht lange haltbar, ohne das Wirtschaftsgefüge zu erschüttern. Die Zinsen für Bankkredite belaufen sich schon jetzt auf 300 Prozent im Jahr. Der rasche Wertverlust des Geldes spornt zur Flucht in ausländische Währung oder Waren an. Diese Woche haben mehrere Banken eine Neuerung eingeführt: Anlagekonten für Kleinverdiener, die rückwirkend verzinst werden. Schon mit 3000 Shekeln (rund 75 Mark) kann man ein solches Konto eröffnen.



## NAMEN

**Dr. Gerd Wollburg**, stellvertretender der Vorstandsvorsitzender und Finanzchef der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft, wird heute 60 Jahre.

**Dr. Günter Fuchs**, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V. *(WEG)* Hannover, vollendet am 13. Januar das 60. Lebensjahr.

**D. Michael Bachmann** wurde per 1. Januar 1984 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG und der Deutscher Lloyd Versicherungs AG, München, ernannt.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Ahrensburg:** Karl-Heinz Schmal, Holzhändler, Siek; **Beckum:** Hermann Dieckmann, Transportunternehmer, Ahlen 5; **Bochum:** Taxen-Pelani GmbH & Co. KG, Herne; **Cloppenburg:** Maschinenfabrik Garrel GmbH u. Co. KG; **Frankfurt/M.:** WBI Außenhandelsges. mbH; „Boston" Pelze GmbH u. Co. Handels KG; **Göttingen:** Gartencenter-Görringen Hoffmann u. Kaiser OHG; **Hannover:** Helmut Philips, Schlossermeister, Großburgwedel; **Kaiserslautern:** Wilhelm Becker, Inh. Erne Becker, Hochspeyer; **Köln:** Lom Internationale Fruchthandels-Ges. mbH; DUG Dienstleistungsunternehmensbeteiligungs-GmbH; JOMA Bauelemente Handelsges. mbH; **Lippstadt:** F. J. Schlüter GmbH, Anröchte; **Neuwied:** Alfred Warrlich GmbH, Altenburg b. Asbach; **Remscheid:** HEG Handwerker Einkaufsges. mbH & Co. KG; HEG Handwerker Einkaufsges. mbH; **Westerstede:** Geschäftsführ. d. Thermo-Schall Fenster GmbH, Kaufmann Hermann Ludwig Essers; **Wiesbaden:** Hannelore Lorenz, Inh. d. „Le Tricot", Wolladen.

**Anschlußkonkurs eröffnet: *Düsseldorf:*** Vogt-Ripphahn GmbH.

**Vergleich beantragt: Berlin-Charlottenburg:** Brille 54 Augenoptik GmbH; **Detmold:** Computer-Techniker Rüdiger Hartmann, Bad Salzuflen, Inh. d. Elektro-Planung R. Hartmann.

FERROSTAAL / Auftragsebbe bei den Großprojekten – Die Ertragsprognose bleibt günstig

# Chancen für das Stahlgeschäft werden besser

JOACHIM GEHLHOFF, **Essen**

Gähnende Leere herrscht seit fast zwei Jahren bei der Essener Ferrostaal AG im Großanlagengeschäft, das diese Handelstochter des Gutehoffnungshütte Aktienvereins (GHH) im Verbund mit anderen GHH-Konzerntöchtern auf den Weltmärkten betreibt. Neue Aufträge gab es 1982/83 (30. 6.) überhaupt nicht. Sie sind auch jetzt noch nicht in Sicht, denn gleich Vorstandsvorsitzender Hans Singer etliche industrielle Schwellenländer langsam wieder aus ihren tiefsten Devisen- und Schuldennöten aufsteigen sieht.

Ferrostaal wird mit dieser Ebbe offensichtlich gut fertig. Der 1982/83 auf 3,52 (4,12) Mrd. DM mit 64 (61) *Prozent Exportanteil* gesunkene Umsatz brachte dank Abrechnung älterer Anlagenaufträge einen auf 273 (184) Mill. DM erhöhten Rohertrag. Zusammen mit noch 68 (98) Mill. DM Zinsertragssaldo also ein deutlich verbessertes Ertragspotential, das vornehmlich in die erhöhte Auslandsrisiken-Vorsorge gesteckt wurde. Aus konstanten 25,8 Mill. DM Jahresüberschuß erhielt die GHH-Holding unverändert 20,8 Mill. DM Organgewinnabführung.

Nicht schlechter wird es nach Singers Prognose 1983/84 auch für die noch am MAN-Problem schluckende GHH-Holding aussehen. Denn abseits vom noch toten Großanlagengeschäft spürt nun auch Ferrostaal die Konjunkturwende. Die erste Hälfte von 1983/84 brachte Plusraten von 7 Prozent im Umsatz und von 27 Prozent im Auftragseingang. Der Auftragsbestand liegt derzeit mit 2,7 Mrd. DM nur noch um ein Zehntel niedriger als vor Jahresfrist.

Einen Wendepunkt sieht Ferrostaal jetzt auch im Stahlhandelsgeschäft. Hier gehört das Unternehmen mit seinem 1982/83 auf 2 (2,5) Mill. t gesunkenen Absatz, davon noch 0,75 (1) Mill. t aus Export und internationalen Transitgeschäften, zum halben Dutzend der größten deutschen Händler. Der im Berichtsjahr bei „noch kleinem Gewinn" auf 53 (59) Prozent des Gesamtumsatzes *geschrumpfte Stahlhandel* erlebe nun in Mengen und Preisen erste, auch noch vorsichtig zu beurteilende Erholungstendenzen.

Die Vorsicht des Vorstands gilt da besonders dem noch offenen Erfolg des ab Mitte Januar 1984 erneut geknüpften Netzes der EG-Krisenmaßnahmen, das subventionierte Preisschleuderei auf dem europäischen Stahlmarkt durch Rückkehr zu den traditionellen Handelsströmen ausmerzen soll. Zwar rückt der weltbefahrene Ferrostaal-Vorstand ob der nun für jede grenzüberschreitende Lieferung erforderlichen strengen Warenbegleitpapiere den künftigen Stahlhandel sarkastisch in die Nähe der „argentinischen Viehtransporte", wo wegen der vielen Viehdiebstähle längst nichts mehr ohne „Warenbegleitschein" laufen dürfe. Aber Schlaueres für die Bewältigung der Stahlkrise weiß auch er nicht.

Stärker noch als von der Stahl-Erholung profitiert Ferrostaal derzeit vom Aufwärtstrend seines internationalen Maschinenhandels. Der brachte schon 1982/83 (nebst Großauftragsabrechnungen) einen nur um 1 Prozent gesunkenen Umsatz. Seitdem liege der Auftragseingang nun erstmals wieder – und „erheblich" – über dem Umsatz. Die Erklärung: Für die Umstrukturierung, Erweiterung oder Modernisierung von Fabriken und sonstigen Großanlagen in der Dritten Welt gebe es einen wachsenden Bedarf an Ausrüstungen und Ersatzteilen. *Solcher Bedarf werde auch trotz* Devisennöten noch zu Aufträgen. Und diese dürften auch künftig gegenüber dem Großanlagengeschäft noch stärker in den Vordergrund treten.

EG / Einkommen der Landwirte verschlechtert

# Verlust für deutsche Bauern

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Das landwirtschaftliche Einkommen hat sich in der Europäischen Gemeinschaft im vergangenen Jahr stark verschlechtert. Nicht die Mitgliedsstaaten, die in Brüssel am meisten auf Preiserhöhungen dringen, haben jedoch die ungünstigste Einkommensentwicklung hinnehmen müssen, sondern die Bundesrepublik und Luxemburg. Nach den letzten Schätzungen der nationalen Dienststellen ist der Indikator für die reale Wertschöpfung je Einheit Arbeitskräfteeinsatz (der innerhalb der Gemeinschaft die beste Bezugsgröße darstellt) 1983 um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Spanne bei den einzelnen Mitgliedsstaaten reicht jedoch von plus 3,6 Prozent in Irland bis minus 20,9 Prozent in der Bundesrepublik.

Wie das statistische Amt der EG (Eurostat) erläutert, ist der Rückgang vornehmlich auf besonders ungünstige klimatische Bedingungen in den nördlichen Regionen der Gemeinschaft zurückzuführen (sehr starke Niederschläge im Frühjahr, gefolgt von einer ausgedehnten Trockenperiode im Juni). Diese Sonderentwicklung habe ein beträchtliches Absinken der Produktion bestimmter *pflanzlicher* Erzeugnisse zur Folge gehabt.

Außerdem sei 1982 ein besonders günstiges Jahr für die Landwirtschaft gewesen. Es hätte schon neuer Rekordernten bedurft, um die Einkommensentwicklung im darauffolgenden Jahr nicht ins Minus zu bringen. Ein Vergleich über die letzten zehn Jahre hinweg zeigt, daß sich die Einkommen zwischen 1974 und 1979 von Jahr zu Jahr real nicht wesentlich verändert haben. 1980 bis 1981 trat dann ein starker Rückgang ein. 1983 ist wieder in der Nähe des Durchschnitts der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einzuordnen. Der jüngste Rückgang traf außer Irland und Italien *alle Mitgliedsstaaten*.

GROSSBRITANNIEN / Rekordjahr für Bausparkassen – Hohe Kreditnachfrage

# Wartezeiten wurden jetzt verkürzt

WILHELM FURLER, **London**

Die britischen Bausparkassen (Building Societies) haben im vergangenen Jahr alle Rekorde gebrochen. Nach Angaben des Verbandes der Building Societies erreichten die von den Mitglieds-Instituten 1983 vergebenen Darlehen für Haus- und Wohnungskäufe 19,3 Milliarden Pfund (mehr als 76 Milliarden Mark), 25 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Nach Abzug von Rückzahlungen durch Hypothekenschuldner stieg das von den Building Societies in den Haus- und Wohnungsmarkt geleitete neue Kapital gegenüber dem Vorjahr sogar um 35,5 Prozent auf elf Milliarden Pfund (43,5 Milliarden Mark).

Beide Daten sind ebenso Rekordzahlen wie die 7,1 Milliarden Pfund (28 Milliarden Mark), auf die im vergangenen Jahr das Netto-Sparaufkommen kletterte, 600 Millionen Pfund mehr als im Vorjahr. Dabei war 1982 bereits ein Rekordjahr im Bereich des Sparaufkommens bei den Building Societies. Nicht unwesentlich zu der steilen Entwicklung trug der Monat Dezember im letzten Jahr bei. Die britischen Bausparkassen erlebten nämlich nicht, wie sonst üblich, einen saisonalen Rückgang des Sparaufkommens vor Weihnachten, sondern einen Anstieg des Netto-Sparaufkommens auf 888 Millionen Pfund (3,5 Milliarden Mark), das beste Dezember-Ergebnis in der Geschichte der Building Societies.

Die langen Warteschlangen bei der Vergabe von Hypotheken, die sich in den letzten Jahren gebildet hatten, haben sich nach Angaben des Verbandes erheblich verkürzt und dürften sich im Verlauf des Frühjahres sogar ganz auflösen. Keine gute Kunde halten die Building Societies allerdings für ihre 5,8 Millionen Hypothekenschuldner bereit: Trotz des hervorragenden Geschäfts im vergangenen Jahr gibt es keinerlei Aussichten auf eine bevorstehende Senkung der Hypothekenzinsen. Sie liegen gegenwärtig bei 11,25 Prozent.

Die Bausparkassen sind auf diesem Gebiet zur Zeit besonders vorsichtig wegen der *Unsicherheit über die Entwicklung* des Pfundkurses und des allgemeinen Zinsniveaus in Großbritannien. Die Geldmarktsätze zeigen gegenwärtig eher nach oben als nach unten. Im übrigen lassen sich Haus- und Wohnungskäufer gegenwärtig offenbar auch durch relativ hohe Hypothekenzinsen nicht von der Hypotheken-Aufnahme abhalten.

Die Aussichten für 1984 sind nach Angaben der Verbands-Leitung „außerordentlich ermutigend". Man werde alles daran setzen, eine erneute Bildung von Warteschlangen zu verhindern. Die Zinsen der Building Societies für ihre Anteilseigner wie für ihre Einleger (die britischen Bausparkassen sind im Prinzip Bausparer-Genossenschaften, also Vereinigungen auf Gegenseitigkeit) seien so attraktiv wie selten.

Die Rekord-Ausleihungen der Building Societies im vergangenen Jahr haben ganz offensichtlich stark zu einem stetigen Anstieg der Haus- und Wohnungspreise in Großbritannien beigetragen. Nach Schätzungen des Verbandes der britischen Bausparkassen dürften sich die Immobilienpreise durchschnittlich um etwas *mehr als zehn Prozent erhöht haben*, doppelt so stark wie die Inflationsrate. In London sind die Preise in etlichen Wohngegenden sogar um durchschnittlich 30 Prozent und mehr gestiegen.

## Kugelfischer stockt Kapital auf

Stw. **München**

Die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KG aA, Schweinfurt, hat zum Jahresende ihr Grundkapital um 60 auf 165 Mill. DM aufgestockt. Einer Mitteilung des Unternehmens zufolge wurden *Vorzugsaktien ohne Stimmrecht* mit einem nachzahlbaren Dividendenvorzug von 8 Prozent ausgegeben. Die neuen Aktien, die ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigt sind, sollen bei der geplanten Börseneinführung dem Publikum als Stammaktien angeboten werden.

Um den späteren Verkaufskurs nicht zu präjudizieren, seien die Anteile zu pari von den vier Hausbanken übernommen worden. Weitere Vorzugsaktien aus dem Besitz der Altgesellschafter, die ebenfalls an der Börse plaziert werden sollen, sind nach Unternehmensangaben an sechs Banken übertragen worden. Die Stammaktien *der Gesellschaft bleiben damit* weiterhin zu 100 Prozent im Besitz der Familie Schäfer.

Das abgeschlossene Geschäftsjahr sei noch von den Auswirkungen der Rezession gekennzeichnet gewesen. Der Umsatz der Muttergesellschaft sank um 4 Prozent auf 1,73 Mrd. DM. Die Diversifikationsprodukte hätten ihren Umsatzanteil verbessern können. Seit Mitte 1983 deutlich steigende Auftragseingänge ließen für 1984 eine spürbare Verbesserung des Absatzes erwarten. Dennoch wird ein weiterer Abbau des Personalstandes von derzeit 20 400 Mitarbeitern (minus 4,2 Prozent) angekündigt.

DESAG / Rege Nachfrage in fast allen Bereichen

# Deutlich bessere Ergebnisse

DOMINIK SCHMIDT, **Grünenplan**

Die zur Schott-Gruppe gehörende Deutsche Spezialglas AG (Desag), Grünenplan, hat 1982/83 (30. 9.) den Betriebsgewinn um *25 Prozent* und den Jahresüberschuß um 36 Prozent auf 3,4 (2,5) Mill. DM steigern können. Wie der Vorstand in einem Aktionärsbrief schreibt, ist die positive Entwicklung maßgeblich von den im Durchschnitt um 5 Prozent höheren Stückerlösen, Kursgewinnen bei Fakturierung in US-Dollar und besseren Erträgen aus Anlagengeschäften beeinflußt worden.

Eine Dividendenaussage trifft der Desag-Vorstand noch nicht; diese Entscheidung falle erst auf der Aufsichtsratssitzung am 19. Januar in Mainz. Offenbar ist es aber das Ziel, der inneren Stärkung Vorrang einzuräumen. Neben Rückstellungen und Wertberichtigungen für alle erkennbaren Risiken sind Zuweisungen zur freien Rücklage vorgesehen. Diese Formulierung dürfte bedeuten, daß der *im Vorjahr auf 16 (12)*, Prozent erhöhte Dividendensatz beibehalten wird.

Positive Impulse gingen in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres vor allem von der Automobilindustrie aus, für die Desag Rückspiegel liefert. Nur durch Sonderschichten sei es möglich gewesen, alle Aufträge termingerecht zu erfüllen. Der Bereich farbige Flachgläser profitierte von der Belebung in der Bauwirtschaft und Möbelindustrie. Dagegen habe *sich das* Geschäft *mit* Gläsern für die Augenoptik nur unwesentlich gebessert. Insgesamt erhöhte sich der Auftragseingang – *nach* einem Rückgang im ersten Halbjahr – um 4 Prozent auf 154 (147) Mill. DM. Ende September lag der Auftragsbestand mit 57 (50) Mill. DM um 13 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Besserung der Auftragslage schlug sich noch nicht voll im Umsatz des Berichtsjahres nieder. Die Warenerlöse erhöhten sich lediglich um *1,5 Prozent auf 147 Mill. DM*; mengenmäßig ergab sich sogar ein Rückgang um 3,5 Prozent. Sondergeschäfte mit Anlagen zur Glasbearbeitung ließen den Gesamtumsatz aber doch um 3 Prozent auf 154 (149,5) Mill. DM ansteigen. Der Exportanteil nahm auf 44 (42) Prozent zu.

Die Desag investierte 1982/83 knapp 14 (8,4) Mill. DM. Die Abschreibungen erreichten 9,6 (11,6) Mill. DM. Im Jahresdurchschnitt wurden 1468 (1513) Mitarbeiter beschäftigt, 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Zum Ende des Geschäftsjahres wurde aber die Belegschaft wieder auf 1505 Personen aufgestockt.

Optimistischer beurteilt der Desag-Vorstand die Aussichten für 1983/84. In den meisten Betätigungsfeldern sei die Nachfrage reger geworden. Dies gelte für das Inland und den Export. Nach den ersten Monaten seien zweistellige Umsatzzuwachsraten realisiert worden.

# UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Gläubigerversammlung

**Delmenhorst** (dos) – Die Wehrhahn Maschinenfabriken GmbH & Co KG, Delmenhorst, die Anfang November Konkurs angemeldet hatte, weist per Ende Oktober Verbindlichkeiten in Höhe von 5,67 *Mill. DM* aus. Wie der Sequester, Runold Meier-Naust, vor der Gläubigerversammlung mitteilte, stehen die Bankenschulden mit 8,74 *Mill. DM zu Buche*. Das Familienunternehmen, das 1983 noch einen Umsatz von 29,4 Mill. DM erzielte, war durch den Zusammenbruch eines nigerianischen Großkunden und den Ausfall eines weiteren Auslandsauftrags in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. In den ersten neun Monaten 1983 ergaben sich Verluste von 3,14 Mill. DM bei einem Umsatz von rund 18 Mill. DM. Derzeit verhandele der Sequester noch mit einem Interessenten für die Werkstatt.

### Sonderprüfung beantragt

**Hannover** (dos) – Eine Sonderprüfung der geschäftlichen Beziehungen zwischen der Brauerei Feldschlößchen AG, Braunschweig, einerseits und der Holsten Brauerei AG, Hamburg, andererseits beantragt eine Gruppe freier Aktionäre der Braunschweiger Brauerei. *In ihrer Begründung* machen die freien Aktionäre, die durch Eigenbesitz und Vollmacht gut 10 Prozent des Aktienkapitals vertreten, *Verdachtsmomente geltend*, die die Sonderprüfung rechtfertigten. Die Hauptversammlung am 6. März soll darüber beschließen. Zwischen der Brauerei Feldschlößchen und Holsten seien Verträge geschlossen und Maßnahmen getroffen worden, die zu „finanziellen Nachteilen der Brauerei Feldschlößchen und damit seiner freien Aktionäre führten". Vor dem Landgericht Hannover ist noch ein Verfahren anhängig, das diese Problematik ebenfalls zum Inhalt hat.

### Aufstockung geplant

**Stuttgart** (nl) – Die Stuttgarter Bank AG, größte deutsche Volksbank, will im ersten Halbjahr 1984 ihr Grundkapital (40 Mill. DM) „in begrenztem Umfang" durch Ausnutzung des genehmigten Kapitals (10 Mill. DM) aufstocken. Die Aktionäre dürfen für 1983 mit einer von bisher 9 auf 11 Prozent erhöhten Dividende rechnen. Das Geschäftsvolumen wurde in 1983 um 6,1 Prozent auf 2,75 Mrd. DM ausgeweitet.

### Sechs Prozent Dividende

**Stuttgart** (nl) – Die dem Genossenschafts-Lager zuzurechnende Südwestbank AG, Stuttgart, stellt für 1983 eine Dividende von wieder 6 Prozent in Aussicht. Der Zinsüberschuß liege über dem Vorjahr. Die Bilanzsumme erhöhte sich in 1983 um 2,6 Prozent auf 2,48 Mrd. DM.

### DDB kauft Agentur

**Düsseldorf** (Py.) – Die Werbeagentur Doyle Danc Bernbach Deutschland GmbH (DDB) hat die Hamburger Agentur für Direktmarketing Drescher & Heine GmbH übernommen. Das Unternehmen, das mit einem kapitalisierten Umsatz von über 35 Mill. DM in gut drei Jahren zu den erfolgreichen Direktmarketing-Unternehmen gehört, wird von DDB als Drescher, Heine, Rapp & Collins Gesellschaft für Direktmarketing und Werbung mbH in Hamburg weitergeführt. Mit der Übernahme verstärkt die DDB-Tochter Rapp & Collins, Nr. 3 im US-Direktmarketing, nicht nur ihre europäischen Aktivitäten, auch DDB Deutschland rundet ihre Angebotspalette (Neue Medien, Media-Spezialmärkte) mit dem Direktmarketing ab.

### Wieder Plus bei Leffers

**Bielefeld** (hdt.) – Um fast 7 Prozent auf 203 (190) Mill. DM konnte das Textilhandelsunternehmen Leffers AG, Bielefeld, seinen Umsatz 1983 erhöhen. Dieses „sehr zufriedenstellende" Ergebnis gilt laut Vorstandsmitglied Ernst Leffers auch für die *Ertragslage*.

### Bode wieder verkauft

**Hamburg** (JB.) – Der US-Konzern G. D. Searle & Co. hat die Optiker Bode GmbH, Hamburg, wieder verkauft. Neuer Inhaber ist der Optiker Hansgeorg Bode, der die Filial-Kette 1981 an die Amerikaner verkauft hatte. *Bei der Übernahme bestand das Un*ternehmen aus 12 Betrieben und setzte mit rund 120 Mitarbeitern 14 Mill. DM um. Zurückgenommen werden ebenfalls 12 Filialen. Durch die Aufgabe des Bereichs Foto ist die Zahl der Mitarbeiter auf 80 und der Umsatz auf 8 Mill. DM zurückgegangen. Grund für den Rückzug der Amerikaner sind nach Branchenmutmaßungen erhebliche Verluste der Filialkette.

### Shedd zu Unilever

**Hamburg** (JB.) – Die Unilever United States Inc., eine 100-Prozent-Tochter des Unilever-Konzerns, wird von Beatrice Foods Co., Chicago, die Margarine-Gruppe Shedd übernehmen. Shedd produziert Margarine in sieben über die USA verteilten Betriebsstätten.

## Sony: Ertragswende im letzten Quartal

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Sony Corp., Tokio, hat trotz einer deutlichen Gewinnsteigerung im letzten Quartal des Geschäftsjahres 1982/83 (31. 10.) nach drei schwächeren Vorquartalen die Ertragszahlen des Vorjahres nicht wieder erreicht. In einer ersten Übersicht weist der Konzern bei einem fast unveränderten Konzernumsatz von (umgerechnet) 12,4 Mrd. DM einen auf 29,8 (45,8) Mrd. Yen (333,6 Mill. DM) gesunkenen Reingewinn aus. Nach der für die HV am 30. Januar vorgeschlagenen Schlußdividende von 22 Yen (0,26) DM) pro Aktie *wird die Gesamtausschüttung 44 Yen* (0,53 DM) betragen. Der Gewinn pro Aktie wird mit 129 (199) Yen angegeben.

Der Rückgang des Ergebnisses wird in Tokio mit der erst spät im Jahr in den USA einsetzenden und danach auf Japan und Europa übergreifenden Konjunkturerholung begründet. Zudem habe der scharfe Wettbewerb die Preise gedrückt und eine wünschenswerte Erholung der Margen nicht zugelassen. Dieser Entwicklung wurde mit dem Kostenabbau begegnet. Vom Gesamtumsatz entfielen 41 Prozent auf Video, 24 Prozent auf TV und 22 Prozent auf Audio/HiFi. Im laufenden Jahr will Sony seine Betamax-Videorecorder-Fertigung um 25 Prozent auf 3 Mill. Einheiten steigern.

BAU 84 / Industrie zur Münchener Messe optimistisch

# Prüfstein für die Prognosen

HEINZ STÜWE, **München**

Die deutsche Baustoffindustrie geht mit Optimismus in das Jahr 1984. Das erklärten Sprecher einzelner Fachsparten und des Baustoffhandels *anläßlich der Bau 84, die* heute in München eröffnet wird. Auf der 7. Internationalen Fachmesse für Baustoffe, Bausysteme, Bauerneuerung *(bis zum 24. Januar)* geben 1020 Aussteller, davon 235 aus dem Ausland, einen Überblick über Werkstoffe, neue technische Systeme und Verfahren im Bauwesen.

Die Baustoffindustrie erhofft sich von der Münchener Messe erste Aufschlüsse darüber, inwieweit sich die günstigen Prognosen für 1984 bewahrheiten werden. Von wissenschaftlicher Seite war der Zuwachs der Bauproduktion in 1984 auf 4,5 (Wirtschaftsforschungsinstitute) bis sieben *Prozent* (Sachverständigenrat) veranschlagt worden. Beim Zentralverband des Deutschen Baugewerbes rechnet man mit einem realen Wachstum von fünf Prozent.

Die Aluminium-Verarbeiter, deren Absatz zu 15 Prozent ins Bauwesen geht, erwarten 1984 eine mengenmäßige Steigerung von „mit Sicherheit" 5 Prozent. *Dies entspricht* genau der letztjährigen Absatzzunahme. Der Sprecher der Aluminium-Zentrale stützt seine Zuversicht auf die Tatsache, daß sich das Absatzwachstum im Jahresverlauf 1983 beschleunigte. Erhebliche Preisturbulenzen hätten Aluminium-Baustoffe im vergangenen *Jahr um etwa 10 Prozent* verteuert.

Die Kunststoffindustrie glaubt, daß 1984 „ein gutes Jahr" wird. Fortschritte erhofft sie vor allem bei den „intelligenten" Kunststoffen und Verbund-Baustoffen. Im Verarbeitungsbereich konnte 1983 ein Umsatzplus von knapp 10 Prozent auf 58 Mrd. DM erzielt werden. Etwa ein Drittel des Absatzes floß in den Bausektor. Nach Angaben eines Sprechers hätten die Unternehmen bei den Preisen *„einiges nachholen können"*.

Die 1900 Mitgliedsfirmen im Bundesverband des deutschen Baustoffhandels haben 1983 insgesamt 18,7 Mrd. DM umgesetzt. Dies entspricht einer Zunahme von 6,5 Prozent bei „moderaten" Preisanhebungen um 3 Prozent. Geschäftsführer Bert Röltgen *berichtet* von einer regional sehr unterschiedlichen Entwicklung. Durch die vorliegenden Aufträge sei das bekannte Süd-Nord-Gefälle auch für 1984 wieder programmiert. Die Baustoffhändler hoffen den Angaben zufolge für 1984 auf eine fünf- bis sechsprozentige Umsatzsteigerung.

SÜDKOREA / Mit dem „Pony" soll der Einstieg in den nordamerikanischen Automarkt gelingen

# Produktionskapazität begrenzt Expansionspläne

rtr, **Toronto**

Südkorea unternimmt einen neuen Vorstoß, *um eine international* anerkannte Industriemacht zu werden: Es bemüht sich, in den überfüllten nordamerikanischen Automarkt einzudringen. Jetzt schon einer der großen Stahlhersteller und Schiffsbauer der Welt, will Südkorea nun die nordamerikanischen Autokäufer mit scharf kalkulierten Preisen gewinnen. Für Koreas größten Autohersteller Hyundai ist Kanada das erste Etappenziel. Nach Ansicht von Beobachtern wird einem Erfolg in Kanada in zwei bis drei Jahren der Schritt in die *USA folgen*.

Seit der vorigen Woche wird in Kanada von Hyundai der kleine Vierzylinder „Pony" angeboten. Der Wagen hat einige Händler bereits beeindruckt. „Japanische Qualität, wo man hinsieht", sagte einer. Der Präsident von Hyundai Canada, S. H. Park, will 1984 mindestens 5000 Ponys in Kanada verkaufen. Daß die Südkoreaner nach den USA schielen, leugnet er nicht, aber man wolle langsam vorgehen. *Die japanische Stellung auf dem* nordamerikanischen Markt ist nicht unmittelbar bedroht, aber das Basismodell des Pony ist mit umgerechnet 12 800 Mark eines der billigsten. Dies kommt zu einer Zeit, in der die japanischen Wagen ihren Ruf verlieren, preisgünstig zu sein. Nach Ansicht von Beobachtern bewegen sich die Japaner vom billigen Ende des Marktes wegen der kanadischen Importrestriktionen weg.

Expansionspläne von Hyundai sind nach eigenen Angaben durch die *derzeitige Produktionskapazität* der Firma begrenzt. Doch aus der Firmenzentrale in Seoul war zu hören, sie wolle die Produktion bis 1986 von jährlich 100 000 auf 390 000 Autos steigern, um mit der wachsenden Nachfrage im Inland sowie mit dem Vorstoß in Übersee fertig werden zu können. Nach Meinung des Präsidenten von Hyundai, Chung Se-Yung, hat Südkorea das „Autozeitalter" erreicht. Er erwartet im eigenen Land ein Wachstum von jährlich 25 bis 30 Prozent, wenn seine Landsleute beginnen, die Früchte eines höheren Lebensstandards zu genießen.

Ein Auto kostet in Südkorea das *Dreifache des durchschnittlichen* Pro-Kopf-Jahreseinkommens, in den USA und Japan dagegen nur die Hälfte. Der Benzinspreis liegt bei umgerechnet rund 2,30 Mark. Die Wirtschaftsanreize *der koreanischen* Regierung von 1981 wurden im vergangenen Jahr teilweise aufgehoben, als eine fünfprozentige Verbrauchssteuer wiedereingeführt wurde. Doch der Boom der koreanischen Automobilindustrie hält an. Nachdem Hyundai 1982 rund 90 000 Wagen vom Band rollen ließ, waren es 1983 schätzungsweise 110 000 Autos.

Auch die Daewoo Motor Company, ein Gemeinschaftsunternehmen mit General Motors aus den USA, zeigt ein spektakuläres Wachstum: 22 000 *Autos 1982, 40 000 sollen es 1983* gewesen sein, und die Firma plant, ihre Kapazität auf jährlich 300 000 Neuwagen zu erhöhen. Zum Teil versucht Hyundai, seinen Vorstoß in größere Produktions- und Verkaufszahlen durch Technologieankauf vom japanischen Autoriesen Mitsubishi abzusichern. *Soll dies auch zur Herstel*lung eines für den Export geeigneten Wagens führen, so glaubt Chung doch, daß der Verkauf ins Ausland in den nächsten fünf bis zehn Jahren nur an zweiter Stelle für die koreanische Industrie rangieren wird. Hyundai hat 1983 in den ersten neun Monaten 14 Prozent seiner Wagen im Ausland verkauft, 1982 waren es noch 17 Prozent. Daewoo exportierte nur ein Prozent. Die meisten Exporte gingen in die Dritte Welt. Doch Hyundais Pony, der bereits seit 1976 gebaut wird, wurde auch in Europa verkauft. In Kanada will Hyundai mit einem Netz von 50 Händlern beginnen und in den nächsten Jahren dies auf 150 Verkaufsstellen ausbauen.

OECD / Günstige Entwicklung in Finnland

# Vom Osthandel profitiert

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Wenn sich Finnland in den letzten Jahren wirtschaftlich günstiger entwickelt hat als die meisten anderen westlichen Industriestaaten, so schreibt dies die OECD vor allem seiner handelspolitischen Doppelgleisigkeit zu. Während der Weltwirtschaftskrise profitierte das Land von seinen Exporten in die Sowjetunion, die ein Viertel der Gesamtausfuhr erreichen. Inzwischen zieht es stärker aus der Konjunkturbelebung des Westens Nutzen.

Darüber hinaus hat Finnland stets eine expansionistische Politik verfolgt, die ihm eine verhältnismäßig starke Wachstumsrate sicherte, allerdings auch eine über dem OECD-Durchschnitt liegende Inflation einbrachte. Wesentlich dazu beigetragen hat die starre Lohn-Preis-Indexierung. Jedenfalls halten die OECD-Experten die Inflationsrate von 9,7 *Prozent für viel zu hoch. Sie soll in* diesem Jahr auf sechs Prozent reduziert werden.

Auch hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. Mit 6,25 Prozent der aktiven Bevölkerung blieb sie aber erheblich unter dem OECD-Durchschnitt von neun Prozent, obwohl Rückwanderer aus Schweden zu verkraften waren. Ein besseres Beschäftigungsniveau hängt allerdings von der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der finnischen Wirtschaft ab.

Die weiteren Exportchancen Finnlands werden darin als ziemlich unsicher bezeichnet. In Europa könnte das Land unter protektionistischen Tendenzen zu leiden haben und die Expansionschancen für die Lieferungen an die Sowjetunion seien gleich Null. Gleichwohl erwartet die OECD, daß sich das Bruttosozialprodukt Finnlands 1984 um 3,2 Prozent (1983: 2,8 Prozent) erhöht und daß das Leistungsbilanzdefizit wie in den letzten beiden Jahren nicht mehr als eine *Milliarde Dollar* erreicht.

## Bundesanleihen

| | | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|---|
| F 4 Anl. 57* | 4/84 | 100,25G | 100,25G |
| 7 Bund 77 | 3/84 | 100,05G | 100,05 |
| 7½ dgl. 78 II | 4/84 | 100,2 | 100,15 |
| 5 dgl. 78 | 5/84 | 99,65G | 99,65bG |
| 6 dgl. 78 III | 9/84 | 99,75 | 99,75 |
| 8¼ dgl. 76 | 9/84 | 101,1 | 101,1 |
| 6 dgl. 78 IV | 12/84 | 99,5 | 99,5 |
| 6¾ dgl. 79 | 1/85 | 99,55 | 99,5 |
| 8½ dgl. 73 I | 3/85 | 101,65G | 101,65 |
| 7 dgl. 79 | 4/85 | 100,05 | 100 |
| 7¾ dgl. 79 II | 6/85 | 100,35 | 100,15 |
| 7¾ dgl. 79 I | 7/85 | 100,9 | 100,8 |
| 8 dgl. 76 IV | 10/85 | 100,9G | 100,9 |
| 5½ dgl. 78 II | 3/86 | 96,8 | 96,4 |
| 5¾ dgl. 78 | 5/86 | 96,2 | 95,95 |
| 7½ dgl. 76 I | 12/86 | 99,2 | 99bG |
| 6½ dgl. 78 | 1/87 | 96,9 | 96,75 |
| 7¾ dgl. 76 II | 1/87 | 98,9 | 98,7 |
| 6¾ dgl. 77 | 4/87 | 97,1 | 96,95 |
| 6½ dgl. 77 | 7/87 | 95,7 | 95,65 |
| 6 dgl. 77 | 10/87 | 94,1 | 93,8 |
| 6 dgl. 78 I | 1/88 | 93,9 | 93,7 |
| 6¼ dgl. 78 I | 9/88 | 94,15 | 94,1 |
| 6½ dgl. 78 II | 12/88 | 94,2 | 94,1G |
| 6¾ dgl. 79 | 1/89 | 95,3 | 95,15G |
| 7¼ dgl. 79 I | 4/89 | 96,45 | 96,2G |
| 10 dgl. 81 | 4/89 | 107,15 | 107,2 |
| 7½ dgl. 79 I | 6/89 | 97,3 | 97,05G |
| 8 dgl. 79 I | 7/89 | 99,5 | 99,4 |
| 8 dgl. 79 II | 8/89 | 99,6 | 99,35 |
| 7½ dgl. 79 II | 9/89 | 97,05 | 96,85bG |
| 7¾ dgl. 79 II | 11/89 | 98,15 | 97,8 |
| 7¾ dgl. 80 I | 1/90 | 98,05 | 97,85 |
| 10 dgl. 80 | 4/90 | 108,1 | 107,8 |
| 5¾ dgl. 78 | 5/90 | 90,85 | 90,6 |
| 8¼ dgl. 80 I | 7/90 | 100G | 99,8 |
| 8¼ dgl. 80 II | 11/90 | 99,95G | 99,75 |
| 7¾ dgl. 82 | 11/90 | 97,6bG | 97,3 |
| 9 dgl. 81 | 2/91 | 103,45bG | 103,2 |
| 10¾ dgl. 81 | 7/91 | 109,75bG | 109,5 |
| 10¾ dgl. 81 | 9/91 | 112,7bG | 112,45 |
| 10 dgl. 81 II | 12/91 | 108,8 | 108,45 |
| 9¾ dgl. 82 I | 1/92 | 107,65 | 107,4 |
| 9¾ dgl. 82 II | 3/92 | 107,6bG | 107,4 |
| 6 dgl. 78 II | 3/93 | 88 | 87,9G |
| 9,5 dgl. 82 | 4/92 | 106,15 | 105,8 |
| 9 dgl. 82 | 5/92 | 103,4 | 103,15 |
| 8½ dgl. 82 | 5/92 | 100,55 | 100,2 |
| 9 dgl. 82 | 8/92 | 103,45 | 103,1 |
| 8¾ dgl. 82 | 9/92 | 101,95bG | 101,65 |
| 7¾ dgl. 82 | 12/92 | 96,25 | 95,9bG |
| 7½ dgl. 83 | 1/93 | 94,6 | 94,25bG |
| 7½ dgl. 83 II | 3/93 | 94,3 | 94,1 |
| 7½ dgl. 83 III | 5/93 | 95,65 | 95,4 |
| 8¼ dgl. 83 | 6/93 | 99 | 98,65 |
| 8 dgl. 83 | 7/93 | 97,45 | 97,15 |
| 8¼ dgl. 83 II | 8/93 | 99 | 98,65 |
| 8¼ dgl. 83 III | 10/93 | 98,9 | 98,6 |
| 8¼ dgl. 83 IV | 11/93 | 98,9 | 98,6T |
| 8¼ dgl. 83 V | 12/93 | 98,95 | 98,75G |
| 8¼ dgl. 84 | 1/94 | 99,5 | 99,5 |
| F 7¾ B.Obl.79 S.1 | 12/84 | 100,8 | 100,8 |
| 8 dgl. 80 S.2 | 2/85 | 101,25 | 101,2 |
| 8¾ dgl. 80 S.3 | 2/85 | 101,5G | 101,45G |
| 9¾ dgl. 80 S.4 | 3/85 | 102,3 | 102,2 |
| 8¾ dgl. 80 S.5 | 4/85 | 101,8 | 101,75 |
| 8½ dgl. 80 S.6 | 5/85 | 101,3 | 101,2 |
| 8 dgl. 80 S.7 | 6/85 | 101 | 100,9 |
| 7½ dgl. 80 S.8 | 8/85 | 100,25 | 100,2 |
| 8½ dgl. 80 S.9 | 10/85 | 101,4 | 101,35 |
| 8¾ dgl. 80 S.10 | 1/86 | 102,25 | 102,15 |
| 9 dgl. 81 S.11 | 1/86 | 102,45 | 102,55 |
| 9¾ dgl. 81 S.12 | 3/86 | 104 | 104G |
| 10 dgl. 81 S.13 | 3/86 | 104,6 | 104,4 |
| 9½ dgl. 81 S.14 | 4/86 | 103,6 | 103,6 |
| 10 dgl. 81 S.15 | 4/86 | 104,4 | 104,35 |
| 10½ dgl. 81 S.16 | 6/86 | 105,75 | 105,35 |
| 11 dgl. 81 S.17 | 8/86 | 106,9 | 106,7 |
| 10½ dgl. 81 S.18 | 10/86 | 106,15 | 105,95 |
| 10 dgl. 81 S.19 | 10/86 | 104,9 | 104,75 |
| 9½ dgl. 81 S.20 | 11/86 | 103,9 | 103,7 |
| 10¾ dgl. 81 S.21 | 11/86 | 105,65 | 105,45 |
| 10 dgl. 81 S.22 | 11/86 | 104,95G | 104,8 |
| 9½ dgl. 81 S.23 | 12/86 | 104 | 103,8G |
| 9¾ dgl. 82 S.24 | 1/87 | 104,4 | 104,2 |
| 9½ dgl. 82 S.25 | 3/87 | 103,65 | 103,6 |
| 9¼ dgl. 82 S.26 | 4/87 | 103 | 102,95 |
| 9 dgl. 82 S.27 | 4/87 | 102,45 | 102,15 |
| 8½ dgl. 82 S.28 | 5/87 | 101,1 | 100,9 |
| 9½ dgl. 82 S.29 | 7/87 | 103,95 | 103,75 |
| 9 dgl. 82 S.30 | 8/87 | 102,45 | 102,2 |
| 8¾ dgl. 82 S.31 | 9/87 | 101,7 | 101,3 |
| 8¼ dgl. 82 S.32 | 10/87 | 100,2 | 100 |
| 8 dgl. 82 S.33 | 11/87 | 99,55 | 99,3 |
| 7¾ dgl. 82 S.34 | 11/87 | 98,65 | 98,5 |
| 7½ dgl. 82 S.35 | 12/87 | 98 | 97,7 |
| 7¼ dgl. 83 S.36 | 1/88 | 97 | 96,7 |
| 6¾ dgl. 83 S.37 | 3/88 | 95,2 | 94,95 |
| 7 dgl. 83 S.38 | 5/88 | 95,8 | 95,55 |
| 7¼ dgl. 83 S.39 | 6/88 | 96,85 | 96,55G |
| 7½ dgl. 83 S.40 | 6/88 | 97,75 | 97,45G |
| 8 dgl. 83 S.41 | 8/88 | 99,25 | 98,95 |
| 8 dgl. 83 S.42 | 9/88 | 99,25 | 99 |
| 8 dgl. 83 S.43 | 12/88 | 99,25 | 99,15 |
| 8¼ dgl. 83 S.44 | 12/88 | 100,15 | 99,95bG |

## Bundesbahn

| | | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,25G | 100,25G |
| 8 Bdbahn 72 | 5/84 | 100,85G | 100,85 |
| 8¾ dgl. 76 | 9/84 | 100,95G | 100,95 |
| 6 dgl. 78 III | 11/84 | 99,55 | 99,55 |

| | | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|---|
| F 8½ dgl. 79 | 2/85 | 99,75G | 99,75 |
| 8½ dgl. 73 | 2/85 | 101,7 | 101,7 |
| 7 dgl. 77 | 2/87 | 97,9 | 97,8 |
| 8 dgl. 77 | 9/87 | 93,85 | 93,75 |
| 6 dgl. 78 II | 7/88 | 92,7 | 92,75 |
| 6½ dgl. 77 | 5/89 | 92,75 | 92,7G |
| 8 dgl. 79 I | 7/89 | 99,6 | 99,5 |
| 8 dgl. 78 I | 2/90 | 89,9 | 89,25G |
| 8 dgl. 80 II | 7/90 | 98,75 | 98,85 |
| 9 dgl. 81 | 3/91 | 103,25 | 103,05 |
| 10½ dgl. 81 | 9/91 | 111,15 | 110,9 |
| 10¼ dgl. 81 | 11/1 | 109,85 | 109,7G |
| 8 dgl. 80 I | 2/92 | 97,95 | 97,7 |
| 10 dgl. 82 | 2/92 | 108,75 | 108,55G |
| 9½ dgl. 82 | 7/92 | 106,15 | 105,9 |
| 8 dgl. 82 | 11/92 | 97,5bG | 97,25 |
| 7¾ dgl. 83 | 1/93 | 96,3 | 96,2G |
| 8¼ dgl. 83 | 10/93 | 98,95 | 98,7G |

## Bundespost

| | | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,25G | 100,25G |
| 6½ Bdpost 68 | 6/88 | 98,2G | 98,2G |
| 8 dgl. 72 I | 8/87 | 100,2 | 99,95 |
| 10 dgl. 81 | 3/89 | 107,2 | 107 |
| 10¼ dgl. 81 | 6/89 | 108,5 | 108,35 |
| 8 dgl. 80 | 3/90 | 99,35 | 99,05 |
| 7¾ dgl. 80 | 9/90 | 98,15 | 97,95G |
| 8¾ dgl. 80 | 12/90 | 102,45 | 102,05 |
| 10½ dgl. 81 | 10/91 | 111,45 | 111,2 |
| 9¾ dgl. 82 | 2/92 | 107,55 | 107,25 |
| 8¾ dgl. 82 | 6/92 | 101,9 | 101,6 |
| 8½ dgl. 82 | 10/92 | 100,65 | 100,25 |
| 7¾ dgl. 83 | 2/93 | 96,3 | 95,9G |
| 8½ dgl. 83 | 9/93 | 100,75 | 100,45 |

## Länder – Städte

| | | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|---|
| S 8½ Bd.-Wttbg. 78 | 88 | 98,5 | 98 |
| 8¼ dgl. 82 | 92 | 99G | 99 |
| M 7 Bayern 66 | 86 | 100G | 100G |
| 6½ dgl. 67 | 87 | 100,25G | 100,25G |
| 6 dgl. 68 | 85 | 98,25G | 98,25 |
| 7 dgl. 72 | 84 | 100G | 100G |
| 7½ dgl. 76 | 84 | 100G | 100G |
| 6 dgl. 78 | 88 | 93,2 | 93,2 |
| 8¾ dgl. 80 | 90 | 101,5 | 101,5G |
| 8¾ dgl. 82 | 90 | 101,5 | 101,5 |
| 7½ dgl. 83 | 93 | 94,25G | 94,25G |
| B 8½ Berlin 70 | 85 | 101,3G | 101,3G |
| 8 dgl. 72 | 85 | 100,4G | 100,4G |
| 7½ dgl. 76 | 84 | 100,1 | 100,1G |
| 7 dgl. 77 | 85 | 100G | 100G |
| 6½ dgl. 78 | 88 | 97,25G | 97,25G |
| 8¾ dgl. 80 | 88 | 102,7G | 102,7 |
| Br 7¾ Bremen 71 | 87 | 100,3G | 100,3G |
| 8 dgl. 72 | 87 | 100,5G | 100,5G |
| 7½ dgl. 83 | 93 | 93,75G | 93,75G |
| H 8½ Hamburg 70 | 85 | 101,1 | 101,1G |
| 6¾ dgl. 77 | 92 | 95,2 | 94,7 |
| 8 dgl. 80 | 92 | 99 | 98,9 |
| 9¾ dgl. 82 | 92 | 107G | 106,9G |
| 7½ dgl. 83 | 92 | 94G | 93,8G |
| F 8 Hessen 71 | 86 | 100G | 100 |
| 6¾ dgl. 78 | 88 | 92,75 | 92,75 |
| Hn 8½ Nieders. 70 | 85 | 101,2G | 101,2 |
| 7½ dgl. 72 | 87 | 99,5G | 99,5 |
| 8 dgl. 72 | 87 | 100G | 100G |
| 7½ dgl. 79 | 87 | 97,5 | 97,25G |
| 7¾ dgl. 82 | 92 | 95,2G | 95,2 |
| 8 dgl. 83 | 93 | 96,25 | 96,6 |
| D 7½ NRW 83 | 93 | 93,85G | 93,75 |
| 7¾ dgl. 83 | 93 | 95,3G | 95,25G |
| 8½ dgl. 83 | 93 | 100 | 99,95 |
| 8¼ dgl. 83 | 93 | 96,7 | 96,75 |
| 8¼ dgl. 84 | 92 | – | – |
| F 6 Rhld.-Pf. 64 II | 84 | 99,4G | 99,4 |
| 8 dgl. 71 | 86 | 100 | 100 |
| F 8½ Saar 70 | 85 | 100,5G | 100,5 |
| 7 dgl. 72 | 87 | 98G | 98 |
| 6 dgl. 78 | 88 | 92,6G | 92,6 |
| H 6 Schl.-H. 64 II | 84 | 99,75G | 99,75 |
| 7½ dgl. 72 | 87 | 99G | 99 |
| 8½ dgl. 73 | 85 | 101,25G | 101,25 |
| D 7 Essen 72 | 85 | 99,75G | 99,75G |
| M 6 München 64 | 84 | 99,75G | 99,75G |
| S 7½ Stuttgart 71 | 86 | 100,25G | 100,25G |
| 7¾ dgl. 72 | 87 | 100,25G | 100,25G |
| 8 dgl. 83 | 93 | 96,75 | 96,75G |

## Bankschuldverschreib.

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 6 Allg. Hypo. Pf 1 | 81G | 81G |
| 6½ dgl. Pf 5 | 86G | 86 |
| 7 dgl. Pf 2 | 98,5G | 98,5G |
| F 7½ Bakola Pf 104 | 99,85G | 99,85G |
| 9 dgl. Pf 106 | 102,8G | 102,8G |
| 10 dgl. Pf 108 | 107,5G | 107,5G |
| 7 dgl. KS 132 | 94,75G | 94,75G |
| 8 dgl. KS 155 | 98,4G | 98,4G |
| 9 dgl. KS 169 | 102G | 102G |

# Renten freundlicher

**Der gesunkene Dollar, eine gewisse Entspannung auf dem US-Bondsmarkt sowie Andeutungen, wonach es in dieser Woche keine Lombarderhöhung geben wird, sorgten bei den festverzinslichen Papieren für eine insgesamt freundlichere Tendenz. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,35 Prozentpunkten heraufgesetzt. An den Käufen sollen auch Ausländer beteiligt gewesen sein, die auf eine weitere Erstarkung der DM setzen. DM-Auslandsanleihen bei kleinen Umsätzen gut behauptet, bei den Pfandbriefen schlug sich die bessere Stimmung in den Kursen noch nicht nieder, bei den Offerten der Daueremittenten zeichnen sich aber sinkende Renditen ab.**

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| M 5½ Bayer.Hyba Pf 14 | 80,25G | 80,25G |
| 5 dgl. Pf 20 | 82G | 82G |
| 5¾ dgl. Pf. 2 | 94G | 94G |
| 7 dgl. Pf 3 | 93,5bG | 93,5bG |
| 7 dgl. Pf 27 | 100,2G | 100,2G |
| 6½ dgl. KS 14 | 95,5G | 95,5G |
| 7½ dgl. KS 27 | 89,25bG | 89,25bG |
| M 5 Bayer. Hypo Pf 33 | 123,75G | 123,75G |
| 5½ dgl. Pf 11 | 130,5G | 130,5G |
| 6 dgl. Pf 34 | 77bG | 77bG |
| 6 dgl. KO Pf 50 | 98,75G | 98,75G |
| 6½ dgl. Pf 10 | 82bG | 82bG |
| 6 dgl. KS 1 | 98,7G | 98,7G |
| M 6 Ldw. Anst. IS 15 | 95,75G | 95,75bG |
| 6 dgl. IS 16 | 94,85 | 95,75 |
| 6 dgl. IS 17 | 94G | 94 |
| 8½ dgl. KO 49 | 101G | 101G |
| 8¼ dgl. KO 48 | 101G | 101G |
| M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103 | 99,25G | 99,25G |
| 9½ dgl. Pf 105 | 101G | 101G |
| 10 dgl. KS 307 | 101G | 101,1G |
| 9½ dgl. IS 726 | 102,25G | 102,25G |
| M 5 Bayer. Verbk. Pf 11 | 118,5G | 118,5G |
| 5½ dgl. Pf 28 | 75G | 75G |
| 6 dgl. Pf 4 | 89,25G | 89,25G |
| 6½ dgl. Pf 3 | 86G | 86bG |
| 6¾ dgl. Pf 12 | 88G | 88G |
| 7 dgl. Pf 20 | 95G | 95G |
| B 5 Berl. Pfandb. Pf 7 | 103G | 103G |
| 7 dgl. Pf 31 | 98,75G | 98,75G |
| 6 dgl. Pf 34 | 94,75 | 94,75 |
| 6½ dgl. Pf 37 | 98,75G | 98,75G |
| 8 dgl. Pf 51 | 100,5G | 100,5G |
| Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1 | 117G | 117G |
| 7 dgl. Pf 80 | 85G | 85G |
| 7½ dgl. Pf 87 | 90,25G | 90,25G |
| 8 dgl. KS 29 | 78,25G | 78,25G |
| 7 dgl. KS 30 | 97,4G | 97,4G |
| D 5 Dt.Centbod. Pf 44 | 119G | 119G |
| 5 dgl. Pf 84 | 115,5G | 115,5G |
| 6 dgl. Pf 109 | 80bG | 80bG |
| 6½ dgl. Pf 123 | 86,5bG | 86,5bG |
| 6½ dgl. Pf 141 | 85,5G | 85,5G |
| 7 dgl. Pf 143 | 92G | 92G |
| 7 dgl. KO 113 | 100G | 100G |
| 9 dgl. KO 217 | 101,5G | 101,5G |
| 9 dgl. KO 215 | 101,8G | 101,5G |
| 9¼ dgl. KO 218 | 101,75G | 101,75G |
| H 5½ DG-Hypobk. Pf 21 | 115,5G | 115,5G |
| 5½ dgl. Pf 50 | 72G | 72G |
| 6 dgl. Pf 84 | 99,9G | 99,9G |
| 9 dgl. KS 139 | 102,5G | 102,8G |
| F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216 | 100,8G | 102,5G |
| 9 dgl. Pf 239 | 102,25G | 101,9G |
| H 5½ DG-Hypobk. KS 9 | 108,25G | 107,25G |
| 7 dgl. KS 35 | 98,4G | 98,7G |
| F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70 | 91,2G | 91,2G |
| 6 dgl. IS 71 | 99,5G | 99,5G |
| 6¼ dgl. IS 73 | 95,85G | 95,85G |
| 6¾ dgl. IS 80 | 100G | 100G |
| F 6 Dgz.Dt.Komm. KOS5-4 | 81G | 82G |
| 6 dgl. KO 46 | 77G | 77G |
| 7 dgl. KO 97 | 100,1G | 101,1G |
| 7½ dgl. KO 185 | 95,1G | 95,1G |
| 9 dgl. KO 129 | 102G | 102G |
| 10 dgl. KO 125 | 100,8G | 100,8G |
| Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91 | 78G | 78G |
| 7 dgl. KS 101 | 99,35G | 99,35G |
| 10 dgl. KS 134 | 102,35G | 102,35G |
| 8¼ dgl. KS 140 | 101,4G | 101,4G |
| Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41 | 107G | 107G |
| 4 dgl. Pf 57 | 99G | 99G |
| 5 dgl. Pf 87 | 70G | 70G |
| 7 dgl. Pf 123 | 97,15G | 97,15G |
| Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74 | 81G | 81G |
| 6 dgl. KS 86 | 79G | 79G |
| 6¾ dgl. KS 259 | 96,55G | 96,55G |
| F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82 | 72G | 72G |
| 5½ dgl. Pf 59 | 79G | 79G |
| 6 dgl. Pf 162 | 79G | 79G |
| B 9 Dt.Pf.Wß. Bd. 482 | 102,5G | 102,7G |
| Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46 | 100,45G | 100,45G |
| 5½ dgl. Pf 62 | 88,9G | 88,9G |
| 6½ dgl. Pf 65 | 98,5G | 98,5G |
| 6¼ dgl. Pf 60 | 95,4G | 95,4G |
| 6¾ dgl. Pf 74 | 98,35G | 98,35G |
| 6½ dgl. Pf 76 | 98,3G | 98,3G |
| Br 6½ dgl. Pf 77 | 93,05G | 93,05G |
| 6 dgl. Pf 42 | 99,75G | 99,75G |
| 8½ dgl. Pf 47 | 101,25G | 101,25G |
| F 5 Frk. Hypobk. Pf 66 | 89G | 89G |
| 5½ dgl. Pf 53 | 75G | 75G |
| 6 dgl. Pf 79 | 77G | 77G |
| 6 dgl. Pf 130 | 90,7G | 90,7G |
| 6½ dgl. Pf 133 | 85G | 85G |

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| H 5 Hbg. Lbk. Pf 2 | 117G | 117G |
| 6 dgl. 14 | 88,9G | 88,9G |
| 6 dgl. 47 | 78 | 78 |
| 10 dgl. IS 46 | 102,25G | 102,25G |
| F 5 Helaba Pf 8 | 109G | 109G |
| 6 dgl. Pf 80 | 92,85G | 92,85G |
| 8 dgl. Pf 73 | 100,3G | 100,3G |
| 4 dgl. KO 5 | 102,5G | 102,5G |
| H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96 | 79,5 | 79,5 |
| 6½ dgl. Pf 80 | 88,25G | 88,25G |
| 8 dgl. Pf. 248 | 100,45 | 100,45 |
| 9 dgl. KO 125 | 100,35G | 100,35G |
| 8 dgl. KO 175 | 100,25 | 100,25 |
| 9 dgl. KO 259 | 101,85G | 101,85G |
| 9¾ dgl. KO 262 | 101,85G | 101,85G |
| F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4 | 113,5G | 113,5G |
| 5 dgl. Pf 12 | 89G | 89G |
| 7 dgl. Pf 25 | 92,75G | 92,75G |
| 10 dgl. Pf 40 | 102G | 102G |
| 6 dgl. KO 30 | 89,75G | 89,75G |
| 8¾ dgl. K 84 | 102G | 102G |
| F 4½ Lbk. Saar Pf 5 | 100,5G | 100,5G |
| 5½ dgl. Pf 11 | 86G | 86G |
| 7 dgl. Pf 12 | 90G | 90G |
| 4½ dgl. KO 6 | 100,25G | 100,25G |
| 7½ dgl. KO 80 | 100,2G | 100,2G |
| 8½ dgl. KO 81 | 98,35G | 98,35G |
| S 8½ LKbK Badw. Pf 8 | 101,25G | 101,25G |
| 6 dgl. Pf 28 | 87,5G | 87,5G |
| 6 dgl. Pf 49 | 84,5G | 84,5G |
| 6 dgl. KS 1 | – | – |
| 6½ dgl. KS 8 | 100,75G | 100,75G |
| H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89 | –Zhg. | –Zhg. |
| 7 dgl. Pf 97 | 99,75 | 99,75 |
| 10 dgl. Pf 32 | 100,5G | 100,5G |
| 10 dgl. Pf 33 | 102,9G | 102,9G |
| 6½ dgl. KS 78 | 97,5G | 97,5G |
| 10 dgl. IS 85 | 106,75G | 106,75G |
| 11½ dgl. IS 86 | 110,75G | 110,75G |
| M 6½ Münch.Hypo.Pf 100 | 82,5G | 82,5G |
| H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24 | 102G | 102G |
| 6½ dgl. Pf 42 | 97,75G | 97,75G |
| Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1 | 93,2G | 93,2G |
| 7½ dgl. Pf 4 | 91,5G | 91,5G |
| 8 dgl. Pf 10 | 101G | 101G |
| 8 dgl. KO 53 | 101,8G | 101,8G |
| 7½ dgl. IS 8 | 98,5G | 98,5G |
| 10 dgl. IS 37 | 101,7G | 101,7G |
| F 5 Pfalz Hypo. Pf 48 | 118G | 118G |
| 6 dgl. Pf 58 | 83G | 83G |
| 6 dgl. Pf 85 | 80G | 80G |
| 7 dgl. Pf 114 | 100,1G | 100,1G |
| D 5 RW Bodencr. Pf C | 125bG | 125bG |
| 5½ dgl. K | 109G | 109G |
| 4 dgl. Pf 18 | 103G | 103G |
| 6 dgl. Pf 28 | 91,75G | 91,75G |
| 6½ dgl. Pf 67 | 84G | 84G |
| 5½ dgl. KO J+E | 110G | 110G |
| 9½ dgl. KO 58 | 101,5G | 101,5G |
| 7½ dgl. KO 77 | 100G | 100G |
| S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59 | 108G | 108G |
| 5½ dgl. Pf 109 | 89G | 89G |
| 7 dgl. Pf 125 | 96,25G | 96,25G |
| 7 dgl. Pf 128 | 89G | 89G |
| 8 dgl. Pf 177 | 103,75G | 103,75G |
| 9 dgl. Pf 167 | 100G | 100G |
| 6 dgl. KS 77 | 78G | 78G |
| 6½ dgl. KS 80/1 | 98,85G | 98,85G |
| 8½ dgl. KS 110 | 101G | 101G |
| Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17 | 118,5G | 118,5G |
| 5½ dgl. Pf 24 | 107,75G | 107,75G |
| 5 dgl. Pf 38 | 83,25G | 83,25G |
| 5½ dgl. Pf 43 | 83,1G | 83,1G |
| 6 dgl. Pf 56 | 77,75G | 77,75G |
| 7 dgl. Pf 61 | 85G | 85G |
| 8 dgl. Pf 70 | 100G | 100G |
| 9 dgl. Pf 68 | 101,85G | 101,85G |
| H 8 Schiffshyp. Pf 23 | 98,2G | 98,2G |
| 7½ dgl. Pf 45 | 100,5G | 100,5G |
| M 6 Südboden Pf 41 | 87,5G | 87,5G |
| 5½ dgl. Pf 57 | 76G | 76G |
| 6½ dgl. Pf 143 | 93G | 93G |
| 7 dgl. Pf 87 | 93bG | 93bG |
| 7½ dgl. Pf 104 | 95G | 95G |
| 7 dgl. KS 49 | 91,25G | 91,25G |
| 7½ dgl. KS 81 | 99,5G | 99,5G |
| 8 dgl. KS 133 | 97TG | 97TG |
| 8½ dgl. KS 132 | 101bG | 101bG |
| 9 dgl. KS 185 | 101,75G | 101,75G |
| 9½ dgl. KS 171 | 103,75G | 103,75G |

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| M 5 Verbank Nbg. Pf 55 | 117,5G | 117,5G |
| 6 dgl. Pf 95 | 77G | 77G |
| 7 dgl. Pf 100 | 99,3G | 99,3G |
| D 8 WestLB Pf 350 | 100,4G | 100,4G |
| 6¾ dgl. Pf 403 | 95,85G | 95,85G |
| 9½ dgl. Pf 1007 | 104,6G | 104,8G |
| 8 dgl. Pf 1015 | 97,5G | 97,5G |
| 7 dgl. KO 558 | 99,5T | 99,5T |
| 8¼ dgl. KS 420 | 94,2G | 94,2G |
| 9¾ dgl. KO 1301 | 103,55G | 103,55 |
| 8½ dgl. KS 1278 | 101,25G | 101,25G |
| 8 dgl. IS 1512 | 99T | 99T |
| 9¾ dgl. IS 1520 | 101,85G | 101,85G |
| 6½ dgl. IS 679 | 92,75G | 92,75G |
| 7½ dgl. IS 1503 | 100,2G | 100,2G |
| D 4 Westf. Land. Pf 4 | 99G | 99G |
| 6 dgl. Pf 18 | 94G | 94G |
| 6½ dgl. Pf 19 | 84G | 84G |
| 7 dgl. Pf 20 | 88,5G | 88,5G |
| D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550 | 100,3G | 100,3G |
| 9¾ dgl. Pf 564 | 102,8G | 102,8G |
| 9¾ dgl. KS 294 | 102,7G | 102,7G |
| 9½ dgl. KS 324 | 106,1G | 106,1G |
| S 6 Wür. Hypo. Pf 84 | 78G | 78G |
| 7 dgl. KS 58 | 100G | 100G |
| S 6½ Wür. KoLa Pf 1 | 87,6G | 87,6G |
| 7 dgl. Pf 5 | 99,9G | 99,9G |

## Sonderinstitute

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| D 6 DSLB Pf 28 | 83G | 83G |
| 6 dgl. Pf 47 | 79G | 79G |
| 7 dgl. Pf 63 | 88G | 88G |
| 7½ dgl. Pf 99 | 92G | 92G |
| 8 dgl. Pf 104 | 97G | 97G |
| 8 dgl. Pf 165 | 99G | 99G |
| 5½ dgl. RS 45 | 97,75G | 97,75G |
| 6 dgl. RS 73 | 96G | 96G |
| 8 dgl. RS 120 | 100,25G | 100,25G |
| 8½ dgl. RS 153 | 101,5G | 101,5G |
| 7 dgl. RS 162 | 95,25G | 95,25G |
| 9½ dgl. RS 172 | 103,75G | 103,75G |
| 9 dgl. RS 186 | 103G | 103G |
| 10 dgl. RS 193 | 104,5G | 104,5G |
| 11¼ dgl. RS 185 | 108bG | 108bG |
| D 6½ IKB 69 | 100G | 100G |
| F 7½ KfW 70 | 100,5 | 100,5 |
| 8 dgl. 70 | 101G | 101G |
| 8 dgl. 76 | 100G | 100G |
| 7¼ dgl. 79 | 97,85 | 97,85 |
| 10 Kredit 81 | 108,2G | 108,2G |
| F 8½ Krd.Wied.aufb. 82 | 100,4 | 100,4 |
| F 6 Lwd.Rentbk. RS 14 | 99G | 99G |
| 6 dgl. RS 15 | 95,5G | 95,5G |
| 6 dgl. RS 16 | 95,4G | 95,4G |
| 5 dgl. RS 19 | 95G | 95G |
| 6 dgl. RS 20 | 99,4G | 99,4G |
| 6 dgl. RS 21 | 98,8G | 98,8G |
| 6 dgl. RS 26 | 99G | 99G |
| 7½ dgl. RS 27 | 99,75G | 99,75G |
| 6½ dgl. RS 60 | 95,4G | 95,4G |
| 7 dgl. 94 | 94,75G | 94,75G |
| 7 dgl. 99 | 99,6 | 99,6 |
| 8 dgl. 101 | 99T | 99T |
| 7½ dgl. 102 | 96,5G | 96,5G |
| 9¼ dgl. 126 | 104G | 104G |
| D 7¾ LAG TS 76 | 100G | 100G |
| 8 dgl. TS 76 | 100,9 | 100,9 |
| 8½ dgl. TS 77 | 95,5G | 95,5G |
| 5¾ dgl. 78 | 93,1G | 93,1G |
| 7 dgl. 79 | 97,2 | 97,2 |

## Industrieanleihen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 6 Badenwerk 64 | 99,5G | 99,5G |
| 6 dgl. 78 | 94,25 | 93,75bG |
| 5 BASF 59 | 98,75G | 98,75G |
| 5 Bayernw. 59 | 98,25T | 98,25G |
| F 8 Chem. Hüls 71 | 99,85T | 99,85T |
| 7¾ Cont. Gum. 71 | 99,3G | 99,3G |
| 6 Dt. Texaco 64 | 99,5G | 99,5G |
| 5¾ HEW 62 | 96,25G | 96,25G |
| 7½ dgl. 71 | 99,5G | 99,5G |
| 4½ Harpen 59 | 1810G | 1810G |
| 6 Hoechst 64 | 99,6G | 99,6G |
| 6 Hoesch 64 | 98,9T | 98,9T |
| 7½ dgl. 71 | 98,65T | 98,65T |
| 7½ Karstadt 71 | 99 | 99T |
| 7½ Kaufhof 71 | 99T | 99T |
| 7¾ dgl. 71 | 99,25bG | 99,25T |
| 7½ dgl. 76 | 98,25bG | 98,25G |
| 7½ Klöckner W. 71 | 98,25 | 98G |
| 8 dgl. 72 | 99G | 99G |
| F 8 Krupp 64 | 99,6G | 99,6G |
| 6 Linde 64 | 99,5 | 99,3G |
| 5 Mannesmann 59 | 99,5 | 98,5G |
| 6 NWK 61 | 98,25G | 98,5G |
| 6 dgl. 62 | 96,25G | 96,25G |
| 8 ObDon. Krwk. 64 | 94,3T | 94,3T |
| F 6 Rh.Brkw. 63 | 94,85 | 94,75G |
| 6 dgl. 65 | 94,5G | 94,5G |
| 5½ RWE 59 | | 100G |
| 6 dgl. 63 | 95,5bG | 95,5bG |
| 6 dgl. 65 | 94,6G | 94,5 |
| 7¾ dgl. 71 | 99,7G | 99,7 |
| 7 dgl. 72 | 97,85 | 97,8T |
| 6 Rh.-M.-Don. 62 | 98,75G | 96,75G |
| 6½ dgl. 68 | 98,5G | 98,5G |
| B Schleswag 71 | 100G | 100G |
| 5 STEAG 59 | 98G | 98G |
| 7½ Thyssen 71 | 99,25G | 99,25G |
| 8 dgl. 72 | 99,8 | 99,8G |
| 7¼ dgl. 77 | 95,25G | 95,25G |
| 5 Veba 59 | 98,75G | 98,75G |
| 8 VEW 71 | 99,85 | 99,85 |
| 6¾ dgl. 77 | –Zhg | –Zhg |
| 7 VW 72 | 97,75 | 97,75T |

## Optionsscheine

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 11 BASF Over Zee 82 | 70,2 | 70,7 |
| 7¼ Bayer Fin. 79 | 77 | 77,6 |
| 10½ Bayer Fin. 82 | 86 | 88,3 |
| 7½ BHF Bk. Int. 83 | 106 | 106,2 |
| 6¾ Ciba-Geigy 75 | 1280 | 1300 |
| 3½ Commerzbk. 78 | 53,3 | 53,8 |
| 7 Combk. Int. Lux. 83 | 74,6 | 75,4 |
| 4½ Dt. Bk. Comp. 77 | 136,5 | 135,5 |
| 3½ Dt. Bk. Int. 83 | 123,5 | 125 |
| 8¼ Degussa 83 | 151,5 | 152,8 |
| 4 Dresdner Bk. Int. 83 | 62,8 | 63,8 |
| 4 dgl. 83 II | 69 | 70 |
| 10 Hoechst 75 | 398 | 398 |
| 6¾ dgl. 79 | 91,5 | 91,1 |
| 8 Hoechst 83 | 107,5 | 107,5 |
| 7½ Jap.Syn.Rubber 82 | 1948 | 1945 |
| 5¾ Jusco 83 | 3580 | 3600 |
| Mitsui 82 | 303bG | 303 |
| 7¾ Siemens 83 | 181,5 | 181 |
| 6,875 Schering 83 | 121,8 | 121,4 |
| 4 Veba 83 | 51,6 | 51,5 |
| 6½ Wells F. 73 | 358 | 358 |

## Optionsanleihen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 8½ BASF 74 m O | 155 | 153,5 |
| 8½ BASF 74 oO | 100,75G | 100,55 |
| M 3½ Stumpf 88 mO | 160G | 160G |
| M 3½ Stumpf oO | 84,5B | 84,5bB |

## Währungsanleihen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 8 Brasilien 72 | 97,75G | 97,75 |
| 6¾ Kopenhagen 72 | 96,25G | 96,25G |
| 9½ Norwegen 79 | 99G | 99G |

## Optionsanleihen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 7½ BHF Bk.Int.83 mO | 110,5 | 110,5 |
| 7½ dgl. 83 oO | 78G | 78G |
| 3½ ComBk. Int. 78 mO DM | 114,5G | 114,5G |
| F 3½ dgl. 78 oO DM | 89,25 | 89,75 |
| 4½ C F DT. Bk. 77 m0 $ | 126,25G | 126,25G |
| 4½ dgl. 77 oO $ | 79,5 | 80,5 |
| 3¾ Dt. Bk. 83 mO | 117,5bG | 117,9 |
| 3¾ dgl. 83 oO | 81 | 80,9 |
| 6¾ Dt. Bk. 83 mO | 101 | 101 |
| 6¾ dgl. 83 oO | 71,25 | 70,8 |
| 4 Dresd. Bk. 83 mO | 108 | 108 |
| 4 dgl. oO | 83,75 | 83,75 |
| 7½ Jap. Synth. 82 | 172,5G | 172,5 |
| 7½ dgl. 82 oO | 99,45G | 99,45 |
| 5¾ Jusco 83 mO | 151,5G | 151,5G |
| 5¾ dgl. 83 oO | 93,4 | 93 |
| F 6½ Wells F. 73 mO DM | 132G | 132 |
| 6½ dgl. 73 oO DM | 97,7T | 98bB |

## Optionsscheine

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 8½ BASF 74 | 77 | 78,3 |
| Stumpf 78 | 89 | 87bG |

## Wandelanleihen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 5 Bayer 69 | 100,35 | 100,35 |
| H 8 Beiersdorf 82 | 172,5 | 171G |
| D 9 Gimmes 74 | 380 | 379 |
| 8½ KSB 83 | 134,5 | 133,5 |

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

## Wandelanleihen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F 4¾ AKZO 69 | 88G | 88G |
| F 5 Asics Corp. 83 | 118,25 | 118,25 |
| F 3½ All Nippon 78 | 101,25 | 102,25 |
| F 3½ Asahi Opt. 78 | 134G | 134G |
| F 4¾ Canon Inc. 77 | 475bG | 480G |
| F 3¼ Cas. Comp. 78 | 285G | 284G |
| F 5¾ Daiei Inc. 80 | 130 | 130 |
| F 4¼ Fujitsu Lim. 78 | 675G | 675G |
| F 5 dgl. 79 | 450G | 450G |
| F 5¼ Hoogovens 68 | 88G | 88G |
| F 3½ Izumiya Co 78 | 125 | 125 |
| F 3½ Jusco Co. 78 | 109,5 | 110 |
| F 4 Kansai El. 79 | 132 | 132,5 |
| F 6 Komatsu 76 | 173 | 173 |
| F 6 Konishiroku Pho. 81 | 132,85 | 133 |
| F 6¾ dgl. 82 | 127 | 128 |
| F 3½ Koralmen 78 | 100T | 100T |
| F 7½ Kraft Inc. 70 | 113,75G | 113,75 |
| F 3½ Marudai F 78 | 105,75 | 104,75 |
| F 6 Michelin Int. 70 | 94G | 94G |
| F 5¾ Minolta 77 | 230G | 230 |
| F 4 dgl. 79 | 176,25G | 176,25G |
| F 6¾ Mitsub. Ch. 76 | 258T | 258T |
| F 6,75 Mitsub. H 81 | 166 | 166G |
| F 6 dgl. 81 | 123,25 | 123,25 |
| F 6 Nichii Co Ltd 80 | 125 | 125G |
| F 7 Nippon Sh. Gl. 82 | 197,5 | 198,5 |
| F 3¾ Nippon Sh. 78 | 174G | 174G |
| F 3½ Nissan Mot. 78 | 96 | 96T |
| F 4 Nisshin Steel 78 | 204T | 204G |
| F 6½ Océ v. d. Gr. 69 | 100G | 100G |
| F 3½ Olympus 78 | 270 | 272T |
| F 3¾ Omron Tat 79 | 420G | 420G |
| F 4¾ Orient Fin 79 | 243G | 243G |
| F 3½ Ricoh Comp. 78 | 214 | 214G |
| F 6¾ Rothm. Int. 72 | 95 | 94,75G |
| F 3¾ SanyoElec. 78 | 142G | 142 |
| F 3½ Sanyo Elec. 78 | 225G | 225G |
| F 3¾ Seiyu Stores 78 | 100,35G | 100,35G |
| F 6¼ Sekisui 78 | 152G | 152G |
| F 3½ Stanley 78 | 151G | 151G |
| F 6 Taiyo Yuden 82 | 132,5G | 132,5 |
| F 5 Texaco Int. 66 | 96,5 | 96,5 |
| F 3½ Tok. Elec. 78 | 485G | 485G |
| F 4 Tokyo Land 79 | 109,5G | 109G |
| F 3½ Trio Kenw. 78 | 110,5 | 111,5 |
| F 6½ Uny Ltd. 79 | 222G | 222 |

# Ausländische Aktien

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| F L'Air Liquide | 180G | 180G |
| D Akzo | 91,8 | 92,9 |
| F Alcan | 112 | 114 |
| F Alcoa | 133 | 134,5 |
| F Alg.Bk.Nedld. | 351 | 350G |
| F All Nippon Air | 4,5 | 4,6 |
| F Amax | 69 | 70bG |
| F Am. Cyanamid | 143 | 145G |
| D American Expr. | 91 | 92,5 |
| D Am Motors | 21,2 | 21,1 |
| F Am. T & T | 51,9 | 52,6 |
| F Amro Bank | 61,8 | 61,9 |
| F Anglo Am. Corp. | 45 | 45,5 |
| M Anglo Am. Gold | 290G | 295B |
| F Arbed | 66T | 65bB |
| F Asahi Chem. | 5,8 | 5,8 |
| M Atl. Richfield | 120,6 | 119,6 |
| H Atlas Copco | 42G | 40G |
| M Avon | 71,4 | 72,7 |
| D Baker Int. | 52,3 | 54,5 |
| F Bell Canada | 24,6bG | 24,65 |
| F Banco de Bilbao | 25,5 | 25 |
| F Banco Central | 27,2 | 27,3 |
| F Banco Hisp. Americ. | 21 | 20,6 |
| F Banco de Santander | 21 | 20,7 |
| F Banco de Vizcaya | 31,5 | 31 |
| F Barlow Rand | 30 | 30G |
| M Baxter Trav. Lab. | 63,5 | 64,3 |
| D Beatrice Foods | 93,5G | 93G |
| D Bell Canada | 72,5bG | 72G |
| F Black & Decker | 78,5 | 79 |
| F Boeing | 133,3 | 135 |
| M Bougainville Copper | 6,35 | 6,4 |
| F Bowater | 10,45 | 10,45 |
| D BP | 15,8 | 15,9 |
| M Broken Hill | 35,1 | 35,1 |
| F Bull | 12,7 | 12,5T |
| F Cdn. Pacific | 119 | 120,2 |
| F Canon | 18,3 | 18,7 |
| F Casio Comp. | 17,3 | 17,1 |
| F Caterpillar | 142exD | 141,9 |
| D Ch. Manhattan | 137 | 137,9 |
| F Chrysler | 79,2 | 80,3bG |
| M Citicorp. | 109G | 109,9 |
| F City Investing | 115bG | 115G |
| F Coca-Cola | 146 | 147 |
| D Colgate | 62,5 | 63,5 |
| M Comm. Satellite | 90,5 | 93,4 |
| F Cons. Gold F. | 20,8 | 20,5 |
| D Cont. Group | 150G | 151 |
| F Control Data | 133 | 133 |
| H Courtaulds | 5,2 | 5 |
| M CRA | 14,8 | 14,8 |
| M CSR | 10,45 | 10,8 |
| F Daiei | 7,9T | 7,9T |
| F Dart & Kraft | 183G | 188 |
| M De Beers Cons. | 22,6 | 23,5 |
| F Deere Comp. | 114 | 113 |
| F Diam. Shamrock | 57,2 | 56,9 |
| M Digital Equipm. | – | 213,7 |
| M Disney Prod. | 148,3 | 147,7 |
| H Distillers | 9,5G | 9,5 |
| M Dome Petroleum | 8,7 | 8,9 |
| D Dow Chemical | 94,5 | 94,5 |
| D Dresser | 57 | 59 |
| M Driefontein Cons. | 85,3 | 85,5 |
| D DuPont | 144 | 147 |
| H Dunlop | 2B | 2 |
| D Eastern Air Lines | 20,4 | 20,2 |
| F Eastman Kodak | 208 | 213 |
| F Elf Aquitaine | 59,1 | 59 |
| F Emhart | 93 | 92 |
| D Ericsson | 135G | 135G |
| D Esmark | 126,5 | 127G |
| D Exxon | 104 | 107 |
| D Fiat St. | 6 | 5,75bG |
| D dgl. Vz. | 4,95 | 4,7 |
| F Finsider | – | – |
| D Fisons | 29G | 28,5G |
| M Fluor | 52,6 | 53,1G |
| D Ford | 129,5 | 132,5 |
| F Foseco Minsep | 6,35 | 6,3 |
| F Fujitsu | 16 | 16 |
| F General Electric | 159,5 | 162,5 |
| F General Mining | 60,5 | 61,9 |
| D General Motors | 216G | 220,5 |
| D Gen. Shopping | 475T | 479G |
| M Getty Oil | 326,9 | 328,3 |
| D Gevaert | – | – |
| F Goodyear | 83,5 | 86,5 |
| H Grace | 129G | 130B |
| D GKN | 7T | 7B |
| F Gulf | 140 | 138 |
| D Halliburton | 107,5 | 109 |
| M Hewlett Packard | 118,8 | 118,4 |
| D Highveld Steel | 12G | 12bG |
| D dgl. o.O. | 12G | 12G |
| F Hitachi | 999 | 999 |
| M Holiday Inns | 141,5 | 143 |
| F Homestake | 80,7 | 80,5 |
| M Hongk. & Shanghai Bank | 2,9 | 3B |
| D Hoogovens | 46,3 | 47,3 |
| D Hughes Tool | 57 | 57,8 |
| F IBM | 337 | 346 |
| F ICI | 25,8 | 25,1 |
| M Impala Plat. Hold. | 35,4 | 35,8 |
| M Imperial Oil | 81,5 | 82,8 |
| F Inco | 41 | 41,5 |
| F Int. T & T | 129 | 134 |
| D Istituto Fin. Ind. | 8,2G | 8,2G |
| F Italcementi | 71G | 73 |
| F Izumiya | 10T | 10T |
| F Japan Line | 2,1 | 2 |
| D Jusco | 10,5T | 10,5T |
| F Kawasaki Kisen | 1,85 | 1,85 |
| F Kawasaki Steel | 2,4 | 2,35 |
| M Kloof Gold Min. | 119,4 | 118,3 |
| F Komatsu | 6,4 | 6,4 |
| D KLM | 187 | 191,9 |
| F Konishiroku Photo | 7,6T | 7,5T |
| F Kubota | 4 | 4,05 |
| D Lafarge | 116 | 100T |
| D Litton Ind. | 197 | 199 |
| F Lone Star | 77G | 79,5 |
| D LTV | 54 | 53,5 |
| M M.I.M. Hold. | 18,1 | 18,6 |
| F Magneti Marelli | – | – |
| D Marubeni | 3,5G | 3,5G |
| F Marudai Food | 8,4 | 8,5 |
| D Matsushita El. | 23,5 | 23,7 |
| M McDonald's | 190,5 | 195 |
| M Merril Lynch | 96,6 | 98,8 |
| F McDonnell D. | 167 | 169 |
| M Minerals & Res. | 28,9 | 29,1 |
| D Minnesota M. | 230T | 231T |
| D Minolta Camera | 8T | 8T |
| F Mitsubishi Chem. | 3,85 | 3,8 |
| F Mitsubishi El. | 5,25 | 5,25 |
| F Mitsui Bk. | 7,2 | 7,1 |
| F Mitsui & Co. | 4,5T | 4,5T |
| F Mitsui Engin. | 2T | 2 |
| F Mitsui O. S. K. | 2,1T | 2G |
| F Mitsumi El. | 11,5 | 11,5 |
| H Mobil Corp. | 81,5 | 82,5 |
| F Monsanto | 293 | 299 |
| F Montedison | 0,38 | 0,38 |
| F Murata | 34,3 | 34,5 |
| M Nat. Semicond. | 52,8 | 52,9 |
| D Nat. Westminster | 25TB | 24T |
| F NEC Corp. | 18,5 | 18,5 |
| F Nestlé | 6370 | 6420 |
| F Nestlé Tz. | 640G | 645G |
| D Nikko Sec. | 5,3G | 5,2G |
| F Nippon Kokan | 1,9 | 1,9 |
| F Nippon Shinpan | 9,2G | 9,2G |
| F Nippon Yusen | 3,2bB | 3,4 |
| F Nissan Motor | 9,35 | 9,1 |
| F Nisshin Steel | 2,5 | 2,5 |
| F Nissho - Iwai | 3,6G | 3,4G |
| D NL Industries | 46,7 | 48,7 |
| F Norsk Hydro | 193,5 | 193,5 |
| H Occ. Petroleum | 70 | 69,5 |
| D Océ v. d. Grint | – | – |
| F Olivetti St. | 6,8 | 6,8 |
| F Olivetti Vz. | 7 | 6,85 |
| F Olympus Optical | 13,1 | 13,3 |
| H v. Ommeren | 27,4 | 27,7 |
| F Omron Tateisi | 24,5G | 24,5G |
| F Pakhoed | 54,2 | 54,7 |
| F Pakhoed Z. | 49G | 50 |
| M PanAm | 24,38 | 24,58 |
| D Parker Drilling | 25,5 | 25,8 |
| F Peko Wallsend | 14,2 | 14,6 |
| M Pepsi | 101,3 | 102,8 |
| F Pernod-Ricard | 270T | 265T |
| F Peugeot | 77,5 | 74,3 |
| F Philip Morris | 202 | 207,9 |
| H Philips | 40,4 | 42,2 |
| D Phoenix Ass | 18,2bG | 17T |
| F Pirelli | 3,05 | 2,95 |
| M Polaroid | 92,4 | 94,6 |
| M Prime Computer | 52 | 52,1 |
| F Procter & G. | 155exD | 155,5 |
| D Ramada Inns | 30 | 30,3 |
| M Ranger Oil | 29,8 | 30,2 |
| F Rank Org. | 7,85 | 7,8 |
| F Ricoh | 12,6T | 12,3 |
| F Rio Tinto NA-Sl. | 25,1 | 24,5 |
| F Rio Tinto Namen. | 25T | 24,5T |
| H Robeco | 306,5 | 308 |
| F Rockwell | 90 | 90,6 |
| H Rolinco | 298 | 295 |
| F Rorento | 187,5 | 178 |
| F Rothmans Int. | 4,3G | 4,3G |
| D Rowan Cos. | 33 | 33,5 |
| H Royal Dutch | 128,3 | 129,9 |
| M Rustenburg Plat. Hold. | 29G | 29,3B |
| F Sanko Steamship | 2,6 | 2,55G |
| F Sanden Corp. | 9,2G | 9,2 |
| M Santos | 19,35 | 19,85 |
| F Sanyo Elec. | 6,95 | 6,9 |
| F Sanwa Bk. | 7,4T | 7,05T |
| M SASOL | 10 | 10,1 |
| F Schlumberger | 133,5 | 137 |
| F Schw. Alum. | 1162 | 1195 |
| F Schw. Bankverein PS | 364 | 366 |
| F Schw. Bankverein OR | 8,65 | 8,6 |
| M Sears, Roebuck | 105,9 | 110,9 |
| F Seiyu Stores | 8G | 8G |
| F Sekisui House | 7,6 | 7,65 |
| F Selected Risk | 41,5G | 41,5G |
| H Shell T & T | 238 | 238 |
| D Singer | 78,1 | 78,5 |
| F Snia Viscosa | 2,55 | 2,3 |
| D Solvay | 175 | 175B |
| D Sony Corp. | 43,9 | 43,9 |
| D Sperry Corp | 139 | 140 |
| F Squibb | 126 | 127,5 |
| F Stanley Elec. | 9,35G | 9,35G |
| F Steyr-Daimler-P. | 22,5 | 22,6 |
| F Sumitomo | 6 | 6,25 |
| F Sumitomo Heavy | 2,7T | 2,65 |
| D Sumitomo Metal | 1,9bG | 1,85T |
| D Sun | 140 | 141G |
| M Sunshine Mining | 33,8G | 34 |
| F Swissair | 1260 | 1268 |
| F Taisei Kens. | 2,6G | 2,6 |
| M Tandy | 108,3 | 108 |
| F Taiyo Yuden | 15G | 15G |
| F Tenneco | 115 | 116,5 |
| D Texaco | 107 | 108,5 |
| D Thomson-CSF | – | 84,5 |
| D Thorn Emi | 25T | 26T |
| F Tokyo El. | 17,8 | 17,5G |
| D Tokyo Pac | 360G | 355G |
| F Tokyo Sanyo El. | 8,3 | 8,3 |
| D Toray | 5,45 | 5,45 |
| D Toshiba | 5,2 | 5,15 |
| F TRIO Kenwood | 8T | 8T |
| F TRW | 220 | 225T |
| D UAL | 112 | 112 |
| H Unilever | 235,5 | 237,9 |
| F Union Carbide | 182 | 181,8 |
| D Uniroyal | 49G | 50bG |
| F United Techn. | 201,5 | 205 |
| F US Steel | 89,2 | 92,3 |
| M Vaal Reefs Expl. | 284,7 | 286 |
| D VMF-Stork | 98bG | 101G |
| D Volvo A | 165T | 150T |
| D dgl. Nam B | 165T | 150T |
| F Warner Commun. | 75 | 75,5 |
| F Warner Lambert | 89 | 92 |
| F Wells Fargo | 116G | 119 |
| M Western Deep L. | 134,6 | 133,1 |
| M Western Mining | 10,05 | 10,45 |
| M Westinghouse El. | 153,9 | 158,8 |
| F Westf.-Utrecht H. | 105 | 112 |
| D Xerox Corp. | 140 | 143,5 |

# Aktien im Verlaufe erholt

## Gewinnmitnahmen drückten anfangs auf die Kurse

**DW. – Der Börsenbeginn stand bei den Aktien im Zeichen auslaufender Optionsgeschäfte. Offensichtlich wurden in den in der Vergangenheit stärker gestiegenen Papieren Gewinne realisiert. Anlagekäufe sorgten auf breiter Front für Kurserholungen, so daß nennenswerte Abschläge ausblieben, teilweise die Notierungen sogar höher als am Wochenschluß lagen. Die Anlageaktivitäten wurden unterstützt durch den nachgebenden Dollarkurs.**

Da die Kursbildung weitgehend durch markttechnische Faktoren bestimmt wurde, zeichnete sich am Wochenbeginn kein Schwerpunkt im Aktienhandel ab. Nach wie vor besteht aber starkes Interesse für *Conti-Gummi*, wo der Kurs allerdings um 2 DM nachgab. Viel beachtet wurde der weitere Anstieg bei AEG-Telefunken um 2 DM auf 94 DM. Im Auto-Bereich konnten sich VW mit 220 gut behaupten. Von den Versicherungen litten Allianz (minus 8 DM) ebenso unter Gewinnmitnahmen wie Aachen-Münchner-Beteiligung (minus 15 DM). Banken wurden zum Schluß *auf Freitagsbasis gehandelt*.

**Düsseldorf:** Bonner Zement erhöhten um 5 DM, Hein. Lehmann um *3 DM* und Keramag um 4 *DM*. Mauser verbesserten sich um 5 DM auf 105 DM und Rhein. Textil um 13 DM auf 278 DM. Stinnes stockten um 30 DM auf 700 DM auf. Nachgeben mußten Bilfinger um 3 DM, Buckau um 3 DM und Schiess um 4 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 22 DM *und Aachen Münchner Vers.* 5 DM.

**Frankfurt:** AEG stiegen um 2 DM auf 94 DM, Preussag-Bezüge blieben 10,60 DM bei 18 000 Stück Umsatz, Schiess bei Plusankündigung 115 DM plus 7 DM, Allweiler Pumpen 320 DM plus 15 DM und Mainzer *Aktienbier-Vorzüge 420 DM* plus 16 DM.

**Hamburg:** HEW setzten mit 106 DM (minus 3 DM) ein. NWK-Vorzüge gingen zu 183 bis 185 DM (minus 0,60 DM) aus dem Markt. Phoenix Gummi wurden mit 159,50 DM bis 158,50 DM (minus 1 DM) gehandelt. Beiersdorf stiegen um 2 DM auf 361,50 DM und Bremer Vulkan um 2 DM auf 43,50 DM. Dagegen fielen Markt und Kühlhallen um 2 DM auf 308 DM zurück.

**München:** Agrob St. erhöhten um 4 DM, Brau AG Nürnberg um 5 DM, Diamalt AG um 1 DM und Dywidag um 2,80 DM. Augsburger Kammgarn gaben um 1 DM und Audi NSU um 3 DM nach. Etienne Aigner verloren 1 DM auf 302 DM. Hutschenreuther *stockten um 3 DM und* NAK Stoffe um 0,80 DM auf. Süd Chemie erhöhten um 5 DM und Wanderer um 6 DM.

**Berlin:** Concordia Chemie zogen um 10 DM an. Herlitz Stämme, Kempinski, Orenstein und Rheinmetall konnten sich um je 2 DM verbessern. Herlitz Vorzüge bröckelten um 1,30 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM ab.

**Nachbörse: abwartend**

**WELT-Aktienindex vom 16. 1.: 153,8 (154,3); WELT-Umsatzindex vom 16. 1.: 2240 (1955)**

# Fortlaufende Notierungen und Umsätze

# Ausländische DM-Anleihen

# Ausland

# Wien

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Creditanstalt-Bkv.Vz. | 208 | 206 |
| Gösser-Brauerei | 330 | 330 |
| Länderbank Vz. | 211 | 212 |
| Österr. Brau AG | 288 | 289 |
| Perlmooser | 317 | 318 |
| Reininghaus | 365 | 370 |
| Schwechater Br. | 158 | 157 |
| Semperit | – | – |
| Steyr-Daimler-P. | 156 | 158 |
| Universale HochTief | 220 | 215 |
| Veitscher Magnesit | 220 | 219 |
| Index | 55,3 | 55,13 |

# Kopenhagen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Den Danske Bank | 371 | 365 |
| Jyske Bank | 755 | 741 |
| Kopenh. Handelsbk. | 334 | 330 |
| Novo Industri | 2930 | 3060 |
| Privatbanken | 345 | 357 |
| Ostasiat. Komp. | 194 | 189 |
| Dan. Sukkerfabr. | 806 | 800 |
| For. Bryggerier St. | 1215 | 1230 |
| Kgl. Porc. Fabr. | 420 | 400 |

# Brüssel

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Arbed | 1302 | 1308 |
| Brux. Lambert | 2570 | 2525 |
| Cockerill Ougrée | 217 | 217 |
| Ebes | 2425 | 2405 |
| Gevaert | 3800 | 3840 |
| Kredietbank | – | 6800 |
| Pétrofina | 6610 | 6470 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 1770 | 1760 |
| Sofina | 5780 | 5610 |
| Solvay | 3710 | 3710 |
| UCB | 5020 | 4720 |
| Index | 142,04 | 141,02 |

# Singapur

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Cycle + Car. | 6,10 | 6,20 |
| Cold Storage | 5,15 | 5,75 |
| Dev. Bk. of Sing. | 10,50 | 10,50 |
| Fraser + Neave | 6,80 | 6,85 |
| Kl. Kepong | 3,20 | 3,22 |
| Mal. Banking | 9,30 | 9,50 |
| Nat. Iron | 6,15 | 6,15 |
| OCBC | 11,60 | 11,60 |
| Sime Darby | 2,86 | 2,87 |
| Singapur Land | 5,70 | 5,70 |
| Un. Overs. Bank | 5,75 | 5,90 |

# Optionshandel

Frankfurt: 16. 1.: 1085 Optionen = 54 725 (65 475) Aktien, davon 197 Verkaufsoptionen = 10 200 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-70/23,2, 4-80/15, 4-90/8,6, 4-100/6, 7-80/17,3, 7-90/9,7, 7-100/8, 10-90/15,2, BASF 4-170/11, 4-180/5,5, 7-170/17,9, 7-180/11, 7-190/5,6, Bayer 4-160/16,4, 4-170/13,5, 4-180/7,5, 4-190/4, 7-170/18,5, 7-180/12,3, 7-190/7,5, 10-180/16, 10-190/10, Bekula 4-95/6, 4-100/2,9, 7-100/3,4, 10-100/6,15, *BMW 7-460/22, Commerzbank 4-170/12,4, 4-180/8,7,* 4-190/3,4, 4-200/2,3, 7-160/26,8, 7-170/18,9, 7-180/12,5, 7-190/8,4, 7-200/5, 10-200/7, Conti 4-120/20, 4-140/7, 4-150/4,4, 7-120/23, 7-16,35, 7-140/11, 10-140/13,4, 10-150/9,9, Dt. Babcock St. 4-180/13,5, 4-190/8, 7-190/18,4, Deutsche Bank 4-320/38, 4-350/16,9, 4-370/5,4, 7-340/30, 7-360/16,35, 7-370/14, 7-380/9,9, 10-370/18, 10-390/11,9, 10-400/10, Degussa 4-380/13,9, 7-370/33, Dresdner Bank 4-170/12,05, 4-180/7, 4-200/2,2, 7-170/18,5, 7-180/11,5, 7-190/8, 7-200/4,5, Hoechst 4-180/15,9, 4-190/10, 4-200/6, 7-180/18, 7-200/9, 10-210/11, Hoesch 4-90/27,5, 4-100/20, 4-110/12,1, 4-130/4,5, 7-90/35, 7-100/25, 7-120/9,8, 10-120/15,4, Karstadt 4-300/5, Klöckner 4-45/7,5, 4-50/3,8, 4-55/2,6, 7-50/7, 7-55/4,8, 10-50/9,9, 10-55/5, Lufthansa St. 4-140/26, 7-160/7,9, 10-170/13, M.A.N. 4-130/15, 4-160/4,5, 7-140/17,4, *7-160/7,8, 10-150/18,9, 10-160/12,9, RWE St.* 4-170/16,4, 4-180/8,5, 4-190/4,4, 10-180/16,05, RWE Vz. 4-180/6,85, 7-180/11,25, 10-180/14,35, Schering 4-400/10, 7-380/27, Kali + Salz 4-210/20, Siemens 4-370/28, 4-380/16, 4-390/10,4, 4-420/4, Thyssen 4-85/9,7, 4-90/5,5, 7-80/15,5, 7-90/9,4, 10-95/7, Veba 4-170/9,2, 4-180/3,6, 7-180/7,4, VEW 4-120/5,8, 7-130/6,5, VW 4-200/37, 4-210/27, 4-220/17,8, 4-230/8, 4-260/4, 7-220/23,5, 7-230/20, 7-240/16,4, 7-260/7,2, 10-210/46, 10-220/34, 10-250/18, Chrysler 7-90/5,4, 10-95,5,5, ELF 4-60/3,2, 7-60/5,4, Philips 4-40/4,2, 7-45/4,45, 10-50/1,9, Royal Dutch 7-120/17,9, 7-130/11, 7-140/7,4, 10-130/14,4, Xerox 7-140/18,5. Verkaufsoptionen: AEG 4-85/2,2, 4-90/3,9, 7-80/1,4, 7-85/2,8, 7-90/5, 10-80/2, 10-85/3,4, BASF 4-170/2,6, 7-170/3,5, 7-180/9, Bayer 4-170/2,6, 7-170/2,4, 7-190/9, Bekula 4-95/2, Commerzbank 4-170/2, 7-170/2,6, Conti 4-140/8, 7-130/3,4, 7-140/9, 10-120/2, 10-130/5,5, 10-140/9,1, Dt. Babcock St. 7-190/12, Deutsche Bank 4-330/1,3, 7-340/5, 10-340/8,4, Dresdner Bank 4-170/2,3, 10-170/4, GHH St. 7-150/6, Hoechst *4-190/2,8, 7-190/5,4, 10-190/6,1*, Hoesch 4-110/2,8, 4-120/4, 7-110/2,5, 7-120/5, 10-120/9, Karstadt 7-290/13, Kaufhof 4-270/5,28, Klöckner 4-50/3,5, 7-50/5, Mercedes 4-530/3, Mannesmann 4-140/1,6, 7-150/5,8, RWE St. 4-180/3, Siemens 4-380/6, Thyssen 4-85/2,15, 4-90/4, 7-85/3,45, 10-85/4,1, Veba 4-170/8,5, 7-170/5, VW 4-220/4,8, 7-200/1,7, 7-220/6, 10-210/5, Chrysler 4-90/6,15, 10-75/4,3, ELF 4-60/3, IBM 10-330/11,9, Litton 10-180/7,1, Xerox 4-140/4 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

# Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 9⅝– 9¾ | 5¾–6 | 3⅛–3⅜ |
| 3 Monate | 9⅝– 9⅞ | 6 –6¼ | 3⅝–3⅞ |
| 6 Monate | 9⅞–10⅛ | 6¼–6½ | 3⅞–4⅛ |
| 12 Monate | 10⅛–10⅜ | 6⅜–6⅝ | 4 –4¼ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

# Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

*Gesetzliche Zahlungsmittel*)*

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1505,00 | 1829,70 |
| 10 US-Dollar (Indian) **) | 1213,00 | 1415,61 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 460,00 | 615,60 |
| 1 £ Sovereign alt | 244,00 | 300,96 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II | 238,00 | 291,84 |
| 20 belgische Franken | 184,00 | 239,40 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 251,00 | 313,50 |
| 2 südafrikanische Rand | 237,00 | 291,84 |
| Krüger Rand, neu | 1061,00 | 1249,44 |
| Maple Leaf | 1061,00 | 1249,44 |
| Platin Noble Man | 1094,00 | 1287,06 |
| *Außer Kurs gesetzte Münzen *)* | | |
| 20 Goldmark | 261,00 | 334,90 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 198,00 | 249,68 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 195,00 | 247,38 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 979,00 | 1179,90 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 195,00 | 245,10 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 105,00 | 136,80 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 460,00 | 564,30 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 109,00 | 147,06 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

# Devisen und Sorten

| 16. 1. 84 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York3) | 2,8039 | 2,8118 | 2,7824 | 2,78 | 2,87 |
| London1) | 3,958 | 3,964 | 3,928 | 3,89 | 4,04 |
| Dublin1) | 3,093 | 3,107 | 3,056 | 3,03 | 3,18 |
| Montreal3) | 2,2480 | 2,2560 | 2,2315 | 2,20 | 2,29 |
| Amsterd. | 88,825 | 89,045 | 88,925 | 88,00 | 90,00 |
| Zürich | 125,780 | 125,980 | 125,88 | 124,75 | 127,50 |
| Brüssel | 4,890 | 4,910 | 4,841 | 4,71 | 4,93 |
| Paris | 32,590 | 32,750 | 32,08 | 32,00 | 33,75 |
| Kopenh. | 27,645 | 27,865 | 27,315 | 26,75 | 28,75 |
| Oslo | 35,605 | 35,725 | 35,045 | 34,75 | 36,50 |
| Stockh.**) | 34,210 | 34,370 | 33,85 | 32,50 | 35,25 |
| Mailand2) **) | 1,644 | 1,654 | 1,604 | 1,58 | 1,68 |
| Wien | 14,167 | 14,207 | 14,182 | 14,09 | 14,31 |
| Madrid**) | 1,750 | 1,760 | 1,70 | 1,68 | 1,80 |
| Lissabon**) | 2,060 | 2,090 | 1,98 | 1,60 | 2,40 |
| Tokio | 1,2000 | 1,2030 | – | 1,18 | 1,22 |
| Helsinki | 47,220 | 47,420 | 46,22 | 46,50 | 48,25 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 16,00 |
| Rio | – | – | – | 0,05 | 0,45 |
| Athen*) **) | 2,709 | 2,763 | – | 1,90 | 2,70 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,5295 | 2,5485 | – | 2,48 | 2,59 |
| Johannesbg.*) | 2,2330 | 2,2530 | – | 2,00 | 2,25 |

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

# Devisen

Die freundliche Tendenz am amerikanischen Bond-Markt vom Freitag sorgte für einen *weiter nachgebenden Dollar*, der in Europa bis 2,7920 seinen niedrigsten Punkt erreichte. Später löste diese Basis eine gewisse kommerzielle Nachfrage aus, so daß sich am 16. 1. der Kurs bis 2,8090 erholen konnte. Die Deutsche Bundesbank war nicht im Markt aktiv, lediglich zur amtlichen Notiz von 2,8078 verkaufte sie 14,55 Mio. Dollar. Mit Ausnahme des Escudo mußten alle anderen amtlich notierten Währungen teilweise deutliche Kurseinbußen hinnehmen, am stärksten betroffen waren der Kanadische Dollar unbd der Japanische Yen mit Rückgängen um 6,8 bzw. 5,4 Promille. *US-Dollar* in: Amsterdam 3,1580; Brüssel 57,305; Paris 8,5950; Mailand 1703,50; Wien 19,7830; Zürich 2,2305; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,4093; Pfund/DM 3,957.

**Ostmarkkurs am 16. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.**

# Devisenterminmarkt

Im Vergleich zum Freitagmorgen verbilligten sich die Dollarzinssätze um ¼ Prozentpunkte, was sich am 16. Januar in engen Dollar-Deports niederschlug.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 1,04/0,94 | 2,59/2,49 | 5,05/4,85 |
| Pfund/Dollar | 0,045/0,065 | 0,14/0,17 | 0,28/0,32 |
| Pfund/DM | 1,90/0,50 | 3,80/2,40 | 6,80/5,40 |
| *FF/DM* | 28/12 | 68/50 | 127/111 |

# Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 1.: Tagesgeld 5,55–5,8 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,1 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz *der Bundesbank* am 16. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,21) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,89, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

# Warenpreise – Termine

**Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zu deutlichen Einbußen kam es bei Kaffee und Kakao.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 357,00 | 361,75 |
| Mai | 352,50 | 357,00 |
| Juli | 341,50 | 345,50 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif. | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| St. Lawrence 1 CW | 253,15 | 273,15 |
| Amber Durum | 259,30 | 259,30 |

| Roggen Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| März | 141,50 | 146,00 |
| Mai | 144,70 | 149,30 |
| Juli | 147,00 | 150,80 |

| Hafer Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| März | 127,60 | 131,30 |
| Mai | 124,20 | 127,70 |
| Juli | 124,50 | 127,00 |

| Hafer Chicago (c/bush) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 179,50 | 184,25 |
| Mai | 179,75 | 185,25 |
| Juli | 178,75 | 183,75 |

| Mais Chicago (c/bush) | | |
|---|---|---|
| März | 327,00 | 335,00 |
| Mai | 328,75 | 337,25 |
| Juli | 327,75 | 336,75 |

| Gerste Winnipeg (can. $/t) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 132,50 | 136,40 |
| Mai | 132,20 | 136,10 |
| Juli | 132,70 | 136,50 |

## Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 141,49 | 142,30 |
| Mai | 137,20 | 137,50 |
| Juli | 134,80 | 135,00 |

| Kakao New York ($/t) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Terminkontr. März | 2353 | 2407 |
| Mai | 2346 | 2385 |
| Juli | 2340 | 2380 |
| Umsatz | 9340 | 8924 |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 März | 7,64 | 7,77 |
| Mai | 7,98 | 8,15 |
| Juli | 8,30 | 8,44 |
| Sept. | 8,55 | 8,68 |
| Okt. | 8,70 | 8,86 |
| Umsatz | 7050 | 10350 |

| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| | 7,05 | 6,99 |

| Kaffee London (£/t) Robusta- | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Kontrakt Jan. | 2041–2044 | 2045–2047 |
| März | 2029–2030 | 2035–2036 |
| Mai | 1921–1923 | 1935–1936 |
| Umsatz: | 3156 | 5235 |

| Kakao London (£/t) | | |
|---|---|---|
| Terminkontrakt März | 1819–1821 | 1835–1836 |
| Mai | 1809–1812 | 1823–1825 |
| Juli | 1796–1797 | 1818–1821 |
| Umsatz | 4574 | 11 591 |

| Zucker London (£/t) | | |
|---|---|---|
| März | 139,10–139,20 | 144,50–144,60 |
| Mai | – | 150,00–150,75 |
| Umsatz | 3331 | – |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 430,00 | 430,00 |
| weißer Sarawak | 682,50 | 682,50 |
| weißer Muntok | 690,00 | 690,00 |

| Orangensaft New York (c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Jan. | 154,00 | 149,00 |
| März | 156,90 | 152,00 |
| Mai | 158,60 | 154,40 |
| Juli | 158,60 | 155,00 |
| Sept. | 159,00 | 155,70 |
| Umsatz | 450 | 2000 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Erdnußöl New York (c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Südstaaten fob Werk | 47,50 | 47,50 |

| Maisöl New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 28,25 | 28,25 |

| Sojaöl | | |
|---|---|---|
| Chicago (c/lb) Jan. | 27,90 | 29,73 |
| März | 29,16 | 30,18 |
| Mai | 29,37 | 30,38 |
| Juli | 29,42 | 30,45 |
| Aug. | 29,02 | 30,05 |
| Sept. | 28,00 | 29,00 |
| Okt. | 26,25 | 27,85 |

| Baumwollsaatöl New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Mississippi-Tal | 30,50 | 30,50 |

| Schmalz Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| loco lose | 24,50 | 24,00 |
| Choise white hog 4% fr. F. | 19,00 | 18,75 |

| Talg New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| top white | 18,50 | 18,25 |
| fancy | 18,00 | 17,75 |
| bleichfähig | 17,75 | 17,50 |
| yellow max. 10% fr. F. | 16,25 | 16,00 |

| Schweine Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Febr. | 53,80 | 53,05 |
| Apr. | 49,55 | 49,40 |
| Juni | 54,60 | 54,45 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Febr. | 67,40 | 67,40 |
| März | 67,95 | 67,55 |
| Mai | 69,20 | 68,85 |

| Häute Chicago (c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Ochsen eink. schwere River Northern | 55,50 | 55,50 |
| Kühe eink. schwere River Northern | 57,00 | 57,00 |

| Sojabohnen Chicago (c/bush) | | |
|---|---|---|
| Jan. | 747,50 | 777,00 |
| März | 761,00 | 790,00 |
| Mai | 775,25 | 804,50 |
| Juli | 782,25 | 811,50 |
| Aug. | 775,00 | 805,00 |
| Sept. | 730,00 | 760,00 |
| Nov. | 699,00 | 725,50 |

| Sojaschrot Chicago ($/sht) | | |
|---|---|---|
| Jan. | 194,00 | 207,00 |
| März | 197,30 | 207,20 |
| Mai | 198,80 | 209,00 |
| Juli | 200,00 | 210,00 |
| Aug. | 198,00 | 208,00 |
| Sept. | 193,50 | 203,50 |
| Okt. | 186,00 | 193,00 |

| Leinsaat Winnip. (can. $/t) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 373,50 | 383,50 |
| Juli | 374,70 | 384,70 |
| Mai | 377,10 | 387,10 |

| Kokosöl New York (c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Westküste fob Werk | 48,50 | 48,50 |

| Erdnußöl Rotterdam ($/t) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. cif | 1000,00 | 995,00 |

| Leinöl Rotterdam ($/t) | | |
|---|---|---|
| jegl. Herk. ex Tank | 550,00 | 540,00 |

| Palmöl Rotterdam ($/lgt) | | |
|---|---|---|
| Sumatra cif | 900,00 | 910,00 |

| Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) | | |
|---|---|---|
| roh Niederl. fob Werk | 209,00 | 226,00 |

| Kokosöl Rotterdam ($/lgt) | | |
|---|---|---|
| Philippinen cif | 1080,00 | 1080,00 |

| Leinsaat Rotterdam ($/t) | | |
|---|---|---|
| Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 316,00 | 317,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 74,85 | 75,30 |
| Mai | 75,75 | 76,27 |
| Juli | 76,40 | 76,99 |
| Okt. | 72,95 | 73,25 |
| Dez. | 71,67 | 72,10 |
| März | 72,75 | 72,30 |

| Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis | | |
|---|---|---|
| loco RSS –1: | 57,50 | 57,50 |

| Wolle Lond. (Neust. c/kg) Kammz. Nr. 2 | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Jan. | 408–411 | 401–408 |
| März | 417-421 | 418–421 |
| Mai | 433–435 | 431–433 |
| Umsatz: | 54 | 130 |

| Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 47,80 | 47,60 |
| Mai | 48,00 | 48,00 |
| Juli | 48,40 | 48,40 |
| Okt. | 48,70 | 48,70 |
| Umsatz | 0 | 2250 |
| Tendenz: stetig | | |

| Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| März | 573,0-574,0 | 570,0–572,0 |
| Mai | 588,5–592,0 | 587,0–588,0 |
| Juli | 603,0–605,0 | 602,0–604,0 |
| Umsatz | 11 | 88 |

| Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| East African 3 long | 670,00 | 670,00 |
| undergraded | 640,00 | 640,00 |

| Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Jan. | geschlossen | 13 926 |
| Febr. | – | 13 945 |

| Kautschuk London (p/kg) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 85,00–88,00 | 85,50–88,50 |
| Febr. | 84,80–86,50 | 86,00–88,00 |
| März | 86,50–87,50 | 88,00–88,40 |
| April/Juni | 87,30–87,50 | 88,40–88,50 |
| Tendenz: etwas leichter | | |

| Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Febr. | 265,50–266,50 | 271,75–272,50 |
| März | 271,00–271,50 | – |
| Nr. 2 RSS Febr. | 255,00–256,00 | – |
| Nr. 3 RSS Febr. | 271,50–272,50 | – |
| Nr. 4 RSS Febr. | 245,00–246,00 | – |
| Tendenz: sehr ruhig | | |

| Jute London (£/lgt) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| BWC | 500,00 | 500,00 |
| BWD | 495,00 | 495,00 |
| BTC | 500,00 | 500,00 |
| BTD | 495,00 | 495,00 |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

## Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

| Blei: Basis London | 16. 1. | 13. 12. |
|---|---|---|
| laufend. Monat | 108,81–109,01 | 112,59–112,79 |
| drittfolg. Monat | 112,58–112,78 | 116,27–116,47 |
| **Zink: Basis London** | | |
| laufend. Monat | 264,99–265,39 | 268,71–269,11 |
| drittfolg. Monat | 265,19–265,59 | 269,11–270,30 |
| Produz.-Preis | 275,56 | 278,11 |
| Reinzinn 99,9% | 3864–3903 | 3867–3906 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*) | 383,52–385,40 | 392,53–394,52 |
| Blei in Kabeln | 116,50–117,50 | 120,25–121,25 |
| **Aluminium für Leitzwecke (VAW)** | | |
| Rundbarren | 430,50–452,00 | 430,50–452,00 |
| Vorziehdraht | 439,50–646,00 | 439,50–464,00 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

## Messingnotierungen

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 358–387 | 373–388 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 415–417 | 420–422 |
| MS 63 | 411–417 | 414–419 |

## Zinn-Preis Penang

| Straits-Zinn | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| ab Werk prompt (Ring./kg) | 29.15 | 29,15 |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 462–463 | 462–463 |
| Leg. 226 | 464–465 | 464–465 |
| Leg. 231 | 494–495 | 494–495 |
| Leg. 233 | 504–505 | 504–505 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 37,05 | 36,75 |
| **Gold (DM je kg Feingold)** | | |
| Bankenn-Vkpr. | 33 900 | 34 300 |
| Rücknahmepr. | 33 150 | 33 090 |
| **Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)** | | |
| Degussa-Vkpr. | 33 780 | 34 110 |
| Rücknahmepr. | 33 260 | 33 090 |
| verarbeitet | 35 460 | 35 800 |
| Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 33 495 | 33 795 |
| **Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)** | | |
| Degussa-Vkpr. | 739,30 | 749,20 |
| Rücknahmepr. | 724,50 | 723,00 |
| verarbeitet | 772,10 | 782,40 |

## Internationale Edelmetalle

| Gold (US-$/Feinunze) London | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| 10.30 | 370,25 | 370,00 |
| 15.00 | 369,10 | 373,25 |
| Zürich mittags | 369,25–369,75 | 370,60–371,10 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 102 300 | 103 300 |
| **Silber (p/Feinunze)** | | |
| London Kasse | 571,40 | 577,25 |
| 3 Monate | 584,35 | 589,75 |
| 6 Monate | 598,35 | 604,35 |
| 12 Monate | 627,85 | 634,60 |

| Platin (£-Feinunze) London | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| fr. Markt | 264,15 | 267,55 |
| **Palladium (£-Feinunze) London** | | |
| f. Händlerpr. | 112,20 | 112,15 |

| New Yorker Preise | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 369,10 | 373,25 |
| Silber H & H Ankauf | 800,00 | 820,00 |
| Platin fr. Händlerpr. | 375,00–378,50 | 375,00–378,50 |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 147,00–149,00 | 147,00–149,00 |
| Produz.-Preis | 130,00 | 130,00 |
| **Silber (c/Feinunze)** | | |
| Jan. | 806,60 | 817,00 |
| Febr. | 809,00 | 824,00 |
| März | 815,00 | 827,00 |
| Mai | 828,00 | 841,00 |
| Juli | 843,00 | 858,00 |
| Sept. | 857,80 | 873,70 |
| Dez. | 879,50 | 898,00 |
| Umsatz | 24000 | 28000 |

## New Yorker Metallbörse

| Kupfer (c/lb) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Jan. | 61.20 | 62,05 |
| Febr. | 61,30 | 62,25 |
| März | 61,90 | 62,80 |
| Mai | 63,20 | 64,05 |
| Juli | 64,50 | 65,60 |
| Sept. | 65,80 | 66,80 |
| Dez. | 67,80 | 68,90 |
| Umsatz | 10 000 | 10 000 |

## Londoner Metallbörse

| Aluminium (£/t) | 16. 1. | 13. 1. |
|---|---|---|
| Kasse | 1094,5–1095,5 | 1114,0–1115,0 |
| 3 Monate | 1123,5–1124,0 | 1142,5–1143,0 |
| Blei (£/t) Kasse | 272,50–273,50 | 283,50–283,50 |
| 3 Monate | 282,00–282,50 | 292,50–293,00 |
| **Kupfer Highergrade (£/t)** | | |
| mittags Kasse | 954,50–955,50 | 975,00–975,50 |
| 3 Monate | 980,50–981,00 | 999,50–1000,0 |
| abends Kasse | 954,00–980,50 | 973,00–973,50 |
| 3 Monate | 980,00–980,50 | 998,00–998,50 |
| **(Kupfer-Standard)** | | |
| Kasse | 940,00–941,00 | 961,00–962,00 |
| 3 Monate | 964,00–965,00 | 984,00–985,00 |
| Zink (£/t) Kasse | 668,00–668,50 | 678,00–679,00 |
| 3 Monate | 668,00–668,50 | 679,00–680,00 |
| Zinn (£/t) Kasse | 8590–8595 | 8635–8640 |
| 3 Monate | 8741–8742 | 8790–8791 |
| **Quecksilber** | | |
| $/Fl.) | 315,00–330,00 | 300,00–310,00 |
| **Wolfram-Erz** | | |
| ($/T-Einh.) | 77,00–80,00 | 73,00–75,00 |

---

Wir trauern um

# Ludwig Eckes

* 28. 4. 1913 † 14. 1. 1984

Er hat in rastlosem Schaffen unser Haus zu seiner heutigen Bedeutung geführt. Bis zum letzten Tag stellte er seine ganze Kraft in den Dienst seines Werkes, seiner Mitarbeiter und seiner Mitbürger, die ihm neben seiner Familie alles bedeutet haben.

Sein Vorbild ist uns Verpflichtung.

Peter Eckes

Gesellschafter, Beirat, Vorstand, Mitarbeiter

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Die Trauerfeier findet am 20. 1. 1984 um 13.00 Uhr in Nieder-Olm, Eckesallee 6 statt. Anstelle evtl. zugedachter Kranz- und Blumenspenden ist eine Spende zugunsten sozialer Zwecke der Gemeinde Nieder-Olm im Sinne des Verstorbenen (Sparkasse Mainz, Sonderkonto 015 200 3000).

---



# Hans von Papen

Erbsälzer zu Werl und Neuwerk
Kaufm. Direktor i. R.

* 23. Juli 1907 † 11. Januar 1984

Helga von Papen geb. Böge
Michaela von Papen-Busch
Egbert von Papen
Barbara von Papen geb. Schirow
Joachim-Nikolaus Busch

Plön, Stettiner Straße 11

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 18. Januar 1984, um 14.30 Uhr in der Osterkirche Plön statt.

---











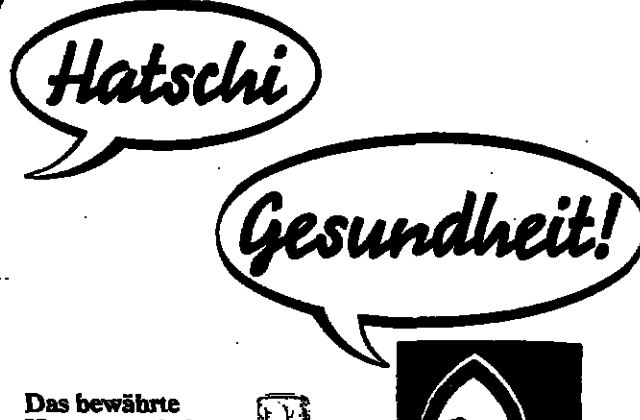


## Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
– 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104







# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

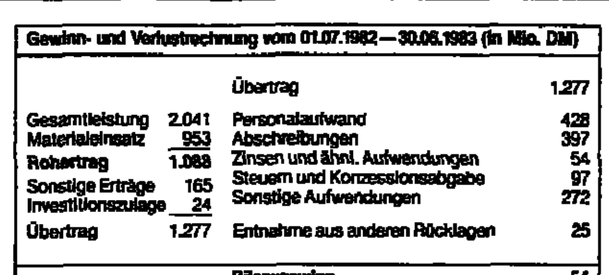
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.








| Bilanz zum 30.06.1983 in Mio. DM (Kurzfassung) | | | |
|---|---|---|---|
| **Aktiva** | | **Passiva** | |
| Sachanlagen und Finanzanlagen | 5.739 | Grundkapital | 448 |
| Vorräte | 341 | Offene Rücklagen | 579 |
| Forderungen | 299 | Sonderposten mit Rücklageanteil | 11 |
| Liquide Mittel | 144 | Wertberichtigungen auf Sachanlagen | 3.621 |
| Sonstige Aktiva | 19 | Baukostenzuschüsse | 314 |
| | | Rückstellungen | 509 |
| | | Langfristige Verbindlichkeiten | 663 |
| | | Sonstige Passiva | 343 |
| | | Bilanzgewinn | 54 |
| | 6.542 | | 6.542 |



| Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.07.1982 — 30.06.1983 (in Mio. DM) | | | |
|---|---|---|---|
| | | Übertrag | 1.277 |
| Gesamtleistung | 2.041 | Personalaufwand | 428 |
| Materialeinsatz | 953 | Abschreibungen | 397 |
| Rohertrag | 1.088 | Zinsen und ähnl. Aufwendungen | 54 |
| Sonstige Erträge | 165 | Steuern und Konzessionsabgabe | 97 |
| Investitionszulage | 24 | Sonstige Aufwendungen | 272 |
| Übertrag | 1.277 | Entnahme aus anderen Rücklagen | 25 |
| | | Bilanzgewinn | 54 |

TENNIS / Kaum Widerstand von Lendl beim Masters-Finale – „Unbezwingbare" Navratilova verlor

# John McEnroe ist ruhiger geworden: „Lärm will ich nur noch beim Gitarrespielen produzieren"

H. J. POHMANN, New York

Nach einer Stunde und 52 Minuten stieß John McEnroe zum Zeichen seines Triumphes die rechte Faust in die Luft. *So als wollte er es allen sagen:* Hier seht ihr nun die wahre Nummer eins in der Welt. Soeben hatte McEnroe seinem Gegner Ivan Lendl eine wahre Tennislektion erteilt und nach 1979 zum zweitenmal den Masters-Titel errungen. Der Auftakt für die neue Saison hätte für den Linkshänder aus New York damit nicht besser sein können. Zwei Ziele hatte sich McEnroe für 1984 gesetzt: „Ich will nur noch Lärm beim Gitarrespielen produzieren und dafür auf dem Platz ruhig sein. Gleichzeitig möchte ich möglichst viele große Titel gewinnen." Beides ist dem 24jährigen im New Yorker Madison Square Garden im Finale vor ca. 18 000 Zuschauern gelungen.

Selten präsentierte sich der ansonsten häufig aufbrausende McEnroe so konzentriert und ausgeglichen. Ohne sich um die Zurufe der Zuschauer zu kümmern, wandte er gleich zu Beginn eine für den langsamen Boden ungewöhnliche Taktik an. Um Lendl mit seinen gefürchteten Grundschlägen erst gar nicht zur Entfaltung kommen zu lassen, stürmte McEnroe mit jedem Ball ans Netz. Überraschend dabei: Auch mit seinen Returns suchte er seine offensive Chance. Beim Stande von 3:2 gelang McEnroe der erste Break des unsicher servierenden Lendl. Der 23jährige Tschechoslowake war durch die Attacken seines Gegners sichtlich irritiert und fand von diesem Zeitpunkt an keine Einstellung mehr zu dem zeitweise brillant spielenden Amerikaner.

Hier zeigte es sich wieder einmal deutlich, daß Lendl mit seinem einseitigen Grundlinienspiel gegen starken Druck hilflos ist. Ständig traf er speziell mit seiner Rückhand Passierbälle zu spät und konnte sie nur noch longline plazieren. Da jedoch wartete McEnroe mit seinen überragenden Volleys und verwandelte die Bälle traumhaft sicher. Zu allem Überfluß fand Lendl auch beim Ballwurf für die Kanonenaufschläge keinen Rhythmus und konnte dadurch kaum direkte Asse erzielen.

*Trotzdem: Dieses Spiel hat nicht* Lendl verloren, sondern McEnroe hat es gewonnen. Respekt und Anerkennung gebührt dem New Yorker, der in diesem Finale bewiesen hat, zu welchen Leistungen er fähig sein kann. Zeitweise war es ein Genuß zu sehen, mit wieviel Ballgefühl McEnroe die 56 Gramm schwere Filzkugel behandelte. Einmalig seine Fähigkeit, die Schlagvariationen noch mitten in der Bewegung zu ändern. Ob ein lang plazierter Slice, ein kurz cross geschlagener Topspin oder ein plötzlicher Stopp: Seine Gegner müssen zu jedem Zeitpunkt mit einem anderen Ball rechnen. Der bedauernswerte Lendl wirkte bei dieser Lektion im Vergleich zu McEnroe wie ein braver Handwerker neben einem Künstler. Dazu kam noch der wiedererstarkte erste Aufschlag des Amerikaners, der seine ersten Aufschläge zu 70 Prozent ins Feld brachte. Auch hier wechselte er regelmäßig von weit nach außen auf die Rückhand geschnittenen Bällen zu glatten Aufschlägen in die Mitte. Geradezu erstklassig an diesem Tag sein Flugballspiel. Ohne Schnörkel erinnerte er mit seinen klassischen Volleys an die großen Australier Laver, Emerson und Newcombe, die ihre Punkte ausschließlich am Netz erzielten.

100 000 Dollar (umgerechnet 280 000 Mark) gewann John McEnroe für seinen Triumph im Garden und erhöhte damit seine Gesamtgewinnsumme auf fast unglaubliche 5,5 Millionen Dollar. Nach dem Spiel erlebten die Journalisten auf der obligatorischen Pressekonferenz in den Katakomben des Gardens einen völlig neuen McEnroe. Locker und gelöst beantwortete er bereitwillig jede Frage und stufte seine eigene Leistung als die zweitbeste nach dem WCT-Finale 1979 – als er Connors und Borg ohne Satzverlust schlug – in seiner Karriere ein.

Und dennoch: Trotz des überragen*den McEnroe hinterläßt das Masters* einen faden Beigeschmack. Während des gesamten Turniers fehlten die Spannung und Dramatik. Ein einziges Dreisatz-Match in den letzten vier *Tagen ist ein Witz und kann kein* Zufall mehr sein. Der Eindruck der zu satten Stars – auch der zweiten Garnitur – verstärkt sich immer mehr. Die bedingungslosen Fights *werden kaum mehr geboten.* Und der



Der Sieger und seine Trophäe: der Amerikaner John McEnroe

Das kann man nicht mit ansehen: Verliererin Martina Navratilova. FOTOS: AP

nie enden wollende Dollarstrom hat sie alle träge gemacht. Angesteckt wurde diesmal sogar Jimmy Connors, der zwischen den Ballwechseln in seinem Match gegen Lendl Zeit dafür fand, mit einem New Yorker Journalisten über den Ausgang der „Super-Bowl" im American Football zu wetten. Und noch eine weitere Aussage in der Ecke der Pressetribüne gibt zu denken. „Das war mit Sicherheit das letzte Mal, daß ich hier spiele."

Das Masters-Turnier hat tatsächlich in diesem Jahr deutliche Schwächen offenbart, die es gilt so schnell wie möglich zu beheben, um nicht zweitklassig zu werden.

Alle Spieler wünschen sich in Zukunft den Höhepunkt einer Saison zum Jahresende und nicht erst im Januar des neuen Jahres. Denn schließlich, so McEnroe, „will ich schon im Dezember wissen, ob ich nun tatsächlich als die Nummer eins *des abgelaufenen Jahres in der Welt* anerkannt werde". Dazu kommt die lange Pause vom letzten Grand-Prix-Turnier Anfang Dezember in Melbourne, die es schwer macht, die Form *bis in den Januar hinein zu* erhalten. So ist es nur zu verständlich, daß die Profis während der langen turnierlosen Zeit in ihren Jahresurlaub fahren und wenig vorbereitet *in das Masters gehen.*

## Die Niederlage schmerzt

DW. Bonn

Die Damen des internationalen Tennis-Zirkus atmen hörbar erleichtert auf: Martina Navratilova, die Unbezwingbare, kann also doch noch verlieren. 54 Siege schaffte die Amerikanerin in Folge, zwei Erfolge fehlten ihr noch, um den zehn Jahre alten Weltrekord von Chris Evert-Lloyd einzustellen. Im Finale von Oakland verlor die 1975 aus der CSSR emigrierte Weltranglisten-Erste gegen ihre frühere Landsmännin Hana Mandlikova in 126 Minuten mit 6:7, 6:3, 4:6.

„Die Niederlage schmerzt", gab Martina Navratilova hinterher freimütig zu. Der Zusatz: „Ich bin kämp*fend untergegangen" inspirierte* einen Lokalreporter zu der Schlagzeile: „Die Unbezwingbare versenkt." Die „Unbezwingbare" (Invincible) ist ein Flugzeugträger der amerikanischen Flotte. Martina Navratilova, die nach einer Schulterverletzung ihr erstes Turnier bestritt, kündigte sofort nach der Niederlage eine erneute 14tägige Pause an.

Klassiker des Kriminalfilms: Alfred Hitchcocks „Verdacht" mit Cary Grant

# Das Geheimnis der leuchtenden Milch

Wenn zwei Menschen feststellen, daß sie gewisse Eigenschaften gemeinsam haben, kann das ihrer *Freundschaft durchaus förderlich* sein. Eine Vorliebe für Lakritz z. B., in der Kindheit gehegt, verstärkte auf Anhieb die Sympathie, die Alfred Hitchcock und Cary Grant füreinander hegten. Der Schauspieler wurde sogar zu einem der Lieblingsstars des Suspense-Spezialisten. Ob dies nun ausschließlich auf den gemeinsamen Genuß der schwarz-klebrigen Süßigkeit zurückgeführt werden kann, mag dahingestellt bleiben.

„Verdacht" war der erste Film, der die beiden Männer beruflich zusammenbrachte. Francis Iles, dessen wirklicher Name A. B. Cox war, hatte mit seinem Roman „Before the fact" die Vorlage geschaffen. Er erzählt die Geschichte einer Frau, die erkennen muß, daß sie einen Mörder geheiratet hat. Aus Liebe zu ihm läßt sie sich *schließlich sogar umbringen.* Hitchcock nahm für die Filmversion einige wesentliche Änderungen vor, die vor allem die Charaktere der Personen betrafen, änderte jedoch nichts an *seinem Helden, der auch im Film ein* Frauenmörder sein sollte.

Cary Grant als Bösewicht – das allerdings war eine Aussicht, mit der sich die Chefs der Filmgesellschaft *RKO überhaupt nicht anfreunden* mochten. Hitchcock mußte sein Drehbuch umschreiben. Sein Hinweis, wie reizvoll es sein müßte, Grant gegen die Erwartungen des Pu*blikums als Mörder zu entlarven,* konnte seine Geldgeber nicht überzeugen.

Nach mehreren Vorschlägen des *Regisseurs einigte man sich* schließlich auf folgende Fassung: Der Verdacht beruht auf dem übersteigerten Mißtrauen der Ehefrau, die gewisse Handlungen und Bemerkungen ihres leichtlebigen Gatten falsch interpretiert hat. Obwohl Hitchcock dieses Happy-End gründlich mißfiel, beugte

**Verdacht – ZDF, 22.05 Uhr**

er sich den gestrengen Gesetzen der Filmindustrie.

Trotz dieser Konzessionen mußte „Hitch" noch manchen Kampf mit den Studiobossen ausfechten. Er erinnert sich: „Nach der Fertigstellung des Films bin ich für zwei Wochen nach New York gereist. Als ich zurückkam, gab es eine Überraschung für mich. Ein Produzent der RKO hatte sich den Film vorführen lassen und den Eindruck gewonnen, zuviele Szenen vermittelten den Eindruck, Grant sei ein Mörder. Daraufhin hatte er alle diese Hinweise rausschneiden lassen, und der Film dauerte nur noch 55 Minuten. Glücklicherweise hat der Chef der RKO eingesehen, wie lächerlich das Ergebnis war, und ich durfte den Film so *wiederherstellen, wie er vorher war.*"

Joan Fontaine, mit der Hitchcock ein Jahr zuvor „Rebecca" gedreht hatte, war Grants Partnerin. Die beiden Stars waren sich ganz und gar nicht grün, und Grant soll – in Anspielung auf die Urfassung des Drehbuchs – geäußert haben, jeder, der ihn und die Fontaine kenne, müsse ihn durchaus für fähig halten, sie umzubringen. Miss Fontaine, *eine* nervöse und sehr unsichere Darstellerin, wurde durch diese Arbeitsatmosphäre sicherlich nicht inspiriert; aber der Regisseur hielt große Stücke auf seinen *weiblichen Star* und sorgte dafür, daß man sie in Ruhe ließ. „Er beschützte mich und duldete niemanden in meiner Nähe", sagte die Schauspielerin einmal dazu. „Er hielt *mich in einem Kokon.*" Die Bemühungen des Meisters hatten Erfolg: Joan Fontaine erhielt nicht nur einen Oscar; der Film wurde auch sofort zu einem überwältigenden Erfolg.

Einer Szene in „Verdacht" gebührt besondere Aufmerksamkeit, zeigt sie doch, wie genial Hitchcock die Aufmerksamkeit seines Publikums auf das Wesentliche zu lenken vermag. Als Cary Grant seiner Frau einen Schlaftrunk bringt, glaubt sie, die Milch sei vergiftet. Das gleiche, so wünschte es der Regisseur, sollten auch die Zuschauer vermuten. Für *ihn stellte sich nun das Problem,* die Bedeutung des Glases hervorzuheben, ohne zu offensichtlich zu werden. Er verfiel auf einen simplen, aber sehr wirkungsvollen Trick: In *der Flüssigkeit* leuchtet ein Lämpchen, so daß die Aufmerksamkeit unweigerlich auf das Glas Milch gezogen wird. Verblüffend einfach, gewiß. Aber es mußte erst einer mal *darauf kommen!*

no

## KRITIK

# *„Seid vorsichtig und haltet den Mund!"*

Der „DDR"-Schriftsteller Rolf Schneider aus Schöneiche bei Berlin, 1979 aus dem Schriftsteller-Verband ausgeschlossen, ist ein unermüdlicher Grenzgänger. Mit einem kostbaren Westvisum ausgestattet, fährt er mehrmals im Jahr, von den „Grenzorganen" unbehelligt und im eigenen Mercedes sitzend, nach Mainz, wo er als Hausautor der Städtischen Bühnen wirkt. Sein Film **„Das andere Land – *Nachdenken* über Deutschland"** (ZDF) zeigte deshalb auch die ungeliebte Westrepublik aus der Sicht eines „Reisekaders", der sein Visum immer wieder verlängert bekommen möchte.

Diese Tendenz, immer auch die „DDR"-offizielle Interpretation des „BRD-Imperialismus" in die Schilderung dieses „ebenso faszinierenden wie manchmal unheimlichen Landes" (Rolf Schneider) einfließen zu lassen, war leider allenthalben spürbar. Der Autor legte sich schon fest, wenn er zu Beginn, vor der Berliner Mauer posierend, die Klassenkampf-Thesen seines Staates nachbetete. Die folgenden 40 Minuten seines Films konnten da nur noch Illustration sein.

Da wurden dann, nach dem Bodensee, nach Friedrich Hölderlins Tübingen und Theodor Storms Husum in breiter Folge die wirklichen und die vermeintlichen Schattenseiten dieser Republik vorgeführt: Endlose Autobahnen, aus dem Auto heraus fotografiert, Hochhäuser, Nachtclubs, Gastarbeiter-Elend und Hakenkreuze auf Judenfriedhöfen. Ein „bürgerlich-konservatives Gemeinwesen" sei das, so wurde man belehrt, eine – da ist sich Rolf Schneider nicht so sicher – festgefügte Demokratie. Nur genügte ihm das nicht, die „Perspektive" mußte doch ins Bild, und da erschien denn auch der DKP-Sänger Dietrich Kittner aus Hannover als Vertreter der Opposition!

Da wurde es Zeit zum Umschalten aufs andere Programm, wo in Wolf Lindners Film **Ein Land wie jedes andere?** *(ARD) gerade die FDJ-*Volkskammer-Abgeordnete Doris Roewe die Vorzüge des „realen Sozialismus" erklärte. Dieser Film, unkonventionell gemacht und mit einem *schlüssigen Kommentar* versehen, sprach den Zuschauer sofort an. Es ging um den mehrtägigen Besuch einer 10. Gesamtschulklasse aus Bielefeld in Dresden, Leipzig, Weimar *und Buchenwald und um die* Begegnung mit „DDR"-Jugendlichen. Diese wochenlang vorbereitete Reise, bei der auch gute Ratschläge von Eltern wie „Seid vorsichtig und haltet den *Mund!" nicht fehlten,* war ein Vorstoß in weithin unbekanntes Gelände. Die Bielefelder gaben sich unbekümmert und aufgeschlossen und hätten es in Leipzig fast geschafft, *den Oberbürgermeister in seinem* Dienstzimmer aufzusuchen. Daß man ihnen zur Diskussion fast immer zehn Jahre ältere FDJ-Mitglieder vorsetzte, war ausgesprochen unfair.

JÖRG B. BILKE

## NACHRICHTEN

### Termin festgelegt

**Hamburg** (sid) – Das Achtelfinal-Wiederholungsspiel im DFB-Vereinspokal zwischen dem Hamburger SV und dem VfB Stuttgart wurde für den 31. Januar (20 Uhr) in Hamburg angesetzt. Das erste Spiel endete am Samstag in Stuttgart 1:1 nach Verlängerung.

### Die Führung ausgebaut

**Kissidougou** (sid) – Die Franzosen Metge und Lemoyne haben auf ihrem Porsche die Führung bei der Rallye Paris–Dakar ausgebaut. Sie gewannen zwei Sonderprüfungen auf der Etappe von Touba zur Elfenbeinküste.

### Lob für Hansi Müller

**Mailand** (dpa) – „Inter: Endlich Müller – eine große Leistung", schrieb die Mailänder „Gazzetta dello Sport" über das Fußballspiel Genua gegen Inter *Mailand (0:2). Der ehemalige* Stuttgarter erhielt die Bestnote 7,5.

### Fechten: Weltcup-Sieg

**Budapest** (dpa) – Mit einem dritten Platz in Budapest *gewann die* 17jährige Susanne Lang (Tauberbischofsheim) den zum ersten Mal ausgetragenen Juniorinnen-Weltcup im Damenflorett.

EISHOCKEY / Bedeutungsloses Geplänkel der Vorrunde endlich vorüber

# Karnevalsstimmung in Düsseldorf – Höhenflug in Iserlohn durch Kießling zu kurz

sid/dpa, **Düsseldorf**

Bange Erwartung lag über der Szene: Fast reglos standen die Spieler am Mittelkreis, die Tribünenbesucher in ihren teuren Pelzmänteln hielt es nicht mehr auf den Sitzen, und die Fans auf den Stehrängen schrieen: „SC Riessersee". Nach zwei Minuten dann endlich die Erlösung: Iserlohn verlor in Riessersee 2:3. Durch einen 4:2-Erfolg über Kaufbeuren hatte die Düsseldorfer EG den eigenen Beitrag geleistet, der notwendig war, um doch noch die Play-Off-Runde um die deutsche Eishockey-Meisterschaft zu erreichen. *Iserlohn muß jetzt zusammen mit* dem SC Riessersee und vier Zweitligaklubs in die Abstiegsrunde.

Nun flogen in Düsseldorf im Stadion an der Brehmstraße die Schläger ins Publikum. Jaroslav Mucha und Werner Jahn demonstrierten Purzelbäume auf dem Eis, und Trainer Otto Schneitberger wiederholte sich immer wieder: „Die Begeisterung ist einmalig. Das gibt es nur in Düsseldorf." 24 Stunden nach der Kürung des Düsseldorfer Karnevalsprinzen Jörg I. waren jetzt auch die Jecken im Eisstadion los.

Beim 1:3 im direkten Vergleich am Freitag in Iserlohn haben die Düsseldorfer den Grundstein für ihren Erfolg gelegt. Iserlohns Trainer Gerhard Kießling schimpfte: „Wer so viel Chancen ausläßt, ist selber schuld. Jetzt müssen wir eben bis zur Neige in der Abstiegsrunde kämpfen." Die Begeisterung und den Höhenflug, den der ehemalige Bundestrainer zu Beginn seiner Arbeit in Iserlohn auslöste, konnten sich nicht über die gesamte Saison halten. Dennoch: Das Finale am Schlußtag der Vorrunde war noch mit das spannendste der gesamten 36 Spieltage.

Daß es trotz des „guten Niveaus", so Bundestrainer Xaver Unsinn, in der bisherigen Saison nur wenig Spannungsmomente gab, lag ganz sicher am Modus. Die Vorrunde war nichts weiter als ein bedeutungsloses Geplänkel. Erst am 2. März, nach den Olympischen Spielen in Sarajevo, beginnt in der Zwischenrunde der eigentliche Kampf um die Meisterschaft.

Die Mannheimer schlossen die Vorrunde als Tabellenerster ab und treffen jetzt in der Halbfinal-Qualifikation auf den Titelverteidiger Landshut, auf Schwenningen und Düsseldorf. In der Gruppe B der Zwischenrunde spielen Köln, Rosenheim, Kaufbeuren und Freiburg. Mannheims Trainer Ladislav Olejnik aber befürchtet: „Wir waren die beständigste Mannschaft der Vorrunde. Doch was nutzt uns das? Jetzt erst wird es hart, wie es sich kaum jemand vorstellen kann. Wenn man nur ein Spiel verliert, ist man schon fast weg vom Fenster."

## ZAHLEN

**LEICHTATHLETIK**

**„Deutschland-Cup" der Hochspringer, zweiter Wettbewerb in Heilbronn, Männer:** 1. Thränhardt (Köln) 2,20 m, 2. Bensch (Bielefeld) 2,15, 3. Neuhoff (Oberhausen), 4. Ehlke (Kornwestheim), 5. Mögenburg (Köln), 6. Frommeyer (Wattenscheid) alle 2,10.

**TENNIS**

**14. Masters-Turnier in New York, Endspiele, Einzel:** McEnroe (USA) – Lendl (CSSR) 6:3, 6:4, 6:4. – **Doppel:** McEnroe/Fleming (USA) – Smid/Slozil (CSSR) 6:2, 6:2.

**Damenturnier in Oakland,** Endspiel: Mandlikova (CSSR) – Navratilova (USA) 7:6, 3:6, 6:4.

**Jugendturnier in Barranquilla,** Endspiel: Muster (Österreich) – Steeb (Deutschland) 7:6, 6:4.

**EISHOCKEY**

**Bundesliga:** Rießersee – Iserlohn 3:2 (1:0, 2:1, 0:1); Landshut – Rosenheim 5:5 (3:1, 0:3, 2:1); Düsseldorf – Kaufbeuren 4:2 (1:0, 2:2, 1:0); Köln – Freiburg 7:2 (2:0, 4:0, 1:2); *Mannheim – Schwenningen* 2:0 (1:0, 0:0, 1:0).

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Mannheim | 36 | 23 | 4 | 9 | 180:103 | 50:22 |
| 2. Kölner EC | 36 | 21 | 6 | 9 | 155:116 | 48:24 |
| 3. SB Rosenh. | 36 | 18 | 11 | 7 | 142:118 | 47:25 |
| 4. Landshut | 36 | 21 | 4 | 11 | 165:116 | 46:26 |
| 5. Schwenn. | 36 | 16 | 4 | 16 | 127:109 | 36:36 |
| 6. Kaufbeuren | 36 | 13 | 6 | 17 | 143:165 | 32:40 |
| 7. Freiburg | 36 | 13 | 6 | 17 | 110:154 | 32:40 |
| 8. D'dorfer EG | 36 | 11 | 3 | 22 | 102:157 | 25:47 |
| 9. Iserlohn | 36 | 10 | 4 | 22 | 114:134 | 24:48 |
| 10. Rießersee | 36 | 9 | 2 | 25 | 103:169 | 20:52 |

**GEWINNZAHLEN**

**„6 aus 45":** 2, 8, 21, 31, 43, 45. **Zusatzzahl:** 11. – **Elferwette:** 0, 0, 1, 2, 1, 1, 2, 0, 2, 2, 0. (Ohne Gewähr)

SKI ALPIN/ Spaßige Einlage der Mahre-Brüder?

# Die Zwillinge haben ihre Startnummern vertauscht

sid/dpa, **Parpan**

Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli gewann in Parpan (Schweiz) sein zweites Weltcup-Rennen. Im Slalom dominierte er vor dem Italiener Paolo de Chiesa und dem Liechtensteiner Andreas Wenzel. Disqualifiziert durch die Jury wurden die amerikanischen Gebrüder Steve und Phil Mahre, da sie im ersten Lauf ihre Startnummer vertauscht hatten. Beide durften den zweiten Durchgang unter Protest bestreiten. Riesenslalom-Weltmeister Steve Mahre hätte das Rennen ohne die Disqualifikation gewonnen, sein Bruder Phil wäre Sechster geworden.

Die 26jährigen Mahre-Brüder waren in Parpan zum ersten Durchgang mit verwechselten Startnummern angetreten. Die Jury ließ jedoch beide zum zweiten Lauf entgegen den Protesten mehrerer Mannschaftsführer zu. Nach den Statuten des Internationalen Ski-Verbandes (FIS) war eine Disqualifikation der beiden Amerikaner *unumgänglich.* Sie haben nun die Möglichkeit der Berufung beim FIS-Vorstand.

Es steht nicht fest, ob Steve und Phil Mahre die Startnummern absichtlich oder versehentlich vertauscht haben. Bis zu einer Verhandlung vor dem FIS-Vorstand bleibt es beim Verdacht des Betruges oder zumindest dem eines unbilligen, groben Scherzes mit den Konkurrenten, den Zuschauern und der Jury.

Der Sieger des Rennens, der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli, wird voraussichtlich nicht an den Olympischen Winterspielen in vier Wochen in Sarajevo teilnehmen. Zumindest ist nach den internationalen Statuten noch nicht endgültig geklärt, ob Girardelli in Sarajevo für Luxemburg starten darf.

Im Gesamt-Weltcup führt der Schweizer Riesentorlauf-Spezialist Pirmin Zurbriggen vor seinem Landsmann Franz Heinzer und dem Liechtensteiner Andreas Wenzel. Im Slalom-Weltcup bleibt der Schwede Ingemar Stenmark vor Wenzel vorn. Steve Mahre würde zur Zeit den vierten Platz belegen, hätte er nicht in Parpan mit seinem Bruder die Startnummer getauscht.

## STANDPUNKT

# *Goldrand*

Verdutzt rieben sich die Konkurrenten im vorigen Jahr die Augen, als Sergej Bubka aus Donetzk Stabhochsprung-Weltmeister wurde. 5,70 m überquerte der damals 19jährige Sowjetrusse in Helsinki. Ein Ausrutscher – mehr nicht. Oder? Am Sonntagabend überflog Bubka in Vilnius 5,81 m, was neue Hallen-Weltbestleistung ist. Der Titelgewinn von Helsinki bekommt damit nachträglich so etwas wie einen Goldrand: Sergej Bubka, das ist doch kein Zufalls-Weltmeister. *Das ist jemand,* der wirklich besonders hoch springen kann ...

Rechtfertigungs-Ergebnisse dieser Art sind gerade in der sowjetischen Leichtathletik üblich. Ebenso wie der verblüffende Hochsprung einer gewissen Marina Doronina, 23 Jahre alt, über 1,97 (Weltjahres-Bestleistung). Sogar Weltrekordlerin Tamara Bykowa war dabei *ohne Chance.*

1983 erreichte Marina Doronina schon 1,91 m. Als Zweite beim UdSSR-Pokal, im Ausland startete sie nie. Langfristiges Pokerspiel um Olympiamedaillen? Den Namen Doronina sollte man sich merken.

K. Bl.

ARD



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

*(Nur über die Sender des ZDF)*

**10.00 heute**

**10.05 „So kann das nicht weitergehen!"**
Die Gewerkschaften im sozialistischen Frankreich

**10.50 Drillinge an Bord**

**12.10 Helmut Schmidt und der Rest der Welt**

**12.55 Presseschau**

**13.00 heute**

### ARD

***08.50 Live aus dem Europaparlament in Straßburg***
Übertragung der ersten Debatte über Frauenfragen

**16.00 Tagesschau**

**16.10 „Das bißchen allein sein ..."**
Lydie Auvray und ihr Akkordeon

**16.55 Spaß am Dienstag**
Funkes Werkstatt (2)

**17.50 Tagesschau**
(dazw. Regionalprogramme)

**20.00 Tagesschau**

***20.15 Montagsmaler***
*Mit Sigi Harreis*
Heute: Wintersport gegen Jodler mit Heidi Biebl, Rosi Mittermaier, Anderl Ostler, Toni Sailer, Maria Hellwig, Beni Ostler u. a.

**21.00 Panorama**
Die Affäre Kießling / Welten-Evangeliar / Frauen in die Bundeswehr / Berliner Ausländerpolitik / Hitchcocks KZ-Film / Pattex-Schnüffler
Moderation: Peter Gatter

**21.45 Dallas**
Entscheidung vor Gericht

**22.30 Tagesthemen**

**23.00 Kulturwelt**
Die Bachmeier-Story: Ein Schicksal wird verfilmt
Film von Stefan Aust und Lukas Maria Böhmer
Hark Bohm und Burkhardt Driest haben gleichzeitig einen Film über das Schicksal Marianne Bachmeiers gedreht. Der Film berichtet von den Dreharbeiten und läßt die Hauptperson selbst zu Wort kommen.

**24.00 Tagesschau**

### ZDF

***15.57 ZDF – Ihr Programm***

**16.00 heute**

**16.04 Mosaik**

**16.35 Peppino**
Nach einem Roman von Eveline Hasler
3. Die Ankunft

**17.00 heute**
anschließend
Aus den Ländern

**17.15 Tele-Illustrierte**

**17.50 Waldheimat**
Als ich Müller war
anschließend
heute-Schlagzeilen

**18.20 Mein Name ist Hase**
Trickreiches mit Bugs Bunny

***18.57 ZDF – Ihr Programm***

**19.00 heute**

**19.30 Die Violette Mütze**
oder
Morgen sind wir endlich reich ...!
Eine Gaunerkomödie von Olav Herfeldt
Regie: Axel von Ambesser

**20.56 Jagdszenen in Hollywood**
Mit Tom und Jerry
Zeichentrickfilm

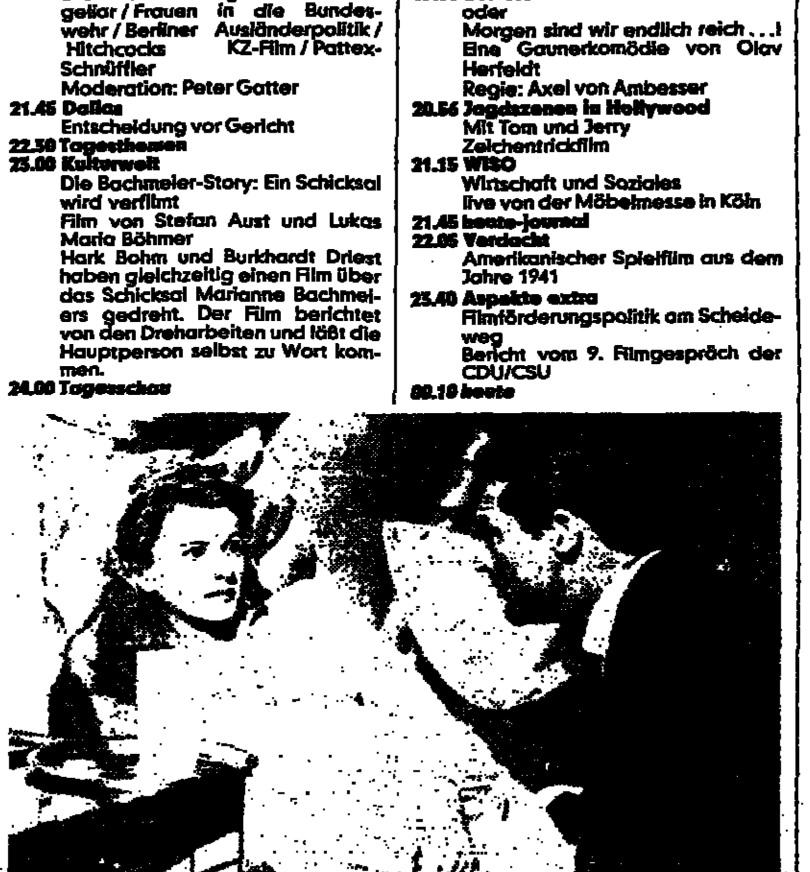
**21.15 WISO**
Wirtschaft und Soziales
live von der Möbelmesse in Köln

**21.45 heute-journal**

**22.05 Verdacht**
Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahre 1941

**23.40 Aspekte extra**
Filmförderungspolitik am Scheideweg
Bericht vom 9. Filmgespräch der CDU/CSU

***00.10 heute***



Kann Lina (Joan Fontaine) ihrem Mann John (Cary Grant) trauen? (Verdacht – ZDF, 22.05 Uhr) FOTO: RÖHNERT

## III.

### West

**18.00 Telekolleg**
**18.30 Sesamstraße**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Auslandsreporter**
**20.45 Rückblende**
**21.00 Formel Eins: *Die ARD-Hitparade***
**21.45 *Günter Gaus im Gespräch* mit Walter Fischer**
**22.15 Drei vor Mitternacht**
Anschl. Letzte Nachrichten

### Nord

**18.00 Sesamstraße**
***18.30 Die Sprechstunde***
**19.15 Beat-Club**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Berliner Platz**
**21.15 Der Prinzregent (3)**
**22.05 Ich seh' etwas – und vieles nicht (1)**
**22.50 Letzte Nachrichten**

### Hessen

**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Marco**
**18.55 Paddington**
***19.00 Formel Eins***
**19.45 Praktische Tips**
**20.00 Die Bienenkönigin**
Italienisch-franz. Spielfilm (1963)
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 Kulturkalender**
**22.15 Mein Leben mit Hein Heckroth**
**23.00 Vor vierzig Jahren**

### Südwest

**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Telekolleg I**
**19.25 Nachrichten und Moderation**
**19.30 Die Sprechstunde**
*Regionalprogramm für Baden-Württemberg*
**20.15 Heute in ...**
*Regionalprogramm für Rheinland-Pfalz*
**20.15 Mark(t) und Pfennig**
**21.00 Landesspiegel**
Interview mit Ignaz Kiechle
*Regionalprogramm für das Saarland*
**20.15 Magazin Saar 3**
*Gemeinschaftsprogramm Südwest 3*
**21.15 Und es ward Licht**
(La Symphonie Pastorale)
Franz. Spielfilm von 1946
**23.00 Avanti! Avanti!**
Italienisch mit Ima Agustoni

### Bayern

**17.30 News of the Week**
**17.45 Telekolleg**
Mathematik
**18.15 Schulden, nichts als Schulden**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Buck Rogers**
Amerikanisches Filmserial aus dem Jahr 1936
**19.20 Sein Mädchen für besondere Fälle**
Amerikanischer Spielfilm (1940)
**20.50 Die Sprechstunde**
**21.35 Rundschau**
**21.50 Z.E.N.**
**21.55 Spezialist**
**22.40 Im Gespräch**
**23.25 Rundschau**

# Für fünf Groschen

P. Jo. – Für 50 Pfennig wird zur Zeit in den Buchhandlungen Kurt Tucholskys „Schloß Gripsholm" angeboten. Das ist nicht nur – wie die Kölner zu sagen pflegen – ein Schnäppchen, es ist auch ein Stück Erinnerung. Denn dieses „Gripsholm" ist eine Replik der berühmten „RoRoRos" der „Rowohlts Rotations Romane". 1946 erschienen sie zum ersten Mal, auf Zeitungspapier gedruckt und im Format einer Zeitung. So konnte man auf der Papier-Zuteilung für drei Bücher deren vier drucken.

Die 50 Pfennig waren der Normalpreis für die 32seitige Ausgabe. Dafür konnte man Weißenborns „Memorial" oder Steinbecks „Straße der Ölsardinen" haben. Chestertons „Fliegendes Wirtshaus" oder Graham Greenes „Herz aller Dinge" kosteten, weil doppelt so dick, das Doppelte. Und für Faulkners „Licht im August" waren sogar 2 Mark zu zahlen.

Die „rororos" öffneten uns damals die Tür zur Bibliothek der mehr als ein Jahrzehnt verbotenen Bücher. Was das bedeutete, vermag heute nur nachzufühlen, wer jemals Bücherverboten ausgesetzt war. Denn damit war es 1946 noch lange nicht vorbei. Die „rororos", als Zeitungsdruck und seit dem 17. Juni 1950 als billig geklebte Taschenbücher, waren eine beliebte Konterbande in Richtung Osten, weil sie vieles brachten, was in der sowjetischen Besatzungszone und der „DDR" verboten blieb oder verboten wurde.

Doch dieser Ur-„rororo", zum 75jährigen Verlagsjubiläum gedruckt, weckt nicht nur Erinnerungen an Leseabenteuer und Leseerfahrungen, er stimmt auch melancholisch. Nicht zufällig blieben die Jubiläumsfeiern des Rowohlt-Verlags ohne Glanz. Denn in den mehr als drei Jahrzehnten seit Kriegsende hat er sein Ansehen verspielt.

In einem Großteil der „rororos" haben inzwischen Demokratieverachtung und linke Intoleranz eine Heimat gefunden, wird der Sozialismus/Kommunismus als erstrebenswerte Staatsverfassung angepriesen. Und die Kinderbuchreihe „rororo-Rotfuchs" wird niemand gen Osten schmuggeln, weil sie sich mit vielen Titeln auf Lizenzen aus Ost-Berlin stützt.

„Scheuen Sie nicht das offene Wort! Wir werden mit Dankbarkeit auf Sie hören!" hatte der Verlag 1946 seine Leser gebeten. Das ist lange her. Und irgendwann kam dann die Altersstaubheit.

Der Staat als Leviathan und Weihnachtsmann – Die 14. Bitburger Gespräche

# Schlagt gutes Geld, baut Wege

Was ist unentbehrlich an den „Staatsausgaben", was könnte abgebaut werden? Die 14. Bitburger Gespräche standen unter dieser Frage, und um das Ergebnis vorwegzunehmen: Man war sich einig darüber, daß über den Kernbestand des „protective state" (Sicherheit und Verwaltung derselben) hinaus sehr wenig unverzichtbar ist, daß aber auch sehr wenig von dem verboten ist, in was der Staat, wenn nicht seine Nase, so doch seine Finger stecken könnte. Was also gestrichen wird, stiften die Politiker, wie sie ja auch stiften, was bleibt.

Die Bitburger Gespräche werden seit Jahren von der Gesellschaft für Rechtspolitik unter der Stabführung des früheren Mainzer Justizministers Otto Theisen veranstaltet, stets im Zusammenwirken mit der Elite der deutschen Staatsrechtslehrer. Diesmal nahmen sogar elf der sechzehn Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts teil; Theisen konnte vier Generationen an Präsidenten begrüßen: den ehrwürdigen Alt-Präsidenten Professor Gebhard Müller, vordem Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Alt-Präsident Professor Ernst Benda, den Präsidenten Professor Walther Zeidler und dessen präsumptiven Nachfolger in vier Jahren, Vizepräsident Professor Roman Herzog. Unter den Ministern befanden sich Bundesjustizminister Engelhard, Staatsminister Friedrich Vogel und die Länderminister Professor Bickel, Professor Knies und Professor Scholz.

Der Kölner Staatsrechtler Klaus Stern umriß das Thema in einem glanzvollen Eröffnungsvortrag mit der mehr als hundert Jahre alten Einsicht des Berliner Staatsrechtlers Adolph Wagner, „daß bei fortschreitenden Culturvölkern ... regelmäßig eine Ausdehnung der Staatsthätigkeit und der gesamten öffentlichen, durch die Selbstverwaltungskörper neben dem Staate ausgeführten Thätigkeiten erfolgt". Man sieht, daß nichts neu ist, auch nicht bei Parkinson. Kann das ins Uferlose gehen? Stern sah eine Grenze: „Das Grundgesetz ist keine so offene Verfassung, daß sie jedwede Aufgabe als staatliche zuließe, wenn es nur die Staatsgewalt will. Es ist vielmehr eine eher dichte Verfassung, die zwar aufgabenflexible Generalklauseln, besonders die Sozialstaatsklausel, kennt, sie aber gleichzeitig durch Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte einbindet"; diese Einsicht schickte er warnend einer Untersuchung der modernen Tendenz voraus, anstelle der früheren Neigung zu möglichst wenig Staat nun sogar „Staatsziele" als Programmsätze in die Verfassung hineinzuschreiben.

Ein verdienstvoller Hinweis von autoritativer Seite, aber Professor Rupert Scholz meinte skeptisch, die „Grundrechtskarte" sei doch wohl ausgereizt, und Stern selber räumte ein: „Vor allem geht es darum, einen Wandel in der Mentalität, die die Mechanismen und Apparaturen steuert und nutzt, herbeizuführen: Weder ‚Versorgungs'- noch ‚Betreuungs'-Mentalität dürfen Richtmaß sein." Man war sich einig darüber, daß, wenn eine Mehrheit den Staat als Allesmacher verstehen will – oder wenn sie eine solche Mentalität in der Politik duldet –, das Bundesverfassungsgericht kaum Schranken dagegen aufrichten kann. Vielleicht würde es helfen, wenn man folgende Staatszieldefinition an die Spitze der Verfassung setzte: 1) Edel sei der Staat, hilfreich und gut. 2) Bedenke, daß du es bezahlen mußt.

Oder aber: Die Erben müssen es bezahlen. Ist die jetzige Generation bereit, auf die nachfolgende Rücksicht zu nehmen? So fragte der Schweizer Professor Thomas Fleiner-Gerster, der für Staatsmaßnahmen zwei Postulate aufstellte: Gerechtigkeit und Vertrauen. In der Tat, Vertrauen in den Staat und seine Weisheit ist aller Weisheit Anfang. Wo ein Staat heruntergewirtschaftet wird, braucht man an die Bürger nicht mehr zu appellieren; es rettet sich und sein Geld, wer kann; vornean in aller Regel diejenigen, die gestern noch großtönend Reformen gepredigt hatten. Die Beispiele der Kulturpolitiker, die anderen Eltern Gesamtschulen aufzwangen und die eigenen Kinder in teure Privatgymnasien schickten, sind hinlänglich bekannt.

Die gespaltene Gesellschaft von heute hat das Phänomen einer gespaltenen Betrachtungsweise des Staates entdeckt: Den Staat als Leviathan, wenn er Polizisten schickt; den Staat als Weihnachtsmann, wenn er Staatsknete zuweist oder den öffentlichen Dienst aufbläht. Stern wies auf Neigungen in gewissen Kreisen der Jugend hin, den Staat als etwas zu betrachten, aus dem „man schlicht ‚aussteigt', wenn es beliebt, jedoch bei passender Gelegenheit, wie Not und Krankheit, wieder voll ‚einsteigt'".

Dagegen versuchte es der Nationalökonom Christian Watrin (Köln) mit einer „ordnungspolitischen und empirischen Sicht": Im Namen einer ökonomischen Souveränität des Individuums sah er jeden staatlichen Eingriff in Autonomiebereiche des einzelnen als stets legitimationsbedürftig an und zog daraus mißbilligende Schlußfolgerungen auf den Anstieg der Staatsquote von 38 Prozent (1970) auf 48 Prozent (1975). „Auf einen im öffentlichen Dienst Beschäftigten kamen 1966 noch 7,5 im Marktbereich Tätige. Im Jahre 1981 sind es nur noch 5,3." Kein Wunder, daß die Steuerquote, wie Wolfgang Ritter von der BASF vorrechnete, bis zu 73 Prozent bei uns erreicht – netto, wohlverstanden.

Professor Watrin also wollte saldieren: Kommt bei einer bestimmten Staatstätigkeit eher Gutes oder Schädliches heraus? Diese ökonomische Sicht läßt freilich – durchaus bewußt, muß man hinzufügen – den Glauben an den Weihnachtsmann beiseite, den der DGB-Vertreter Hartmut Tofaute der Tagung dafür um so nachdrücklicher nahelegte: Der DGB weiß am besten, was den Arbeitnehmern frommt; er aber sieht ihre Interessen prinzipiell am besten aufgehoben, wenn der Staat etwas anpackt. Privatisierung? Nein, danke.

So gab die vorzügliche Zusammenfassung aller möglichen wirtschaftlichen Tätigkeiten im Gemeindebereich durch den Vertreter des Städtetages, Ernst Pappermann, Anlaß zu der Rückfrage: Was haben die Gemeinden nicht alles an Bädern und Turnhallen gebaut, nur weil der Staat ihnen einen warmen Zuschußregen in Aussicht stellte; wer trägt jetzt die Folgekosten? Und: Wenn im Staat der Wahlbürger selber die Folgen tragen muß, falls er eine Verschwenderpartei wählt, wie ist das in der Gemeinde, wo nur ein geringer Teil der Wahlberechtigten direkte Steuern zahlt?

Vor etlichen hundert Jahren, so berichtete der Kölner Staatsrechtler Hartmut Schiedermair wehmütig, fragte der französische Handelsminister die Vertreter der Kaufmannschaft, was er zur Hebung des allgemeinen Wohlstands tun könne. Da sprachen sie: „Schlagt gutes Geld, baut Wege und macht sie sicher, dann wird sich alles andere finden." Es wird gewiß lange dauern, ehe wir wieder zu solcher Bescheidenheit gelangen. Inzwischen wären wir schon dankbar, wenn wir wenigstens immer gutes Geld und Sicherheit auf den Straßen hätten.

ENNO v. LOEWENSTERN

Zürich: Zweimal Donizettis „Maria Stuarda"

# Dazwischen der Henker

Erst im Dezember dieses Jahres wird die Zürcher Oper ihr renoviertes Domizil am Bellevue wieder beziehen können. Bis dahin bleibt sie noch auf Wanderschaft durch die diversen Hallen. Deshalb offerierte man jetzt Donizettis „Maria Stuarda" im Kongreßhaus, einem spartanischen Saalbau mit einer Andeutung von Guckkastenbühne.

Aus der Not machte der Regisseur Grischa Asagaroff geschickt eine Tugend. Er wies die schmale Bühnenfläche der Königin Elisabeth als ihr Reich zu, ließ den Bühnenbildner Josef Svoboda von dort einen Steg in die Saalmitte ziehen, wo sich eine zweite quadratische Spielfläche befindet: das Terrain der Maria Stuart. Auf halbem Weg dazwischen wartet der Henker.

Auf den ersten Blick scheint diese Teilung mehrfach durchbrochen – dann agiert auch Elisabeth auf dem akustisch vorteilhafteren Stuart-Grundstück. Aber durchdacht ist auch das. Wenn sie etwa Leicester ausforscht über seine Beziehungen zu Maria, dann ist sie, Elisabeth, ja eigentlich die Gefangene der Schottin.

Asagaroff liefert eine plane, deutliche Regie ab, die im unvorteilhaften Raum doch manche Wirkung erzielen kann, nicht zuletzt auch dank der Kostüme von Jan Skalicky. Aber andererseits gehört die „Maria Stuarda" zweifellos zu Donizettis subtilsten Partituren. Der Gesang hat hier seine emotionalen Dimensionen, was ein feinfühligerer Dirigent als Nello Santi sicher noch deutlicher hätte machen können.

Aber wie in Zürich meistens, unter den provisorischen Umständen besonders und bei Donizetti ohnehin, ging es natürlich in erster Linie um die Sänger. Und da läßt man sich nicht lumpen. Zwei Besetzungen bietet Zürich für die „Maria Stuarda" an, und die sind von so individuellem Zuschnitt, daß man damit die ganze Interpretationsbreite des Werks ausmessen kann.

Maria Stuarda Nummer eins ist Maria Chiara, jener strahlkräftige Sopran, der gewiß eher bei Verdi und Puccini heimisch ist als in der beweglen Attacke Donizettis. Aber mit ihrer souveränen Technik singt die Chiara über dieses Handikap mühelos hinweg, plaziert beachtliche Spitzentöne und leiht der leidenden Stuarda sehr viel Persönlichkeit. Die Chiara ist Gegenspielerin der siegreichen Elisabeth in jedem Moment. Und sie ist eine Schönsängerin, eine Belcantistin von Graden.

Maria Stuarda Nummer zwei ist die junge Griechin Jenny Drivala, am Beginn einer steilen Karriere. Die Drivala besitzt jenen schmaleren, koloraturgewandten Sopran, mit dem Donizetti-Partien gemeinhin identifiziert werden. Sie schmückt ihren Part mit Verzierungen aus, sie trillert mit virtuosem Naturtalent, stellt sich deutlich in die Sutherland-Tradition. Aber was noch mehr für sie einnahm, war die lyrische Intensität, mit der sie ihre Hinrichtungsszene durchformte. Mag es der Stimme an dramatischer Substanz noch fehlen, das Primadonnenblut pulsiert in ihr schon kräftig. Nicht zuletzt, weil sie eine faszinierend glaubwürdige Darstellerin ist.

Die Gegenspielerinnen, die Königinnen Elisabeth, sind mit Stefania Toczyska und Maria Luisa Nave besetzt. Bei der Toczyska bleibt wie nach ihrer Münchner Carmen abermals unklar, was ihren internationalen Ruf eigentlich ausmacht. Ihr Rollenbild wirkt indifferent, die gesangliche Bewältigung, vor allem in puncto Intonation, lückenhaft, die eigentlich schöne Stimme wird weiter unter Wert verkauft. Da ist die Nave von anderem Kaliber. Sie singt aus dem Bauch, mit allem Engagement, allem Feuer, aller Passion, die italienische Oper so faszinierend machen. Das gehorcht weiß Gott nicht immer den feinen Regeln des Belcanto, die Stimme ist kurzatmig, nicht eigentlich schön, aber sie singt mit jener Beteiligung, die den Zuhörer in Bann zieht. Die Nave triumphiert deutlich. An diesem Abend heißt Donizettis Oper „Elisabeth Tudor".

Die eigentliche Überraschung der Zürcher „Maria Stuarda" aber ist vielleicht Francisco Araiza als zwischen den Frauen zerriebener Robert Leicester. Araizas Ambition, der Festlegung auf Mozart zu entkommen, ist inzwischen bekannt. Daß er seinen edel timbrierten Tenor tatsächlich in die kraftvoll zu singenden hohen Regionen der italienischen Oper emporführen kann, ohne dabei eng oder halsig zu klingen, beschert ihm hier seinen gerechten Triumph, mit dem er seinen Tenorrivalen Paolo Barbacini mühelos aussticht, einen zuverlässigen, doch uninteressanten Vertreter italienischer Singschule. Kennerhaft verteilten die Zürcher ihre Akklamation. Wohl einer Stadt, in der eine Oper solche Donizetti-Lektionen wagen kann.

REINHARD BEUTH

München: „Der Kaufmann von Venedig"

# Was ihn so traurig macht

Wenn das Spiel beginnt, tritt ein Schauspieler janusköpfig mit einer schwarzen und einer weißen Maske auf. Wenn er sie ablegt, erkennen wir in der Gestalt Martin Benrath als „Kaufmann von Venedig". Der Regisseur Alfred Kirchner aus Bochum, der im Münchner Residenztheater Shakespeare inszenierte, wollte mit dieser Anfangsgeste wohl die Ambivalenz als zentrales Motiv seiner Regie andeuten, das Nebeneinander von Komödie und Tragödie.

Er ließ deshalb den – oft geschmähten – zweiten Strang, die märchenhafte Partnerwahl der Porzia im Schloß Belmont, prall ausspielen. Denn Kirchner möchte das Stück – wie er vorher bekannte – eher als Rechts-Groteske, denn als Shylock-Tragödie verstanden wissen. Für ihn sind die Hauptakteure Antonio und Shylock austauschbar, beide vertreten angeblich etwas, das nicht aus ihnen selber kommt, sondern ihnen von außen auferlegt ist. Diese Auslegung ist jedoch auch nur einer der zahlreichen Fluchtversuche vor den spezifisch deutschen Schwierigkeiten gerade mit diesem Stück.

Trotzdem lohnt diese mitunter auf so heftige komödienhafte Weise bemühte Aufführung durchaus. Auf einem kahlen Bühnenpodest mit wehenden mal weißen, mal roten Vorhängen aus Fallschirmseide, die Schauspieler in zeitlose Straßenanzüge gekleidet, vollzieht sich das Spiel. Hier treffen die beiden Unversöhnlichen, der Jude und der Kaufmann, aufeinander. Beide bereit, bis zum Letzten zu gehen.

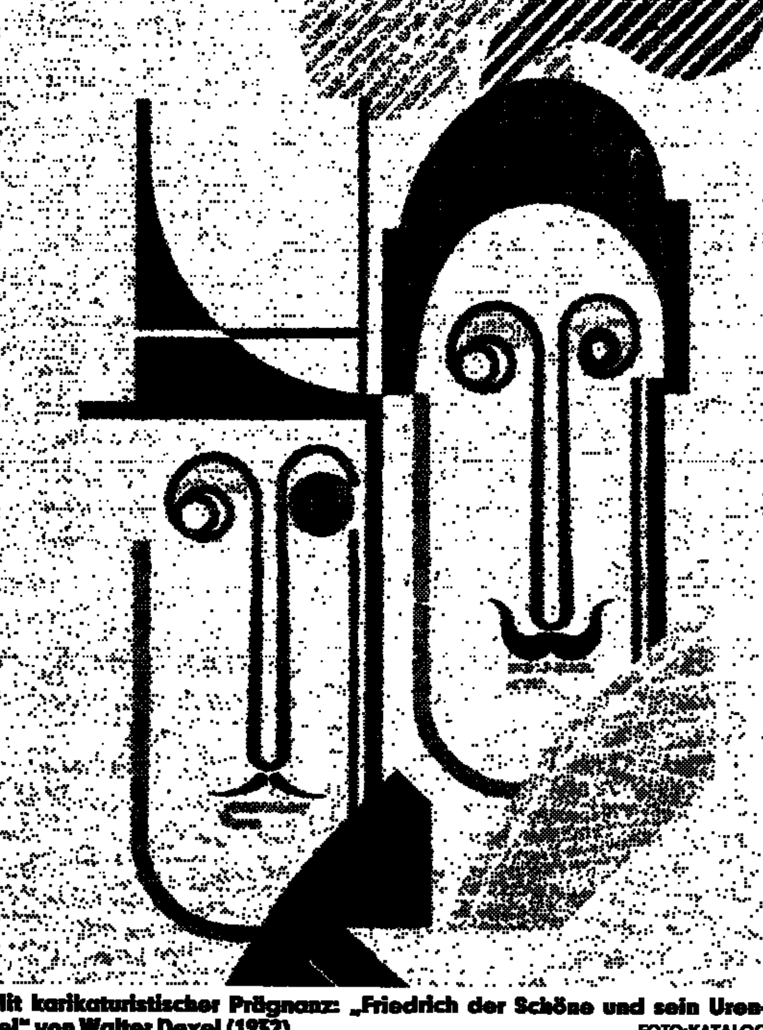
Martin Benrath (Antonio) und Walter Schmidinger (Shylock) sind zwei gleichgewichtige Partner. Shylock ist ein aggressiver, wenn es um die Geschäfte geht, kühl rechnender Mann. Nur in seiner mitunter sich überschlagenden Stimme klingt das Leid einer verhaßten, geduckten und sich selbst duckenden Minderheit auf. Antonio als sein Gegenspieler, ein nobler Herr, ebenso dunkel gekleidet wie sein Gegenpart, erscheint als melancholischer Außenseiter, der am Ende immer noch nicht weiß, „was ihn so traurig macht".

In dieser unverkrampften Aufführung spielten eine Reihe neuer Darsteller, die der Regisseur mitgebracht hatte. Allen voran Therese Affolter, als Porzia. Doch zu überzeugen vermochte diese quicke junge Darstellerin nicht. Sie sprang, hopste, wirbelte im langen Schleppkleid umher, lächelte, strahlte, rauchte Havanna und haspelte viel zu schnell ihre Verse herunter. Ihr nahm man nicht ab, daß sie allein die Schlüsselfigur in dieser Männerwelt war. Auch Olivia Grigolli als Jessica blieb eher schwach. Zu rasch ist sie bereit, den Vater aufzugeben. Kaum spürt man Trauer um den Verlust des Elternhauses. Herausragend aus der ansonsten blassen venezianischen Jung-Schickeria (selbst der Bassanio Michael Rastls bleibt farblos) ist nur Lanzelot (Roland Renner), der vital und behende die Fronten wechselt.

Im Schlußbild taucht ein nachtblaues, sternenübersätes Firmament auf. Shylock ist nun verurteilt, aus dem Geschehen verdrängt. Die jungen Leute stehen beieinander, auch der Kaufmann tritt hinzu. Eine merkwürdige Spannung bricht noch einmal auf. Doch diese Idylle scheint Selbsttäuschung. Ein Happy-End ist nicht in Sicht. Überwiegend Beifall.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Melancholische Außenseiter: Walter Schmidinger als Shylock (links) und Martin Benrath als Antonio, in der Münchner Aufführung FOTO: RABANUS



Mit karikaturistischer Prägnanz: „Friedrich der Schöne und sein Urenkel" von Walter Dexel (1952) FOTO:KATALOG

Kaiserslautern zeigt den Maler Walter Dexel

# Umgrenzt von Konturen

Als „Typo-Graf" hat ihn Kurt Schwitters tituliert. Denn Walter Dexel (1890–1973) hat vor allem als Typograph und in der angewandten Kunst nachhaltige Pionierarbeit geleistet. Die Gedächtnisausstellung anläßlich des zehnten Todestages, zuerst in Berlin gezeigt und nun in der Pfalzgalerie Kaiserslautern, will diesen Teil erst später in einer zweiten Ausstellung vorführen. Jetzt beschränkt sie sich mit rund hundert Ölbildern und 28 „Köpfen" auf das malerische Werk. Das allerdings wird in seiner konsequenten Entwicklung und in allen Phasen überschaubar präsentiert.

Der gebürtige Münchner war promovierter Kunsthistoriker; er hatte bei Wölffling und Fritz Burger studiert und war zeitlebens Theoretiker und Praktiker zugleich. Als Student nahm er natürlich in München lebhaften Anteil an allem, was sich in der Neuen Künstlervereinigung und dem „Blauen Reiter" ereignete. Manche seiner frühen Bilder deuten direkt auf Erbslöh und Kanoldt hin; und was Dexel einmal über Kanoldt schrieb, trifft nicht weniger auf seine eigenen Bilder jener Jahre zu: „Kanoldt fiel damals schon durch seine Architekturbilder auf, die in stärkstem Gegensatz dazu standen, wie man bis dahin ein Straßenbild zu sehen gewohnt war: statt flimmernden Lichts und unruhiger Bewegtheit der Farbflecke ein starres Zusammenbauen würfelförmiger Häuserblöcke, fest umgrenzt von Konturen; die Bauformen den Häusern angeglichen in kubischer Gebundenheit." Man vergleiche dazu – die Ausstellung erlaubt es – seine Bilder „Zur Porta Romana", „Blick auf die Saale bei Jena" oder „Brücke und Eiffelturm".

Das ging letztlich auf Cézanne zurück, über Braque und Delaunay, ganz deutlich. In Paris hatte Dexel den Kubismus kennengelernt; und nach dem Tod Fritz Burgers hat er dessen Buch über „Cézanne und Hodler" überarbeitet und neu herausgegeben. Der Expressionismus konnte ihn nur kurze Zeit beeinflussen. Sein Weg führte gewissermaßen über Feininger zum Konstruktivismus und in die reine Abstraktion. Inzwischen hatte er sich mit dem Stijl-Promotor Theo van Doesburg befreundet. Bereits 1917 entstand sein erstes abstraktes Bild „Straße", eine Hinterglasmalerei, die nicht mehr existiert.

Wie die Entwicklung Piet Mondrians an seiner berühmten Baum-Serie Schritt für Schritt zu verfolgen ist, so der Weg Dexels anhand der Architekturdarstellung, die sich mehr und mehr zu einem freien konstruktiven Gefüge aus geometrischen Formen entwickelt hat. Hochhäuser und Türme liefern die Vertikalen, Viadukte, Straßen, Häuserzeilen die Horizontalen, Brückenbögen, Kuppeln, Moscheen die Halbkreise. In einem „Segelschiff" zum Beispiel finden wir all diese Formen zu einer geometrischen Komposition vereinigt; ein „Flugzeug" von 1922 enthält dazu noch Rauten und Kreise.

Später lösen sich die Kompositionen vollends vom Naturvorbild und werden auch im Titel nur noch als „Komposition", „Senkrechte", „Quadrat" oder „Zeichen" geführt. In diesen Bildern manifestiert sich eine Haltung, der Ordnung, Maß und Klarheit, eine strenge Ökonomie formaler und farblicher Mittel zugrunde liegen; es ist die gleiche Haltung, die den Typographen und Gebrauchsgrafiker Dexel stets auszeichnete.

Von diesem vermittelt die Auswahl seiner berühmten „Köpfe" eine beredte Vorstellung. Das sind harte grafische Typisierungen, eher aus der Werkstatt des Werbegrafikers als des Zeichners, von karikaturistischer Prägnanz und, soweit es sich um bekannte Personen handelt, von physiognomischer Treffsicherheit. Ohne weiteres erkennen wir da zum Beispiel Lenin, Mussolini und Hitler, aber auch den „Abt", den „Seeräuber", den „Indianer". Ihre konstruktive Zusammenfügung macht sie zu einem einzigartigen und definitiven Markenzeichen Walter Dexels. (Bis 19. Febr.; Katalog: 20 Mark)

EO PLUNIEN

Neue Filmgroteske: Paul Bartels „Eating Raoul"

# Die tödliche Bratpfanne

Beim Anblick billig gepanschten Rebensafts rümpft Weinhändler Paul angewidert die Nase. Viel lieber empfiehlt er auch dem ärmsten Kunden einen feinen Beaujolais. Kein Wunder also, daß er mit seiner Frau Mary vom eigenen Restaurant träumt. Im Sündenpfuhl Hollywood aber führen nicht ehrliche Arbeit, sondern blinder Zufall zum Ziel. Das will uns der Film „Eating Raoul" erzählen.

Eines Tages irrt sich ein Lüstling in der Wohnungstür und belästigt die prüde Mary. Paul sieht rot und schlägt kurzerhand mit der rostfreien Bratpfanne zu. Und siehe da, dem verröchelnden Strolch purzelt prompt eine prall gefüllte Brieftasche aus der Jacke. Paul und Mary erkennen den Wink des Schicksals und machen aus dem Glückstreffer eine todsichere Methode.

Per Anzeige werden nun Kunden zu exquisiten Ausschweifungen in die Wohnung gelockt und dort von Paul per Pfanne ins Jenseits befördert. Ihr Geld wandert aufs Konto, die Leiche in den Müllschlucker. Bis der durchtriebene Mexikaner Raoul dem florierenden Familienbetrieb ungeahnte Impulse gibt. Nun bleibt der Müllschlucker leer, während „Doggies Hundefutterfabrik" nachts merkwürdige Lieferungen bekommt.

Der amerikanische Regisseur Paul Bartel („Cannonball") will jedoch nicht den ekligen Kannibalen-Horror der „Zombie"-Filme variieren. Der Schüler von Roger Corman orientiert sich eher am respektlosen Klamauk von John Landis' „Kentucky Fried Movie". So werden die Morde durch den hellen Gong der gußeisernen Waffe nur dezent angedeutet. Andererseits nimmt Bartel die schillernden Exzesse der amerikanischen Lebensart wenig zimperlich auf die Schippe. Mit grotesker Überzeichnung werden die Sexbesessenheit „braver" Bürger und allzu cleverer Geschäftsgeist ad absurdum geführt.

Der anfangs einfallsreiche, bald aber billige Ulk ist mit jener lockeren Laienhaftigkeit inszeniert, der hierzulande etwa Rosa von Praunheim huldigt. Doch nachdem das Strickmuster „Bei Hausbesuch Mord" einmal bekannt ist, geht das Gespenst der Langeweile um. Wenn es trotzdem gebannt wird, ist dies neben der Kürze der Episoden vor allem dem Spiel beider Hauptdarsteller zu verdanken.

Bartel selbst setzt dem teuflischen Bratpfannenschwinger gekonnt die Maske des kultivierten Biedermanns auf, während Mary Woronow mit mühsam unterdrückter Hysterie das mörderische Hausmütterchen mimt. Immerhin eine erfrischend unverfrorene Attacke auf das Zwerchfell.

HARTMUT WILMES

## JOURNAL

### Jugendstil-Sammlung für Münchner Nationalmuseum

dpa, München

Für 1,6 Millionen Mark hat das Bayerische Nationalmuseum in München rund 200 Objekte als Grundstock für eine geplante neue Abteilung aus der Sammlung des Kunsthistorikers Siegfried Wichmann erworben. Die Hälfte der kunsthandwerklichen Objekte wird zusammen mit 300 anderen Leihgaben vom 24. Januar bis zum 1. April in der Ausstellung „Jugendstil-floral-funktional" im Nationalmuseum präsentiert. Der Jugendstil war dort bislang noch nicht repräsentativ vertreten. Nahezu drei Jahre dauerten nach Angaben des Generaldirektors Lenz Kriss-Rettenbeck die Verhandlungen, bevor die Übergabe an das Nationalmuseum geklärt war.

### Westfälische Dinosaurier

pro. Bottrop

Das Museum für Ur- und Ortsgeschichte in Bottrop zeigt bis zum 29. Januar 1984 in einer Sonderausstellung mit dem Titel „Westfälische Saurier" etliche Knochenüberreste von mehr als hundert Millionen Jahren alten Dinosauriern. Bei den Fossilien handelt es sich um Knochen von pflanzenfressenden, bis zu zehn Meter langen Iguanodonten, deren Vorkommen in Deutschland bislang nur durch versteinerte Fußabdrücke belegt war.

### Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz

DW. Berlin

Mit dem Wechsel im Amt des Generaldirektors der Staatlichen Museen Stiftung Preußischer Kulturbesitz beschäftigt sich der Band XIX des „Jahrbuchs Preußischer Kulturbesitz", das jetzt im Berliner Gebr. Mann Verlag (448 S. 121 Abb., 40 Mark) erschien. Neben der Würdigung wichtiger Jahrestage, einer Übersicht über Erwerbungen und der Chronik des vergangenen Jahres werden auch Forschungsvorhaben der Stiftung vorgestellt. So z. B. die „Infrarotuntersuchungen zum Studium der Unterzeichnungen auf den Berliner Altären Rogier van der Weydens" (Rainald Grosshans) oder „Die Erhaltung archäologischer Baudenkmäler im tropischen Klimabereich" (Josef Riederer).

### Goldschmiedearbeiten von Daniel Kruger

DW. Pforzheim

Schmuck eines südafrikanischen Künstlers zeigt das Schmuckmuseum in Pforzheim mit der Ausstellung „Daniel Kruger – Moderne Goldschmiedearbeiten". Der in Kapstadt geborene Goldschmied hat zuerst in seiner Heimatstadt, dann an der Akademie in München, wo er heute lebt, studiert. Die Ausstellung, die in Pforzheim bis zum 11. März zu sehen ist, geht anschließend an das Goldschmiedehaus Hanau, die Galerie Ra in Amsterdam und die Galerie am Graben in Wien.

### Maos Werke in Deutsch und Chinesisch

DW. Bochum

Die siebenbändige Ausgabe „Mao Zedong Texte 1949–1976", die von einer Forschergruppe unter Leitung von Prof. Helmut Martin erarbeitet wurde, liegt jetzt vollständig vor (Hanser-Verlag, München). Sie wurde 1979 begonnen, um die Reden und Artikel des chinesischen Parteiführers zu sammeln, die in der offiziellen vierbändigen (inzwischen um einen fünften Band erweiterten) Werkausgabe nicht enthalten sind. So finden sich in der neuen deutsch-chinesischen Edition zahlreiche Texte, die in China nicht wieder veröffentlicht wurden, weil sie nicht mehr ins aktuelle politische Konzept passen.

### Planungen für den Karneval von Venedig

M. v. Z. Venedig

Das Opernahaus La Fenice wird zum Karneval von Venedig „Die Fledermaus" und „Die Geburt der Aurora" von Albinioni beisteuern. Außerdem wird die Theaterbiennale zwei Aufführungen beisteuern, über die Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben wurden. Die Organisatoren des Karnevals erwarten, daß in den Tagen zwischen dem 25. Februar und dem 6. März täglich bis zu fünfzigtausend Masken auf dem Markusplatz – nach Napoleon dem „schönsten Ballsaal der Welt" – tanzen werden. Zur Finanzierung der verschiedenen Projekte in den Palazzi und auf dem Campi konnte die Stadt eine Reihe privater Sponsoren gewinnen.

### *Brooks Atkinson †*

dpa, New York

Brooks Atkinson, in den Jahrzehnten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg einer der einflußreichsten Theaterkritiker der Vereinigten Staaten, ist im Alter von 89 Jahren in Huntsville (Alabama) gestorben. Er berichtete zwischen 1925 und 1960 für die New York Times über das Geschehen an den Bühnen der USA. In den 40er Jahren arbeitete Atkinson eine Zeitlang als Korrespondent in Peking und Moskau. Seine Berichte aus der Sowjetunion wurden 1947 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet.

# Behinderte Studenten greifen zur Selbsthilfe

**Mit viel Energie und Unterstützung des Studentenwerks werden deutsche Universitäten langsam auch behindertengerecht**

MONIKA ENGELS, **Bochum**

Sie studieren erfolgreich Mathematik, Jura oder Pädagogik, erlangen akademische Grade und schlagen auch zuweilen die wissenschaftliche Laufbahn ein. Doch mathematische Formeln können sie nicht lesen, Vorlesungen nicht hören oder wissenschaftliche Ausarbeitungen nicht selbst schreiben. Mehr als 12 000 Behinderte oder Schwerstbehinderte, so schätzt das Deutsche Studentenwerk in Bonn, studieren zur Zeit an den deutschen Hochschulen – in einer Umgebung, die entgegen den Forderungen des Hochschulrahmengesetzes die besonderen Bedürfnisse behinderter Studenten bisher kaum berücksichtigt.

Noch immer sind beispielsweise *für Rollstuhlfahrer Toiletten nicht zu* benutzen, Telefone in unerreichbarer Höhe, Türen zu schmal oder Hörsäle nur über Treppen erreichbar. Seh- und Hörgeschädigte sind während des gesamten Studiums auf die Unterstüzung ihrer nichtbehinderten Kommilitonen angewiesen, die ihnen entweder den Vorlesungsstoff mitschreiben oder aber die Fachliteratur vorlesen und auf Band sprechen.

Ein behindertenfeindlicher Universitätsbetrieb, gegen den sich in Bochum die Betroffenen seit einigen Jahren zur Wehr setzen. Vertreter der „Interessengemeinschaft behinderter *Studenten" sind mittlerweile* anerkannte Gesprächspartner der Universitäts-Verwaltung. So setzten sie sich erfolgreich für den Einbau eines Aufzugs im neuen Studentenhaus ein, mit dem jetzt auch Gehbehinderte mühelos die Büros von AStA und Prüfungsamt in den oberen Etagen erreichen können. Das neue Studentenwohnheim wird dank ihrer Mitsprache ebenfalls behindertengerecht gebaut.

### Vorleser für Fachliteratur

Sie bieten Rechtsberatung für behinderte Studenten an und helfen ihnen durch den Paragraphen-Dschungel des Bundessozialhilfe-Gesetzes, wenn finanzielle Hilfen für Lernmittel beantragt werden müssen. Und seit zwei Monaten organisieren die behinderten Helfer in Bochum auch einen Vorlesedienst für blinde und sehbehinderte Kommilitonen, der an der Dortmunder Universität vor knapp einem Jahr erfolgreich angelaufen ist. Dort stehen mehr als 100 Vorleser – meist selbst Studenten – bereit, umfangreiche Fachliteratur auf Kassetten zu sprechen oder auch den Betroffenen direkt vorzulesen. Zur Zeit sind bis zu 15 Studenten auf diesen Dienst angewiesen.

Konzentrierte Selbsthilfe-Aktionen wie im Ruhrgebiet gibt es nach Auskunft des Deutschen Studentenwerks nur noch in Freiburg und Berlin, abgesehen von speziellen Behinderten-*Universitäten wie in* Marburg, Regensburg oder Hannover.

Doch das Problem „Behinderte an den Hochschulen" rückt zunehmend ins Bewußtsein der Verantwortlichen. Im vergangenen Jahr haben die meisten Universitäten Behindertenbeauftragte ernannt, zumeist Professoren, die in Gesprächen und auf Seminaren des Deutschen Studentenwerks auf ihre Aufgaben vorbereitet werden. *Mit ihnen und den Län*der-Kultusministerien will die zentrale Studentenvertretung konkrete Hilfsmaßnahmen durchsetzen, die von architektonischen Veränderungen über die flexiblere Gestaltung von Prüfungsordnungen (die individuell auch andere Prüfungsmethoden zulassen) bis hin zur Bereitstellung von speziellen Lern- und Lehrmitteln reichen.

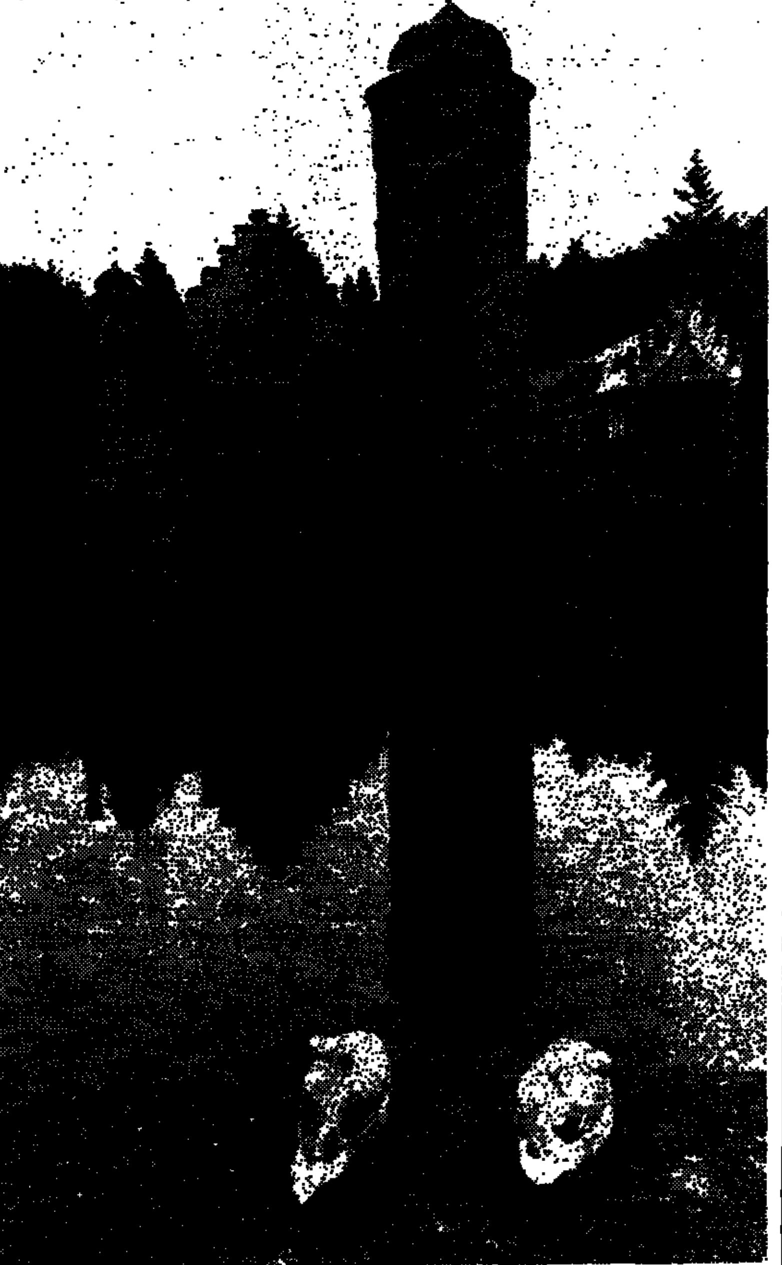
So *sollen Beratungsstellen ausge*baut werden und in den Bibliotheken die Fachliteratur auch auf Kassetten zur Verfügung gestellt werden. Ebenso sollten, so fordert das Studentenwerk, Geräte zur Schriftvergrößerung in Leseräumen oder Spezial-Hörgeräte in Vorlesungen zum Angebot der Hochschulen gehören.

### Hilfsmittel durch Spenden

Doch ein Lesegerät kostet rund 8000 Mark, ein Hörverstärker 3000 Mark. Da auch die Universitäts-Kassen leer sind, überlegen sich die Studentenvertreter in Bonn, zentral über Spenden Hilfsmittel selbst anzuschaffen und bei Bedarf auszuleihen.

„Wir wollen erreichen", erläutert Renate Langweg-Berhörster das Programm des Deutschen Studentenwerks, „daß auf Dauer auch der behinderte Student die Universität frei wählen und seine gewünschten Fächer studieren kann." Ein rechtlicher Anspruch, der die Integration fördere und stigmatisierende Schwerpunkt-Universitäten für Behinderte überflüssig mache.

Es ist die Maximalforderung der Betroffenen, die bei einem Blick in die leeren öffentlichen Kassen wohl auf absehbare Zeit wenig Erfolgsaus*sichten haben wird.*



***Wasserschloß***

Schloß Mespelbrunn im Spessart, fotografiert von E. KASPERSKI



# *Das komplizierte Millionenerbe der Käthe K.*

KURT POLLAK, **Wien**

Nur knappe sieben Monate lang konnte sich der Mischlingsrüde „Teddy" aus Villach/Kärnten seiner Millionenerbschaft erfreuen, die ihn zum reichsten Hund der Welt gemacht hatte. Vor einigen Tagen beendete der vierbeinige Millionär sein 19jähriges „Hundeleben", das ihm zuletzt durch rund drei Millionen Mark versüßt worden war. Seine vor einem Jahr im Alter von 80 Jahren verstorbene Herrin Rosalia Kaiser hatte ihm das Millionenvermögen in Form eines zweistöckigen Hauses und eines wertvollen Baugrundstükkes in Villach vermacht.

Erst nach dem Tod von „Teddy" sollte dessen Betreuerin, Käthe Kaiser (38) – eine Nichte der Erblasserin – und deren 13jährige Tochter, Nutznießerin des Vermögens werden. Allerdings *mußte* sich die Frau verpflichten „Teddy" mit größter Liebe und Sorgfalt zu betreuen. Unter den gestrengen Augen einer Vertreterin des Tierasyls von Villach mußten folgende testamentarische Bedingungen erfüllt werden:

„Teddy" mußte täglich eine Stange polnische Wurst und eine Riesenportion Kalbfleisch bekommen. Täglich mußte er eine Stunde lang „Gassi" geführt werden. Einmal in der Woche mußte „Teddy" in Begleitung seiner Betreuerin das Grab seiner verstorbenen Herrin besuchen und dort mindestens zwei Stunden lang „trauern". Außerdem mußte „Teddys" Betreuerin darauf achten, daß der Hund seine Nächte auf Daunen gebettet verbrachte.

Eine weitere Testamentsklausel bestimmt nun, daß bis zum Jahre 1992 ein Hund aus dem Villacher Tierheim die Stelle des verstorbenen „Millionärs" einzunehmen hat. Erst dann kann Käthe Kaiser die Erbschaft endgültig für sich in Anspruch nehmen.

# Silicon Valley – Schattenseiten hat auch das kalifornische Paradies

**Erfolg und Dauerstreß lassen viele Familien im gelobten Land der Elektronik zerbrechen**

hst. **Los Altos**

Für viele kommt es gleich nach dem Paradies – jenes kleine Tal im Norden von Kalifornien, das dem Sonnenstaat seinen Reichtum und den USA ihre Vormachtstellung auf dem Gebiet der Mikroelektronik brachte: Silicon Valley. Doch nachdem lange Zeit immer nur Gutes aus dem Computer-Tal gemeldet worden ist, beginnen sich nun auch Schattenseiten abzuzeichnen. Untersuchungen ergaben, daß der Erfolgszwang, unter den die hochqualifizierten Spezialisten durch die ständig aufs neue erzählte Erfolgsstory gestellt werden, viele von ihnen zerbrechen läßt.

So fand die New York Times heraus, daß die Scheidungsrate im Bezirk von Santa Clara, zu dem das Silicon Valley gehört, wesentlich höher liegt als im amerikanischen Durchschnitt. Die Rate liegt bei 7,1 Scheidungen pro tausend Einwohner im Vergleich zu nur 5,3 im Landesdurchschnitt. Die Staatsanwaltschaft erklärte, daß auch die sexuelle Belästigung und sogar der Mißbrauch von Kindern extrem oft vorkomme. Auf der anderen Seite würden unverhältnismäßig oft auch Kinder aufgegriffen, die Haschisch geraucht oder Kokain genommen hätten.

### Calvinistisches Ethos

Mit dem Problem wurden inzwischen auch Soziologen und Psychologen konfrontiert. Regina T. Kriss, eine Familien-Therapeutin aus Palo Alto, schildert es aus ihrer Praxis: „Meist sind es Männer, die fest überzeugt sind, daß sie so gut sind wie jeder andere. Trotzdem haben sie ständig Angst, daß ihnen jemand voraus ist. Deshalb trauen sie sich nie, eine Pause zu machen."

Einer ihrer Patienten, ein erfolgreicher Manager, der Probleme mit seiner Ehe hat, bestätigt das: „Du kannst einfach nicht ausspannen, wenn du jeden Morgen wieder eine neue Erfolgsstory in der Zeitung liest. Die einzige Möglichkeit ist, 80 Stunden die Woche zu arbeiten. Und dann geht deine Familie in die Brüche."

Dieses „zerstörerische calvinistische Ethos", wie es eine Lokalzeitung nannte, beherrscht das Tal, wo winzige Halbleiter aus Silicon das große Glück bringen können. Dieser Traum vom großen Geld ist es, der immer noch viele, vor allem hochbegabte Menschen anzieht. Doch Judith K. Larson und Carol Gill von „Cognos Associates", einem Nonprofit-Institut, belegen mit einer Studie, wie oft dieser Traum als platzende Seifenblase endet.

In dem Papier mit dem beziehungsreichen Titel „Die wechselnden Lebensumstände in Silicon Valley" schreiben sie: „*Der* Anteil der Menschen, für die ein Traum wahr wird, ist ausgesprochen gering. Das Verhältnis liegt höchstens bei 10 zu eins. Das wahrscheinlich nachhaltigste Erlebnis bei allen ist die Zerstörung von zwischenmenschlichen Beziehungen."

Viele der Firmen haben dies inzwischen auch erkannt. Die größeren unternehmen ungewöhnliche Anstrengungen und bieten ihren Leuten alle nur erdenklichen Möglichkeiten der Zerstreuung. Und selbst die kleinsten der oft in Schuppen hausenden Unternehmen haben zumindest eine Dusche installiert, damit ihre Angestellten in den Mittagspausen beim Joggen auf andere Gedanken kommen können. Die Straßen von Mountain View und den anderen kleinen Gemeinden sind voll von solchen Entspannungsuchenden.

Probleme mit dem täglichen Streß gibt es in anderen Industrien auch, sagen die Experten, aber nirgendwo stehen die Menschen unter solchem Druck, wie in der letzten wirklichen Wachstumsindustrie. Die Arbeit scheint alles zu beherrschen. Selbst Sekretärinnen, so fanden die Wissenschaftlerinnen von Cognos heraus, fühlen sich schuldig, wenn sie pünktlich gehen, während die anderen noch bis spät in die Nacht arbeiten. Und selbst wenn man dem Büro den Rücken gekehrt hat, bleibt es bei dem einen Thema. „Unterhalten sich andere Männer auf Parties über Frauen, Fußball oder Angeln", stöhnt eine geplagte Ehefrau, „geht es bei unseren Männern immer nur um Halbleiter, Disketten und Bits."

### Denken in Fakten

Jean Holland, eine Therapeutin, die in Mountain View eine eigene Klinik betreibt, glaubt, daß es in der Natur jener Männer liegen muß: „Schon in der Schule lernen sie zu rechnen und nach Fehlern zu suchen. Sie werden *darauf trainiert, in Fakten zu denken.* Die wissenschaftliche Methode hilft allerdings nicht bei der Kommunikation."

Zu den Problemen mit den Gefühlen kommt noch eine andere, sehr irdische Schwierigkeit. Viele der Ingenieure und Wissenschaftler leben weit über ihre Verhältnisse – immer in Erwartung des großen Durchbruchs, erfuhr die Therapeutin Kriss: „Bei einem *Durchschnittsgehalt* von 60 000 Dollar im Jahr gehen in einer Nacht schon einmal 500 Dollar drauf." Die Folgen sind hohe Schulden und – noch mehr Arbeit.

## LEUTE HEUTE

### *Auch das 2. Buch?*

**Truman Capote** hat seinen jüngsten Roman „Answered Prayers" beendet, *nur: Das Buch ist viel zu lang geworden.* Deshalb will er es jetzt in zwei Teilen veröffentlichen. Capote: „Jedes Buch ist eine abgeschlossene Geschichte, und wer den ersten Teil gelesen hat, will wissen, was nun weiter aus den Leuten geworden ist – also kauft er auch das zweite Buch."

### *Zehn-Millionen-Zahn*

**Gina Lollobrigida** fordert vom Restaurant „Traders's Vic" im New Yorker Hotel „Plaza" einen Schadenersatz von zehn Millionen Dollar – für einen ausgebissenen Zahn. Der Vor-



fall geht auf den 17. Juni 1980 zurück: Als sie in dem Restaurant herzhaft in eine Krabbe biß, spürte sie einen „starken Widerstand", so die Klage, und fand „einen braunen Stein". Sie hatte so herzhaft zugebissen, daß sie sich einen ihrer Zähne abbrach.

### *Abschied von Amerika*

Der Regisseur **Roman Polanski** will *nicht in die Vereinigten Staaten* zurückkehren, wo er seit 1977 wegen illegaler sexueller Beziehungen zu einer 13jährigen unter Anklage steht. In der Londoner „Times" erklärte der zur Zeit in Paris lebende Künstler, Hollywood sei für ihn mit zu vielen tragischen Erinnerungen verbunden und New York sei keine Metropole der Filmindustrie.

# Alkohol kam aus der Gosse in die Wohnzimmer

**WHO-Studie: Alkoholismus geht quer durch alle Schichten**

rtr, **Genf**

Anstatt durch Steuern am Konsum alkoholischer Getränke zu verdienen, sollten sich die Staaten nach Ansicht der *Weltgesundheitsorganisation* (WHO) bemühen, den Alkoholverbrauch einzuschränken. In einem jetzt veröffentlichten Bericht der WHO heißt es, die mit Alkohol verbundenen Probleme in den industrialisierten Ländern seien zwar langsamer angewachsen, andererseits sei der Alkoholismus aber aus der „Gosse" in die „Wohnzimmer der Mittelschicht" eingezogen.

In der Veröffentlichung werden mehrere Studien über die Trinkgewohnheiten von über 25jährigen in Kanada, Finnland, Irland, den Niederlanden, Polen, der Schweiz sowie *den USA von 1950 bis 1975 zusammengefaßt.* Unter dem Einfluß von Alkohol geschehene Verkehrsunfälle und Gewalttätigkeiten gehörten weiterhin zu den ernstzunehmenden Problemen der industrialisierten Gesellschaften. Dazu habe sich der Kreis der Alkoholgefährdeten beträchtlich erweitert. Der Pro-Kopf-Verbrauch sei gestiegen und der Alkoholismus gehe durch alle Geschlechts-, *Alters- und sozialen* Gruppen.

„Alkohol hat sein zwielichtiges Image verloren", stellt der Bericht fest. „Alkoholgenuß in allen Bevölkerungsschichten und zu einer Vielfalt von Anlässen macht es schwieriger, Alkoholprobleme einer bestimmten Gruppe oder einem Lebensstil zuzuordnen." Alkoholabhängigkeit und damit verbundene Probleme kom*men nicht mehr nur in den unteren* sozialen Schichten und im asozialen Milieu, sondern auch in den Mittelschichten vor.

Außerdem habe diese Entwicklung den Gesundheitszustand der Bevölkerung beeinträchtigt. Es gebe zwar mehr und bessere Behandlungsmöglichkeiten für Alkoholabhängige, aber die Kontrolle über Verkauf und öffentlichen Alkoholgenuß habe nachgelassen. Zusätzlich habe die staatliche Beteiligung an Herstellung und Vertrieb alkoholischer Getränke in mancher Hinsicht zugenommen. „Das Ergebnis ist eine verstärkte Interessenverknüpfung im Zusammenhang mit Alkohol", heißt es in dem WHO-Bericht.

Dies könnte wiederum die Bekämpfung von Alkoholproblemen in der Zukunft erschweren. Aufgrund der zunehmenden Zahl von Entziehungskliniken habe sich die Verantwortung für Alkoholismus von Ver*kauf und Angebot auf die Behandlung* der betroffenen Person verschoben. Es habe sich die Einstellung breitgemacht, daß Alkoholismus ein individuelles Problem sei, und eine Kontrolle der Trinkgewohnheiten der „normalen Mehrheit" durch die Gesellschaft nicht mehr nötig erscheine. Daher könne die Zunahme von Behandlungsmöglichkeiten für Suchtkranke als eine Art gesellschaftlicher *Entschuldigung dafür* angesehen werden, daß Trinken sozial akzeptiert werde und die Kontrollen eingeschränkt würden.

Aber die Studien, auf die der WHO-Bericht sich stützt, weisen auch einige positive Aspekte auf: So scheine in den vergangenen Jahren mengenmäßig weniger Alkohol konsumiert worden zu sein. Auch das wachsende Interesse an einem gesunden Lebensstil *„könnte dazu* beitragen, daß Alkohol nicht mehr nur als Genußmittel, sondern als ein soziales und gesundheitliches Risiko angesehen wird", heißt es in dem WHO-Bericht.

## Auf den Standesämtern blieb es ruhig

epd, **Hannover**

In der Bundesrepublik Deutschland haben auch 1982 kaum mehr evangelische und katholische Paare den Weg zum Standesamt gefunden als in den Jahren zuvor, und gegenüber 1981 ging die Zahl der Neugeborenen aus diesen Ehen sogar leicht zurück. Dies ergibt sich aus einer Statistik, die gestern von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht wurde. Danach stieg die Zahl der evangelischen Paare, die 1982 standesamtlich heirateten, gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent auf 94 128 und die der katholischen um ein Prozent auf 112 670, während die von evangelisch-katholischen Mischehen mit 86 160 in etwa konstant blieb.

1982 erblickten 142 812 Kinder evangelischer Eltern das Licht der Welt – 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Geburtenzahl katholischer Kinder blieb mit 193 499 nahezu gleich, und aus den Mischehen gingen mit 111 620 Neugeborenen 0,5 Prozent mehr Kinder hervor als 1981. Gegenüber 1978, als Eheschließungen und Geburten den bisherigen Tiefststand erreichten, nahmen die evangelischen Ehen 1982 jedoch um 3,3 Prozent, die katholischen um 8,3 Prozent und die Mischehen um 7,7 Prozent zu.

### Tod im Berg

AFP, **London**

Drei junge britische Bergsteiger sind am Wochenende im nordwestenglischen Bergland bei schweren Stürmen tödlich verunglückt. Der Verkehr in weiten Teilen Schottlands, Nordenglands und Nordirlands ist seit Tagen durch schwere Orkanböen und hohe Schneeverwehungen stark behindert.

### Glücksspiel-Trick

rtr, **Miami**

Die Bewohner des US-Bundesstaates Florida, in dem Glücksspiele verboten sind, können seit gestern mit den Aktien eines Glücksspiels-Unter*nehmens ihr Glück gleich zweimal* versuchen. Der Hotel-Konzern „Florida Casino Associates" will durch den Verkauf von fünf Millionen Aktien zu einem Dollar das Stück eine Lobby für die Genehmigung des Glücksspiels in Florida unterstützen. Falls dieser Versuch gelingt, gewinnen die Aktionäre Anspruch auf ein Prozent der Hoteleinkommen.

### „Tempo 30" kommt an

dpa, **Buxtehude**

Eine positive Zwischenbilanz nach fünf Wochen „Großversuch Tempo 30" hat jetzt die Stadt Buxtehude gezogen. Das Ziel einer defensiven Fahrweise sei im großen und ganzen erreicht worden und könne auch durch Meßergebnisse bestätigt werden. Buxtehude hatte als erste deutsche Stadt im November vergangenen Jahres Tempo 30 in der City eingeführt.

### Späte Reue

dpa, **Aachen**

Das schlechte Gewissen hat einen ehemaligen amerikanischen Nachrichtenoffizier offenbar nicht ruhen lassen: Mit einem Entschuldigungsschreiben schickte der heutige Pensionär der Stadt Aachen ein wertvolles Buch – eine theologische Abhandlung aus dem Jahr 1549 – zurück, das er in den Wirren nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 als „Souvenir" mit nach Hause genommen hatte.

### Fingerfertig

AP, **St. Moritz**

Mit einer Million Anschlägen in 13 Stunden, sechs Minuten und 15 Sekunden hat der St. Gallener Barpianist Joe Miller in St. Moritz einen neuen Weltrekord im Klavierschnellspielen aufgestellt. Der Weltrekord mit im Durchschnitt 22 Anschlägen pro Sekunde wurde auf einem speziellen elektronischen Flügel, der mit einem Computer verbunden war, erzielt.

### Amoklauf in Bangkok

AFP, **Bangkok**

Ein Amokläufer hat in der Nacht zum Montag einen indischen Diplomaten, zwei westdeutsche Touristen und einen Japaner in Bangkok mit Messerstichen verletzt. Der im Dunkeln lauernde Geistesgestörte hatte die Männer von hinten überfallen. Ihr Zustand soll jedoch nicht ernst sein.

### Giftige Krabben

SAD, **Den Haag**

Holland hat für die Dauer von zunächst einem Monat den Verkauf von Krabben aus südostasiatischen Ländern verboten und die Bevölkerung dringend vor dem Verzehr gewarnt. Sechs alte Menschen sind vor Weihnachten nach dem Genuß solcher Krabben gestorben, die mit den nur in den Tropen vorkommenden Shigella-Bakterien verseucht waren.

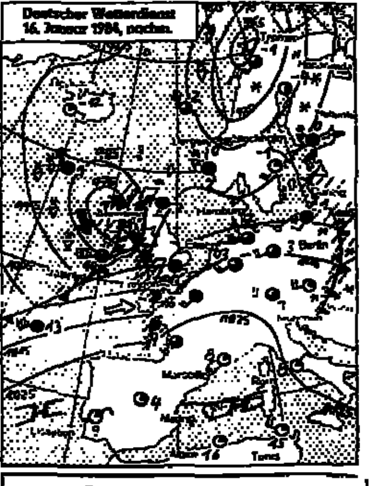


## ZU GUTER LETZT

*„Hochzeitskleid – preisgünstig abzugeben – bildschön, einmal irrtümlich getragen, Größe zehn." Kleinanzeige im Lokalblatt von Hartford (US-Bundesstaat Connecticut)*

## WETTER: Orkanböen

**Wetterlage:** Eine sich zum Orkantief *entwickelnde Zyklone* zieht von Irland über die nördliche Nordsee nach Südschweden. Sie führt anfangs milde, später wieder sehr kalte Meeresluft nach Deutschland.




**Vorhersage für Dienstag:**

**Norddeutschland:** Wechselnd bewölkt und mehrfach Schauer, die auch im Flachland in Schneeregen und Schnee übergehen, vereinzelt auch kurze Gewitter, stellenweise Straßenglätte. Frischer bis starker Wind aus Südwest bis West mit Böen um 100 km/h, an der Küste *und in* Schleswig-Holstein Orkanböen.

**Übriges Bundesgebiet:** Anfangs stark bewölkt und länger andauernder Niederschlag, teils Schnee, teils Regen. Temperaturen in tieferen Lagen kurzzeitig auf 8 Grad ansteigend.

**Weitere Aussichten:**

Wechselhaft mit Schauern, naßkalt.

**Temperaturen am Montag, 12 Uhr:**

| Ort | °C | Ort | °C |
|---|---|---|---|
| Berlin | 3° | Kairo | 15° |
| Bonn | 5° | Kopenh. | 2° |
| Dresden | 3° | Las Palmas | 19° |
| Essen | 3° | London | 7° |
| Frankfurt | 4° | *Madrid* | 4° |
| Hamburg | 2° | Mailand | 9° |
| List/Sylt | 5° | Mallorca | 18° |
| München | 3° | Moskau | 9° |
| Stuttgart | 3° | Nizza | 14° |
| Algier | 16° | Oslo | -9° |
| Amsterdam | 4° | Paris | 8° |
| Athen | 13° | Prag | 2° |
| Barcelona | 10° | Rom | 8° |
| Brüssel | 4° | Stockholm | -1° |
| Budapest | 3° | Tel Aviv | 15° |
| Bukarest | 4° | Tunis | 15° |
| Helsinki | 0° | Wien | 3° |
| Istanbul | 9° | Zürich | 4° |

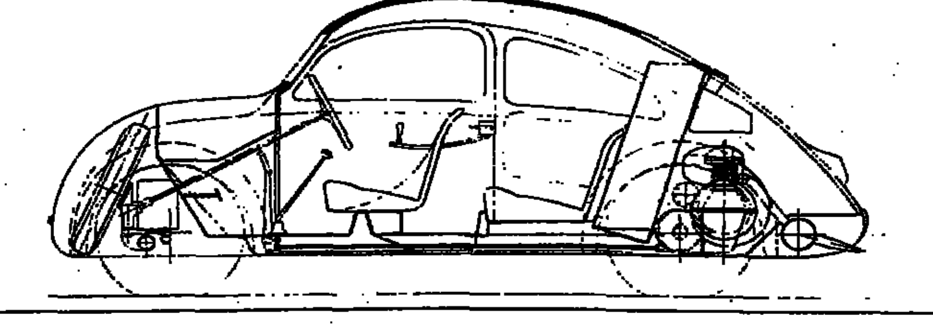
* Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.18 Uhr, Untergang: 16.47 Uhr, Mondaufgang: 16.25 Uhr, Untergang 8.36 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

# *Vor 50 Jahren schlug dem Käfer die Stunde*

HEINZ HORRMANN, **Wolfsburg**

Zum 50. Mal jährt sich heute der Tag, an dem Professor Ferdinand Porsche im damaligen Reichsverkehrsministerium sein „Exposé betreffend den Bau eines deutschen Volkswagens" vorstellte. *Die sofortige Zusage der Verantwortlichen,* einen Prototyp zu finanzieren, war die Geburtsstunde des Käfers und letztlich auch der Grundstein für den Volkswagenkonzern mit heute 17 Werken in vier Erdteilen, 239 000 Beschäftigten und rund 40 Milliarden Mark Umsatz.

Die volkstümliche Bezeichnung VW verwandte Porsche bereits als *Abkürzung, schon* bevor es den Volkswagen gab. In seinen Ausführungen, die er vor einem halben Jahrhundert vorlegte, waren bereits die wichtigsten technischen Details einer Viersitzerlimousine mit Quermotor enthalten. *Porsche legte schon 1934* großen Wert auf die Feststellung, daß es sich bei dem geplanten Auto um ein vollwertiges, einfach zu handhabendes und trotz der leichten Bauweise zuverlässiges Fahrzeug handeln müsse. Eine Kompromißlösung kam für ihn nicht in Frage.



Mit dieser Zeichnung seines Volkswagens kam Professor Ferdinand Porsche heute vor 50 Jahren ins Verkehrsministerium: Die Geburtsstunde des Käfers.

Das höchst eigenwillige, aber sorgfältig ausgetüftelte Konzept, machte den VW-Käfer später zum meistproduzierten Modell der Welt. Die Geschichte und die Existenz des Wolfsburger Werkes waren mehr als drei Jahrzehnte untrennbar mit dem Erfolg dieser Fahrzeuge verbunden. Das deutsche Weltauto bestimmte nicht nur die nationale Fertigung, mit ihm gelang auch in den 50er Jahren der Sprung über den Atlantik in die USA und nach Lateinamerika. Im Laufe der Zeit wurde Porsches Konstruktion, die nach Kriegsende der westlichen Industrie so unbedeutend erschien, daß sie sie nicht einmal geschenkt haben wollte, in 140 Länder exportiert.

Im Februar 1972 schließlich überholte der Käfer Henry Fords legendäres T-Modell mit 15 Millionen Exemplaren. Bis 1983 liefen 20,5 Millionen dieses Autotyps von den Bändern des Konzerns. Davon sind heute noch acht Millionen in aller Welt im Einsatz, allein auf den deutschen Straßen 1,5 Millionen.

50 Jahre nach dem Bau des ersten Prototyps glaubt einer der Nachfolger Ferdinand Porsches, Peter W. Schutz, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG, daß man sich trotz der langen Bauzeit „immer noch zu früh vom Käfer-Konzept" getrennt habe.

Der Käfer, das ist tatsächlich auch heute immer noch VW, und „made in Germany" in bester Bedeutung. Die Verkaufszahlen belegen die andau*ernde Beliebtheit des heute in* technischen Details sicherlich längst überholten ersten Volkswagens. Obwohl die deutsche Produktion eingestellt wurde, kauften 13 000 Kunden in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr einen Käfer – alle aus mexikanischer Fertigung.